

Volker Braun: Das Eigentum .....	669
Editorial .....	669
Günther Anders: Sklavensprache .....	672
Zur Erinnerung an Norbert Elias .....	673

## **Sozialpolitik statt Sozialismus?**

Michael Krätke Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat .....	675
Brigitte Hansen Der dänische Sozialstaat aus der Sicht der Frauen .....	693
Frieder O. Wolf »Arbeitspolitik« und soziale Bewegungen .....	709
Frigga Haug Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit .....	723

## **Krise der Perestrojka**

Klaus Segbers Der letzte Parteitag der KPdSU .....	729
Thomas Sauer »Krise der Perestrojka« oder Krise der »Mangelwirtschaft«? .....	737
Johannes Busch-Weßlau Sozialistischer Rechtsstaat — neue Form des demokratischen Staates? .....	749
Hans-Heinrich Nolte Perestrojka und Internationales System: Zur Rolle der Rüstung .....	759
<i>Diskussion</i> Kein Diskurs über Abtreibung und »Euthanasie«? (J.Ach, A.Gaidt) ...	769
<i>Kongreßbericht</i> »Anschluß«-Fragen der Linken; Ankündigungen .....	777
<i>Besprechungen</i> Zeitgeist und Neokonservatismus; Computerlinguistik; Patriarchat und Lebensweise; Pädagogische Ethik; Freud; Sucht und Prostitution; NS und Nachkriegszeit; Rassismus; Arbeitszeit; Naher Osten .....	781
VerfasserInnen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	835

**Besprechungen****Philosophie**

<i>Läbbe, Hermann: Die Aufdringlichkeit der Geschichte (G.Klinger)</i> .....	781
<i>Huber, Joseph: Herrschen und Sehnen. Kulturdynamik des Westens (A.-S.Ernst)</i> .....	784
<i>Finkielkraut, Alain: Die Niederlage des Denkens (M.Richter)</i> .....	785
<i>Glucksmann, André: Die cartesianische Revolution (M.Richter)</i> .....	787
<i>Schönherr, Hans Martin: Von der Schwierigkeit, Natur zu verstehen. Entwurf einer negativen Ökologie. Kritik ökologischen Denkens (A.Hillach)</i> .....	788

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Lehrberger, John, und Laurent Bourbeau: Machine Translation (C.Gdaniec)</i> ..	789
<i>Handke, Jürgen: Natürliche Sprache (U.Seewald)</i> .....	791
<i>Kopperschmidt, Josef: Methodik der Argumentationsanalyse (K.Roß)</i> .....	792
<i>Erlinger, Hans-Dieter, u.a. (Hrsg.): Satzlehre – Denkschulung – National- sprache. Deutsche Schulgrammatik zwischen 1800 und 1850 (E.Haueis)</i> .....	794

**Soziologie**

<i>Beck, Ulrich, und Elisabeth Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe (K.Hauser)</i> .....	795
<i>Auslitz-Blesch, Kyra: Akademikerinnen in Japan (C.Weber)</i> .....	797
<i>Segal, Lynne: Ist die Zukunft weiblich? (Ch.Telgheder)</i> .....	800
<i>Belenky, Mary Field, u.a.: Das andere Denken. Persönlichkeit, Moral und Intel- lekt der Frau (Chr.Friedeberg)</i> .....	801
<i>Großmaß, Ruth, und Christiane Schmerl (Hrsg.): Feministischer Kompaß, patriarchales Gepäck. Kritik konservativer Anteile in neueren feministischen Theorien (R.Armbrust, U.Holtgrewe, U.Müller, U.Simeth)</i> .....	803

**Erziehungswissenschaft**

<i>Gamm, Hans-Jochen: Pädagogische Ethik (B.Hackl)</i> .....	804
<i>Keim, Wolfgang: Erziehung im Nationalsozialismus (H.-J.Gamm)</i> .....	807
<i>Wäscher, Uwe: Spurensicherung: Polytechnik. Zur Geschichte eines Begriffes (A.Gmelch)</i> .....	808

**Psychologie**

<i>Weber, Samuel: Freud Legende. Vier Studien zum psychoanalytischen Denken (M.Hinz)</i> .....	809
<i>Köhler, Thomas: Abwege der Psychoanalyse-Kritik (K.Weber)</i> .....	811
<i>Schaeff, Anne Wilson: Im Zeitalter der Sucht (E.Egartner)</i> .....	812
<i>Brakhoff, Jutta (Hrsg.): Sucht und Prostitution (S.Holzbauer)</i> .....	813
<i>Weß, Ludger (Hrsg.): Die Träume der Genetik (K.Weber)</i> .....	815

**Geschichte**

<i>Pallach, Ulrich-Christian: Materielle Kultur und Mentalitäten im 18. Jahrhundert (W.Kindermann)</i> .....	817
<i>Vorländer, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer national- sozialistischen Organisation (U.Bosum)</i> .....	818

(Fortsetzung Seite VIII)

Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen.  
 KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDE DEN PALÄSTEN  
 Ich selber habe ihm den Tritt versetzt.  
 Es wirft sich weg und seine magre Zierde.  
 Dem Winter folgt der Sommer der Begierde.  
 Und ich kann *bleiben wo der Pfeffer wächst*.  
 Und unverständlich wird mein ganzer Text.  
 Was ich niemals besaß wird mir entrissen.  
 Was ich niemals lebte, werd ich ewig missen.  
 Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle.  
 Mein Eigentum, jetzt habt ihrs auf der Kralle.  
 Wann sag ich wieder mein und meine alle.

Volker Braun: Das Eigentum

## Editorial

Es ist schwer, Kurs zu halten. Was eben noch eine verlässliche Landmarke oder eine richtige Peilung zu sein schien, ist jetzt schon trügerische Desorientierung. Durch den vorgezogenen »Notanschluß« der DDR blieb auch das bescheidene Restanliegen der demokratischen Bewegungen, in ihrem Land wenigstens noch selbst »Ordnung machen« zu dürfen (Friedrich Schorlemmer), unerfüllt. Die Niederlage und die Sorge der demokratischen Bewegung in der DDR wird ebenso in das neue Deutschland eingehen wie die Hoffnungen auf eine andere Gesellschaft. Der ganze »Text« ist auf seine Verständlichkeit zu überprüfen und, wo erforderlich, neu zu schreiben. Was sich mit dem Ausbruch und der Niederlage der portugiesischen Nelkenrevolution am Rande Europas abzeichnete, das müssen die Bewegungen Deutschlands jetzt als Teil der eigenen Geschichte verarbeiten: Wenn es ihnen offensichtlich möglich ist, die gewaltigen Kräfte zu einem revolutionären Umbruch zu entwickeln, warum gelingt dann immer wieder die Umlenkung dieser Kräfte in das kapitalistische »Gehäuse der Hörigkeit«? Eine Hoffnung wiederzufinden, die nicht zur »Falle« wird, bedarf entschiedener Anstrengungen. Keinesfalls geht es darum, sich auf eine nostalgische Verklärung der nie »besessenen« Verhältnisse einzulassen. Alle Enttäuschung über die anschließende Wendung der demokratischen Wende in Richtung Konsumismus und Nationalismus sollte deren radikal demokratische — und insofern auch wirklich sozialistische — Dimension nicht vergessen machen.

So gilt gerade jetzt, was Oskar Negt als Lernergebnis seiner Reflexion über den »gebrochenen Anfang«\* festgehalten hat: »Solange es den Stalinismus als eine für jedermann sichtbare Mißgeburt des Sozialismus gab, hatte der Kapitalismus in den hochentwickelten Industrieländern keine ernsthafte Konkurrenz zu befürchten; es ist, nimmt man das nicht als Stufenmetaphysik, sondern als Chance, unter diesen Bedingungen nicht auszuschließen, daß wir nicht am Ende, sondern am Anfang eines sozialistischen Zeitalters stehen.« Aber ein solcher Anfang beginnt nicht bei Null. Erinnern und Durcharbeiten gehört für die unterschiedlichen linken Kräfte aus BRD und DDR zu einer realitätstüchtigen Politik. Wir werden ernst nehmen müssen, wenn jemand wie André Brie sagt, als Sozialist rede er »mit einem Berg von Leichen« im Hintergrund (FR 27.8.). Ausgrenzung und Diskursverweigerung sind für eine produktive Erneuerung ungeeignet. Von PDS-Mitgliedern »eine bedingungslose geistige Kapitulation« (ebd.) zu fordern, ehe man ihnen zuhört, verhindert die notwendige Kritik. Weder trotziges Festhalten noch eilige Flucht können das unabgegoldene Erbe sozialistischer Politik wieder zum Leben erwecken und einen verständlichen Text hervorbringen, der Emanzipation und Überleben in zeitgenössischen Projekten neu verknüpft. Dies ist — über die kurzfristigen »Zwänge« der kommenden Wahlkämpfe hinweg — eine der zentralen Aufgaben der theoretischen Arbeit. Das *Argument* wird den notwendigen Analysen und Auseinandersetzungen Raum geben.

### Sozialpolitik statt Sozialismus?

Welche Handlungsperspektiven liegen darin, nach dem in der DDR gescheiterten Versuch ihrer Überwindung nun auf eine Bändigung, eine erneute Regulierung der kapitalistischen Produktionsweise zu setzen? Ist sie als Alternative zum sozialistischen Projekt zu denken, oder ist sie selbst das Teilstück einer erneuerten sozialistischen Politik? *Michael Krätke* analysiert die Grenzen der »traditionellen Sozialpolitik«, die durch ihre Orientierung auf ein männlich bestimmtes »Normalarbeitsverhältnis« Jugendliche, Frauen und Ausländer als »Irreguläre« diskriminiert. *Brigitte Hansen* geht der Frage nach, ob der skandinavische Sozialstaat auch vom Standpunkt der Frauen Modellcharakter hat. *Frieder Otto Wolf* setzt sich mit traditionellen Vorstellungen von »Arbeiterpolitik« und neueren Konzepten einer unternehmerorientierten Arbeitspolitik auseinander. Er entwirft eine »Arbeitspolitik von unten« als Artikulationsfeld von unterschiedlichen, aber durch bündnisfähige Interessenperspektiven aufeinander verwiesenen Bewegungen und Kämpfen. *Frigga Haug* diskutiert Tragfähigkeit und Grenzen des von Oskar Negt initiierten Projektes, die Gewerkschaftsarbeit als »Gemeinwesenarbeit« zu erneuern und auf diese Weise wieder in die politische Offensive zu bringen.

F.O.W.

\* Eine aktualisierte Fassung erscheint in *Argument* 184.

## Krise der Perestrojka

»Projekt Perestrojka« hieß das Heft (*Argument* 170), mit dem wir uns vor zwei Jahren vorwagten. »Der erste befreiende Bruch ist vollzogen, der Prozeß unumkehrbar geworden«, schrieben wir im Editorial. Das stieß auf Skepsis, gelegentlich mit Hohn untermischt. Während aber das meiste, was zu diesem Thema erst vor einem Jahr geschrieben wurde, heute wie aus einem vergangenen Jahrhundert anmutet, wirkt dieses — analytisch und nicht prognostisch angelegte — Heft vom Spätsommer 1988 mit seinen damaligen Themen noch ganz zeitgenössisch: Die »Dialektik der Perestrojka« hat sich krisenhaft entfaltet, die »Revolution wider die Apathiemaschine« ist über ihre damaligen Zielvorstellungen hinausgetrieben worden, die Perestrojka der Geschlechterverhältnisse ist immer noch Zukunftsmusik, während die »zweite Entstalinisierung« sich radikalisiert hat.

In einer Hinsicht haben sich die Erwartungen nicht erfüllt: Wir meinten zu sehen, wie »die Entdeckung des *sozialistischen Pluralismus* begleitet ist von der Herausbildung eines neuen *sowjetischen Universalismus*, eines politisch-ethischen Allgemeinwillens.« Wir hielten es für möglich, daß die nationalen Konflikte »sogar zu dessen Stärkung beitragen« könnten. Heute scheint die Perestrojka sich in höchster Krise zu befinden. Liberalisierung, Nationalisierung und Demokratisierung wirken wie Hammerschläge, unter denen die Sowjetunion zerfällt. Ist dies schon das Scheitern? Oder hängt, wer die Perestrojka schon gescheitert sieht, noch in absolutistischen, etatistischen Politikmustern fest und sieht die Multiplikation von politischen Akteuren und die vielfältige Relativierung und Schwächung der Position Gorbatschows nur deshalb als das Ende der Umgestaltungspolitik?

Andererseits drohen die Hoffnungen auf die Perestrojka als *Umgestaltung des Sozialismus* tief enttäuscht zu werden. Was im beschleunigten Übergang zur »Marktwirtschaft« noch die Orientierung auf »Sozialismus« bedeutet, wird immer schwerer zu bestimmen. Die Flucht in die Marktwirtschaft scheint zur einzigen Devise zu werden. Doch nur, wer die alte Apathiemaschine nicht kennt, an der sich längst riesige Wucherungen von Korruption und Kriminalität festgefressen haben, oder wer sie einfach nicht kennen will, kann diesen Umbruch mit Nostalgie betrachten. Mehr denn je gilt: »Doch der geschichtliche Sinn dieses Umbruchs ist noch nicht heraus.« (Editorial *Argument* 180) Um so wichtiger wird die sorgfältige Analyse und der »Versuch, diese zu denken und dadurch die Theorie umzugestalten« (Editorial *Argument* 178). *Krise der Perestrojka*, kein Zweifel. Aber vielleicht ist diese Krise die Prozeßform der Perestrojka selbst.

In unserem zweiten Heftschwerpunkt analysiert *Klaus Segbers* die Auseinandersetzungen auf dem 28. Parteitag der KPdSU, der möglicherweise der letzte war. Der »Sieg« Gorbatschows könnte sich vor dem Hintergrund des Fehlens konziser ökonomischer Strategien und der zwischen Realismus und Resignation schwankenden Stimmung der Bevölkerung als vergeblich erweisen. *Thomas Sauer* hält Begriffe wie »Kommandowirtschaft« oder »befehlsadministratives System« für unzureichend, um die Blockierungen zu begreifen. Mit dem Instrumentarium des ungarischen Ökonomen János Kornai wird der Übergang von einer ressourcen- zu einer nachfragebeschränkten Ökonomie untersucht.

*Johannes Busch-Weßlau* liest die in der Perestrojka entwickelten Konzepte von Rechtsstaatlichkeit vor dem Hintergrund der Marxschen Kritik der Rechtsform. *Hans-Heinrich Nolte* wendet sich gegen Segbers' These vom Primat der Innenpolitik in *Argument* 170 und beleuchtet die außen- und rüstungspolitischen Determinanten der Perestrojka. Ihr Schicksal hänge wesentlich von einer Zivilisierung der Weltgesellschaft ab.

Aus Anlaß der z.T. handgreiflichen Auseinandersetzungen um die Thesen des Moralphilosophen Peter Singer über »Euthanasie« an schwerstbehinderten Neugeborenen veröffentlichen wir den Beitrag einer Friedensinitiative Münsteraner Philosophen. Die Autoren zeigen u.a. auf, daß die Befürworter eines Thematisierungsverbots sich die Möglichkeit eines rationalen Umgangs mit der Abtreibungsfrage ebenfalls beschneiden und konservativer Moraljustiz die Tür öffnen.

W.F.H./J.R.

Günther Anders

## Sklavensprache

Auch heute noch, 170 Jahre nach Metternich, ist die österreichische Sprache eine Sklavensprache. Das Verbum »dürfen« spielt auch heute noch eine entscheidende Rolle — was den geborenen Österreichern natürlich niemals auffällt. Heute schloß die Rede — nein, nicht etwa eines ÖVP-, sondern eines SPÖ-Abgeordneten:

»Ich darf wohl betonen, meine D. u. H., daß uns das Recht zusteht, etcpp ...«

Das heißt: Über sein *Recht* zu sprechen, kann er sich nur deshalb herausnehmen, das wagt er allein deshalb, weil er das *darf*, weil ihm das — denn darauf läuft das Wort »dürfen« hinaus — von einer zwar nicht eigens genannten, aber offenbar von ihm und seinen Hörern als Autorität anerkannten, Instanz *erlaubt worden ist*: Seine Freiheit legitimiert er durch die Betonung, daß diese zu betonen, keinen Akt des Ungehorsams darstellt. —

Dieses Notat gehört in die »politische Philologie«, die ich während des Vietnamkrieges in meinem Tagebuch über das amerikanische Aggressionsvokabular einzuführen versucht hatte. Oder nicht »einzuführen«, sondern »fortzuführen«. Denn Karl Kraus hatte diese, freilich ohne sich meines pompös-akademischen Ausdrucks zu bedienen, bereits während des Ersten Weltkrieges eingeführt.

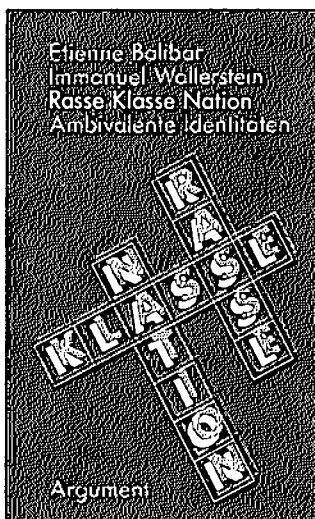
## Zur Erinnerung an Norbert Elias (1897 — 1990)

Selten ist der Name eines weltberühmten Autors so eindeutig mit einem bestimmten Werk verbunden wie im Falle von Norbert Elias. *Der Prozeß der Zivilisation* erschien 1939 in der Schweiz zur Unzeit. Der deutsche Faschismus verhinderte jede öffentliche Resonanz der in der Emigration entstandenen Studie. Nach 1945 war es darum nicht besser bestellt. Die Fremdheit war durch den inneren Zustand der wissenschaftlichen Disziplinen selbst bedingt. Mit seinem Gespür für den Materialwert von Taschentuch, Messer und Gabel und deren Gebrauchsweisen im Alltag bewegte sich Elias auf einem dem herrschenden geisteswissenschaftlichen Paradigma unzugänglichen Kontinent. Nicht nur läßt er sich von dessen dualen Begriffsmustern nicht gefangen nehmen, er beginnt seine Untersuchung mit der historischen Rekonstruktion desjenigen Musters, das wie kein anderes in der deutschen Bildungswelt zu unerschütterlicher Gewißheit geronnen war und den nationalen Gegensatz zu Frankreich und England kulturell festschrieb: »Kultur« versus »Zivilisation«. Elias zeigte, daß der Sprengstoff, der in diesen nationalen Gegensatz gebannt war, soziale Ursachen hatte und aus innergesellschaftlichen Konflikten zwischen tonangebendem Adel und aufstrebendem Bürgertum im 18. Jahrhundert stammte. Er erinnerte die deutsche Intelligenz daran, daß das bloße Pochen auf »Kultur« und »Bildung«, auf Tiefe des Gefühls und Reinheit der Überzeugung, einst der »Oberflächlichkeit« der französischsprachigen höfischen Gesellschaft entgegengesetzt, im 20. Jahrhundert nichts von seiner Ambivalenz verloren hatte. Denn die Tendenz, zwischen dem »rein Geistigen, als dem eigentlich Wertvollen, und dem Politischen, Wirtschaftlichen, Gesellschaftlichen einen starken Strich zu ziehen« (I, 32), führte in aller Regel zum einverständigen Arrangement mit dem Faschismus an der Macht.

Elias' Rekonstruktion des Zivilisationsprozesses unterbaut den Marx'schen Gedanken von der Gesellschaftlichkeit des menschlichen Wesens und gibt der Erkenntnis, daß die Bildung der fünf Sinne »eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte« ist (MEW EB I, 541f.), ihre reiche Bedeutung. So sieht er in der Ausbildung handlungsorientierender innerer Instanzen eine Bewegung von außen nach innen, den »Abdruck der Gesellschaft im Innern« (I, 173), was aber nicht mechanisch verstanden werden darf, sondern als selbsttätiges Nach-innen-Nehmen, als ständiges Verwandeln von Fremdwängen in Selbstzwänge. Dem Vorrücken der Peinlichkeitsschwelle etwa entspricht ein verändertes äußeres Arrangement: das peinlich Gewordene, z.B. das Zerlegen ganzer Tiere bei Tisch, verschwindet »hinter die Kulissen des gesellschaftlichen Lebens« und wird von Spezialisten besorgt (I, 163). Wenn Elias sagt, daß dieses »Aussondern« charakteristisch sei für den Vorgang, den wir »Zivilisation« nennen, so erweist er sich auch als Vordenker von Foucaults kulturhistorischen Forschungen zur Sexualität und zur Entstehung des Gefängnisses. Hier und in vielen anderen Passagen zeigt sich sein erstaunliches Verständnis für die Materialität des Ideologischen. Was in der zeitgenössischen Ratgeberliteratur, die Elias als großartige Quelle entdeckt hat, als fertiges Resultat präsentiert und den einzelnen als Norm vorgehalten wird, zeigt sich von seiner Entstehungsnotwendigkeit her als Ergebnis wachsender »Interdependenz der Menschen« (II, 314). Die damit in Gang gesetzte »Affektmodellierung« bewies ihre Vorzüge in einer auf Konkurrenz um Einfluß, Macht und Reichtum gebauten Gesellschaft. Es gilt, sie als zivile Produktivkraft zur Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft zu nutzen.

Peter Jehle

# Was ist Neo-Rassismus?



*Etienne Balibar/  
Immanuel Wallerstein*  
**Rasse Klasse Nation**  
*Ambivalente Identitäten*  
Übersetzt von Ilse Utz  
und Michael Haupt  
279 S., br., DM 28,-

Dies Buch ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus — vierzig Jahre nach dem Ende der Nazi-herrschaft und zwanzig Jahre nach der Entkolonialisierung und der Aufhebung der Rassentrennung in den USA — fast überall auf der Welt auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um

mehr handelt als eine Episode, um mehr als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Der Rassismus, so Balibar und Wallerstein, ist die Kehrseite des bürgerlich-kapitalistischen »Universalismus« und mit diesem aufs engste verbunden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien. Das Verdienst der Autoren besteht darin, diese Widersprüchlichkeiten zu denken, ohne einseitig optimistischen oder pessimistischen Einschätzungen zu verfallen.

Weitere Veröffentlichungen zum Thema:

## *Theorien über Rassismus*

Hg. von Otger Atrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht und Cornelia Wolf

Argument-Sonderband AS 164,  
170 S., br., DM 18,50

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13



Michael Krätke

## Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat

»Social Security is not a political question at all. It is neither socialist nor capitalist. It is simply common sense.«  
William Beveridge

### Krise des Wohlfahrtsstaats

Trotz mittlerweile langwährender Prosperität in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern ist die Krise der Wohlfahrtsstaaten nicht vorbei. Gelegentlich ist zu vernehmen, daß der Wohlfahrtsstaat keineswegs in der Krise sei, vielmehr in der Krise durchaus situationsgerecht funktioniert habe und von keiner Seite bedroht gewesen sei (vgl. Ganßmann u.a. 1987). Ein kurze Gegenrede: Es stimmt, daß aller neokonservativer Abbruchstimmung und Abbaurhetorik zum Trotz eine wesentliche Reduzierung der staatlichen Sozialleistungen in keinem entwickelten Wohlfahrtsstaat stattgefunden hat. Es läßt sich lediglich konstatieren, daß das reale Wachstum der gesamten staatlichen Wohlfahrtsausgaben seit 1974 und noch einmal etwas stärker seit 1984 abgebremst wurde. Das mag man als Indiz dafür nehmen, daß die Wohlfahrts-Staatsausgaben endlich wieder im Griff der jeweiligen Regierungen sind, und als Erfolg der neokonservativen Wendepolitiken werten, die dem Leviathan die Zügel anlegen wollten. Gleichwohl: der Wohlfahrtsstaat wächst weiter, wenn auch langsamer und kontrollierter als zuvor (vgl. Krätke 1989b). Es stimmt ebenso, daß in den entwickelten Wohlfahrtsstaaten die Zahl der Überzähligen wächst, ohne daß dies zu größeren sozialen Konflikten, zu einer Bedrohung des vielgeliebten »sozialen Friedens« gar, geführt hätte: Seit Ende der siebziger Jahre (in der BRD seit 1981) übertrifft die Zahl der von Transferzahlungen lebenden Personen deutlich die Zahl der Arbeiter. Die Zahl der Armen — Sozialhilfeempfänger, Langzeitarbeitslose, Kleinentner, alleinerziehende Mütter, Obdachlose, Unterbeschäftigte und andere »arbeitende Arme« — hat deutlich zugenommen. Die Lebenslage beträchtlicher Minderheiten der Sozialleistungsempfänger hat sich verschlechtert — materiell und im Sinne von Lebenschancen. Massenhafte Protestbewegungen der von den Leistungen des Wohlfahrtsstaats materiell Abhängigen bzw. der Zukurzgekommenen und Ausgeschlossenen gab und gibt es nicht; Widerstandsbewegungen derjenigen, die die Kosten des Wohlfahrtsstaats vor allem tragen, das heißt, der Masse der mittleren Einkommensbezieher, sind auch nicht zu vermelden (vgl. Krätke 1989a). Dies zugegeben, läßt sich dennoch mit Fug behaupten, daß der Wohlfahrtsstaat in einer Krise ist. Und zwar nicht nur in dem Sinne, daß ein bestimmtes reformistisches »Sozialstaatsprojekt« Anhang und Glaubwürdigkeit verloren hat, wie Ganßmann u.a. (1987, 148ff.) meinen. Die Krisenrhetorik des vergangenen Jahrzehnts verweist darauf: Daß der Wohlfahrtsstaat gerade dann teuer und stets teurer werden muß, wenn die sozialen Kosten der kapitalistischen Produktionsweise massiert anfallen, also in Krisen- und Stagnationsperioden,

gilt längst nicht mehr als selbstverständlich. Im Gegenteil: das anhaltende Wachstum der Sozialausgaben, die unerwünschte und unvermeidliche Folge einer anhaltenden Wachstums- und Beschäftigungskrise, ist mit Erfolg zum Krisenfaktor hochstilisiert worden. Jedenfalls auf der Bühne der offiziellen Politik hat die »Krise des Wohlfahrtsstaats« die »Krise des Kapitalismus« verdrängt.

Das verwickelte Bündel sozialpolitischer Institutionen und Akteure, das wir »Wohlfahrtsstaat« nennen, ist eher das Resultat einer Vielzahl unkoordinierter und ungeplanter Teilantworten auf Risiken und Probleme, die sich dem Staat aufdrängen, als das Produkt eines klaren politischen Plans. Ob es um die drohende Radikalisierung, die mangelnde industrielle Disziplin oder die drohende Ab- und Auswanderung qualifizierter Industriearbeiter geht, stets dominieren drängende Probleme und drohende Katastrophen. Das gilt ebenso für das sozialpolitische Engagement der Arbeiterbewegung, die viel mehr auf akute Notlagen reagiert und sich dabei der Handlungslogik der großenteils gegen ihren Willen etablierten sozialpolitischen Institutionen unterwirft, statt »Sozialstaatsprojekte« zu verfolgen. Eine »wohlfahrtsstaatliche Ersatzprogrammatische« hat sie wenigstens in Westeuropa ebensowenig entwickelt wie ein klares Sozialismuskonzept.

Daher herrscht allenthalben Ratlosigkeit, sobald die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, die keiner der sozialpolitischen Akteure in ihrem Umfang und ihrer Geschwindigkeit erwartet, geschweige denn planvoll herbeigeführt hat, Anfang der achtziger Jahre ins Stocken kommt. Weder die Freunde noch die Gegner des Wohlfahrtsstaats wissen, wie es weitergeht, obwohl sich (fast) alle darin einig sind, daß es nicht weitergehen könne wie bisher. Obwohl »Wohlfahrtsstaat« ein politisches, kein analytisches Konzept ist, gibt es keinerlei konsistente politische Theorie des Wohlfahrtsstaats. Nicht einmal bei den Protagonisten der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung innerhalb der europäischen Sozialdemokratie läßt sich eine politische Theorie ausmachen, die den Wohlfahrtsstaat als ein erreichbares und erstrebenswertes Ziel begründet und den Weg zu diesem Ziel erläutert (vgl. Bruce 1965, 16f.; Hook 1967, 165; Adler-Karlssohn 1969, 3ff.). Dieser Mangel einer normativ und empirisch gehaltvollen politischen Theorie macht sich um so stärker bemerkbar (vgl. Robson 1976, 7 u.ö.; George/Wilding 1984, 222f.), je weiter die heimliche wohlfahrtsstaatliche Revolution vorangeht. Jede Sozialpolitik impliziert eine politische Theorie, eine Reihe von Normen des »guten« oder »anständigen« Lebens, von Begründungen dafür, wem wann was wie zusteht, wer wann wie aufzukommen hat für die »legitimen« Bedürfnisse anderer, wann, wie und wieweit sich der Staat ins Leben seiner Bürger einmischen darf und soll. Bei jeder Sozialpolitik geht es nicht nur um technische Zweckmäßigkeit, sondern vor allem um die »regulativen Wertmaßstäbe«. Wohl institutionalisiert der Wohlfahrtsstaat die ständige Erweiterung der Sozialpolitik und etabliert eigene Sozialbürokratien, die die permanente Sozialreform professionell betreiben und mit selbst geschaffenen Sachzwängen rechtfertigen. Damit entstehen durchaus neue Interessen am und im Wohlfahrtsstaat, die aber nichts daran ändern, daß die Wertmaßstäbe des ganzen Unternehmens nicht offen begründet und propagiert werden. Darum findet der Wohlfahrtsstaat nur halbe Freunde und halbe Feinde.

Auf der anderen Seite verändert die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung folgen-

reich die Legitimation des modernen Staates. Allerlei mystische Eigenschaften, die dem Staat anhängen, verschwinden, sobald stets mehr Menschen in ihrem alltäglichen Leben von konkreten materiellen Leistungen abhängig werden, für die der Staat zu sorgen hat. Die Bürger verhalten sich zum Staat als einer Leistungsorganisation und beurteilen ihn entsprechend. Nicht daß jeder Bürger auch ein aufgeklärter Konsument ist und der Untertanengeist von heute auf morgen verschwindet. Aber die Bürger lernen, daß der Staat ihnen durchaus etwas schuldet, daß sie sehr konkrete Anrechte und Ansprüche haben, die einzufordern sich lohnt — gute Schulen, gute Straßen, gute öffentliche Verkehrsmittel, funktionierende Kommunikationssysteme, anständige Gesundheitsdienste, angemessene Sozialleistungen. Dies gibt dem bürgerlichen Staat als Wohlfahrtsstaat eine Legitimation, wie sie kein früheres politisches System im Kapitalismus je erreichen konnte (vgl. Walzer 1968, 292).

Man braucht keine »Legitimationskrise« des Wohlfahrtsstaats zu behaupten, um zu sehen, daß die lange und unerledigte Agenda einer politischen Theorie »für den Wohlfahrtsstaat« (Luhmann 1981, 11) für diesen Staatstyp zum Problem werden kann. Dann nämlich, wenn die Legitimität der staatlichen Sozialpolitik selbst in Frage gestellt wird. Kritisch werden Fragen nach der Legitimation der bisherigen Sozialpolitik gerade, wenn es keine »Legitimationskrise« im von Habermas u.a. behaupteten Sinne gibt. Solange die große Mehrheit der Bürger gute Sozialleistungen, soziale Sicherheit usw. vom Staat erwartet, steht der Wohlfahrtsstaat unter Rechtfertigungsdruck. Der Druck nimmt zu, sobald die Strukturveränderungen der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft, die der Wohlfahrtsstaat hervorbringt, in den Blick geraten. Sie mögen unbeabsichtigt und selbst unerwünscht sein; als Staatstyp *sui generis* kann der Wohlfahrtsstaat auf Dauer nicht umhin, diese Folgen — die Habermas in der Formel der »wohlfahrtsstaatlichen Transformation des Kapitalismus« zusammengefaßt hat — zu verarbeiten. Dafür braucht es Maßstäbe des guten Lebens, der sozialen Gerechtigkeit, die der Wohlfahrtsstaat allenfalls in Form einer jeweils zu entschlüsselnden institutionellen Logik enthält. In dem Maße wie sich die Einsicht verbreitet, daß der Wohlfahrtsstaat eine (kapitalistische) Realität *sui generis* ist, keineswegs nur eine Randkorrektur des »liberalen« Kapitalismus und in keiner Weise ein schleichender, kriechender oder sonstwie fortschreitender »Übergang« zu einem Sozialismus, wird es nötig, sich über Funktions- und Entwicklungslogik dieser historischen Form des Kapitalismus zu verständigen.

### Sozialpolitik und Sozialstruktur

Die staatliche Sozialpolitik im Kapitalismus ist aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zu erklären. Sie hat mit »sozialer Sicherung« zu tun — Sicherung des Überlebens des einzelnen in der Gesellschaft ebenso wie Sicherung des Überlebens der Gesellschaft. In kapitalistischen Marktgesellschaften wird die soziale Sicherung des einzelnen in der Regel »privat« organisiert; sie beruht auf privaten Gütervorräten, privater Schatzbildung, privatem Kredit und privaten Versicherungen. Den nicht-besitzenden Klassen sind diese privaten Sicherungen mehr oder minder vollständig verstellt: Nicht-Besitzende (Lohnarbeiter wie

Nicht-Lohnarbeiter) haben in der Regel keine (zureichenden) Geld- oder Güterreserven, sie haben keinen Kredit, sie können sich private Versicherungen gegen die Risiken ihrer (Arbeits)marktexistenz nicht leisten. Ihre soziale Sicherung kann daher nur von privaten Arbeitgebern kommen, bzw. von eigenen, selbst organisierenden Solidargemeinschaften, oder vom Staat. Kapitalistische Marktgesellschaften bieten im Prinzip eine »soziale Sicherheit« für jedermann: die der persönlichen Freiheit. Ihre Beschränkung behält sich der bürgerliche Staat als Monopol vor. Der Bankrott — das heißt, der Fall, wo alle privaten Sicherungssysteme versagen — eines Privateigentümers führt nicht zum Verlust der persönlichen Freiheit; Schuldklaverei, Selbstverkauf in die Sklaverei, »freiwilliger« Übergang in die eine oder andere Form der Hörigkeit sind ausgeschlossen. Der Bankrotteur wird nicht Unfreier, sondern doppelt freier Lohnarbeiter. Der Lohnarbeiter, dessen Arbeitskraft aus welchem Grund auch immer unverkäuflich wird, wird zum Pauper, aber darum noch nicht zum Unfreien. In bürgerlichen Demokratien behält auch der Pauper die vollen Bürgerrechte.

Soweit die »freien Bürger« in kapitalistischen Marktgesellschaften sich als rationale Egoisten verhalten, ist die Organisation kollektiver Sicherungssysteme für die Nicht-Besitzenden aller Klassen ein unlösbares Problem. Diejenigen, die solche Sicherungssysteme nicht brauchen, werden freiwillig keine Beiträge dazu leisten, die obendrein auf Kosten ihrer privaten Sicherungssysteme gehen; diejenigen, die sie brauchen, können sie in der Regel nicht bezahlen. Ohne ein Minimum an Zwang kommen solche kollektiven Sicherungssysteme nicht zustande. Weder private Unternehmer noch der Staat werden sich die Mühe machen, ihre Arbeiter bzw. eine Vielzahl von Bürgern in solche Sicherungssysteme zu zwingen, wenn sie kein deutliches Eigeninteresse daran haben. Wo es keine Möglichkeit des Zwangs gibt — in den Verhältnissen freier Lohnarbeiter untereinander oder zwischen Lohnarbeitern und Paupers —, oder wo es die institutionalisierte Möglichkeit gibt, sich dem Zwang individueller Unternehmer oder des Staates erfolgreich zu widersetzen — wie in demokratischen politischen Systemen (vgl. Offe 1987) —, hängt die Existenz kollektiver Sicherungssysteme davon ab, daß hinreichend viele der freien Bürger sich »irrational« verhalten. Hinreichend viele Lohnarbeiter müssen bereit sein, sich freiwillig an Solidarorganisationen wie Gewerkschaften oder Unterstützungskassen zu beteiligen, hinreichend viele Unternehmer und Lohnarbeiter müssen bereit sein, einen staatlichen Versicherungs- und Beitragszwang anzuerkennen. Das tun sie nur, wenn sie sich an eigenen Normen »solidarischen« Verhaltens orientieren bzw. die Legitimität staatlichen Zwangs für anerkannt »gute« sozialpolitische Zwecke auf Grund ebendieser Normen akzeptieren.

Ohne Eigeninteresse des Staates bzw. der Unternehmer und ohne normative Überzeugungen der Bürger lassen sich kollektive Sicherungssysteme im Kapitalismus nicht erklären. Eine solche Erklärung läßt sich finden, sobald man sich auf den Kontext historischer Zeit ein- und die Modellwelt der »rational choice«-Ansätze hinter sich läßt. Die Anfänge der staatlichen Sozialpolitik im Kapitalismus sind erheblich älter als die bürgerliche Demokratie; die ersten sozialpolitischen Interventionen des Staates, vor allem die epochale Erfindung der Sozialversicherung, werden von staatlichen Bürokratien getragen und durch-

gesetzt — gegen erheblichen Widerstand der liberalen bürgerlichen Parteien und gegen den Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung. Es sind durchweg autoritäre Regimes, (schein-)konstitutionelle Monarchien oder parlamentarische Republiken mit beschränktem Wahlrecht, die sozialpolitische Experimente wagen und neuartige Institutionen kreieren können, gerade weil sie sich nur in beschränktem Maße zu legitimieren brauchen. Der Sozial(versicherungs-)staat ist von Geburt paternalistisch. Der enorme Demokratisierungsschub am Ende des Ersten Weltkriegs beschleunigt die sozialpolitische Entwicklung keineswegs, im Gegenteil. Allerdings führt der Übergang zur parlamentarischen Demokratie des allgemeinen Wahlrechts auch nicht dazu, daß die von den autoritären Regimes begonnene staatliche Sozialpolitik wieder zurückgedrängt wird. Die bürgerlichen Demokratien machen sich — wenn auch zögerlich — allesamt an den Ausbau der überkommenen sozialpolitischen Institutionen. Das spricht nicht nur für ein andauerndes Eigeninteresse des Staates bzw. der politischen und bürokratischen Eliten an Sozialpolitik. Es spricht auch dafür, daß hinreichend große Gruppen von Stimmbürgern Gelegenheit hatten, eigene Interessen an der staatlichen Sozialpolitik zu entwickeln. Wenn aber staatliche Sozialpolitik neue und einigermaßen dauerhafte Interessenlagen hervorbringt, die die Mehrzahl der Stimmbürger veranlassen, sich vom Staat in allerlei »soziale Pflichten« nehmen zu lassen, dann hat sie die Sozialstruktur verändert.

Dieser Grundgedanke findet sich bei einigen Klassikern der »wissenschaftlichen Sozialpolitik«. Sozialpolitik betrachteten sie als Klassenpolitik, in erster Linie als »Lohnarbeiterpolitik« (vgl. Lechtape 1929 als Überblick), die die Lage der Arbeiterklasse, mithin auch die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft verändere. Mit unterschiedlicher Bewertung wurden die Folgen der staatlichen Sozialpolitik für die Fabrikdisziplin und Arbeitsproduktivität (Bernhard 1912), für Lebensweise und Habitus der »Unselbständigen« (Lederer 1912/1919), für den individuellen und kollektiven Handlungsspielraum der Lohnarbeiter (Heimann 1929) beschrieben. Staatliche Sozialpolitik könne nicht nur Klassengegensätze mildern, sondern die gesamte Struktur der sozialen Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft verändern (vgl. Marshall 1950, 47). Sozialpolitik habe strukturerehaltende sowie strukturverändernde Wirkungen; sie könne selbst »gestaltend« betrieben werden, um bestimmte Gruppen oder Schichten von Lohnarbeitern eine andere Stellung in der Gesellschaft zu geben (vgl. Preller 1962, 125ff.).

Welchen Einfluß Sozialpolitik auf die Lage der Arbeiterklasse habe, war für Marx eine empirische Frage (vgl. seinen Fragebogen für Arbeiter von 1880 in MEW 19, 230ff.). Die Marxisten nach Marx pflegten gegen die (kathedersozialistischen) »Sozialquacksalber« zu wettern und enthielten sich klarer Urteile über die möglichen oder tatsächlichen Effekte der Sozialpolitik (vgl. Krätke 1982/83). Nur wenige sahen die möglichen Folgen einer fortschreitenden »Durchstaatlichung« der kapitalistischen Ökonomie (so Karl Renner 1918). Außenseiter wie Earl Browder vertraten die These, bei Marx seien alle Elemente einer allerdings unausgearbeiteten Theorie des »Soziallohns« bereits vorhanden — ohne jede Resonanz (siehe Browder 1958). Gelegentlich wurde die These gewagt, die staatlich institutionalisierte soziale Sicherung habe das Lohnarbeits-

verhältnis gewandelt (vgl. C.E.R.S. 1962). Die meisten waren es zufrieden, die staatliche Sozialpolitik im Kapitalismus wieder und wieder als Mittel der Unterdrückung bzw. Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Herrschaft des Kapitals zu entlarven (vgl. Tjaden-Steinhauer 1985).

Diejenigen Marxisten, die die jüngste Entwicklung des Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg zu erfassen suchen, haben die zentrale Rolle, die die staatliche Sozialpolitik darin spielt, längst begriffen. Einige plädieren dafür, eine neue theoretische Front zu eröffnen und sich ernsthaft mit den bislang vernachlässigten Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Staat zu befassen (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 40f., 121f. u.ö.). An dieser Front gibt es allerdings kaum Neues — auch nicht von den Anhängern der Regulationsschule, obwohl diese gerade unterschiedliche institutionelle Ausgestaltungen des Lohnverhältnisses zu einem zentralen Kriterium ihrer Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung machen. Aglietta etwa begnügte sich damit, das Wachstum der Staatsausgaben zum bloßen »Auswuchs (blossoming out) des Lohnsystems« zu erklären (1979, 243), die Gesamtheit der monetären Sozialtransfers und sonstigen Sozialleistungen »indirekter Lohn« zu taufen und umstandslos dem »variablen Kapital« zuzuschlagen (1979, 139, 162ff.). Die sehr verschiedenartigen (monetären und realen) staatlichen Sozialleistungen »indirekten« oder »Soziallohn« zu nennen, ist mittlerweile verbreitet; die Trennung zwischen direktem und indirektem (oder individuellem und Sozial-)Lohn gilt den Regulationisten gar als eins der zentralen Merkmale des »neuen« Lohnverhältnisses, das die »fordistische« Entwicklungsphase des Kapitalismus kennzeichne. Keiner aber macht sich die Mühe, den durchaus verwickelten Zusammenhang von direktem und indirektem Lohn zu analysieren; keiner stellt sich dem Problem, daß das Bündel staatlicher Sozialleistungen, das in die Reproduktion der Arbeiterklasse eingeht, nicht ohne weiteres in einen wert- oder preistheoretischen Kontext paßt (vgl. Krätke 1988). Der indirekte oder Soziallohn wächst in allen Wohlfahrtsstaaten absolut und relativ. Nach der unter Marxisten beliebten Formel bedeutet das eine »Dekommodifizierung« der Ware Arbeitskraft (vgl. für viele Bowles/Gintis 1981). Eine Redensart, die ebenso flott wie unbedacht ist, setzt sie doch voraus, daß die menschliche Arbeitskraft eine Ware wie jede andere sei. Seit Marx könnten wir wissen, daß sie das gerade nicht ist. Stellen wir uns dieser gut marxistischen Einsicht — die Arbeitskraft ist eine Quasi-Ware, der Arbeitsmarkt ein fingierter Markt —, dann kann staatliche Sozialpolitik ebensowohl »Kommodifizierung« als »Dekommodifizierung« der Arbeitskraft bedeuten. Kurz, die schöne Formel wird nichtssagend.

Dieser Abschied fällt nicht schwer. Lassen sich doch aus den Eigenarten der menschlichen Arbeitskraft als Quasi-Ware und aus den Besonderheiten eines Arbeits»markts« die Notwendigkeiten und Schwierigkeiten staatlicher Sozialpolitik systematisch begründen. Da Nicht-Besitzende nicht automatisch Lohnarbeiter werden und bleiben, wie Marx betont hat, ist ein gewisses Maß an staatlicher »Lohnarbeiterpolitik« immer nötig. Das System der »freien Lohnarbeit« entsteht keineswegs »naturwüchsig«, es wird vielmehr auf politischem Wege institutionalisiert. Der bürgerliche Staat ist so in der Geschichte des Kapitalismus immer schon an der Formierung einer »Klasse freier Lohnarbeiter« be-

teilt. Was wechselt, sind die Formen und die Intensität der staatlichen Regulierung des Lohn(arbeits)systems. Das macht den bürgerlichen Staat natürlich nicht zum einzigen oder gar wichtigsten Agenten der Transformation von Lohnarbeitsverhältnissen; das Kapital und die Lohnarbeiter selbst sind schließlich auch noch da. Aber es gibt uns einen klaren Begriff von Krise (etwa des »Wohlfahrtsstaats« als eines spezifischen Typs staatlicher Sozialpolitik): Es handelt sich um den erzwungenen Umbau eines historischen Typus der staatlich institutionalisierten Lohnarbeit und ihrer Konnexinstitute (wie z.B. der Sozialversicherung), der von der kapitalistischen Entwicklung überholt wird, eine Phase also, in der die vorhandenen sozialpolitischen Institutionen in Frage stehen und um neue sozialpolitische Erfindungen (wie z.B. ein Grundeinkommen) gestritten wird.

### Sozialpolitik als Klassenpolitik

Sozialpolitik als Klassenpolitik zu interpretieren heißt nicht, sie mit Unterdrückung, Überwachen und Strafen gleichzusetzen. Sie ist und bleibt auch das, aber eben nicht nur das. Es heißt auch nicht, die Rede von der Dämpfung oder gar Überwindung aller (oder einiger) Klassengegensätze für bare Münze zu nehmen — auch wenn das Motiv der »sozialen Einigung der Nation« (Max Weber) in der Geschichte der staatlichen Sozialpolitik keine kleine Rolle gespielt hat und der Übergang zum Wohlfahrtsstaat die Parameter Nation und Nationalismus verändert hat. Klassenpolitik wird eine Sozialpolitik hier genannt, soweit sie die Entstehung und Entwicklung unterschiedlicher Klassenlagen, die Ausbildung unterschiedlicher Verhaltensweisen, die Formulierung von klassenspezifischen oder -übergreifenden Interessen und die Entwicklung entsprechender Normen beeinflusst. Dabei interessieren weniger eventuelle Akteure und deren Intentionen, als die unbeabsichtigten und unabsehbaren gesellschaftsstrukturierenden Folgen. Dieser Perspektivenwechsel ist meines Erachtens fruchtbar nicht nur was die Klasse der »freien Lohnarbeiter« und ihre innere Differenzierung betrifft, sondern auch im Blick auf die benachbarten Mittel- und Unter-Klassenlagen der selbständigen Nicht-Kapitalisten bzw. der offiziellen Paupers. Die Entstehung einer Klasse von dauernd Unbeschäftigten neben und unterhalb der Arbeiterklasse, die die Austromarxisten Anfang der dreißiger Jahre befürchteten, und ihre Transformation in eine Unterklasse von dauerhaften Fürsorgeempfängern und Staatsmündern, läßt sich in dieser Perspektive behandeln. Last not least kommen auch die langfristigen Folgen der Sozialpolitik für die Formen bürgerlicher (Klassen)herrschaft in den Blick. Offiziell verhält sich der bürgerliche (Rechts)staat zu Bürgern und nicht zu sozialen Klassen; sobald er Sozialpolitik betreibt, durchbricht er dies geheiligte Strukturprinzip. Die Politisierung der Klassenverhältnisse, zu der die staatliche Sozialpolitik führt, hat daher auch Folgen für die Formen der staatlichen Herrschaft im Kapitalismus.

### Rechte und Anrechte

Proletarier sind ursprünglich keine Bürger, haben keine oder jedenfalls nicht die vollen Bürgerrechte. Sie bilden zusammen mit den Paupern eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, die außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft steht,

an deren Normen und Verkehrsformen sie keinen Anteil hat. Der Arme unter dem Regime der modernen Armenpflege hat keine Rechte und keine Ansprüche; Rechte haben nur diejenigen Vollbürger, die die Armensteuer bezahlen und damit dem Staat eine Armenpflege erst ermöglichen (vgl. Simmel 1908/1983, 350f.). Die ersten Fabrikgesetze schützen nur Frauen und Kinder, die in doppelter Weise abhängig und daher keine Bürger sind (vgl. Marshall 1950, 24f.). Vollbürger brauchen keinen staatlichen Schutz; im liberalen Rechtsstaat genießen sie die soziale Sicherheit, die ihnen ihr wohlverworbenes Eigentum bietet. Mit den ersten Gesetzen zur Beschränkung der Normalarbeitszeit auch für erwachsene und männlich Arbeiter nimmt der bürgerliche Staat die Arbeiter als eine spezifische Kategorie von Eigentümern, den Arbeitsvertrag als eine eigenartige Transaktion zur Kenntnis, die eine genaue Bestimmung und Abgrenzung der Eigentümerrechte der Beteiligten erforderlich macht. Die Lohnarbeiter werden als Eigentümer besonderer Art anerkannt und in die Gesellschaft der Privateigentümer integriert. Mit den ersten Sozialversicherungsgesetzen kommt ein Neues hinzu: Zum ersten Mal entsteht ein direktes Kontraktverhältnis zwischen den Lohnarbeitern als einer spezifischen Kategorie von Eigentümern und dem Staat. Was davor den besitzenden Klassen, etwa den Käufern von Staatspapieren, vorbehalten war, können Lohnarbeiter nun auch: spezifische Rechtsansprüche gegenüber dem Staat erwerben und mit Erfolg geltend machen (vgl. Marshall 1975, 54f.; Ewald 1986, 212f.). Dank der Sozialversicherung wird der Lohnarbeiter etwas Besseres als der Pauper; er hört selbst auf, »virtueller Pauper« (Marx, Grundrisse, 497f.) zu sein, da er Rechte hat, also als vollwertiger Staatsbürger dem Staat gegenüberzutreten kann, und auf Gnade nicht angewiesen ist.

Die neuartigen »sozialen Rechte« sind von vornherein an den Lohnarbeiterstatus gekoppelt und bleiben das lange Zeit. Soziale Sicherung gibt es lange nur für einen Teil der Nicht-Besitzenden und beileibe nicht bedingungslos. Die »Sicherheit« gebenden Rechtsansprüche gegenüber dem Staat wollen erworben sein; der Staat verlangt eine Gegenleistung: der einzelne Arbeiter hat sich einem vom Staat normierten Minimum an Arbeitsmarkt- und Lohnarbeitsdisziplin zu unterwerfen. Alle Sozialversicherungsgesetze tragen die Spur des ursprünglichen Ziels, »die fortgesetzte treue Verwertung der (noch) vorhandenen Arbeitskraft zu fördern« (Braun 1955, 28).

### Reproduktionsweise

Analytisch betrachtet, spielt sich das materielle Leben des modernen Lohnarbeiters vollständig auf Arbeits- und Warenmärkten ab. Es dauert, bis eine hinreichend große Anzahl von Lohnarbeitern fest in die Marktökonomie integriert ist. Es bedarf etlicher sozialpolitischer Staatsaktionen (Truckverbote, Verbot der Lohnzahlungen in Gutscheinen oder privaten Geldsurrogaten), bis zumindest die formelle Konsumfreiheit für die Masse der beschäftigten Arbeiter erreicht ist. Die Sozialversicherung, die eine genaue Kontrolle der Geldlohnsätze und der individuellen Verdienste bedingt, wirkt als Katalysator bei dieser Emanzipation des Arbeiters zum privaten Geldbesitzer und formell »souveränen« Warenkäufer.



Solange Beschäftigung und Löhne unregelmäßig und unsicher sind, hängt die materielle Reproduktion vieler Arbeiter von einer eigenen Hauswirtschaft, einer zweiten oder Subsistenzökonomie ab; Geldlöhne dienen in erster Linie dazu, diese zweite Ökonomie, den kleinen Haus- und Grundbesitz, Kleinviehhaltung, Gartenbau, kurz die Eigenproduktion der wichtigsten Lebensmittel instand zu halten. Nicht nur eine Übergangskategorie wie die »Arbeiterbauern«, sondern die Mehrzahl der Lohnarbeiter ist dieser zweiten Ökonomie neben der Warenökonomie verhaftet. Der Staat kann mittels Sozialpolitik die Bedeutung dieser zweiten Ökonomie erheblich beeinflussen: Kündigungsschutz, Normierung und Regulierung der Löhne, schließlich gesetzliche Anerkennung von Tarifverträgen machen Löhne und Beschäftigung sicherer, Sozialversicherungen verstetigen den Strom der Geldeinkommen. Für den voll sozialversicherten Lohnarbeiter gibt es im Prinzip keine Lebensperiode mehr, in der er voll und ganz auf die zweite Ökonomie angewiesen wäre. Zwar macht die staatliche Sozialversicherung lange an den Grenzen der sogenannten »traditionellen Ökonomie« (vgl. Lutz 1984) halt: Arbeiter in gewerblichen Kleinbetrieben, unregelmäßig Beschäftigte (wie Landarbeiter oder Seeleute), Hausangestellte, auch die Heimarbeiter, die sehr stark auf die zweite Ökonomie angewiesen sind, werden erst lange nach den Industriearbeitern einbezogen. Erst im ausgewachsenen Wohlfahrtsstaat verliert die zweite Ökonomie — dank langfristig steigender Löhne und Sozialleistungen — ihre Bedeutung; die Lohnarbeiter sind zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus so gut wie vollständig in die Warenökonomie integriert, mithin ebenso wichtig als Konsumenten wie als Produzenten.

Da sie persönlich frei sind, dürfen moderne Lohnarbeiter sich verheiraten und Kinder haben, wie sie wollen. Damit haben sie aber noch keine »Familie« im ökonomischen Sinn — weder als Eigentums-, noch als Arbeits- oder als Konsumverband. Erst eine lange Reihe von sozialpolitischen Staatsaktionen führt dazu, daß sich so etwas wie eine »Arbeiterfamilie«, ökonomisch gesprochen ein Privathaushalt auf der Grundlage von Arbeitslohn, etablieren kann, und die Arbeiter auch in dieser, für die herrschende Moral eminent wichtigen Hinsicht in die bürgerliche Gesellschaft integriert werden. Es beginnt mit dem gesetzlichen Verbot bzw. der Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit; Mutterschutz und spezieller Kündigungsschutz für Familienväter kommen hinzu. Spezielle Familien- und Kindersubventionen, in allen modernen Staaten beliebte Mittel der Bevölkerungspolitik, stärken das Familienbudget und werden mit steigender Ausbildungsdauer und steigenden Kosten um spezielle Unterhaltungssubventionen für Schüler und Studenten erweitert. Mit der Sozialversicherung und vor allem mit der Lohnsteuer führt der Staat Elemente des »Familienlohns« ins Lohnsystem ein, das heißt, sorgt für systematische Differenzierung der Nettolöhne nach »Familienstand« und »Kinderzahl« — in aller Regel zugunsten des männlichen Familienvaters. Die Arbeiterfamilie erhält in der Sozialversicherung einen offiziellen Status dank der bald erfundenen »Mitversicherung« für alle Angehörigen, die vom Versicherungspflichtigen ökonomisch abhängig sind. Weitere, auf den Haushalt des Lohnarbeiters bezogene Subventionen kommen hinzu — etwa die vielfältigen Mietsubventionen, die es vielen Lohnarbeitern gestatten sollen, sich auf dem »freien Wohnungsmarkt« zu behaupten. Das Haushaltseinkommen der

Arbeiterfamilie wird in stets höherem Maße nach staatlich anerkannten Bedürfnislagen differenziert und stets weniger vom Marktlohn abhängig. Als ökonomische Einheit lebt die Arbeiterfamilie stets mehr von Steuersubventionen, staatlichen Transferzahlungen und realen Sozialleistungen (vor allem im Gesundheits- und Erziehungswesen).

Lange konnte man einen Lohnarbeiter im Kapitalismus als jemanden charakterisieren, der keinen Kredit hatte — außer im Pfandhaus und beim Krämer oder Kneipenwirt um die Ecke. Auch als Sparer blieben sie mit ihren sprichwörtlichen Notgroschen außerhalb des kapitalistischen Kreditsystems. Der Auf- und Ausbau der Sozialversicherung ändert dies. Eine wachsende Zahl von Lohnarbeitern hat nun Sicherheiten zu bieten und wird daher kreditwürdig. Die Sozialversicherung bzw. die Transferzahlungen, auf die der sozialversicherte Arbeiter in einer Reihe von anerkannten Risikofällen (Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) ein Recht hat, dienen als Sicherung für einen stets wachsenden Überbau von Konsumenten- und Hypothekenkrediten, die die aktuelle Kaufkraft des individuellen Lohnarbeiters vervielfachen. Erst wenn auch die Lohnarbeiter auf Pump kaufen und sich regelmäßig verschulden — was der Staat mehr oder minder noch durch Steuersubventionen für gezahlte Schuldzinsen unterstützt, sind sie vollständig in die kapitalistische Waren- und Geldökonomie integriert. Investitionskredite bleiben ihnen in der Regel verschlossen, aber zur lebenslangen Verschuldung zwecks Erwerb langlebiger Gebrauchsgüter (wie Eigenheime, Autos) reicht die Sicherheit, die sie bieten können, allemal.

### Interesse am Staat

Staatliche Sozialpolitik bringt neue Interessengegensätze hervor. Wie die Interessenlagen und -gegensätze aussehen, hängt von der Form der sozialpolitischen Institutionen ab. Ob etwa von einem Interessengegensatz zwischen den beschäftigten und Beiträge zahlenden Lohnarbeitern und den nicht arbeitenden Sozialtransferbeziehern die Rede sein kann — wie er immer wieder in Form diverser »Mißbrauchsvorwürfe« gegen letztere aufscheint —, hängt auch von der Organisations- und Finanzierungsweise der jeweiligen Sozialtransfers ab.

Die staatliche Sozialpolitik transformiert die Interessenlage aller Lohnarbeiter. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus bekommen alle Lohnarbeiter ganz alltägliche »Geldinteressen« — nicht nur die Mitglieder einer »monied class« (geldbesitzenden Klasse), wie Marx sie noch beschreibt. Dank der Entwicklung der staatlichen Sozialpolitik nimmt der Großteil der Lohnarbeiter an der Entwicklung zu einer »rent-seeking society« (Gesellschaft auf Renten-jagd) teil, in der jeder, wo und wie er kann, beständig bestrebt ist, kleinere oder größere finanzielle Vorteile zu ergattern. Lohnarbeiter entwickeln zwangsläufig Subventionsinteressen, wenn sie die Erfahrung machen, daß das Ausnutzen der vielerlei Subventionsregeln, die auf ihre Lebenslage zugeschnitten sind, für ihr Haushaltseinkommen nicht weniger wichtig ist als ihre eigene Arbeitsleistung für ihren Verdienst. Als Dauerschuldner entwickeln sie Geldmarktinteressen — Interessen an Zinssätzen und sonstigen Kreditkonditionen. Kurz, nichts Kapitalistisches ist dem modernen Lohnarbeiter im Wohlfahrtsstaat mehr fremd.

Sozialpolitik macht die Lage der Arbeiterklasse zu einer Staatsaffaire — und zwar einer ersten Ranges. Ebenso wichtig wie dem Staat die Lebenslage der Lohnarbeiter wird andererseits die Lage des Staates, genauer seiner Finanzen, für die Arbeiter. Da ihre soziale Sicherheit ganz und gar von der finanziellen Stabilität, der aktuellen und zukünftigen Zahlungsfähigkeit der Sozialversicherungen abhängt, entwickeln sie ein Interesse am Staat wie es zuvor in der Geschichte des Kapitalismus höchstens die Besitzer von Staatsschuldpapieren hatten. Da die Lohnarbeiter an der Einlösung ihrer Rechtsansprüche auf künftige Transferzahlungen interessiert sind, sind sie von allem betroffen, was diese zukünftigen Einkommen in Gefahr bringen könnte. Lohnarbeiter finanzieren ihre soziale Sicherung zu einem Großteil selbst durch eigene Zwangsbeiträge und immer mehr auch durch (direkte) Steuern; im Gang der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung werden sie zu den weitaus wichtigsten Steuerzahlern, die überdies in zunehmendem Maße progressiv besteuert werden. Sie werden also respektable Einkommen- und Besitzsteuerzahler und entwickeln daher eigene Beitrags- und Steuerzahlerinteressen. Als Steuerzahler sind sie aber nicht nur an Steuererleichterungen für sich selbst, sondern auch an den Steuern der anderen und an den Staatsausgaben interessiert; als Beitragszahler richtet sich ihr Interesse direkt auf die mit diesen Beiträgen finanzierten Sozialtransfers, mithin auf die Rechte der jeweiligen Sozialleistungsempfänger. Da diese Rechte nur von staatlichen Sonderverwaltungen eingelöst werden können, entwickeln Lohnarbeiter auch ein Interesse am staatlichen Verwaltungshandeln; dank der Sozialpolitik erhalten auch die Arbeiter reichlich Gelegenheit, sich an der staatlichen Bürokratie zu stören.

Die hier angedeuteten Veränderungen der proletarischen Interessenlage, die im Eifer des Kampfes gegen den »Ökonomismus« von den meisten Marxisten übersehen wurden, geben bereits eine hinreichende Erklärung dafür, daß beträchtliche Teile der Arbeiterbevölkerung für die Versprechungen neokonservativer Politik (Steuererleichterungen, Abbau öffentlicher »Verschwendung«, Abbau der Bürokratie) empfänglich waren. Allerdings nur ein Teil. Die große Mehrheit der »Unselbständigen« stand und steht nach wie vor hinter dem System der öffentlichen Sozialleistungen, wenn auch mit deutlichen Nuancierungen: Systeme der staatlichen Renten- oder Krankenversicherung, öffentliche Schulen sind völlig unumstritten; bei Arbeitslosenversicherungen und vor allem den Systemen der öffentlichen Armenunterstützung sieht es ganz anders auf. Hier sind auch beträchtliche Gruppen schlichter Lohnempfänger bereit, dem »Sozialluxus« mittels Sparprogrammen zu Leibe zu rücken (vgl. für die Ergebnisse diverser nationaler Umfragen Krätke 1989b). Besonders auf vermeintliche Quereinsteiger ins soziale Sicherungssystem, vor allem Ausländer, reagiert der proletarische Wohlfahrtsstaatsbürger unwirsch bis aggressiv. Im Wohlfahrtsstaat haben eben alle soziale Rechte, aber keineswegs gleiche Rechte. Die staatliche Sozialpolitik verstärkt vorhandene Ungleichheiten innerhalb der Arbeiterbevölkerung, sie erzeugt neue Ungleichheitsbeziehungen und sorgt damit für eine Vielzahl latenter Interessengegensätze zwischen Gruppen von Beitrags- und Steuerzahlern bzw. Sozialleistungsempfängern.

Die Arbeiterklasse ist, wie andere Klassen auch, nie homogen; es sind immer

besondere Gruppen von Arbeitern, nie die Klasse als solche, die solidarisch handeln. Die staatliche Sozialpolitik erzwingt keineswegs Klassensolidarität. Sie knüpft vielmehr bei den vielfältigen Formen gruppenspezifischer sozialer Sicherung an, die sie vorfindet, reglementiert und erweitert, ohne allerdings deren Beschränktheiten — als Organisationen gut verdienender, stabil beschäftigter, hochqualifizierter Arbeiter in bestimmten Berufen — völlig zu überwinden. So falsch es ist, etwa die gewerkschaftlichen Hilfsklassen zu »Institutionen der Arbeiterklasse« zu stilisieren (vgl. Tjaden-Steinhauer 1985, 116 u.ö.), so wenig darf man daran vorbeisehen, daß die staatliche Sozialpolitik ganz erheblich dazu beiträgt, die Heterogenität der Arbeiterklasse zu vergrößern. Von Anfang an operiert sie mit Differenzierungs- und Ausschließungsregeln, die bestimmte Arbeitergruppen auf Abstand hält bzw. ins Abseits stellt. Landarbeiter, Seeleute, Saisonarbeiter, Heimarbeiter, Arbeiter in Mittel- und Kleinbetrieben, die Hausangestellten, die Mehrzahl der Kleinverdiener sind von den ersten Sozialversicherungen ausgeschlossen. Auf der anderen Seite wird die Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten durch Sonderregelungen und Sondereinrichtungen vertieft; für die Masse der Angestellten sind es die langlebigen sozialpolitischen Privilegien, die sie von den Arbeitern scheidet — monatliche statt wöchentlicher Lohnzahlung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, längere Kündigungsfristen, eigene und in der Regel bessere »Angestelltenversicherungen«. Wie er längst nicht alle Arbeiter in die Sozialversicherung aufnimmt, vor allem die »schlechten Risiken« unter den Lohnempfängern nicht, so entläßt der Staat oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze die gutverdienenden Lohnarbeiter wieder aus der Sozialversicherungspflicht. Allein im Blick auf diese recht elementare Differenzierung, die bei allen Typen staatlicher Sozialversicherung im Schwange war und ist, erhalten wir mehrere »soziale Sicherheitsklassen« innerhalb ein und derselben proletarischen Klassenlage. Das Interesse der Ausgeschlossenen ist klar: sie wollen aufgenommen werden. Die Privilegierten wollen sie nicht haben, da sie für eine höhere Anzahl »schlechter Risiken« mit höheren Beiträgen aufkommen müssen. Die Unterprivilegierten wollen Gleichstellung mit den Privilegierten innerhalb der Versicherung. Die Freigestellten wollen von Steuerforderungen verschont bleiben, die zu Lasten ihrer privat organisierten sozialen Sicherung gehen, während den Versicherungspflichtigen gerade die Steuerprivilegien, mit denen der Staat die private soziale Sicherung der Freigestellten fördert, nicht schmecken können. So ist für Zwietracht gesorgt.

Auch innerhalb ein und derselben »sozialen Sicherheitsklasse« gibt es noch Ungleichheiten genug. Der Staat differenziert nämlich zwischen verschiedenen Arten von »Unsicherheiten« oder »Risiken« (enger oder weiter gefaßt als »berufliche« oder »soziale« Risiken) und kreiert besondere Sicherungseinrichtungen für die verschiedenen Risikoarten. Aus deren unterschiedlicher Konstruktion folgt, daß es für den Sozialversicherten durchaus einen Unterschied macht, ob er als Kranker, als Invalid, als Arbeitsloser oder als Pensionär beim Staat vorstellig wird. Diese Klassifikationen haben ungleiche materielle und moralische Folgen, die den Versicherten sehr wohl bewußt sind. Das zeigt allein schon die in allen entwickelten Wohlfahrtsstaaten konstatierbare Flucht aus der offiziellen »Arbeitslosigkeit« in die offizielle »Invalidität«. Um diese Klassifikationen und

die damit verbundenen Sonderrechte wird fortwährend gestritten. Einmal etabliert, werden die partikularen Sicherungssysteme alsbald um spezialisierte Sonderprogramme für spezielle Risikokategorien erweitert — Spezialsysteme für arbeitslose Jugendliche oder Schulabgänger neben der allgemeinen Arbeitslosenversicherung, Spezialversicherungen für chronisch Kranke neben der allgemeinen Krankenversicherung usw. Mit jedem Fortschritt in dieser Richtung werden auch die Interessenlagen innerhalb jeder »sozialen Sicherheitsklasse« komplexer, die Unterschiede zwischen dem jeweiligen Eigeninteresse und den Interessen der anderen größer (vgl. Krätke 1989a).

Innerhalb jedes dieser Teilsysteme wird die vorhandene Ungleichheit von Lohnsätzen und Verdiensten zwischen verschiedenen Arbeitergruppen erweitert reproduziert — in dem Maße wie die Transferzahlungen als »Lohnersatz« konzipiert, das heißt, als ein hinreichend hoher Prozentsatz des Verdienstes oder des Durchschnittslohns bestimmt werden. Die Leistungen der meisten Sozialversicherungen waren zu Anfang strikt am »Existenzminimum« orientiert; von den frühen Invaliden- und Altersrenten allein konnte niemand leben (vgl. Hentschel 1983, 25ff.). Sie waren auch eher als Zubrot gedacht. Erst strikt lohnbezogene Sozialtransfers erlauben es einer wachsenden Zahl von Lohnarbeitern, zumindest zeitweilig allein vom Transfereinkommen zu leben. Damit wächst zugleich die ökonomische Ungleichheit zwischen den proletarischen Sozialleistungsempfängern. Was viel mehr ist: damit werden zum ersten Mal die Pauper erfolgreich ausgegrenzt, ein tiefer Unterschied zwischen Lohnarbeiter und Pauper staatlich institutionalisiert. Hier die guten Sozialleistungen, die wohlerworbenen Rechte, die eigenen Beiträge des Lohnarbeiters in der Sozialversicherung — dort das miserable Existenzminimum, die gewährte Fürsorge, die vor allem moralische Qualifikation des Paupers in der Armenfürsorge, der von den Steuern der anderen, auch der Arbeiter, lebt.

### Handlungschancen

Die institutionalisierte Sozialpolitik prägt Erwartungen und Handlungsdispositionen der Betroffenen. Indem der Druck des täglichen Kampfs ums Überleben von ihnen genommen wird, erhalten die Lohnarbeiter mehr Bewegungsfreiheit und werden anspruchsvoller (vgl. Heimann 1929/1980, 197, 199). Beides ist und bleibt durchaus auf den Arbeitsmarkt bezogen: Da »sozial gesicherte« Lohnarbeiter sich nicht mehr um jeden Preis verkaufen müssen, können sie zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus rationale Entscheidungen über ihr Arbeitsleben treffen; da sie nicht mehr von der Hand in den Mund bzw. von Wochenlohn zu Wochenlohn leben müssen, sind sie in der Lage, (Lebens-)Pläne zu machen (vgl. Vobruba 1983, Krätke 1989a). Gerade dieser Gewinn an individueller Rationalität macht solidarisches Handeln über den Horizont der jeweiligen Gruppen hinaus unwahrscheinlicher als zuvor.

Eröffnet die staatliche Sozialpolitik neue Handlungschancen? Einige Marxisten meinen, daß die fix und fertig konstituierte Arbeiterklasse — im Gewande der Sozialdemokratie — den Staat erobert habe, zumindest in einigen skandinavischen Ländern, und ihn seither als ihr ureigenes Machtmittel gebrauchen

könne (vgl. Korpi 1983, Esping-Andersen 1985). Man braucht diesem umgekehrten Leninismus nicht zu folgen, um einzusehen, daß die Politisierung aller Klassenverhältnisse, die das fortschreitende sozialpolitische Engagement des Staates zuwege bringt, Folgen für die Machtbalance zwischen sozialen Klassen und Gruppierungen haben kann. Politisierung heißt schlicht, daß alle Klassenbeziehungen zu Dreiecksbeziehungen werden, in denen der Staat eine (wechselnde) Rolle spielt; indem er Sozialpolitik treibt, rückt er in allen Klassenkonflikten in die Rolle des interessierten Dritten. Da der Staat ein besonderer Akteur ist, weil er den anderen den Rahmen und vielfach die Regeln der Konfliktaustragung vorgeben kann, wird die Chance, staatliche Akteure zu beeinflussen, ausschlaggebend in allen Klassen- oder Gruppenkämpfen. Deren Arena verlagert sich — hin zum Staat bzw. seinen Teilorganisationen. Gekämpft wird mit allen formell politischen und unpolitischen Mitteln um genuin politische Ziele: Gleiche oder besondere Rechte, Einkommens- (Transfer-) und Gebrauchsrechte (bezogen auf öffentliche Güter und Dienste).

Eine einigermaßen vollständige und zureichende soziale Sicherung durch staatliche Institutionen erhöht die individuelle und kollektive Fähigkeit der Lohnarbeiter, Konflikte mit den Unternehmern auszufechten. Allerdings hängt die Stärke dieser Rückendeckung in jeder Hinsicht davon ab, wie stark der politische Einfluß der Lohnarbeiter selbst ist, das heißt, über welche direkten und indirekten »politischen Ressourcen« sie verfügen (vgl. Bader/Benschop 1989, 161ff.). Sie stehen zwischen zwei Extremen: auf der einen Seite die Bourgeoisie, die auf staatliche soziale Sicherheit leicht verzichten kann und über den großzügigsten Vorrat »politischer Ressourcen« verfügt, auf der anderen die Sozialleistungsempfänger, die materiell voll und ganz vom Staat und seinen Sozialleistungen abhängig sind, aber in der Regel nur über wenige und sehr unzulängliche der »politischen Ressourcen« verfügen, von denen ihr (gutes) Leben abhängt. Zudem hat auch der Staat nicht nur ein »Interesse an sich selbst« (Offe), sondern auch eigene »politische Ressourcen«, von denen er interessierten Gebrauch macht. Das Eigeninteresse des Staates erklärt, warum die Arbeiterklasse schon in den Anfängen der staatlichen Sozialpolitik wichtige »politische Ressourcen« gleichsam geschenkt bekommt: Ihre Organisationen erhalten direkt Sitz und Stimme im sozialpolitischen Entscheidungsprozeß, sie werden in die neugeschaffenen sozialpolitischen Institutionen als offizielle, gleichberechtigte Partei integriert. Kaum zu Amt und politischem Einfluß gekommen, entwickeln diese Organisationen wiederum ein Eigeninteresse an der fragmentierten Struktur der sozialen Sicherung, der sie ihre Position verdanken.

Sozialpolitische Handlungschancen hängen von den jeweiligen Interessenkonstellationen und der Verteilung der »politischen Ressourcen« ab. Die institutionelle Fragmentierung sozialpolitischer Interessen macht jede Interessengruppe zur Minderheit, die sich Unterstützung durch andere verschaffen muß. Die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung — hin zu einer stets »inkluseren« sozialen Sicherung — bewirkt noch mehr: es gibt keine »unbeteiligten Dritten« mehr, jeder ist Partei und verfolgt eigene Interessen. Der Spielraum für eine Politik des moralischen Appells, die traditionelle Domäne der »Ressourcen-Armen«, wird klein und kleiner, die Chancen für durch und durch »unmoralische« Negativkoalitionen

— gegen allerlei Eindringlinge ins Sozialleistungssystem mit »bloß« moralischen, nicht erworbenen Rechten — mehren sich (vgl. Krätke 1989a).

### Grenzen der Sozialpolitik

Im ausgewachsenen Wohlfahrtsstaat kommt eine historische Form der Sozialpolitik an ihre Grenzen. Diese Form hatte drei Eigentümlichkeiten: Sie war von einer bislang unerreichten Inklusivität, das heißt, bot soziale Sicherung für nahezu jedermann; sie kannte eine dynamisierte Koppelung zwischen Lohn- und Transfereinkommen; sie war in spezieller Weise »lohnarbeitszentriert«, nämlich auf einen bestimmten Typus von »Normalarbeitsverhältnis« zugeschnitten.

Es dauert lange, bis die ursprünglich nur auf einen Teil der Industriearbeiter (in Großbetrieben) beschränkte Sozialversicherung auf die große Mehrzahl aller Lohnarbeiter ausgedehnt worden ist. Nach und nach ist sie für anfangs ausgeschlossene Arbeitergruppen geöffnet worden — allerdings auf eine recht asymmetrische Weise. Neben der Erweiterung durch Sonderregelungen für einige Gruppen mit unregelmäßiger Beschäftigung (Land- und Bauarbeiter, Seeleute) wurde die Sozialversicherung vor allem »nach oben« geöffnet. Durch Aufhebung oder Dynamisierung von Versicherungspflichtgrenzen ist es gelungen, die große Mehrzahl der besser verdienenden Lohnarbeiter einzubeziehen, so die weitaus meisten Angestellten. Dagegen blieb die Sozialversicherung »nach unten«, also gegenüber Kleinverdienern, unregelmäßig Beschäftigten und Arbeitern in Kleinbetrieben (weniger als 5 Beschäftigte), abgeschottet. Größere Inklusivität der sozialen Sicherung heißt also keineswegs, daß vermehrt »schlechte Risiken« aufgenommen worden wären. In einigen Ländern (Schweden, Großbritannien, Niederlande) sind universelle Rentenversicherungen (Volksversicherungen) eingeführt worden, denen jeder Einwohner zwangsweise angehört und die jedem eine Altersrente in Höhe des gesetzlich fixierten Existenzminimums (bzw. des Mindestlohns) garantieren. Allerdings dienen diese universellen Versicherungen nur als Basis eines Systems höchst verschiedener Betriebsrenten, die für eine enorme Einkommensungleichheit unter den Rentnern sorgen und denjenigen, der nur die Staatsrente bezieht, zum Armen stempeln.

Die zweite Erfindung, die zum Wohlfahrtsstaat führt, ist die Dynamisierung der Transfereinkommen. Wo alle Transfereinkommen strikt lohnbezogen bestimmt werden, genügt die Dynamisierung der Altersrenten, um alle Transferinkommen mehr oder minder gleichmäßig mit den Löhnen steigen zu lassen. Bei nur teilweise lohnbezogenen Systemen muß die Bezugsgröße, etwa der Mindestlohn, dynamisiert werden. Ist die Dynamisierung einmal eingeführt, können alle Sozialleistungsempfänger zumindest auf einen regelmäßigen periodischen Inflationsausgleich rechnen; in längeren Prosperitätsperioden mit regelmäßigen Lohnerhöhungen für die Beschäftigten erhalten auch sie ihren Anteil an der allgemeinen Wohlstandsmehrung. Wichtig ist nicht so sehr, um wieviel, sondern daß die Transfereinkommen regelmäßig erhöht werden — und zwar aus keinem anderen Grund als dem, daß die Löhne erhöht worden sind. Unter einem Regime dynamisierter Transfereinkommen werden daher Sozialleistungsempfänger als Konsumenten fast ebenso wichtig und respektabel wie die Beschäftigten.

Erst im Wohlfahrtsstaat gelingt es, Sozialpolitik mit Erfolg zur »Normalisierung« der Lohnarbeit zu gebrauchen. Ein bestimmter Typus von Lohnarbeit wird mit sozial- (und arbeits-)politischen Mitteln zum »Normalarbeitsverhältnis« gemacht. Die normierende Kraft diese Typs von Lohnarbeit beruht in erster Linie darauf, daß alle »guten« und »vollen« sozialen Rechte daran gekoppelt werden. Statt kompensatorisch einen Ausgleich zu bieten für die Nachteile, die andere Formen der Lohnarbeit mit sich bringen, verstärkt die Sozialpolitik diese Nachteile. Der Staat begnügt sich nicht mehr damit, jeden Besitzlosen überhaupt in Lohnarbeit zu zwingen oder zu locken, nein, ein bestimmter Normaltypus von Lohnarbeit muß es sein. Der Staat bedient sich dabei der Logik lohnbezogener Sicherungssysteme, bei denen die Höhe der Sozialleistung abhängt von der Dauer der Beschäftigung und der Höhe des Arbeitseinkommens, und verstärkt diese. Wer »normal« lohnarbeitet, Beruf und Arbeitsplatz nur wechselt, um mehr zu verdienen, regelmäßige Lohnerhöhungen erreicht, nur in Großbetrieben mit vollem Arbeitsschutz arbeitet, sich vor Berufs- und anderen Krankheiten hütet, eine Normalfamilie ernährt, durchgängig vom Ende des Schul- bis zum Beginn des Rentenalters in unbefristeten Arbeitsverhältnissen bleibt, dieser Typ eines »Arbeiterbeamten« also erwirbt die vollen sozialen Rechte, das heißt, die besten Rentenansprüche. Wer immer in seinem Arbeitsleben dieser Norm nicht genügt, muß mit minderen sozialen Rechten vorlieb nehmen.

Mit der Verallgemeinerung und Normalisierung der Lohnarbeit im Übergang zum Wohlfahrtsstaat wird auch die alte Scheidelinie zwischen Sozialversicherung und Armenunterstützung revidiert. Die Fürsorge wird umgestaltet und aufgewertet zum Schlußstein des Gebäudes der sozialen Sicherheit. Sie wird zum Bürgerrecht. Dem liegt die — kaum verschwiegene — Annahme zugrunde, daß es im Wohlfahrtsstaat auf Dauer keine Pauper mehr geben wird. Die erneuerte Armenfürsorge hat daher nur noch die Aufgabe, Rest- und Randprobleme individueller Art vorübergehend aufzufangen. Dieser Typ von Sozialpolitik ist in der zweiten Großen Depression diese Jahrhunderts an Grenzen gestoßen. Auf der einen Seite wächst die Masse der Überzähligen, die aus jeglicher Lohnarbeit herausfallen und selbst als Reservarmee nicht mehr taugen. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der irregulär beschäftigten Lohnarbeiter zu und droht das »Normalarbeitsverhältnis« zur Minderheitsnorm zu machen. Beide Gruppen stehen am Rande bzw. außerhalb des sozialen Sicherungssystems. Wer überzählig wird in dem Sinne, daß er in keinerlei Lohnarbeitsverhältnis (mehr) hineinkommt, kann folglich keine Leistungsansprüche erwerben und fällt in die Sozialfürsorge. Die auf bloße Rand- und Restprobleme zugeschnittene Fürsorge rückt, je länger, je mehr ins Zentrum der Sozialpolitik. Für eine wachsende Zahl von Wohlfahrtsstaatsbürgern wird sie die wichtigste Sicherungsinstitution, für viele die einzige, mit der sie lebenslang zu tun haben.

In der Geschichte des Kapitalismus hat es immer viele verschiedene Formen der Lohnarbeit nebeneinander gegeben. Das erneute Vordringen »irregulärer« Lohnarbeitsverhältnisse ist denn auch vor allem seiner sozialpolitischen Folgen wegen bemerkenswert. Saisonarbeit und allerlei Formen »scheinbar« selbständiger Arbeit (vor allem Heimarbeit) hat es immer gegeben; andere Formen wie Teilzeitarbeit, die Domäne der (verheirateten) Frauen, Arbeit mit Zeitverträgen,



Leiharbeit sind neueren Datums. Alle diese Formen der vom Normaltypus abweichenden Lohnarbeitsverhältnisse haben in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen — absolut und relativ gibt es heute mehr Teilzeitbeschäftigte, mehr Beschäftigte in befristeten Arbeitsverhältnissen, mehr Leiharbeiter, mehr Heimarbeiter als je zuvor in der Geschichte des Nachkriegskapitalismus (vgl. Hinrichs 1989). Daraus folgt nun keineswegs schon, daß »irreguläre« Lohnarbeit schon die Regel wäre. Aber es weist darauf hin, daß ein Übergang zu einem pluriformen Arbeitsmarkt im Gang ist. Wenn aber die Pluriformität der Lohnarbeitsformen bleibt und weiter zunimmt, wird eine Sozialpolitik, die ganz und gar auf ein Normalarbeitsverhältnis abgestellt ist, stets unangemessener. »Lohnarbeitszentriert« wird die Sozialpolitik im Kapitalismus immer bleiben. Der anderen »Normalität« eines pluriformen Arbeitsmarkts braucht sie darum ihre Anerkennung nicht zu verweigern.

Auch ohne professionelle Wächter der »Systemintegration« wird sich das Problem der wachsenden Inkompatibilität von traditioneller Sozialpolitik und zunehmend pluriformem Arbeitsmarkt dem Staat aufdrängen — in Gestalt neuer und wachsender Ungleichheiten. Diese neuen Ungleichheiten und damit Konfliktmöglichkeiten — zwischen Alten und Jungen, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen In- und Ausländern, zwischen Frauen und Männern — werden üblicherweise als Produkt *des* Wohlfahrtsstaats hingestellt (vgl. Minc 1987). In der Tat sind es ungleiche soziale Rechte, die im Mittelpunkt der »neuen« Verteilungskonflikte stehen. Typischerweise pochen in diesen Konflikten die einen auf ihre wohl erworbenen Rechte, während die anderen die Unzulänglichkeit der Sozialleistungen anprangern, die ihnen zuteil werden. Die Konfliktparteien sind so beschaffen, daß kaum ein Individuum in der Lage ist, die Seiten zu wechseln. Sieht man näher zu, läßt sich leicht feststellen, daß hier askriptive und objektive Kriterien zusammengehen: Jugendliche, Frauen und Ausländer werden sozialpolitisch nicht als solche, sondern als »irreguläre« Lohnarbeiter diskriminiert. Daher sind es nicht so sehr Jugendliche und Alte oder Frauen und Männer, die in diesen Konflikten aufeinandertreffen — es sind auf der einen Seite die Nutznießer des wohlfahrtsstaatlichen Typus von Sozialpolitik, also die erfolgreichen angepaßten »Normalarbeiter«, auf der anderen all jene, denen die vollen sozialen Rechte des Normalarbeiters versagt bleiben.

In dieser Konfrontation von Normalarbeitern und Irregulären steht die Fortsetzung der wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik auf dem Spiel. Auch die heutige Sozialpolitik läßt erhebliche Ungleichheiten zwischen Lohnarbeitern zu und reproduziert sie — aber eben innerhalb des prinzipiell für alle gleichen Rahmens der erworbenen Rechte in der Sozialversicherung. Anders wird die Sache, wenn nicht nur die bereits Überzähligen, die auf dem Arbeitsmarkt längst nicht mehr mitkonkurrieren, sondern auch große und wachsende Teile der beschäftigten Lohnarbeiter, darunter viele junge, viele hochqualifizierte Arbeiter, aus der Sozialversicherung ausgeschlossen und in den offiziellen Pauperismus abgeschoben werden. Eine solche Sozialpolitik verliert ihre integrative Wirkung und ihre Glaubwürdigkeit gleich mit: Der Staat kann nicht auf der einen Seite versuchen, Beschäftigung zu fördern, und zu diesem Zweck allerlei »irregulären« Beschäftigungsformen mit Fleiß freie Bahn verschaffen, während er auf der

anderen Seite unverdrossen diejenigen mit minderen sozialen Rechten bestraft, die bereit sind, sich auf solche »irregulären« Beschäftigungsverhältnisse einzulassen. Eine andere Arbeits(markt)politik bedingt eine andere Sozialpolitik, deren Leitbild nicht der »Arbeiterbeamte«, sondern der mobile Arbeiter, Jobhopper und Berufswechseler wäre.

## Literaturverzeichnis

- Adler-Karlsson, G., 1969: *Functional Socialism: A Swedish Theory for Democratic Socialism*. Stockholm
- Aglietta, M., 1979: *A Theory of Capitalist Regulation*. London
- Bader, V.M. und A. Benschop, 1989: *Ungleichheiten*. Opladen
- Bernhard, L., 1912: *Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik*. Berlin
- Bowler, S., und H. Gintis, 1981: *The Crisis of Liberal Democratic Capitalism*. In: *Politics & Society*, vol.II, no 1
- Braun, H., 1955: *Motive sozialer Hilfeleistungen*. Frankfurt/M.
- Browder, E., 1958: *Marx and America. A Study in the Doctrine of Impoverishment*. New York
- Bruce, M., 1965: *The Coming of the Welfare State*. London
- Buci-Glucksmann, G. u. G. Therborn, 1982: *Der sozialdemokratische Staat*. Hamburg
- C.E.R.S., 1962: *Sécurité Sociale et Conflits de Classe*. Paris
- Esping-Andersen, G., 1985: *Politics Against Markets*. Princeton, N.J.
- Ewald, F., 1986: *L'Etat providence*. Paris
- Gaßmann, H. e.a., 1987: »Krise des Sozialstaats« — Krise für wen? In: *Prokla 67*
- George, V. u. P. Wilding, 1984: *The Impact of Social Policy*. London
- Heimann, E., 1929/1980: *Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt/M
- Hinrichs, K., 1989: *Irreguläre Beschäftigungsverhältnisse und soziale Sicherheit*. In: *Prokla 77*
- Hook, S., 1967: *Welfare State — A Debate That Isn't*. In: Ch.I. Schottland (ed), *The Welfare State*. New York
- Korpi, W., 1983: *The Democratic Class Struggle*. Oxford
- Krätke, M., 1982/83: *Dieser Sozialstaat ist der unsere nicht!?* In: *SPW*, Nr.17 und 18
- ders., 1988: *On the Transformation of the Wage Labour Relationship by Social Insurance (and Allied Services)*. Unpublished paper, Universidad Autónoma de Barcelona
- ders., 1989a: *Does Social Security Create A New Class?* In: W. Váth (ed), *Political Regulation in the »Great Crisis«*. Berlin
- ders., 1989b: *Welfare State Retrenchments — Some International Comparisons*. Unpublished paper, Universiteit van Amsterdam
- Lechtape, H., 1929: *Die menschliche Arbeit als Objekt der wissenschaftlichen Sozialpolitik*. Jena
- Lederer, E., 1912/1919: *Die Gesellschaft der Unselbständigen. Zum sozialpsychischen Habitus der Gegenwart*. Wieder abgedr. in: ders., *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940*. Göttingen 1979
- Luhmann, N., 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. Stuttgart
- Lutz, B., 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt/M
- Marshall, T.H., 1950: *Citizenship and Social Class*. London
- ders., 1975: *Social Policy in the Twentieth Century*. London
- Marx, K.: *Grundrisse der Kritik der Politische Ökonomie*. Berlin (DDR) 1953
- Minc, A., 1987: *La machine égalitaire*. Paris
- Offe, C., 1987: *Democracy Against the Welfare State?* In: *Political Theory*. November
- Preller, L., 1962: *Sozialpolitik. Theoretische Ordnung*. Tübingen-Zürich
- Renner, K., 1918: *Marxismus, Krieg und Internationale*. Stuttgart
- Robson, W.A., 1976: *Welfare State and Welfare Society: Illusion and Reality*. London
- Simmel, G., 1908/1983: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin
- Tjaden-Steinhauer, M., 1985: *Die verwaltete Armut. Pauperismus in der Bundesrepublik*. Hamburg
- Vobruba, G., 1983: *Politik mit dem Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt/M
- Walzer, M., 1968: *Politics in the Welfare State*. In: *Dissent 1968*, 1

Brigitte Hansen

## Die Entwicklung des dänischen Sozialstaates aus der Sicht der Frauen

Ich möchte an Hand der klassischen Risikobereiche der Sozialversicherung — Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit — Strukturmerkmale und Funktionsweise der dänischen Sozialpolitik entwickeln, wie sie sich nach der Sozialreform der siebziger Jahre darstellen. Hauptmerkmale der Reform waren die Orientierung am Finalprinzip und am Grundsatz der Einkommenssicherung, wengleich der Grundsatz der Sicherung des sozioökonomischen Status auf potentiell Erwerbstätige begrenzt wurde. Dies führte zu signifikanten Erhöhungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beim Arbeitslosengeld, während für Volksrentner und Sozialhilfeempfänger beiderlei Geschlechts die Senkung des Lebensstandards für »angemessen« gehalten wurde (Gredal, zit.n. Friisberg 1977, 95).

Der dänischen Sozialpolitik liegt der Gedanke zugrunde, daß die Gleichheit der Staatsbürgerschaft auch soziale Sicherheit und Lebensqualität bzw. Wohlfahrt erfordert, die die Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben für alle StaatsbürgerInnen erst ermöglichen (vgl. Alber 1982). Dieser egalitäre Ansatz bestimmte zunehmend die Ideologie der dänischen Sozialdemokratie, die in ihrer Funktion als Regierungspartei in den sechziger Jahren einen entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Paradigmenwechsel vollzogen hat. Dieser ist dadurch charakterisiert, daß Sozialpolitik nicht mehr als »konsumtiver« und folglich zu minimierender Kostenfaktor des Staatshaushaltes aufgefaßt wurde, sondern als Mittel zur Erhöhung des Bruttosozialproduktes, indem nämlich die qua Umverteilung induzierte wachsende Nachfrage das wirtschaftliche Wachstum und damit die Vollbeschäftigung sichern sollte (vgl. Hansen 1984, 6).

Ich vertrete die These, daß die Einführung eines universellen Systems sozialer Sicherung im Vergleich zu einem berufsgruppenbezogenen System für die Frauen erhebliche Verbesserungen ihrer materiellen und sozialen Lage bedeuten kann. Gleichwohl bin ich nicht der Meinung, daß eine isolierte Betrachtung der dänischen Sozialpolitik im engeren Sinne eine hinreichende Basis für die Beantwortung der Frage bietet, ob die pragmatische skandinavische Sozialpolitik als Modell für die bundesdeutsche Diskussion (vgl. Gerhard 1987, 28f.; 1988, 25) anzusehen sei. Um diese Frage empirisch fundiert und theoretisch konsistent beantworten zu können, ist es m.E. notwendig, auch die ökonomische Position der Frauen und die Verstaatlichung der Reproduktionsarbeit zu fokussieren, insofern diese Faktoren — was am dänischen Beispiel zu zeigen wäre — die gesellschaftliche Stellung der Frauen in grundlegender Weise bestimmen.

Die Frauenforscherin Helga M. Hernes (1982) — seit Mitte 1988 norwegische Vize-Außenministerin — hat primär die Stellung der Frauen in den staatlichen Institutionen untersucht, mit dem Fazit, daß Frauen nach wie vor von den zentralen ökonomischen und politischen Machtzentren ausgeschlossen sind — und

zwar angesichts einer parlamentarischen Repräsentanz der Frauen im Jahre 1988 von 30,7 Prozent in Dänemark, 34 Prozent in Norwegen und 38 Prozent in Schweden (zit. n. *Der Nordschleswiger* v. 8.10.88). Hernes vertritt die Auffassung, daß der Staat die Frauen trotz der erreichten politischen Emanzipation bevormunde, als Betroffene von einem politischen Entscheidungsprozeß, dessen Akteure männlichen Geschlechts sind. Die Integration der Frauenarbeit in die formelle Ökonomie hat nicht zu einer entsprechenden Repräsentanz der Frauen in den Korporationen geführt, diese üben jedoch einen entscheidenden Einfluß auf den Staatsapparat aus. Nicht das Parlament, sondern die Zentraladministration und die Führungsspitze der Verbände bilden im korporativen Sozialstaat das Zentrum der politischen Macht.

Hernes unterscheidet den Status der Frauen im Wohlfahrtsstaat in vier Hinsichten: die Rolle als Bürgerin, als Erwerbstätige, als Konsumentin und als Klientin des Sozialstaates. Sie formuliert die These, daß die soziale Stellung der Frauen weitaus umfassender von der staatlichen Politik bestimmt sei als die Lage der Männer (vgl. Hernes 1987, 35). Der Preis der Relativierung der Abhängigkeit vom männlichen Versorger ist also die Zunahme der Abhängigkeit der Frauen vom Sozialstaat.

Ich gehe im folgenden auf die von skandinavischen Frauenforscherinnen (u.a. Helga M. Hernes, Anette Borchorst und Birte Siim) vernachlässigten klassischen Bereiche sozialer Sicherung ein.

### **Expansion des Wohlfahrtsstaat in den sechziger Jahren**

Die allmähliche Herausbildung des modernen dänischen Wohlfahrtsstaat ist eng mit der Ausübung der Regierungsmacht durch die dänische Sozialdemokratie verbunden gewesen. Wie in Schweden die SAP ist in Dänemark die sozialdemokratische Partei seit Ende der zwanziger Jahre — mit Ausnahme weniger Jahre — ununterbrochen an der Regierung beteiligt gewesen, wenngleich immer als Minderheitskabinett oder in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien.

In den sechziger Jahren vollzog sich ein qualitativer Wandel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialdemokratisch geführten Regierung. Seit Ende der fünfziger Jahre waren auch in Dänemark Anzeichen der internationalen Hochkonjunktur spürbar. Die Sozialdemokratie setzte auf die Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des exportierenden Kapitals, um auf diese Weise das wirtschaftliche Wachstum als Voraussetzung der Vollbeschäftigung und letztlich der Wohlfahrt aller BürgerInnen zu sichern. Auf der ideologischen Ebene stellten die Ideale Gleichheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit die Wertpräferenzen des keynesianischen Staatsinterventionismus dar: Ausbildungs- und Sozialpolitik wurden als Mittel verstanden, Umverteilung und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Der Arbeitsmarktpolitik wurde das Prädikat »aktiv« zuerkannt, insofern es ihr gelang, die Mobilität und die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte an die Nachfrage des Kapitals, das umfassende Rationalisierungsinvestitionen durchführte, zu fördern. Indem die Wohnungsbaupolitik als Instrument der Konjunktursteuerung eingesetzt wurde, avancierte sie ebenfalls zum integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik.

Das Ziel der sozialdemokratischen Politik, die soziale Gerechtigkeit, war jedoch nicht die Schaffung einer wirklichen Gleichheit im Sinne gleicher ökonomischer Bedingungen für die Reproduktion aller Individuen — egal welchen Geschlechts —, sondern vielmehr die Chancengleichheit im Sinne gleicher Startbedingungen in der ökonomischen Konkurrenz (vgl. Borchorst/Siim 1986, 138ff.).

Die Folge des wirtschaftlichen Kurswechsels bestand in einer Umstrukturierung der dänischen Ökonomie. Während zu Beginn der sechziger Jahre kleine und mittlere Betriebe, die primär für den inländischen Markt produzierten, den industriellen Sektor dominierten, wurde in den sechziger Jahren ein steigender Anteil der Industrieproduktion exportiert, zu Lasten des Agrarsektors (vgl. Hansen 1984, 224ff.). In dieser Periode avancierte der öffentliche Sektor zum zweitaktivsten des Landes: Der Anteil des Staates am Bruttofaktoreinkommen stieg auf nahezu das Dreifache. Der Staatsinterventionismus führte also zu einem erheblichen Ausbau des Staatsapparates, der von der Sozialdemokratie nicht mehr als direktes Machtmittel der bürgerlichen Klasse verstanden wurde, sondern als quasi neutrale Instanz, die, über Partei- und Klasseninteressen stehend, widersprüchliche gesellschaftliche Interessen vermitteln könne. Folglich wurde unterstellt, der Staatsinterventionismus könne eine krisenfreie kapitalistische Entwicklung garantieren, einschließlich der Annahme, der Sozialstaat sei in der Lage, lohnarbeitszentrierte soziale Risiken zu kompensieren (vgl. Hickel 1984, VIIIff.).

Um diese Konzeption des Wohlfahrtsstaats politisch durchsetzen zu können, wurden in der Phase der Hochkonjunktur der sechziger und siebziger Jahre die korporativen Strukturen des Wohlfahrtsstaats ausgebaut. Der Staat agierte bereits vorher als vermeintlich »neutrale« Schlichtungsinstanz bei den Tarifverhandlungen und kontrollierte damit die Verhandlungsergebnisse der Tarifparteien bezogen auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Im Gegenzug erhielten die männlich dominierten und hierarchisch aufgebauten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände einen größeren Einfluß auf die politische Entwicklung im allgemeinen. Zwar wurde die traditionelle Arbeitsteilung zwischen sozialdemokratischer Partei und sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften beibehalten: Die Gewerkschaften sind weiterhin zuständig für die Regulierung der Arbeitsverhältnisse im engeren Sinne (Lohn, Arbeitszeit, Urlaub), die Partei hingegen für die Bereiche Freizeit und Familie. Ein Novum allerdings stellte die Tatsache dar, daß die Partei über die aktive Arbeitsmarktpolitik zunehmend Einfluß auf die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nehmen konnte.

### **Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt**

Die Grundlage für die Integration der verheirateten Frauen in die formelle Ökonomie bildete die Hochkonjunktur seit Ende der fünfziger Jahre; bereits 1963 war das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht. Da die steigende Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskräften nicht mehr durch das vorhandene Potential gedeckt werden konnte, ergriff der Staat die Initiative, um neue Reserven zu erschließen. Eine Umfrage ergab, daß insbesondere der Ausbau der staatlichen Kinderbe-

treuungseinrichtungen und eine Ausdehnung des Angebots an Teilzeitarbeit die Frauen motivieren würden, eine bezahlte Beschäftigung aufzunehmen. Die genannten Maßnahmen wurden eingeleitet und zeigten die intendierten Wirkungen (vgl. Borchorst/Siim 1987, 130f.). Trotz dieser Integration der verheirateten Frauen in den Arbeitsmarkt hat sich an der traditionellen innerfamilialen Arbeitsteilung nichts grundlegend geändert. Die Frauen tragen nach wie vor die Verantwortung für die materielle Hausarbeit sowie für die Kindererziehung. So fiel der durchschnittliche tägliche Zeitaufwand der dänischen Frauen für die Hausarbeit lediglich von 2 Stunden 38 Minuten im Jahre 1964 auf 1 Stunde 52 Minuten im Jahre 1976. Demgegenüber stieg der durchschnittliche Zeitaufwand der Männer in demselben Zeitraum minimal an, um 11 Minuten bei den Arbeitern und um 13 Minuten bei den Angestellten (vgl. Danish National Institute of Social Research 1976, 70).

Aus meiner Sicht haben sich die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt nicht grundlegend gewandelt. Nicht die Doppelbelastung der Frauen stand und steht als anerkanntes (arbeitsmarkt-)politisches Problem bei den Tarifverhandlungen Pate, sondern die Orientierung an der männlichen Normalbiographie, womit Hausarbeit und Beziehungsarbeit in die Privatsphäre verbannt und gerade nicht als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt werden. Die daraus resultierenden Widersprüche zwischen Haus- und Berufsarbeit müssen die Frauen bislang individuell bewältigen. Eine weitere problematische Folge der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt »sans phrase« ist die geschlechtliche Segregation.

Die Konzentration der bezahlten Frauennarbeit auf vergleichsweise wenige Sektoren des Arbeitsmarktes verdeutlichen folgende Daten: 1960 waren 26 Prozent aller weiblichen Erwerbspersonen innerhalb des öffentlichen Sektors beschäftigt (1972: 42 %). Inzwischen hatten weitere 225 000 Frauen (was einer prozentualen Steigerung von 168 % entspricht) eine Anstellung im öffentlichen Sektor gefunden. Die Kontinuität dieser Entwicklung ist ungebrochen: 1981 waren 86 Prozent aller Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen weiblichen Geschlechts (Statistical Yearbook 1988, Tab. 154). Während also die Frauen im Zuge des Prozesses der Verstaatlichung der Reproduktionsarbeit zunehmend vom Staat als Arbeitgeber abhängig wurden, waren die Männer primär von privaten Arbeitgebern abhängig: 1960 waren 93 Prozent der männlichen Erwerbstätigen im privaten Sektor beschäftigt (1972: 87 %).

Daß jedoch die exekutiven und damit die eigentlich relevanten Teile des Staatsapparates wie die Ministerialbürokratie nach wie vor eine fast ausschließlich männliche Domäne sind, geht aus dem Bericht der dänischen Gleichstellungskommission von 1989 hervor. Obwohl das Parlament (Folketing) 1987 den Ministerien die Verpflichtung auferlegt hatte, bis zum Jahre 2000 eine gleiche Repräsentation der Frauen auf allen Ebenen der Ministerien zu gewährleisten und dafür eine Art Stufenplan zu entwickeln, zeigte der Bericht, daß nahezu nichts in dieser Hinsicht unternommen wurde. Im zentralen Staatsapparat sind nur zwei Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt, in den Kommunen drei Prozent, in der Privatwirtschaft vier Prozent.

Die Frauen sind in ihrer Eigenschaft als Lohnempfängerinnen der öffentlichen

Arbeitgeber abhängiger als die Männer von der Aufrechterhaltung des bisherigen Niveaus sozialstaatlicher Dienstleistungen. Daß die Position der Frauen im dänischen Sozialstaat verletzbarer ist als die der Männer, zeigt sich spätestens dann, wenn im Sozial- und Gesundheitswesen Personaleinsparungen vorgenommen werden. Dies ist aber bislang nicht der Fall.

Ein weiterer Aspekt der geschlechtlichen Segregation ist die Konzentration der Frauen am unteren Rand der Hierarchie der Berufe. Auch wenn die Anzahl der Frauen in mittleren und Spitzenpositionen zugenommen hat, so ist die Mehrheit nach wie vor als ungelernete Arbeiterin oder in niederen Angestelltenpositionen beschäftigt.

Schließlich konstituierte die Ausweitung der Arbeit eine extreme geschlechtliche Segregation: ca. 45 Prozent aller dänischen Frauen sind teilzeit-, nahezu alle Männer dagegen vollzeitbeschäftigt (vgl. Borchorst/Siim 1987). Die Erwerbsbeteiligung der dänischen Frauen stieg in den Jahren 1974 bis 1984 von 55 auf 64 Prozent an und näherte sich damit der der Männer an, die 1984 78 Prozent betrug (ebd., 140). Ehe und Familie gelten wegen der anhaltend hohen Scheidungsraten und dem generellen Wandel der Familienstrukturen schon längst nicht mehr als eine Perspektive, die langfristig eine materielle und soziale Sicherheit verspricht. Insofern kann die Frauenerwerbstätigkeit in Dänemark schon als ein Stück Emanzipation verstanden werden, das nicht reversibel ist und ein Strukturelement der dänischen Gesellschaft darstellt.

### Frauen als Konsumentinnen des Sozialstaates

Die unbezahlte Dienstleistungsarbeit der Frauen umfaßt die Aspekte der materiellen Hausarbeit, der Beziehungsarbeit und der Vermittlung zwischen Gütern und Dienstleistungen außerhalb der Familie (vgl. Balbo 1984, 188f.). Die norwegische Frauenforscherin Kari Waerness (1982) unterscheidet zwischen der Fürsorgearbeit für Kinder, Alte, Kranke, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, und den persönlichen Dienstleistungen für Ehemänner und heranwachsende Kinder, die sich durchaus arbeitsteilig an der Haushaltsführung beteiligen könnten. Für die Betrachtung des Prozesses der *Verstaatlichung der Reproduktionsarbeit* ist diese Unterscheidung deshalb besonders fruchtbar, weil sie die Personengruppen, die notwendigerweise auf fremde Pflege und Fürsorge angewiesen sind, von den — sachlich gesehen überflüssigen — persönlichen Diensten trennt, die auf patriarchalen Machtverhältnissen innerhalb der Familie basieren.

In den siebziger Jahren gab es in Dänemark eine signifikante Erhöhung der Anzahl der Heimplätze für Senioren. In diesem Kontext ist auch auf die Einrichtung eines besonderen sozialen Dienstes für ältere Menschen hinzuweisen: die Hilfe im Haushalt. Von diesem obligatorischen Dienst der kommunalen Sozialverwaltung erwartete man eine finanzielle Entlastung, wenn nämlich selbständige RentnerInnen dadurch die pflegeintensiven und teuren Heimplätze in geringerem Umfang in Anspruch nehmen müßten (vgl. Andersen 1971, 38).

Eine ambivalente Entwicklung ist dagegen bei den eher familienpolitischen Leistungen festzustellen. Während einerseits die Anzahl der Anspruchsberechtigten auf Kindergeld im Laufe der siebziger Jahre durch die Einführung bzw.

Erhöhung der Einkommensgrenzen kontinuierlich gesenkt wurde und dadurch das Prinzip der Gleichbehandlung, d.h. der Kompensation der Mehrkosten durch die Kindererziehung, sukzessive unterminiert wurde, fand andererseits ein kontinuierlicher Ausbau der Institutionsplätze für Kinder statt. Bis 1981 sind sie nahezu verdoppelt worden (Statistical Yearbook 1982, Tab. 270). Bis 1980 betrug der steuerfinanzierte Anteil der Unterhaltungskosten für die Kinderinstitutionen 65 Prozent; anschließend mußten die Eltern bereits ab einem Jahreseinkommen von 70000 bis 79999 Kronen<sup>1</sup> 80 Prozent der anfallenden Kosten für die öffentliche Kinderbetreuung »selber« tragen. Eltern werden also sowohl indirekt über die Steuern als auch direkt über Beiträge zur Kasse gebeten, so daß de facto von einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung von Paaren mit Kindern ausgegangen werden muß.

Heute ist der Anteil dänischer Kinder in Kindergärten und Kinderkrippen der höchste in Skandinavien, und der Anteil von Kindern in Kinderkrippen gehört zu den höchsten in den westlichen Ländern überhaupt (vgl. Borchorst/Siim 1987, 139). Jedoch darf diese relative Erfolgsbilanz nicht dazu verleiten, das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung als zufriedenstellend einzuschätzen. Im Juli 1989 wurde auf Basis der Daten der acht größten Kommunen des Landes errechnet, daß der Prozentsatz fehlender Kinderkrippenplätze in zwei Jahren um 30 Prozent angestiegen ist. Landesweit wäre über eine Milliarde Kronen erforderlich, um die fehlenden 15000 Krippenplätze zu schaffen. Die Kommunen bemühen sich um eine vorübergehende Unterbringung der Kinder in vorhandenen Institutionen, denn eine sofortige adäquate Behebung des akuten Mangels ist weder personell noch sachlich möglich. Verschiedene dänische Politiker sehen in dieser Mangelsituation das vielleicht »größte soziale Problem« im heutigen Dänemark, und es ist die Rede davon, diesen Mangel über einen Vier-Jahres-Plan zu beheben (zit. n. *Politiken* v. 23.7.89). Offenbar ist der politische Wille vorhanden, langfristig auch die dafür erforderlichen Kosten aufzubringen — ein gravierender Unterschied zur Lage in der Bundesrepublik.<sup>2</sup>

Der Prozeß der Verstaatlichung der Reproduktionsarbeit orientierte sich allerdings nicht an den Interessen und Bedürfnissen der dänischen Frauen. Die Kinderpolitik insgesamt wurde auch nicht als Mittel der gesellschaftlichen Gleichstellung von Mann und Frau verstanden. Die Gleichstellungspolitik des dänischen Staats, die sich sozialdemokratischen Initiativen verdankte, verfolgte das Ziel, die formelle Gleichheit zwischen Mann und Frau auf der Ebene der Rechtsprechung herzustellen. Den Kern dieser Politik bildeten die Bestrebungen, die Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Problematik des doppelten Vergesellschaftungsmodus der Frauenarbeit — sprich: die kapitalistische und patriarchale Ausbeutung der Frauénarbeit — wurde im Rahmen der Gleichstellungspolitik jedoch nicht thematisiert. Vielleicht ist diese fehlende Sensibilität der Politik bezogen auf den zentralen Stellenwert der Kollektivierung der Kinderbetreuung für die Frauen ein Grund dafür, daß dieser Sektor seit 1974 — also bereits unter sozialdemokratischen Regierungen — zu einer bevorzugten Zielscheibe für staatliche Ausgabenkürzungen wurde. Nach dem Übergang zur bürgerlichen Regierung im Jahre 1982 setzte sich diese Tendenz fort, und die Reduktion der Staatsausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit stellt



seither auf der programmatischen Ebene das primäre Ziel der Regierung dar — das im übrigen auch von der »oppositionellen« Sozialdemokratie geteilt wird.

Die *Strukturreform der dänischen Krankenversicherung*, die 1973 in Kraft trat, löste die bisherige Vielfalt staatlich anerkannter gesetzlicher und privater Krankenkassen ab: Die Inhalte der Reform basierten auf einer empirischen Untersuchung zur Funktionsweise der traditionellen Krankenversicherungen. Die zentralen Kritikpunkte am bisherigen System waren: 1. das Fehlen einer präventiven Gesundheitsfürsorge; 2. der Ausschluß der Mitglieder der gesetzlichen Krankenkasse von einem höheren Standard medizinischer Versorgung, wie ihn die privaten Krankenkassen anbieten; 3. daß dieser Ausschluß von einkommensschwachen Gruppen der Bevölkerung durch die Beitragshöhe bedingt sei. Folglich wurde im Rahmen der Einrichtung einer kommunal verwalteten, allgemeinen Krankenversicherung die Beitragsfreiheit eingeführt. Auch nach der Reform besteht die Möglichkeit, eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Sieben Jahre nach Durchführung der Strukturreform machten allerdings nur 350 000 der knapp 4 Millionen Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung von dieser Möglichkeit Gebrauch, obwohl die Beiträge relativ gering sind.

Eine international vergleichende Analyse der OECD hat ergeben, daß der Anteil der Kosten für das dänische Gesundheitswesen 6,3 Prozent des Bruttosozialproduktes beträgt, lediglich die Anteile von Griechenland (4,6 %); Spanien (5,8 %), Großbritannien (5,9 %) und Belgien (6,2 %) sind geringer (vgl. *Politiken* v. 9.10.88).

In den letzten Jahren sind sukzessive Leistungseinschränkungen der öffentlichen Krankenversicherung vorgenommen worden. Die Zahl der Medikamente und medizinischen Hilfsmittel, die nicht mehr oder nicht mehr in derselben Höhe von der Krankenkasse bezahlt werden, wurde kontinuierlich erweitert. Die jüngste Erhöhung der Selbstkostenbeteiligung der PatientInnen bei Arzneimitteln rief schärfste Proteste der Ärzteschaft und des Apothekerverbandes hervor (vgl. *Politiken* v. 2.4. und 22.7.89). Gegenüber den Kritikern bestreitet die liberale Gesundheitsministerin (Venstre) Elsebeth Kock-Petersen die finanziellen Härten dieser Maßnahmen für die Betroffenen und verspricht sich von der Aufhebung der Verschreibungspflicht für zahlreiche Medikamente mehr Wettbewerb auf dem Markt für pharmazeutische Produkte und damit letztlich billigere Medikamente für die VerbraucherInnen (vgl. *Politiken* v. 2.4.89). Die Wirklichkeit sieht jedoch seit dem Inkrafttreten der Preiserhöhungen für zahlreiche Arzneimittel am 1. Juli 1989 etwas anders aus. PatientInnen aus einkommensschwachen Gruppen, darunter vor allem ältere Frauen, Personen im Rentenalter und chronisch Kranke, können die Preiserhöhungen von bis zu 400 Prozent für manche Präparate nicht bezahlen. Hausärzte sehen sich gezwungen, ihre PatientInnen ins Krankenhaus einzuweisen, weil sie ansonsten ihre lebensnotwendigen Medikamente nicht erhalten würden. Brigitte Husmark, die gesundheitspolitische Sprecherin der Sozialistischen Volkspartei, fordert: »Statt die Patienten bezahlen zu lassen, sollte die Gesundheitsministerin mit der Heilmittelindustrie um mäßigere und besser ausgewogene Preise verhandeln« (zit. n. *Der Nordschleswiger* v. 18.7.89).

Neben dieser Kritik wird der Ministerin von seiten der dänischen Apotheker-

vereinigung vorgerechnet, daß die Ausführung der neuen »Negativliste« und der restriktiven Regelungen so hohe zusätzliche administrative Kosten verursachen wird, daß die avisierte Ersparnis durch die neuen Regeln nicht eintreten wird.

### Frauen als Klientinnen des Sozialstaates

Empirische Untersuchungen des staatlichen Instituts für Sozialforschung in Kopenhagen (Geckler 1982; Jørgensen 1985) haben ergeben, daß auch im Wohlfahrtsstaat Dänemark die Gruppe der alleinstehenden Mütter von gravierenden sozialen und ökonomischen Problemen betroffen ist. »2 bis 9 Prozent der Bevölkerung sind als arm zu bezeichnen. Aber in den Familien ungelernter Arbeiter sind es 5 bis 19 Prozent und bei den Alleinerziehenden macht der Anteil zwischen 13 und 37 Prozent aus.« (Hansen zit. n. *Weekendavisen* v. 9.6.89). Wo liegen die Gründe der sozialen Insuffizienz und warum werden primär Frauen zur Kientel der kommunalen Sozialämter, d.h. zu Empfängerinnen der Sozialhilfe oder das Einkommen ergänzender monetärer Unterstützungen?

Das erste Argument zur Erklärung dieses Phänomens ist die in Dänemark durchgesetzte soziale Norm, daß Familien mit Kindern über zwei Einkommen verfügen müssen, um überhaupt die finanzielle Mehrbelastung der Kindererziehung tragen zu können. Auch in historischer Perspektive hat es in Dänemark im Unterschied zu den USA und Großbritannien nie den Familienlohn als gewerkschaftliche Forderung oder Praxis gegeben (vgl. Borchorst/Siim 1987, 18). Folglich ist es allgemein für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen nahezu unmöglich, allein eine Familie zu ernähren. Den zweiten Aspekt stellt der Wandel im Familienmuster dar, eine ständig wachsende Anzahl dänischer Frauen verbringt gewisse Phasen ihres Lebens ohne Mann. Daß Frauen sich freiwillig für diese Lebensform entscheiden, es vorziehen, ihre Kinder alleine zu erziehen, die Ehe als Institution ablehnen und informelle Partnerschaften präferieren — all dies ist seit den siebziger Jahren eine gesellschaftlich akzeptierte Tendenz, die jedoch keineswegs zur Aufhebung der sozialen Zuständigkeit der Frauen für die Versorgung und Absicherung der Kinder geführt hat. In der Regel wird nach einer Scheidung das Kind der Frau zugesprochen — und genau diese Kombination der sozialen Zuständigkeit für die Kindererziehung einerseits und die bereits entwickelte schlechtere Position in der Konkurrenz andererseits hat zur Folge, daß primär alleinerziehende Frauen Klientinnen der Sozialverwaltung werden. Da für sie die Ausgaben steigen, ohne daß ihre Einnahmen entsprechend ansteigen, sind sie auf die besonderen Formen der monetären Unterstützung — Kindergeld, erhöhte Familienzuschüsse speziell für Alleinerziehende sowie das Wohngeld — existentiell angewiesen. Aber nicht nur als Klientin, auch als Konsumentin ist eine alleinerziehende Frau in besonderer Weise auf die Aufrechterhaltung des bisherigen Umfangs der sozialstaatlichen Einrichtungen angewiesen, denn: »Alleinstehende Mütter haben viel häufiger als andere Mütter einen Vollzeit-Job, weshalb ihre Probleme bei der Strukturierung der Zeit immens sind. Auf Grund der niedrigen Einkommen sind die Wohnverhältnisse dieser Ein-Eltern-Familien schlechter als für verheiratete oder in Partnerschaft lebende Mütter, sie wohnen in der Regel in Mietwohnungen.« (Borchorst/Siim 1986, 110f.)

Auch wenn die ökonomische Lage der alleinstehenden Frauen in Dänemark auf Grund relativ großzügiger staatlicher Beihilfen nach wie vor besser ist als in Großbritannien oder in den USA, so ist dennoch die Tendenz einer wachsenden Feminisierung der Armut für alleinerziehende Frauen auch in Dänemark unverkennbar. Die Gründe für diese Entwicklung liegen a) in der Senkung der Real-einkommen, b) der höheren Rate der Arbeitslosigkeit bei alleinerziehenden Frauen, c) der Senkung des Arbeitslosengeldes, d) der Erhöhung der Kosten für die Miete und die Kinderbetreuung. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der alleinerziehenden Frauen klappt immer weiter auseinander. Tendenziell werden daher die alleinerziehenden Frauen in Zukunft eher als Klientinnen und weniger als Konsumentinnen vom Sozialstaat abhängig werden, was einen gravierenden Unterschied bedeutet. Das Dasein der Klientin unterliegt oftmals einer stigmatisierenden sozialen Kontrolle, während die Konsumentin sozialer Dienste wegen ihrer angestrebten ökonomischen Selbständigkeit ein höheres gesellschaftliches Ansehen genießt.<sup>3</sup>

Als Ergebnis ihrer Untersuchung der sozialen Stellung der Klientinnen des dänischen Sozialstaates formulieren Anette Borchorst und Birte Siim folgende These zur Sozialpolitik, die ich teile: Je höher das allgemeine Niveau sozialer Dienstleistungen und je großzügiger bemessen die allgemeinen monetären Leistungen, desto größer sind die Chancen der Frauen, sich selber zu versorgen und desto unwahrscheinlicher, daß sie zur Klientel des Sozialamts werden. Vom Standpunkt der Frauen aus erscheint daher ein Wohlfahrtsstaat wie der dänische nicht per se als die Inkarnation einer totalen Anhängigkeit, sondern eher als positive Voraussetzung, um soziale Insuffizienz und damit den Status einer Klientin zu vermeiden.

### **Monetäre Transferleistungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit**

Das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, das im Jahre 1972 beschlossen wurde, wird in der juristischen Literatur als die bedeutendste Reform der sozialen Sicherung der siebziger Jahre hervorgehoben (vgl. Bitsch/Frederiksen 1974).

Die *ratio legis* besteht darin, durch Krankheit, Arbeitsunfälle, Schwangerschaft oder Adoption entstehende Einkommenseinbußen auszugleichen. Die gesamte erwerbstätige Bevölkerung hat einen obligatorischen Anspruch auf die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall. Während den abhängig Beschäftigten bereits vom ersten Tag der Erkrankung an diese Leistung zusteht, können Selbständige und mithelfende Ehepartner beiderlei Geschlechts erst nach drei Wochen einen Anspruch geltend machen. Schwangere Frauen haben vier Wochen vor und 24 Wochen nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf das Krankentagegeld, wovon der Vater bis zu zehn Wochen beantragen kann. Nach einer Adoption gelten entsprechende Regelungen (vgl. Jørgensen 1988, 3). Die Höhe der Leistung bemißt sich am Grundsatz der Einkommenssicherung, so daß 90 Prozent des Durchschnittseinkommens — bis zu einem gewissen Maximum — ausgezahlt werden. Der Höchstbetrag von wöchentlich 2339 Kronen (Stand: Juli 1988) wird einmal jährlich der Inflationsrate angeglichen. In den ersten

fünf Wochen der Erkrankung obliegt den Arbeitgebern die Finanzierung der Lohnfortzahlung, sodann übernimmt die kommunale Sozialverwaltung diese Aufgabe. Die Kommunen ihrerseits müssen 25 Prozent der Kosten aus ihren Steuereinnahmen finanzieren, während 75 Prozent vom »Tagegeldfonds« getragen werden. Dieser Fonds wird aus Beiträgen in Höhe von ein Prozent aller steuerpflichtigen Einkommen gebildet. Ferner zahlen die Selbständigen und Hausfrauen/-männer ihre Beiträge in diesen Fonds ein. Staatliche Zuschüsse gleichen die Differenz zwischen Beiträgen und Leistungen aus. Da die obligatorische Lohnfortzahlung lediglich abhängig Beschäftigte umfaßt, können sich Angehörige freier Berufe und Personen, die Hausarbeit verrichten, auf freiwilliger Basis versichern. Auf diese Weise entsteht z.B. für Hausfrauen vom achten Tag ihrer Erkrankung an eine Anspruchsberechtigung auf Krankentagegeld; sie können allerdings prinzipiell nur 25 oder 50 Prozent des Höchstsatzes erhalten (vgl. Jørgensen 1988, 38).

Zusammenfassend läßt sich erstens festhalten, daß die Reform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle ein typisches Beispiel für die dänische Sozialreform der siebziger Jahre darstellt. Im Rahmen einer »aktiven« und nicht bloß »kompensatorischen« Sozialpolitik erhält das sozialpolitische Prinzip der »Prävention« einen zentralen Stellenwert. Dieser Grundsatz intendiert, trotz temporären Ausfalls der Erwerbsquelle, den bisherigen Lebensstandard, der durch die eigene Arbeitsleistung erzielt wurde, aufrechtzuerhalten. Der Transfer von Steuergeldern für diesen Zweck verdankt sich einer staatlichen Abwägung zwischen dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Erwerbstätigen einerseits und den konsumtiven Staatsausgaben für die Folgekosten von Arbeitslosigkeit und sozialer Bedürftigkeit andererseits. Die weitgehende Einkommensicherung wurde von seiten der dänischen Sozialreformer der sechziger und siebziger Jahre als sozialpsychologische und materielle Voraussetzung für die fortgesetzte Arbeitsleistung auf dem bisherigen Niveau begriffen, entsprang also im Kern einer volkswirtschaftlichen Überlegung. Dieses System basiert letztlich auf der Annahme eines langfristig gesicherten finanziellen Handlungsspielraums des Staates, der es den politischen Akteuren ermöglicht, aus fiskalischen Mitteln die Finanzierung des Tagegeldsystems zu gewährleisten. Deshalb sind im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland in Dänemark nicht periodisch einzelne »Sozialkassen leer«, sondern gerät der Staatshaushalt insgesamt in die öffentliche Diskussion und Kritik.

Zweitens stellt das Tagegeldsystem als solches ein prägnantes Beispiel dar für die Zurückdrängung des Äquivalenzprinzips infolge der Orientierung am Finalprinzip, wenngleich dies keine zwangsläufige Folge ist. »Das Finalprinzip bezieht sich zunächst auf die Leistungen und sagt nichts darüber aus, wie die Beiträge verteilt werden. Andererseits ist kein Zweifel, daß eine stärkere Orientierung der Leistungen an der sozioökonomischen Situation (der Individuen) im Zeitpunkt der Leistungszahlung den Zusammenhang zur Beitragszahlung in früheren Zeitpunkten schwächt.« (Krupp 1978, 208)

Drittens hat diese Reform dem Grundsatz nach die Hausarbeit und die Erwerbsarbeit als gesellschaftlich notwendige Formen der Arbeit anerkannt, wenn auch der Schwerpunkt nach wie vor auf der Arbeit im formellen Sektor liegt.

Gleichwohl wurden die Möglichkeiten der materiellen Sicherung der Hausfrauen erheblich verbessert.

Viertens wurden diskriminierende Kriterien als Bemessungsgrundlage der Leistungen wie das Geschlecht, das Alter, der Status (Versorger/Nicht-Versorger) abgeschafft: Die Person ist das Anspruchssubjekt, ihr jeweiliges Einkommen ist die alleinige Bemessungsgrundlage bei Eintritt von Arbeitsunfähigkeit. Die Folge waren signifikante materielle Verbesserungen und Leistungen. Im Unterschied zur Bundesrepublik existiert für abhängig Beschäftigte in Dänemark keine gesetzliche Verpflichtung, sich gegen den Ausfall der Einkommensquelle infolge von Arbeitslosigkeit zu versichern. Die Gewerkschaften verpflichten aber in der Regel ihre Mitglieder, einer für die jeweilige Berufsgruppe zuständigen Arbeitslosenkasse beizutreten. Da also nur Mitglieder der Verbände Arbeitslosengeld erhalten, besteht offenbar ein starkes materielles Interesse am Eintritt in die jeweilige Einzelgewerkschaft, um der Angewiesenheit auf Sozialhilfe zu entgehen. Von daher wird deutlich, warum sich die Gewerkschaftsvertreter — unterstützt von der sozialdemokratischen Partei — der Integration der Arbeitslosenversicherungen in die kommunale Sozialverwaltung widersetzt haben. Allerdings ist die Autonomie der Arbeitslosenversicherungen m.E. eher formeller Natur. Der Finanzierungsmodus besiert neben den Beiträgen der Arbeitgeber (3868 Mio. Kronen) und der Versicherten (3620 Mio. Kronen) im wesentlichen auf der staatlichen Übernahme der Kosten der Arbeitslosigkeit (10174 Mio. Kronen) (Statistical Yearbook 1988, Tab.116). Ferner ist die Praxis der Arbeitslosenkassen gänzlich der zentralstaatlichen Kontrolle des Arbeitsministeriums und der in amtskommunaler Verwaltung geführten Arbeitsämter unterstellt.<sup>4</sup>

Die Kontrolle der Arbeitslosenversicherung von seiten des Staats manifestiert sich angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit in ständigen Eingriffen von seiten des Arbeitsministeriums. Jüngstes Beispiel dafür ist die Einsparung von 485 Millionen Kronen im Etat des Arbeitsministeriums im Dezember 1988, mit der sich sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitslosenkassen letztlich einverstanden erklärten. Der Kommentar des Geschäftsführers der Vereinigung der Arbeitslosenkassen zu dieser Maßnahme zur Senkung der Kosten der Arbeitslosigkeit: »So, wie er jetzt aussieht, läßt sich mit dem Tagegeld-Kompromiß leben. Im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag (des Arbeitsministers) Dyremose wirft dieser Kompromiß das System der Arbeitslosenkassen nicht restlos über den Haufen. Der Vorschlag machte nämlich den Eintritt in eine Arbeitslosenkasse derart schwierig und teuer, daß die Leute höchstwahrscheinlich einfach darauf verzichtet hätten — auch im Hinblick auf die ständig verringerten Leistungen.« (Zit. n. *Der Nordschleswiger* v. 10.12.88) Diese Stellungnahme macht deutlich, daß 16 Jahre nach der Reform der Tagegelder — dem »bedeutendsten« Reformwerk der siebziger Jahre — die Vertreter der Arbeitslosenkassen in gewerkschaftlicher Regie sehr bescheiden geworden sind: Sie sind bereits mit der Erhaltung der Existenz ihrer Organisation zufriedenzustellen. Ein oppositionelles Interesse an der Aufrechterhaltung der bisherigen Standards in puncto Lebensqualität ist für mich nicht erkennbar. Die Konsequenzen dieser Politik bestehen u.a. in der Tendenz zur Feminisierung der Armut.

## Das System der Altersversorgung

Die Einführung der »Volksrente für alle« im Jahre 1970 war von einem ausgesprochenen Reformplan begleitet und galt in der dänischen Sozialpolitik als radikaler Fortschritt. Die allgemeine Zielsetzung war die definitive Abschaffung des Almosencharakters der Sozialrenten und die Sicherstellung einer Grundversorgung aller älteren BürgerInnen. Praktisch wurde in Dänemark gemäß der ILO-Konvention Nr. 102 über die Minimalhöhe der Sozialleistungen verfahren. Demnach müssen die Renten mindestens 40 Prozent des Bruttolohns für ungelernete Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie betragen. Seit 1961 wird die Rente entsprechend den Lohnerhöhungen in dieser Branche dynamisiert (vgl. Hansen 1984, 58). Der Grundbetrag der Volksrente plus die Rentenzulage für jene, die keine anderweitigen Einkünfte haben, macht für alleinstehende RentnerInnen pro Monat umgerechnet rund 1 115 DM (1988) aus. Allerdings gilt generell für alle Formen der Alterspension in Dänemark, sei es der Volksrente oder den Pensionen der Angestellten und BeamtenInnen, daß sie der progressiven Steuerpflicht unterliegen.

Die Finanzierung der Volksrenten erfolgt im Zuge des Kapitaldeckungsverfahrens (vgl. Kohleiss 1988, 136f.), indem von den SteuerzahlerInnen »Volksrentenbeiträge« in Höhe von 0,5 Prozent aller steuerpflichtigen Einkommen erhoben werden.<sup>5</sup> Die Bevölkerung finanziert ihre Renten über die allgemeinen Einkommenssteuern vor. Die Beiträge werden in einem »sozialen Rentenfonds« akkumuliert. Die Mittel des Fonds werden in Obligationen angelegt, die von den Ministern des Innern und für Soziales verwaltet werden. Das Rentensystem der Bundesrepublik ist demgegenüber als eine »Erwerbstätigenrente« zu bezeichnen, die seit 1957 im Wege des Umlageverfahrens hauptsächlich durch laufende Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber finanziert wird; die Beiträge werden im Unterschied zum Kapitaldeckungsverfahren nicht zweckgebunden angespart, sondern können auch für andere staatliche Zwecke verausgabt werden; das Pendant dazu bildet die Bundesgarantie für beitragsbedingte Deckungslücken (»Rentenlöcher«). Treten demographische Veränderungen ein, kann die langfristige Finanzierung der Renten durch die laufenden Beiträge der Versicherten zum Problem werden (vgl. Leibfried/Trennstedt 1985, 22).

In Dänemark wird dagegen die Finanzierung der Sozialrenten nicht als finanztechnisches Problem diskutiert, sondern von vornherein als politische Angelegenheit. Selbst eher konservative Zeitungen stellen die provokante Frage, ob die parlamentarischen Parteien tatsächlich gegenüber der Bevölkerung die Ansicht vertreten wollten, daß ausgerechnet die Transferzahlungen für die Volksrenten, die für 1989 auf 50 Milliarden Kronen veranschlagt (zit. n. *Weekendavisen* v. 16.12.88) und ansonsten immer als die »Belohnung für ein langes Arbeitsleben« apostrophiert wurden, im Verhältnis zu den anderen Etatposten zu hoch seien. Es wird also allseits die politische Qualität einer solchen Entscheidung hervorgehoben, weshalb die finanziellen »Sachzwänge« als Spiegelfechtereie bzw. als Konsequenz einer neuen Definition der politischen Prioritäten eingestuft werden.

Mitte der sechziger Jahre wurde die sogenannte »Arbeitsmarkt-Zusatzpension« (ATP-Rente) eingeführt, deren Höhe im Unterschied zur Volksrente vom

Beitragsalter der Mitglieder abhängig ist. Die ATP-Rente ist nach dem Äquivalenzprinzip strukturiert; die von den Versicherten und den Arbeitgebern eingezahlten Beiträge werden wiederum in einen Fonds, den sogenannten ATP-Fonds, eingezahlt. Bei der Anlage der Mittel des ATP-Fonds wird die Aufrechterhaltung des Realwerts sowie eine optimale Verzinsung des ATP-Vermögens angestrebt, um den Nutzen für das ATP-System zu maximieren.

Weit besser als diejenigen Gruppen der Bevölkerung, die ausschließlich die Volksrente erhalten, sind jene Angestelltengruppen gestellt, in deren Tarifverträge Pensionsordnungen eingebaut sind. Die meisten Akademikerguppen, aber auch Bankangestellte und zahlreiche Gruppen des öffentlichen Dienstes zahlen Beiträge für ihre Altersversorgung ein. In akademischen Berufen werden üblicherweise 5 Prozent von den GehaltsempfängerInnen und 10 Prozent von den Arbeitgebern übernommen. Die Pension, die der normalen Quellbesteuerung unterliegt, macht durchschnittlich 70 Prozent des letzten Gehaltes aus (vgl. *Der Nordschleswiger* v. 10.9.88). Im Unterschied zu den Angestellten haben die dänischen BeamtenInnen seit 20 Jahren keinen Beitrag mehr für ihre Altersversorgung zu leisten. Der eher symbolische Betrag von 3 Prozent ihres Gehaltes ist abgeschafft worden. Je niedriger die Gehaltsstufe, desto höher fällt der »Deckungsgrad« durch die Pension aus. Die unterschiedliche Altersversorgung der genannten Statusgruppen ist von den Gewerkschaften schon lange kritisiert worden. Eine umfassende Reform der dänischen Altersversorgung stieß bei der bürgerlichen Regierung bisher auf wenig Gegenliebe. Mittlerweile hat sich die Situation jedoch grundlegend geändert: Wenn auch ArbeiterInnen und alle Angestelltengruppen in der Privatwirtschaft zusätzliche Pensionsbeiträge einzahlen, würde die »Versorgungspflicht« des Staates gemindert. Daß man nach einer solchen Reform auf die einst als Grundpfeiler des dänischen Wohlfahrtsstaates gefeierte »Volksrente für alle« verzichten könne, hat Finanzminister Palle Simonsen (Konservative Volkspartei) inzwischen offen ausgesprochen (ebd.).

Eine Konsequenz der aktuellen sozialpolitischen Debatte über die Notwendigkeit einer Rentenreform stellte die Einsetzung der Hassenkamp-Kommission dar, bestehend aus Finanzexperten des Arbeitsministeriums und Vertretern der Verbände. Ihr Bericht (vgl. *Weekendavisen* v. 31.12.88) enthielt Ergebnisse, die alle bisherigen Voraussetzungen der geplanten Rentenreform revidierten. Bisher ging man von der Annahme aus, daß zwei Drittel aller Erwerbstätigen nach Erreichen des Rentenalters von einer Rente existieren müßten, die nicht mehr als 65 Prozent ihres letzten Einkommens beträgt. Für diese Gruppe wurde eine ergänzende Rente avisiert. Die Berechnungen der Kommission hingegen ergaben, daß lediglich für ein Fünftel der Erwerbstätigen der Deckungsgrad unter 65 Prozent liegen würde. Setzte man den sozialpolitisch gewünschten »Deckungsgrad« gar auf 75 Prozent des letzten Einkommens fest, hätten ein Drittel der Erwerbstätigen einen Bedarf anzumelden. Mittlerweile sind sowohl die Parteien als auch die Gewerkschaften auf Distanz zu ihrer Idee einer neuen Arbeitsmarkt-Rente gegangen.

Interessant in unserem Zusammenhang der Darstellung der steuerfinanzierten Grundrente ist ein »Nebeneffekt« der Untersuchung der Hassenkamp-Kommission, die erstmalig statistische Daten über den Lebensstandard der VolksrentnerInnen im Vergleich zur Situation der erwerbstätigen Bevölkerung geliefert

hat. Das allgemeine Ergebnis des Vergleichs lautet: Die RentnerInnen sind materiell besser gestellt, als allgemein angenommen wurde, obwohl sich ihre Situation auf den ersten Blick relativ bescheiden ausnimmt.

Ein Beispiel: Ein zur Miete wohnendes Rentnerehepaar erhält 1989 eine Grundrente in Höhe von 101 760 Kronen jährlich. Nach Steuern und Abzug der Mietkosten sowie mit Aufstockung der Grundrente durch eine ATP-Rente verfügt das Rentnerehepaar über ein disponibles Jahreseinkommen von 68 537 Kronen. Ein zur Miete wohnendes erwerbstätiges Ehepaar muß demgegenüber ein gemeinsames Jahreseinkommen von 154 850 Kronen erzielen, um im Ergebnis über dasselbe disponible Einkommen zu verfügen wie das Rentnerehepaar. Die beschriebene Differenz vergrößert sich, wenn das erwerbstätige Ehepaar mit den Finanzierungskosten eines landesüblichen Eigenheimes belastet ist, während das Rentnerehepaar in einem lastenfreien Eigenheim lebt. Erst unter Berücksichtigung der Steuerprogression einerseits und der besonderen Steuerregeln und Sozialleistungen für die EmpfängerInnen der Volksrente andererseits ergibt sich eine objektive Vergleichsbasis. Welche Wirkung diese neue Datenbasis im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über die Beibehaltung bzw. Abschaffung der steuerfinanzierten Volksrente haben wird, bleibt abzuwarten. Ein entscheidendes Kriterium stellt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes dar, von der es abhängt, ob es dem dänischen Staat gelingt, gleichzeitig den Schuldendienst für ausländische Zinsforderungen zu bewältigen und einen starken Anstieg der Rentenzahlungen nach dem Jahre 2000 zu finanzieren.

### Eine philogyne Sozialpolitik?

Die Entwicklung des dänischen Sozialstaates in den sechziger und siebziger Jahren hat zu einer erheblichen Verbesserung der sozialen und ökonomischen Positionen der Frauen geführt. Der in den siebziger Jahren vollzogene Übergang zum universellen System sozialer Sicherheit hat für die Frauen eine wesentlich bessere medizinische Versorgung und Altersversorgung erbracht. Die Beitragsfinanzierung der Krankenkassen wurde als Grund des Ausschlusses von einem höheren Niveau der Gesundheitsfürsorge erkannt und durch die steuerfinanzierte öffentliche Krankenversicherung ersetzt. Die parallel erfolgte Integration verheirateter Frauen in den Arbeitsmarkt sowie die Tendenz zur Auflösung der bürgerlichen Kleinfamilie hat die Autonomie der Frauen gestärkt und ihre ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann als »Versorger« relativiert. Diese Emanzipation der Frauen basiert auf der Transformation der privaten Fürsorgearbeit in Funktionen des Sozialstaats, auf deren Qualität und Quantität die Frauen als Konsumentinnen angewiesen sind.

Diese Ergebnisse legen die Frage nahe, ob die dänische Sozialpolitik der sechziger und siebziger Jahre als Modell für sozialpolitische Strategien im Interesse von Frauen interpretiert werden kann. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, daß von einem einheitlichen »Skandinavischen Modell« nicht die Rede sein kann. Helga M. Hernes ignoriert m.E. die erheblichen Unterschiede z.B. zwischen Norwegen und Dänemark, wenn sie den Terminus »skandinavischer Sozialstaat« einführt. Er garantiere den Frauen das »Existenzminimum«



und biete ihnen damit die Möglichkeit zu einer gewissen Unabhängigkeit. Wenn Hernes die Emanzipation der Frauen als mögliche Folge der skandinavischen Sozialpolitik bestimmt, dann schreibt sie ihr eine frauenfreundliche Qualität zu — eine potentielle Grundlage eines »philogynen Staates« (Hernes 1986). Die genannten positiven Effekte aus der Sicht der Frauen sind abgeleitete Effekte einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung sowie auf eine allgemeine Reform des Systems sozialer Sicherheit abzielte. Insofern sind zwar die Wirkungen, nicht aber die Intentionen dieser Sozialpolitik als durchaus »frauenfreundlich« zu bezeichnen. Diese logische Unterscheidung ist insofern bedeutsam, als sie in der praktischen Politik für die Frauen diametral entgegengesetzte Folgen hat. Nur wenn die positive Intention besteht, die Frauen vom Objekt zum Subjekt ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen zu machen, ist die frauenfreundliche Qualität real und damit auch langfristig gegeben.

Im Rahmen der »pragmatischen« Frauenpolitik der sozialdemokratischen Regierungspartei hatten die Bedürfnisse und Interessen der Frauen keinen eigenständigen Stellenwert; in der Regel wurden sie allgemeinen pädagogischen, ökonomischen und sozialpolitischen Zielsetzungen subsumiert. Insofern schätze ich den erreichten Status der Frauen angesichts der aktuellen Pläne zum »Umbau« des dänischen Sozialstaats auch als extrem bedroht ein. Auf der Ebene des politischen Systems hat die parlamentarische Repräsentanz der Frauen offenbar nicht ausgereicht, um einen Bewußtseinswandel einzuleiten. Die korporativen Strukturen des Wohlfahrtsstaates haben zur Folge, daß auch eine relativ hohe parlamentarische Repräsentanz der Frauen nicht mit einem hohen Maß an politischem Einfluß verwechselt werden darf. Ferner halte ich die Fortexistenz der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung für ein gravierendes Problem aus der Sicht der Frauen, da jene ihre Autonomie und Selbstbestimmung im eigentlichen Sinne verhindert. Die Frauen sollten sich nicht länger mit einem verbesserten Status als Erwerbstätige, Konsumentinnen, Klientinnen und im Alter zufrieden geben. Sie müssen vielmehr dazu übergehen, ihre besonderen sozialen Bedürfnisse und politischen Interessen in die politischen Willensbildungsprozesse einzubringen, damit sie als eigenständiger Faktor in der Politik anerkannt werden.

## Anmerkungen

- 1 Tageskurs 4. Juli 1989: 100 dänische Kronen = 26,60 DM
- 2 So stehen derzeit in der BRD für nur etwa 4 Prozent aller Kinder unter 3 Jahren entsprechende Betreuungsplätze zur Verfügung. Brücksichtigt man nur Kinder, deren Mütter erwerbstätig sind, oder die mit einem erwerbstätigen alleinerziehenden Vater zusammenleben, so sind für 8 Prozent dieser Kinder entsprechende Plätze vorhanden. Der Mangel an Betreuungsplätzen ist auch ein Grund dafür, daß Kinder alleinerziehender Elternteile in Heimen und Pflegestellen weit überrepräsentiert sind. Sie machen etwa 75 Prozent aller dort untergebrachten Kinder der entsprechenden Altersgruppe aus. Ministerpräsident Albrecht (CDU) bekundete offen, daß er nichts davon halte, Kinder schon im Alter von drei Jahren »der mütterlichen Fürsorge« zu entreißen. Die Vermutung scheint deshalb angebracht, daß deutsche Politiker auch im Jahre 1989 die Finanzierung öffentlicher Tageseinrichtungen zur Betreuung von Kindern im vorschulischen Alter nicht primär aus finanziellen, sondern aus ideologischen Gründen torpedieren (vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 31.7.1989).

- 3 In den USA und Großbritannien hingegen sind die Frauen primär als Klientinnen vom Staat abhängig, was Ausdruck der Feminisierung der Armut ist. So lebt z.B. in Großbritannien die Mehrheit aller alleinerziehenden Mütter in etwa auf oder unterhalb der offiziellen Armutsgrenze; in den USA sind von drei als arm geltenden Erwachsenen zwei weiblichen Geschlechts und 23 Prozent der Kinder leben in Armut (vgl. Borchorst/Siim 1987, 145).
- 4 Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 7. August 1981, § 88.
- 5 Gesetz über die Volksrente vom 4. Juni 1965, § 34.

## Literaturverzeichnis

- Alber, Jens, 1982: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt/M., New York
- Andersen, Ernst, 1971: Vi har alle fået en tryggere tilværelse. In: *Liberal* Nr.5
- Balbo, Laura, 1984: Crazy Quilts: Gesellschaftliche Reproduktion und Dienstleistungsarbeit. In: Kickbusch/Riedmüller (Hrsg.): *Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik*. Frankfurt/M
- Bitsch, Karen, und Niels Frederiksen, 1974: *Opslagbog om dagpenge ved sygdom, ulykke eller fødsel*. Odense
- Borchorst, Anette, und Birte Siim, 1986: Kvinder i velfærdstaten — mellem moderskab og lønarbejde gennem 100 år Ålborg. Universitetsforlag
- dies., 1987: Women and the advanced welfare state — a new kind of patriarchal power? In: Showstack Sassoon (Hrsg.): *Women and the State*. London, Melbourne, Sydney, Auckland, Johannesburg
- Danish National Institute of Social Research, 1976: *Living Conditions in Denmark: compendium of statistics*. Copenhagen
- Friisberg, Claus, 1977: Den nordiske velfærdsstat. Velfældsdebat og velfærdspolitik efter 1945. København
- Geckler, Søren, 1982: Paper on single mothers' living and working conditions. Danish National Institute of Social Research
- Gerhard, Ute, 1987: Den Sozialstaat neu denken? Voraussetzungen und Preis des Sozialstaatskompromisses. In: *Vorgänge*, Nr.3
- dies., 1988: Einleitung. In: Gerhard u.a. (Hrsg.): *Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat*. Weinheim, Basel
- Hansen, Brigitte, 1984: *Zur Analyse der Bedingungen und Möglichkeiten von Sozialpolitik am Beispiel Dänemarks*. Marburg/L.
- Hansen, Per und Leif Hedegaard Jørgensen, 1989: *Arbejdsløshedsforsikring, efterløn og kontanthjælp*. Sociale publikationer 1. København
- Hansen, Sven Aage 1976/77: *Økonomisk vækst i Danmark, Bd.I*. København
- Hernes, Helga Maria, 1982: *Staten-Kvinner ingen adgang*. Universitetsforlaget. Oslo
- dies., 1986: Die zweigeteilte Sozialpolitik: Eine Polemik. In: Hausen u.a. (Hrsg.): *Wie männlich ist die Wissenschaft?* Frankfurt/M.
- dies., 1987: The Transition from Private to Public Dependence. In: *Welfare State and Woman Power: essays in state feminism*. Universitetsforlaget. Oslo
- Hickel, Rudolf, 1984: *Sozialpolitik in Geschichte, Theorie und Praxis. Elemente einer Begründung der Sozialpolitik*. In: Diehl u.a. (Hrsg.): *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie*. Frankfurt, Berlin, Wien
- Jørgensen, Leif Hedegaard, 1989: *Folkepension og delpension*. Sociale publikationer 5. København
- dies., 1988: *Dagpengeløven i praksis*. Sociale publikationer 3. København
- Jørgensen, Winnie, 1985: *Single supporters in the system of social welfare*. Danish National Institute of Social Research
- Jurczyk, Karin, 1977: *Frauenarbeit und Frauenrolle. Zum Zusammenhang von Familienpolitik und Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland 1918-1975*. Frankfurt/M., New York
- Kohleiss, Annelies 1988: *Frauenrechte in der gesetzlichen Rentenversicherung*. In: Erhard u.a. (Hrsg.): *Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat*. Weinheim, Basel
- Krupp, Hans-Jürgen, 1978: *Bedingungen und Prinzipien einer integrierten Sozialpolitik*. In: Pfaff u.a. (Hrsg.): *Sozialpolitik im Wandel*. Bonn
- Leibfried, Stephan, und Florian Tennstedt (Hrsg.), 1985: *Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats*. Frankfurt/M.
- Schulte, Bernd, 1987: *Blick über die Grenzen: Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*. In: Opielka u.a. (Hrsg.): *Umbau des Sozialstaats*. Essen
- Statistical Yearbook 1982: Vol.86. Copenhagen
- Statistical Yearbook 1988: Vol.92. Copenhagen
- Wærness, Kari, 1982: *Kvinneperspektiver på sosialpolitikken*. Universitetsforlaget. Oslo, Bergen, Tromsø

Frieder Otto Wolf

## »Arbeitspolitik« und soziale Bewegungen

»Die Begriffe, die man sich von etwas macht, sind sehr wichtig. Sie sind die Griffe, mit denen man die Dinge bewegen kann.«

Brecht, Flüchtlingsgespräche

Die Begriffe, die uns angeboten werden und die wir selbst verwenden, sind alles andere als »unschuldig«. Jeder Zugriff ist bereits ein Eingriff. »Politik« als Praxis einer realen Veränderung bzw. Bewahrung gesellschaftlicher Strukturen entzieht sich ebenso wie der Prozeß der »Politisierung« immer wieder dem diskursiven Zugriff: Sie wird einerseits gleichsam »aufgesogen« von den »Selbstverständlichkeiten«, den »Evidenzen« einer technokratischen oder institutionalistischen »Politik von oben«, die im Namen einer höheren Einsicht, in »Sachzwänge« oder in »Grundnormen«, auftritt.<sup>1</sup> Eine »Politik von unten« läuft demgegenüber Gefahr, sich in der schlichten Bestreitung dieses Monopolanspruchs zu erschöpfen und dabei immer schon die mühevolle »Arbeit des Besonderen« (vgl. Labica 1986, 116ff.) zu überspringen. In diesem Spannungsverhältnis steht der Begriff der »Arbeitspolitik« allein schon deswegen in besonders problematischer Weise, weil er nicht unmittelbar aus gesellschaftlichen Basisbewegungen hervorgegangen ist und nicht bereits in vielfältigen Kämpfen »von unten« als ein tragfähiges Konzept erprobt und überprüft werden konnte.<sup>2</sup>

### 1. »Arbeitspolitik« als Konzept in einem umkämpften Feld

Der Gegenstand von Arbeitspolitik als Reales<sup>3</sup>, d.h. das Geflecht von Praxisformen, auf die sich zu beziehen das Konzept der Arbeitspolitik vorschlägt, wird aus verschiedenen Handlungsperspektiven ganz unterschiedlich bestimmt.

In der *Perspektive einer Unternehmensleitung*, die in einem intern hinreichend differenzierten und mit hinreichender (oligopolistischer) Marktmacht versehenen Privatunternehmen agiert, um sich eigenständige Gedanken über politische Prozesse machen zu können, hat sich ein Konzept von Arbeitspolitik entwickelt, das das strategische Handeln des Unternehmens<sup>4</sup> auf einer ganzen Reihe von Problemfeldern zusammenfaßt, die erst einmal negativ definiert sind: Es geht in ihnen weder um die »Anlagepolitik« des Unternehmens (Naschold 1984, 46), noch um seine »Produktionspolitik« (ebd.). Es geht in der Perspektive des Unternehmenshandelns positiv um ein ganzes Bündel von der Sache nach unterschiedlichen Politiken, die sich auf die übergreifende Problematik einer »Transformation des auf dem Arbeitsmarkt gekauften Arbeitsvermögens in Arbeit« (ebd.) beziehen: also etwa um Arbeitsgestaltung, Personalplanung, Rekrutierung, Lohngestaltung, Arbeitseinsatz, Gestaltung der Leistungsanforderungen, Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitszeitgestaltung ... Beispiele für unterschiedliche arbeitspolitische Unternehmensstrategien bieten die vom Münchner ISF

herausgearbeiteten Modelle der Negation, der Neutralisierung oder der Nutzung der Reproduktionserfordernisse von Arbeitskraft (vgl. Böhle/Deiß 1980, 42f.).

In der *Perspektive der Arbeitskräfte*, deren »Nutzung« derartige arbeitspolitische Managementstrategien absichern und optimieren sollen, bezieht sich das Konzept einer »Arbeitspolitik« — sofern es nicht bloß reaktiv bleibt — zum einen auf die (Selbst-)Aufforderung, eine ganze Reihe von Problemfeldern, die zunächst oder überwiegend als »unpolitisch« wahrgenommen werden, zu »politisieren«, zum anderen auf die Notwendigkeit, den Wirkungsbereich arbeitspolitischer Gegenstrategien möglichst auch auf Problembereiche zu erweitern, die aus Unternehmenssicht auf »anderen Feldern« liegen — also in den Bereichen der Produktions- oder sogar der Anlagepolitik oder sogar in unternehmensexternen gesellschaftspolitischen Bereichen, wie der Politik des Wohnungsbaus in Trabantstädten bzw. der Verkehrspolitik der Automobilisierung.

In dieser Perspektive geht es nicht nur darum, die Gesamtheit der »allgegenwärtigen Interessenkonflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern, die sich in den tagtäglichen Erfahrungen des Zwangs niederschlagen, sich behaupten, Verschlechterungen abwehren, unter ungesicherten und restriktiven Bedingungen arbeiten zu müssen, ohne damit viel mehr zu erreichen, als eben gerade so leben zu können« (Kudera u.a. 1979, 35 Anm.3). Es geht aus der Perspektive der Arbeitskräfte als gesellschaftlicher Individuen auch darum, überhaupt erst eigenständig handlungsfähige kollektive Solidaritätsnetze und ausbaufähige strategische Handlungsmuster zu konstituieren.

Aus der Perspektive der »professionellen Politiker«, d.h. der Handlungsträger des »ideologischen Staatsapparates Politik«, sofern ihre Sichtweise nicht durch gegenläufige Bewegungsideologien modifiziert wird, erscheint das Feld der »Arbeitspolitik« entweder als ein Unding, da doch Arbeitsverhältnisse etwas Unpolitisches, weil Privates, darstellen.<sup>5</sup> Oder es erscheint als ein relativ neues Feld »staatlicher Interventionen« (vgl. Altwater 1972 u. Burawoy 1978), das gleichsam die »Lücken« schließt, die etwa zwischen Forschungs- und Industriepolitik oder zwischen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bestehen.

## 2. »Gesellschaftliche Bewegung« und »soziale Bewegungen«

Bereits der Begriff der »gesellschaftlichen« bzw. »sozialen« Bewegung im Singular ist historisch in entscheidender Hinsicht verschoben, umfunktioniert worden. Das gilt in ähnlicher Weise auch für den daran anknüpfenden, neueren Begriff der »sozialen Bewegung« im Plural.<sup>6</sup> Während ältere Materialisten, wie Hobbes (vgl. sein *De Corpore*), noch den Begriff der »Bewegung« als Oberbegriff für alle Arten von realen Prozessen verwendet hatten, dann aber gesellschaftliche und politische Prozesse in der Sprache der juristischen Ideologie (Rechte und Pflichten) bzw. der rhetorischen Handlungstheorie (Leidenschaften, Vernunftgründe) analysiert und beschrieben hatten, entfaltete sich mit der Entwicklung eines gesellschaftstheoretischen Newtonianismus (Voltaire, d'Holbach, vgl. Haupt 1987) in der bürgerlichen Aufklärung auch eine Kategorie der »gesellschaftlichen Bewegung«. Den Frühsozialisten Saint-Simon und Fourier steht dann dieser Begriff bereits als Kategorie einer geschichtsphilosophisch an-

gelegten Gesellschaftstheorie zur Verfügung, unter der der historische Prozeß »sowohl als ein gesetzmäßiger als auch ein natürlicher Prozeß vorgestellt wird« (Paris 1981, 104f.). In diesem Sinne wurde diese Kategorie auch etwa von Lorenz von Stein verwendet, der als konservativer Sozialphilosoph mit den Frühsozialisten nicht mehr als deren methodisch gewendeten Newtonianismus teilte (vgl. Rammstedt 1978, 33ff.).

Marx und Engels haben ihrerseits den Sinn dieser Kategorie — bereits in der »Deutschen Ideologie« (MEW 3, insb. 35: »Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«) — m.E. irreversibel ins Subversive verschoben: Das *Kapital* beansprucht bekanntlich nicht nur, »das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen«, oder auch »das Naturgesetz ihrer Bewegung« (MEW 23, 15f.), es formuliert auch die — zunächst als global und säkular begriffene, später von Marx selbst auf Westeuropa spezifizierte (vgl. Rojas 1989, 252) — »geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation«, durch die sich diese gesellschaftliche Bewegung mit den Kämpfen für die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse verknüpft: »Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten ... wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. (...) Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt.« (MEW 23, 790f.) Was allerdings keineswegs bedeutet, daß dies »von selbst«, ohne harte und langwierige politische Kämpfe abliefe: Ist doch nach Marx' eigener Auffassung »jede Bewegung, worin die Arbeiterklasse als *Klasse* den herrschenden Klassen gegenübertritt und sie durch Druck von außen zu zwingen sucht, eine politische Bewegung« (Marx an Bolte, 23.11.1871, MEW 33, 332). Dem von der kapitalistischen Akkumulation ausgehenden »Zusammenwirken zerstörender Einflüsse« kann nur durch eine »mächtige Gegenbewegung« begegnet werden (Marx an Sassulitsch, MEW 19, 393).

Die Marxsche Verschiebung des Begriffs der gesellschaftlichen Bewegung ins Subversive — die eigentliche gesellschaftliche Bewegung<sup>7</sup> ist demgemäß der Prozeß der Revolution — bewirkt im Zusammenhang der Marxschen theoretischen Arbeit einen doppelten Effekt: Zum einen dient der derart umfunktionierte Begriff dazu, die sozialen Träger revolutionärer Bestrebungen als »wirkliche Mächte« zu begreifen (Marx an Engels, 4.11.1864, MEW 31, 13) und nicht mehr nur herbeizuwünschen: »Es bedarf der Zeit bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache [d.h. die der revolutionären Krise von 1848; Anm.d.Verf.] erlaubt.« »(Gesellschaftliche) Bewegung« erscheint hier als »wiederzuerweckender« subjektiver Träger gesellschaftlicher Praxis. Zum anderen gibt die Kategorie der »(gesellschaftlichen) Bewegung« später für Marx (im historischen Zusammenhang der I. Internationale) einen Bezugspunkt an, der eine Abgrenzung von den »Sekten und Amateurversuche(n)« möglich macht, »die sich gegen die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse ... zu behaupten suchten« (Marx an Bolte, 23.11.1871, MEW 33, 329). Dies nahm zwei Haupt-

tendenzen der weiteren Begriffsentwicklung vorweg: zum einen die Tendenz zu einer Verschiebung in Richtung auf eine deterministische Geschichtsmetaphysik, wie sie sich innerhalb der marxistischen Tradition bereits mit dem Revisionsstreit vorbereitet hat; zum anderen die Tendenz zu einem voluntaristischen Subjektivismus, wie er sehr weitgehend die »neue Bewegung« des beginnenden 20. Jahrhunderts beherrschen sollte — ob in Gestalt der »Frauenbewegung« oder der »Jugendbewegung«, die neben und außerhalb der Arbeiterbewegung mit emanzipatorischen Ansprüchen auftraten. Im Spannungsverhältnis dieser beiden Tendenzen wurde im folgenden nicht nur die Pluralität der »demokratischen Bewegungen« (Lenin) als bündnispolitisches Problem für die »Arbeiterbewegung« formuliert, es wurde auch gleichzeitig der Versuch unternommen, den Geschichtsdeterminismus gleichsam dadurch auf ein breiteres Fundament zu stellen, daß der Bewegungsbegriff wieder auf die Gesamtheit der Materie bezogen wurde.<sup>8</sup>

Der Begriff der »sozialen Bewegungen« im Plural beruht dann auf einer erneuten metonymischen Verschiebung der Problematik: Nachdem alle Versuche, die Aufbruchsimpulse der rebellierenden Studenten und Jugendlichen der 1960er Jahre unmittelbar im Sinne eines »antiautoritären« Selbstbefreiungsaktes oder einer organisierten »revolutionären Praxis« umzusetzen, Mitte der 1970er Jahre gescheitert waren, wird dann dieser pluralisierte und subjektivierte Begriff zu einem neuen Schlüsselbegriff emanzipatorischer Theoriebildungsansätze. Dabei werden insbesondere die »neuen sozialen Bewegungen«<sup>9</sup> zum einen als ein Zusammentreffen von »Betroffenen« unter dem Zeichen einer neuen, individualisierteren »Politik in der ersten Person« gedacht, zum anderen aber auch als neue gesellschaftliche Subjekte, die — von vorneherein im Plural auftretend — gleichsam die »frei gewordene« Stelle der revolutionären Arbeiterbewegung in traditionellen sozialistischen Politikkonzepten einnehmen: Sie sollen die Träger der antizipierten radikalen Umwälzungen werden, auch ohne noch ein »Bewegungsgesetz« im Rücken zu haben (vgl. Ortmann u.a. 1977, von Mohl 1983) bzw. indem der Prozeß der ökologischen Krise als treibende objektive Tendenz dessen ansonsten unveränderte Stellung übernimmt.

Zwei Grundgedanken aus der materialistischen Tradition des Übergangs von der Projektion des Imaginären zur wissenschaftlichen Erforschung des Realen bilden heute die Ausgangsbasis für ein der Problematik angemesseneres theoretisches Unternehmen:

*Erstens* ein Gedanke, der sich — wenn auch niemals konsequent ausformuliert — durch das gesamte Werk von Marx und Engels zieht, und der, wenn überhaupt thematisiert, zumeist als eine subjektive Bewertung aufgefaßt wird (vgl. etwa Márkus 1976). Es ist dies der Gedanke, daß jedes Verhältnis der Herrschaft, der Abhängigkeit oder der Ausbeutung, das zwischen Menschen besteht, als ein gesellschaftlich reproduziertes Verhältnis immer auch des aktiven Mit-Tuns der ihm Unterworfenen bedarf und damit in seiner eigenen Reproduktion immer auch Gelegenheiten und Impulse produziert, aufgrund derer diese Unterworfenen nicht nur dieses Mit-Tun unterlassen, sondern ein mehr oder minder bewußtes Gegenhandeln an seine Stelle setzen. Es gilt also nicht nur, was mit einigem Recht gegenüber der Uminterpretation des Marxismus in eine offizielle Theorie

der herrschenden Ordnung behauptet worden ist, daß nämlich Rebellion berechtigt ist, sondern die bestehenden Herrschaftsverhältnisse produzieren in ihren Bemühungen, das aktive Mit-Tun der Unterworfenen hervorzurufen, immer von Neuem Gelegenheiten und Impulse dafür, daß Rebellion stattfindet.

Zweitens ein Gedanke, der auch von Marx und Engels noch nicht gedacht worden ist. Es ist die an Freuds »Entdeckung des Unbewußten« und an die Ent-Subjektivierung der Sprache in der modernen Logik und Linguistik seit Frege und de Saussure anknüpfende Erkenntnis, daß auch die individuellen Subjekte — und erst recht ihre Verbindung zu kollektiven oder gar historischen Handlungsträgern — weder als einfacher, unmittelbar gegebener Ausgangspunkt jeder Praxis zu begreifen sind (wie dies in Anknüpfung an den bürgerlichen Liberalismus etwa Kant gedacht hatte) noch auch als selbst-produziert (wie dies auf offen idealistisch-staatsorientierte Weise Hegel und auf »materialistische« Art dann Engels, vgl. MEW 20, 444f., konstruiert hatten). Auch die Subjekte menschlicher Praxis sind immer erst als Effekt, als Wirkung eines materiellen Prozesses, der in wesentlichen Teilen außerhalb ihrer selbst liegt, zu begreifen. Dies gilt ganz unabhängig davon, ob es dabei im einzelnen um den »psychologischen« Subjekteffekt geht, durch den sich ein bestimmter Mensch im Verhältnis zu anderen Menschen und im Verhältnis zu sich selbst als Individuum identifiziert und zum Urheber seiner eignen Handlungen wird, indem er sich zugleich einer bestimmte Ideologie unterwirft, oder ob es um den noch namenlosen »Organisationseffekt« geht, durch den — wie Marx es noch sehr unspezifisch und einseitig formuliert hat — »eine gewisse previous organisation ... ihrerseits ebenso Mittel der Entwicklung dieser Organisation« wird (MEW 33, 333) bzw. die historischen Grenzen vorausbestimmt, denen diese Entwicklung unterliegt.

Vor diesem theoretischen Hintergrund gewinnt die Art und Weise, wie Marx die Entwicklung der politischen »Arbeiterbewegung« konkret analysiert und begriffen hat, ein neues Interesse: »Unsere Ziele müssen so umfangreich sein, damit sie alle Formen der Wirksamkeit der Arbeiterklasse einschließen.« (MEW 17, 641) Die Arbeiter »müssen die Beziehungen zwischen sich und den Kapitalisten und Landlords verändern, und das bedeutet, daß sie die Gesellschaft [d.h. die Produktionsweise; Anm.d.Verf.] verändern müssen. Das ist das gemeinsame Ziel jeder bekannten Arbeiterorganisation; die Land and Labour Leagues, die Gewerkschaftsgenossenschaften und die Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung, die Konsum- und Produktivgenossenschaften sind nur Mittel zur Erreichung dieses Ziels« (ebd., 642). Auf die zentrale politische Aufgabe bezogen bedeutet das, »eine wirkliche echte Solidarität zwischen diesen Organisationen herzustellen« (ebd.), als »ein Netz von Zweigwerken, das sich über die ganze Welt der Arbeit erstreckt« (ebd., 641).

Nicht die spekulative Projektion einer »Arbeitsgesellschaft«, wie sie die Soziologen- und Politologen-Tage der frühen 1980er beschäftigt hat, begründet also den umfassenden Zusammenhang vielfältiger Aktivitäten, als der sich die politische Arbeiterbewegung historisch konstituiert hat. Den Ausgangspunkt bildet vielmehr die empirische Vielfalt der vorfindlichen »Formen der Wirksamkeit«, in deren besonderen Zielsetzungen Ansatzpunkte dafür herauszuspüren sind, eine »wirkliche echte Solidarität« gegen das Herrschaftsverhältnis zu

knüpfen, das zwischen den »Kapitalisten und Landlords« einerseits und den Trägern der lebendigen gesellschaftlichen Arbeit andererseits besteht. Auch wenn wir heute etwa gelernt haben, auch die unsichtbaren Arbeiten zu sehen, die in den herrschenden patriarchalischen Verhältnissen den Frauen zugewiesen sind, bleibt dieser methodische Zugang einleuchtend: Geht es doch für Marx im Kern darum, daß sich diese Praktiken der »Welt der Arbeit« einzeln oder im Verbund auf das beziehen, was unter dem dominierenden ökonomischen Herrschaftsverhältnis den Kern der Herrschaft der »toten« über die »lebendige Arbeit« ausmacht. Daß die Ersetzung der herrschenden Konkurrenz durch »Solidarität« gerade hier die Reproduktion der gesamten Produktionsweise in Frage stellt, ist der tragende Grund dafür, daß diese »wirkliche Bewegung« (*Manifest*) von ihren Theoretikern als realitätsmächtig ausgewiesen und von bloßen Sektenbildungen unterschieden werden konnte.

In der historischen Krise der politischen Arbeiterbewegung, wie sie in den 1970er Jahren deutlich hervortrat, ist es etwa Touraine wieder aufgefallen, daß »das Nebeneinander gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, erzieherischer und politischer Aktionen nicht davon abgehalten (hat), von einer Arbeiterbewegung zu sprechen« (Touraine 1983, 147). Damit ist in seinem Versuch, den Begriff der »sozialen Bewegung« als zentrale politische Kategorie aufzufassen, immerhin ein Stück weit der ursprüngliche Duktus der Marxschen Analyse der historischen Organisierung der Arbeiterbewegung zurückgewonnen. Zugleich fällt seine Theorie allerdings dadurch weit zurück, daß in ihr der Verlust jeglichen Zusammenhanges zwischen gesellschaftlichem Wissen und sozialer Bewegung (vgl. Evers/Szankay 1981) geradezu zur Tugend erklärt wird (vgl. auch Laclau/Mouffe 1985) und die Fragen der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit — ihrerseits reduziert auf die industrielle Fabrikarbeit — bloß als ein Analysebeispiel unter anderen behandelt wird (Touraine 1983, 144). Insbesondere die Marxsche Problematik der historischen Bedingungen für die Realitätsmächtigkeit einer subversiven Bewegung, wie sie der Unterscheidung von »wirklicher Bewegung« und Sektierertum zugrundeliegt, wird in der neuen Theorie spurlos eliminiert (ebd., 151f.).

Dieser Verschiebung liegt sicherlich eine Fehlentwicklung innerhalb der marxistischen Tradition zugrunde, durch die schon früh die differenzierte empirische Problematik der Solidarität, wie sie Marx skizziert hatte, in den Hintergrund getreten ist zugunsten der weitgehend imaginären Problematik, wie eine rein subjektive Einheitlichkeit, ein einheitliches kollektives Subjekt, konstituiert werden könnte (vgl. Lukács 1923 u. Cerutti u.a. 1971). Demgegenüber ist in der Tat an den doppelten Ausgangspunkt der Marxschen Reflexion der Arbeiterbewegung zu erinnern: einerseits die gegebene Vielfalt der Praktiken von Interessenkampf, Rebellion und Widerstand, andererseits der strategische Stellenwert der Konkurrenzverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses (und des patriarchalisch geprägten gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozesses). Das ungelöste Problem, das historisch dem Scheitern der ersten Arbeiterinternationale zugrundeliegt, wird von derartigen »Revisionen« gar nicht berührt. Marx scheint in der Tat einfach zu unterstellen, daß die Verbreitung des Wissens über das in der kapitalistischen Produktionsweise enthaltene



gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis als solche bereits hinreichend, um den spontanen Impuls zur Solidarität in ein diskursiv artikuliertes Motiv des Handelns zu verwandeln. Durch dieses gemeinsame Motiv werden die vielfältigen Gelegenheiten, an denen sich soziale Kämpfe entzünden, zu einer hinreichend »solidarischen« strategischen Orientierung zu verknüpfen sein.

Eine derartige politische Bündelung in einer spontan gemeinsamen Ausrichtung konnte sich aber allenfalls so lange und nur dort von selbst verstehen, wie und wo das Fortwirken der Traditionen der großen Französischen Revolution innerhalb der gesamten demokratischen Bewegungen Westeuropas anhielt. Ohne die Einbettung in eine solche vorgängige revolutionäre Tradition als selbstverständliche Bezugs- und Verknüpfungsinanz wäre dagegen die einfache »Weiterentwicklung« der »Arbeiterbewegung« von der Vielfalt der konkreten sozialen Kämpfe zur Einheit einer gesellschaftsverändernden Bewegung gänzlich undenkbar geblieben.

An dem Problem der historischen Faktizität, des »Fundsachen«-Charakters (vgl. Lipietz 1990) solcher als gesellschaftliche Selbstverständlichkeit erscheinender Artikulationsinstanzen ist heute wiederum anzusetzen.

Die Marxsche Rede von der »Politischen Ökonomie der Lohnarbeit« in ihrem Gegensatz zur »Politischen Ökonomie des Kapitals«, im Sinne entgegengesetzter Logiken der gesellschaftlichen Reproduktion, vollzieht eine wichtige Vereinfachung, die unreflektiert zu einer folgenschweren Verkürzung führt: In der historischen Realität steht die kapitalistische Produktion nirgends allein da. Sie verflucht sich mit den Resten älterer Produktionsweisen (vgl. Godelier 1987) und verbindet sich mit anderen strukturellen Herrschaftsverhältnissen, die die Organisation des gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozesses bestimmen. So bestimmt auch unter hochentwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnissen noch das patriarchalische Geschlechterverhältnis die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit; so hat die Teilung der Arbeit zwischen Stadt und Land sowie zwischen Kommando- und Ausführungsebene (»Kopf- und Handarbeit«) vor allem in staatlichen und staatsähnlichen Apparaten keineswegs ihre eigenständige Bedeutung verloren. Auch die Eigenarbeit von ProduktionsmittelbesitzerInnen hat nicht eindeutig an Gewicht abgenommen.

In ihrer Verflechtung mit anderen Formen der gesellschaftlichen Arbeit (etwa im Pendlerwesen oder in der Teilzeitarbeit von Müttern), mit anderen Determinanten gesellschaftlicher Arbeitsteilung (etwa im Angestellten- oder im Beamtenstatus oder in ländlichen »Gesinde«-Traditionen) oder mit bestimmten stofflichen Bedingungen der Produktion (etwa in Gestalt der Bergbausiedlung oder der Hafenstadt) hat sich zugleich das Lohnarbeitsverhältnis in der konkreten historischen Praxis so vielfältig ausdifferenziert, daß schon die Solidarität der »Lohnabhängigen«, die im gesellschaftlichen Leben eben nicht spontan als solche auftreten, zu einer komplizierten Artikulationsaufgabe geworden ist.

In dieser Lage sollten wir insbesondere dem traditionellen Suggestionseffekt der Kategorie des »Lebens« widerstehen, der uns nahelegt, die unterschiedlichen historischen Gestalten dieser »lebendigen« Arbeit seien als solche bereits »historische Subjekte«, d.h. gemeinsam handlungsfähige Verbindungen individueller Subjekte. Zunächst enthält die Kategorie der »lebendigen Arbeit« nichts weiter

als eine metaphorische Kennzeichnung des objektiven, strukturellen Gegensatzes, in dem sie zur »toten Arbeit«, der Herrschaft und Dominanz des Kapitalverhältnisses, stehen. Auch die Herausbildung einer »Arbeiterbewegung« war nicht einfach »Ausdruck« einer solchen objektiven Tendenz, sondern eine — zweifellos die bedeutendste und langfristig wirksamste — politische Leistung der politischen Kämpfe des 19. Jahrhunderts in Europa. Die in ihrem Zustandekommen erreichte Überlagerung »partikularer« ständischer, regionaler, konfessioneller oder auch nationalitärer Subjekteffekte durch eine solidarische Selbstdefinition in bezug auf die gemeinsame Situation der Lohnarbeit sowie durch ein politisches Bewußtsein über den Gegensatz zu den »Interessen« der Kapitaleigner verstand sich nicht von selbst.

Seit der »Zangenbewegung« von SozialistInnenverfolgung und Sozialgesetzgebung bzw. neuen gesellschaftlichen »Sozialfürsorge«-Strategien im Deutschland der 1890er Jahre sind vielfältige Gegenstrategien entworfen und praktiziert worden, deren wirkungsmächtigste gerade an den »toten Winkeln« oder »Lücken« dieser historischen Artikulationsleistung — Geschlechterverhältnis, Hierarchie, Stadt-Land-Verhältnis, koloniale Abhängigkeitsverhältnisse — angesetzt haben. Dabei sind von den individuellen Subjekten in ihrer Selbstkonstitution zu übernehmende Identifikationsmodelle entwickelt worden, die bis in die elementarsten sozialen Beziehungen »durchgreifen« (vgl. etwa Haug 1986), und die mit global angelegten »Gegenmobilisierungs«-Strategien gar nicht mehr oder nur noch ganz unzureichend anzusprechen sind. Zugleich wird insbesondere in der fordistischen Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise durch diese soziale Differenzierung selbst noch jedes Individuum als gesellschaftliche/r HandlungsträgerIn in heterogene und desartikulierte »Rollen« zerlegt, wodurch jede soziale Bewegung in eine Vielzahl von real kaum lösbaren Konflikten verstrickt wird.

### 3. Arbeitspolitik als strategisches Konzept

Solange es noch nicht gelungen ist, den Interessengegensatz zwischen den VerkäuferInnen und den erwerbstätigen Hausfrauen und Müttern hinsichtlich der Ladenschlußzeiten in einen Gegensatz umzubauen, in dem es um die Durchsetzung von Kontrolle der die konkreten gesellschaftlichen Arbeiten Ausführenden — d.h. sowohl der Verkaufenden als auch der Einkaufenden — über die Dauer und Lage der eigenen Arbeitszeit gegen die Kontrollinteressen und Rationalisierungsstrategien der Unternehmen geht, werden sich die politischen Vertreter der Kapitalinteressen immer auch auf die Zustimmung einer zahlreichen sozialen Kategorie für das von ihnen ganz umfassend vorangetriebene »arbeitspolitische Reformvorhaben« der Zeitflexibilisierung stützen können. Selbst zwischen einer bewußt feministischen Kritik der Hausfrauenarbeit und einer bewußt antikapitalistischen Forderung nach radikaler Lohnarbeitsverkürzung läßt sich auf dieser Grundlage ein struktureller Gegensatz herstellen: Die Kompensation einer »Verkürzung der (Lohn-)Arbeitszeit« durch Reorganisationsmaßnahmen, die letztlich zu einer Mehrbelastung der Hausfrauenarbeit führen — Ausweitung von Schichtarbeit, Nacht- und Wochenendarbeit —, ist eine reale und nicht etwa bloß

eingebildete Gefahr. Umgekehrt ist die notwendige Ergänzung von Arbeitszeitverkürzungsstrategien durch Maßnahmen zur Existenzsicherung und für eine Förderung von Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zugunsten der Frauen bisher allenfalls angedacht (vgl. F. Haug 1990).

In den sozialen, vor allem gewerkschaftlichen Kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit ging es zwar bisher ganz ausdrücklich darum, den Strategien der Unternehmen zur Nutzung des von ihnen angekauften Arbeitsvermögens das Interesse der mit diesem Arbeitsvermögen nun einmal untrennbar verknüpften Individuen an von ihnen selbst solidarisch durchzusetzenden Beschränkungen und Regelungen entgegenzusetzen. Dies wird auch von führenden Kräften in diesen Kämpfen ausdrücklich in eine Perspektive gestellt, die sich einer vorgängigen sozialpartnerschaftlichen Identifikation von Belegschaften oder Betriebsräten mit der »politischen Ökonomie des Kapitals« ausdrücklich verweigert und dagegen auf die Solidarität zwischen beschäftigten und arbeitslosen Lohnabhängigen setzt (vgl. IG Metall 1984 u. 1990). Aber weitergehende Fragen werden bewußt offen gehalten: Während die aktiven Frauen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich den Sechsstudentag als eine Bedingung für eine tatsächliche Neuverteilung von Haus- und Erziehungsarbeit innerhalb der privaten Lebensverhältnisse proklamieren, haben sich die in die Tarifverhandlungen eingebrachten gewerkschaftlichen Forderungen gerade in dieser Hinsicht bedeckt gehalten. Nicht zuletzt würde durch eine derartige Konkretisierung der Gegensatz der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu den mit den neuen Informationsverarbeitungs-, Kommunikations- und Steuerungstechnologien eröffneten Möglichkeiten einer Befriedigung der Flexibilisierungsinteressen gerade der führenden Unternehmen so weit zugespitzt, daß ihre Durchsetzung nur durch schwierige, riskante soziale Kämpfe möglich wäre.

Andererseits werden die Gewerkschaften aber ohne eine derartige zuspitzende Verkoppelung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, d.h. insbesondere ohne die Ausweitung des Forderungshorizontes auf eine neue Form der Vergesellschaftung der Reproduktion der individuellen Arbeitsvermögen, keine vergleichbar breite gesellschaftliche Ansprache und Solidarisierung erreichen können, wie dies noch mit der familialistisch-fordistischen Formel des »Samstags gehört Vati mir!« erreicht werden konnte. Ohne eine derartige Solidarisierung wird die Kraft der Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung beschränkt bleiben.

Daneben ist es gegenwärtig, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zwar denkbar, aber noch nicht in konkreten Gestalten vorstellbar, etwa Arbeitszeitverkürzung und Intensivierungsabwehr mit einer selektiven Verringerung des Produktionsausstoßes im Interesse der Reduzierung ökologischer Belastungen zu verknüpfen. Vielleicht sind wir nur noch um wenige ökologische Katastrophen von einer Situation entfernt, in der eine solche Verknüpfung nicht mehr nur als dringende strategische Forderung erscheint, sondern tagespolitisch zur unumgänglichen Bedingung einer überhaupt noch gesellschaftlich solidarisierungsfähigen gewerkschaftlichen Strategie wird.

In den gegenwärtigen Kämpfen um die Gestaltung und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in allen ihren Gestalten geht es also um mehr als um einen

Ausbalancierungsprozeß zwischen unterschiedlichen ökonomischen Tendenzen, zwischen der Tendenz des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zur expansiven Durchdringung und Durchrationalisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und den unterschiedlichen Gegentendenzen der »lebendigen Arbeit«. Es geht vielmehr immer auch schon um die Konstitution handlungsfähiger gesellschaftlicher Subjekte und Subjektzusammenhänge, die bereits durch die Art und Weise ihrer Konstitution präjudizieren, wie weit es ihnen gelingen kann, unter sich ihre Differenzen zu klären und handlungsleitende Gemeinsamkeiten zu definieren — oder wie weit sie ihre eignen Interessenperspektiven an entsprechende Machtdispositive und Gestaltungsstrategien der Unternehmensseite bzw. auf diesen Feldern agierender Staatsapparate binden.

Die objektiv feststellbare Zugehörigkeit einer besonderen gesellschaftlichen Praxis zum Gesamtprozeß der für die gesellschaftliche Reproduktion erforderlichen, im ökologisch und feministisch erweiterten Sinne notwendigen Arbeit führt als solche weder automatisch zur Konstituierung einer »Arbeiterbewegung« (vgl. Edelmann 1975) noch entstehen aus den von der kapitalistischen Entwicklung ausgelösten vielfältigen Gegentendenzen als solchen schon geradlinig gesellschaftliche Artikulationsformen, die die Perspektive einer historisch handlungsfähigen Arbeiterbewegung eröffnen. In den gegenwärtigen Kämpfen um die Durchsetzung eines neuen Regulierungsmodells eines weltweit hegemonialen Kapitalismus auf den neuen technologischen Grundlagen wirken vielmehr starke Faktoren in Richtung auf eine weitergehende Ausdifferenzierung sowohl dieser spontanen Gegentendenzen, als auch ihrer Artikulationsmöglichkeiten zu handlungsfähigen sozialen, kulturellen und politischen Subjekten.

In dieser Lage sind auch unter dem Ziel einer Artikulation umfassender gesellschaftlicher Emanzipationsbewegungen ganz unterschiedliche Reaktionen zu beobachten:

- der Entwurf eines strategischen Konzeptes der »Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse« bzw. der »Erneuerung« der Arbeiterbewegung als historisches Subjekt,
- die Propagierung eines neuen historischen Subjektes, das — in der Überwindung der gegenwärtigen »Zivilisationskrise« — zum »Subjekt der Geschichte« zu werden verspricht,
- die Entwicklung eines strategischen Konzeptes, das im Sinne einer allseitig, auch nach der Seite der konkreten Subjekte hin, offenen »Logik der Krisen und Brüche« (F. Haug 1983) nicht auf die Konstitution neuer historischer Gesamtsubjekte setzt, sondern auf die Herausbildung miteinander verknüpfter Anordnungen individueller und kollektiver Subjekte durch die Erschließung, Erweiterung und Überlagerung von Feldern widerständigen oder auch zu den herrschenden Ordnungen gegenläufig gestaltenden Handelns.

Eine Arbeitspolitik »von unten« gehört in den Zusammenhang der dritten der genannten Reaktionsweisen. Als ein gegenständlich bestimmtes Feld gesellschaftlicher Prozesse, das nicht in den institutionell differenzierten Bereichen der etablierten Politik aufgeht, sondern etwa Bereiche von Sozial-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik miteinander zu einem zusammenhängenden Problemkomplex verbindet, bezieht sie ganz unterschiedliche institutionelle,

organisatorische und kulturelle Mechanismen und Effekte aufeinander und spricht dabei ganz unterschiedliche, nicht vorab abschließend festlegbare subjektive TrägerInnen sozialer Bewegungen auf ihrem Feld an: beispielsweise Arbeitsmediziner, Sicherheitsingenieure, Betriebsräte, Belegschaften, Kategorien von Beschäftigten, Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften, Sachverständige, LebenspartnerInnen von Beschäftigten, »kritische AktionärInnen«, aber womöglich auch NutzerInnen und KonsumentInnen oder auch AnwohnerInnen, BürgerInneninitiativen bzw. die etwa von einem Unfall Betroffenen. Das Konzept der Arbeitspolitik orientiert uns darauf, daß die konkrete Begegnung unterschiedlicher Subjekte auf diesem Feld auf Grund von dessen für den gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozeß jeweils bestimmbar großen Gewichtes als ein Ort zu begreifen ist, an dem ein maßgebliches Stück der »Selbstverständigung unserer Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche« (MEW 4, 46) in sachlich nachvollziehbarer Weise erfolgt, ohne daß dafür eine vorgängige Identifikation mit einem imaginären bzw. imaginär übergreifenden Groß-Subjekt vorausgesetzt ist. Statt dessen kann die im Konzept der Arbeitspolitik angelegte strategische Logik der widerständigen und gegenstrebigen Besetzung unterschiedlich gewichtiger gesellschaftlicher Felder die Vielfalt der Betroffenheiten, Interessenperspektiven und Wünsche der beteiligten individuellen Subjekte und ihrer kollektiven Erfahrungs- und Handlungszusammenhänge ansprechen und ins Spiel bringen. Gerade diese Vielfalt wird so von einer Quelle der Aushöhlung und Schwächung einer identifikatorischen Solidaritätskultur wie derjenigen der alten Arbeiterbewegung »umfunktioniert« in eine Kraftquelle der Gegenteilstendenzen gegen die Verwertungskonzepte und Durchsetzungsstrategien der Repräsentanten von Kapitalinteressen. Dadurch kann nicht nur der gesellschaftliche Differenzierungsprozeß, der der politischen Kultur der alten Arbeiterbewegung die soziale Grundlage entzogen und so die Hegemonie der kapitalistischen Bourgeoisie im »Fordismus« auf eine bewegliche Weise befestigt hat, in neuer Weise als Stützpunkt der Gegenteilstendenzen in Anspruch genommen werden. Auch die Perspektive einer bewußten gesellschaftlichen Regulierung kommt in diesem Verfahren auf eine radikal andere Weise in den Blick, als dies in den identifikatorischen und daher immer auch staatsorientierten Regulierungsversuchen des inzwischen historisch werdenden Realsozialismus und der historischen, keynesianischen Sozialdemokratie geschehen war.

Wenn die grundlegende Voraussetzung des Konzeptes der Arbeitspolitik triftig ist, daß eine erneute identifikatorische, notwendigerweise hierarchisierende und totalisierende »Vereinheitlichung« der historisch Ausdifferenzierten (z.B. prekär Beschäftigte) bzw. zu ihrer gegenständlichen Spezifik Verselbständigten (z.B. Frauen) weder möglich noch im Sinne des Emanzipationsziels erstrebenswert ist, dann sind die dagegenstehenden strategischen Konzepte einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse und eines »neuen historischen Subjektes« als dem zu lösenden Problem unangemessen zurückzuweisen. Der in ihnen — ebenso wie in vielen von ihnen inspirierten empirischen Untersuchungen — immer wieder zu beobachtende projektive Vorgriff auf die eine zentrale Tendenz, um die herum sich Neuzusammensetzung oder Neukonstitution zu vollziehen ver spricht, führt, konsequent betrieben, zur Vereinseitigung der Aufmerksamkeit

und zur Verkümmern der sozialen und politischen Phantasie. Das gilt nicht nur für um den »point of production« herum organisierte industriesoziologischen Untersuchungen, sondern durchaus auch für die in Untersuchungen über »neue soziale Bewegungen« immer wieder gemachte Unterstellung, der Produktionsprozeß als zentraler Ort des alten, als solches seine Zentralität verlierenden historischen Subjektes »Arbeiterbewegung« sei mit diesem als Ort wirklicher sozialer Bewegungen erloschen (vgl. Gorz 1980 u. 1985) oder müsse von den »neuen sozialen Bewegungen« her und ohne jede Bezugnahme auf die relativeren und spezifischeren Existenzformen von Arbeiterbewegung innerhalb des Produktionsprozesses ganz neu bestimmt werden (vgl. Huber 1984, 63ff.).

Das Konzept der Arbeitspolitik ermöglicht es uns dagegen, Überlagerungen, behindernde und förderliche, zwischen unterschiedlichen Praxen zu denken, die sich in diesem Feld gesellschaftlicher Praxis gegeneinanderstellen oder in einer neu zu entwickelnden Solidarität miteinander verbinden können. Das gilt nicht zuletzt für mögliche neue Kombinationen zwischen betrieblichen Subjekten und »außerbetrieblichen« sozialen Bewegungen. Etwa für den Fall Böhringer, Hamburg, der gezeigt hat, daß umweltpolitische BürgerInneninitiativen und eine ihnen nahestehende Partei durch eine offenbar treffend angelegte Kampagne nicht nur die Schließung eines hochgradig umweltvergiftenden Produktionsbetriebs durchsetzen konnten, sondern zugleich eine innerbetriebliche Problematierung der in diesem Betrieb auftretenden Gifte als »gefährliche Arbeitsstoffe« auslösten, die etwa dazu führte, daß Ehefrauen bei dem Büro der GAL anriefen, sie möchten doch jemanden vorbeischieken, der dem Ehemann klar macht, daß er in diesem Betrieb seine Gesundheit ruiniert. Oder auch dazu, daß im Rückblick jahrzehntelang verschwiegene und als individuelles Schicksal behandelte Vergiftungsfälle als typische Krankheitsverläufe der vom Dioxin ausgelösten Chlorakne erkannt werden. Oder, mit einer umgekehrten Stoßrichtung, daß betriebliche Initiativen in Richtung auf alternative Produkte — ihrerseits ange-regt von der Sensibilisierung durch die Friedensbewegung und dann von Unternehmenskrisen auf die Tagesordnung gesetzt — Impulse für neue Konzeptionen in der kommunalen Politik gegeben haben: Im Fall von Blohm & Voß sowie von AEG in Richtung auf Dezentralisierung der Energieversorgung (Blockheizkraftwerke), im Fall von Lucas Aerospace durch einen schrittweisen Übergang von der ursprünglichen Konzeption »alternativer Arbeiterpläne« zur Konzeption einer kommunal angelegten Praxis der »Volksplanung« (vgl. Wainwright, Elliott 1982). Zum Teil sind derartige Prozesse gerade in der Vorstellung begrüßt worden, dies wären erste, greifbare Formen der »Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse«. Andere haben darin den Beginn eines Übergreifens der »neuen sozialen Bewegungen« in den betrieblichen Kernbereich der »alten Arbeiterbewegung« gesehen, die dadurch mit ihrem außerbetrieblich zentrierten »Wertewandel« selbst zum neuen historischen Gesamtsubjekt werden. Die Instabilität dieser Konfigurationen macht es jedoch schwierig, derartige Sichtweisen empirisch begründbar durchzuhalten. In der umrissenen Perspektive von Arbeitspolitik bleibt das in derartigen Beispielen erkennbare Artikulationsmuster eines der möglichen Muster einer neuen Solidarität, die es strategisch zu nutzen und immer wieder von neuem zu aktualisieren gilt.

## Anmerkungen

- 1 Derartige »Evidenzen« setzen allorten ganz materielle Schranken für eine emanzipatorische Politik, gegen die bloßes Wegwünschen nichts hilft.
- 2 Dieses Problem zu sehen, ist keineswegs gleichbedeutend damit, auf die bewußte, strategisch angelegte Entwicklung derartiger »Konzepte« zu verzichten. Allerdings bedeutet es, auf die naive Annahme zu verzichten, die sachlich und normativ »richtigen« Konzepte wären damit bereits als Grundlagen einer wirksamen Politik hinreichend ausgewiesen. Konzepte, die die real agierenden gesellschaftlichen Subjekte »ansprechen«, sind vielmehr immer auch eine »gesellschaftliche Fundsache«.
- 3 Mit dieser Formulierung möchte ich die Differenz zu der Auffassung von Lipowatz (1983) betonen, nach der »das Reale« auch außerhalb des sich im Individuell-Imaginären, im »Diskurs des phallischen Begehrens«, vollziehenden Prozesses der Psychoanalyse, in der dies wohl zutrifft, »das Unmögliche« sei. Das Konzept der Arbeitspolitik bezieht sich nicht allein, nicht einmal primär, auf unsere mit der »Erfahrung« von Arbeit verknüpften Imaginationen, Phantasmen und Diskurse, sondern beansprucht etwas Reales in unserer historischen Wirklichkeit zu treffen — und trifft dies m.E. auch.
- 4 Mit dem Begriff des »strategischen Handelns« von Unternehmen wird keineswegs unterstellt, daß die »Naturgesetzmäßigkeiten« der kapitalistischen Akkumulation durch ein »intelligentes Vorgehen« außer Kraft zu setzen wären. Vielmehr wird durchaus im Sinne von Clausewitz' Unterscheidung von Strategie und Taktik unterstellt, daß Unternehmen *erstens* überhaupt bewußt-unbewußt handeln, und nicht etwa nur reflexhaft reagieren, sowie zweitens, daß dieses Handeln jedenfalls bei »modernen« Unternehmen über die Ebene einer bloßen Taktik hinausgeht und die Ebene eines »strategischen Handelns« zur bewußten Umgestaltung der vorgefundenen »Lage« erreicht.
- 5 Diese Sichtweise wird von dem »neuen neoklassischen, angebotsorientierten Modell« (vgl. Naschold 1984, 54) insofern schlicht reproduziert, als es auf der »Evidenz« beruht, die ökonomischen Allokationsprozesse, die sich über den Markt vollziehen, seien in ihrer Gesamtheit unpolitisch, weil effizienzgesteuert (vgl. dazu Sabel 1982, 231).
- 6 Um den Unterschied zwischen den beiden Begriffen deutlicher hervortreten zu lassen, nutze ich den im Deutschen angelegten Unterschied von »gesellschaftlich« (engl. »societal«) und »sozial« (engl. »social«): »gesellschaftliche Bewegung« und »soziale Bewegungen«.
- 7 Derartige Unterscheidungen zwischen »eigentlicher« und »uneigentlicher« Bewegung, zwischen »Erscheinung« und »Wesen« werden durch Marx' Anknüpfen an Hegels dialektische Umdeutung des Gedankens der Naturgesetzlichkeit nahegelegt: »Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation.« (MEW 23, 791) Vermutlich war diese Verknüpfung insgesamt eher ein Hindernis als eine Hilfe für Marx' eigene Erklärung des revolutionären Charakters seiner theoretischen Entdeckungen (vgl. Althusser 1983).
- 8 In dieser Tradition steht wiederum Ernst Blochs Unternehmen einer emanzipatorischen Aufspregung der Kategorien einer materialistischen Bewegungsideologie.
- 9 Die thematisch durchaus — mit Ausnahme der in dieser Form tatsächlich neuen Ökologiebewegung sowie der Solidaritätsbewegung mit den Befreiungsbewegungen der sog. Zweidrittelwelt — dem entsprechen, was etwa Lenin als demokratische Massenbewegungen beschrieben hatte — zugleich aber *neue Praxisformen* entwickeln.

## Literaturverzeichnis

- Althusser, L., 1983: Marx' Denken im *Kapital*. In: Prokla 50
- Altwater, E., 1972: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus. In: Prokla 3
- Becker, U., 1984: Zum Status der Klassentheorie und der klassentheoretisch fundierten Politikanalyse — heute. In: Prokla 57
- Böhle, F., und M. Deiß, 1980: Arbeitnehmerpolitik und betriebliche Strategien. Frankfurt/M.
- Burawoy, M., 1978: Towards a marxist theory of the labour process. In: Politics and Society 8
- ders., 1983: The contours of production politics, Berlin (WZB/IVG)
- Cerutti, F. (Hrsg.), 1971: Geschichte und Klassenbewußtsein heute. Amsterdam
- Deppe, F. u.a. (Hrsg.), 1985: Streik. Frankfurt/M.
- Deppe, F. u.a. (Hrsg.), 1983: Gewerkschaften im Umbruch, Köln
- Ebbinghausen, R., und F. Tiemann (Hrsg.), 1983: Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland. Opladen
- Edelman, M., 1975: Le droit saisi par la photographie. Paris
- Evers, A., und Z. Szankay, 1981: Das gerissene Band. In: Prokla 43
- Gensior, S., 1986: Politische Überformung der Arbeitsteilung. In: Soziale Welt
- Gensior, S., und F.O. Wolf, 1982: Betrieb als historischer Prozeß. In: Prokla 46
- Godellier, M., 1987: Produktionsweise als theoretische Kategorie. In: Das Argument 165
- Gorz, A., 1980: Abschied vom Proletariat. Frankfurt/M.
- ders., 1983: Wege ins Paradies. Berlin
- ders., 1989: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin

- Haug, F., 1979: Der Arbeitsbegriff in der traditionellen und in der Kritischen Psychologie. In: Jahrbuch der Hochschule für Wirtschaft und Politik 1979. Hamburg
- dies., 1982: Automation im Widerspruch. In: Neue Technik und Sozialismus. Berlin
- dies., 1983: Verelendungsdiskurs oder Logik der Krisen und Brüche. In: Aktualisierung Marx'. Berlin
- dies., 1987: Zeit für uns. In: Das Argument 164
- dies., 1988: Rosa Luxemburg und die Politik der Frauen. In: dies. u.a. (Hrsg.): Küche und Staat. Berlin
- dies., 1990: Zur politischen Ökonomie der Frauenquote. In: Das Argument 181
- Haug, W.F. (Hrsg.), 1986: Faschisierung des Subjekts. Berlin
- Haupt, M., 1987: Von Holbach zu Marx. Hamburg
- Hoffmann, J., 1984: Modernisierungspolitik als arbeitspolitische Arena. In: Jürgens/Naschold (Hrsg.)
- Huber, J., 1984: Die zwei Gesichter der Arbeit. Frankfurt/M.
- IG Metall (Hrsg.), 1984: Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung. Köln
- IG Metall (Hrsg.), 1988: Tarifpolitik im Strukturwandel. Köln
- Jürgens, U., 1984: Die Entwicklung von Macht, Herrschaft und Kontrolle im Betrieb. In: ders. u.a. (Hrsg.)
- Jürgens, U., und F. Naschold (Hrsg.), 1984: Arbeitspolitik. Opladen
- Krüger, H., u.a., 1987: Privatsache Kind — Privatsache Beruf. Opladen
- Kudera, W., u.a., 1979: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Frankfurt/M.
- Labica, G., 1986: Der Marxismus-Leninismus. Berlin
- Laclau, E., und C. Mouffe, 1985: Hegemony and Socialist Strategy. London
- Lipietz, A., 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. In: Prokla 58
- dies., 1990: Wege aus der Krise des Fordismus. Hamburg
- Lipowatz, A., 1983: Diskurs und Macht. Marburg
- Lucas, E., 1976: Zwei Formen von Radikalismus in der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M.
- dies., 1982: Das Ende der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M.
- Lucas, M., und F.O. Wolf, 1983: Ökologiebewegung und Klassenkampf. In: Moderne Zeiten 3 (erneut in: Widerspruch 8/1984)
- Lukács, G., 1923: Geschichte und Klassenbewußtsein. Berlin
- Lukács G., u.a., 1977: Positionen der Budapester Schule. Frankfurt/M.
- Lutz, B., 1987: Das Ende des Technikdeterminismus und die Folgen. In: ders. (Hrsg.), Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Frankfurt/M.
- Mahnkopf, B., 1985: Verbürgerlichung. Frankfurt/M.
- Márkus, G., 1976: Der Begriff des »menschlichen Wesens« in der Philosophie des jungen Marx. In: Hegedüs u.a., Die Neue Linke in Ungarn. Bd 2., Berlin
- Martens, H., G. Peter und F.O. Wolf, 1984: Arbeit und Technik in der Krise. Dortmund
- Matthes, J. (Hrsg.), 1983: Krise der Arbeitsgesellschaft?. Frankfurt/M.
- Mehrens, K. (Hrsg.), 1985: Alternative Produktion. Köln
- Mohl, A. von, 1983: Karl Marx und die Selbstverständigung unserer Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche. In: Prokla 50
- Müller-Jentsch, W., 1984: Klassen-Auseinander-Setzungen. In: Prokla 54
- Narr, W.-D., 1984: Für eine Politisierung der Arbeit. In: Jürgens/Naschold (Hrsg.)
- Naschold, F., 1984: Arbeitspolitik. In: Jürgens/Naschold (Hrsg.), 1984
- Negt, O., 1984: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Frankfurt/M.
- Offe, C., 1983: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie. In: Matthes (Hrsg.)
- Ortmann u.a., 1977: Marxismus heute. In: mehrwert 12
- Paris, R., 1981: Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: Prokla 43
- Peter, G., 1986: Mitbestimmung zwischen Arbeitspolitik und Interessenvertretung. Dortmund
- Projektgruppe Automation und Qualifikation, 1987: Widersprüche der Automationsarbeit. Berlin
- Rammstedt, O., 1978: Soziale Bewegung. Frankfurt/M.
- Rojas, R., 1989: Das unvollendete Projekt. Hamburg
- Sabel, C., 1982: Work and Politics. Cambridge/Mass.
- Schmidt, E. (Hrsg.), 1989: Ökologische Produktionskonzepte. Berlin
- Schrack, G., 1986: Lehre von der Arbeit und Krise der Arbeitsgesellschaft. Berlin (Diss. TU)
- Stegmüller, K., 1989: Technologischer Wandel und Gewerkschaften. In: F. Deppe u.a. (Hrsg.)
- Touraine, A., 1983: Die antinukleare Prophetie. Frankfurt/M.
- Vobruba, G., 1989: Arbeiten und Essen. Wien
- Wainwright, H., und D. Elliott, 1982: The Lucas Plan. London
- Wolf, F.O., 1982: Arbeit und/oder Glück. In: ders., Umwege. Hannover
- Zoll, R., 1988: Von der Arbeitersolidarität zur Alltagsolidarität. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6



Frigga Haug

## Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit

»Die Gewerkschaften befinden sich gegenwärtig in der größten Umbruchphase seit Gründung der Bundesrepublik.« (14) Die AutorInnen begnügen sich nicht mit der bloßen Diagnose. Ziel des Buches\* ist, das »aktuelle utopische Handlungsbewußtsein« in den gewerkschaftlichen Strukturen selbst ans Licht zu heben. Die Böckler-Stiftung finanzierte dafür ein empirisches Projekt, das in DGB-Ortskartellen nach »überschüssigem« politisch-kulturellem Bewußtsein und Tatendrang suchte.

Das Buch berichtet nicht nur über Methoden und Resultate aus diesem Forschungsprozeß; gut die Hälfte sind vorhergehende theoretische Überlegungen, Bestandsaufnahmen, Begründungen von gewerkschaftlichem Handlungsbedarf zu Fragen der Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen, zur Geschichte. Da ist zunächst ein als Einleitung betitelter Aufsatz von Oskar Negt: einem erweiterten gewerkschaftlichen Handlungsbedarf, so postuliert er, müßte auch ein erweitertes politisches Mandat folgen. Gewerkschaftsarbeit müsse »Gemeinwesenstätigkeit« (12) sein. In Wirklichkeit aber fehlten den Gewerkschaften zukunfts-fähige Ziele, sie seien defensiv gegen die »Reallitätsmacht der Konservativ-Liberalen« (15). Während diese aggressiv auf neue Technologien setze, verwalteten die Gewerkschaften ein »bürokratisch-kollektives Bewußtsein von Neubestimmung« mit »Solidaritätsparolen zwanghafter Art« (16). Um der Phantasie in die Zukunft auf die Sprünge zu helfen, skizziert er die Geschichte der Gewerkschaften unter dem Blickwinkel des Streits um das politische Mandat. Er schildert die Verwandlung von Betriebsräten in Behörden des Betriebsmanagements als Gefahr aus dem Betriebsrätegesetz von 1920 und schließlich das neue Gesetz von 1952, das den Verzicht auf das politische Mandat enthält, als Kompromiß in ver-hinderter Neuordnung. Negt empfiehlt, diese Entpolitisierung nicht nur als Niederlage aufzufassen, sondern auch als organisationspolitischen Machtzuwachs im Betrieb und als Grundlage für den sozialdemokratischen Sozialstaat. Allerdings stimmten heute die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen für das gewerkschaftliche Weltbild nicht mehr: es gebe keine Vollbeschäftigung mehr und die soziokulturellen Handlungsfelder könnten nicht mehr der SPD allein überantwortet werden. Alle Konflikte seien heute politisch zu bewerten, selbst die Verteidigung der sozialen Errungenschaften aus der Vergangenheit bedürften des politischen Mandats. Dafür seien lebendige Formen von Öffentlichkeit unabdingbar.

So anregend und nachvollziehbar die Linien bis hierher gezogen sind, so vereinfacht scheint mir die für die Gewerkschaften vorggeführte Alternative, entweder auf die Gewinner von Automation oder auf die Marginalisierten oder auf

\* Negt, Oskar, Christine Morgenroth, Heiko Geiling und Edzard Niemeyer: Emanzipationsinteressen und Organisationsphantasie. Eine ungenutzte Wirklichkeit der Gewerkschaften? Bund Verlag, Köln 1989 (382 S., geb., 29,80 DM)

beide Seiten zu setzen (25). Die Frage scheint bloß rhetorisch gestellt und unterstellt zugleich, daß es widerspruchsfreie Gewinner und ebensolche Verlierer gäbe und daß die Gewerkschaften von ihrer Struktur her überhaupt optieren könnten. Daß die Analyse von Widersprüchen hier kurzfristig aufgegeben ist, rächt sich in erwarteter Weise: die Strategie bekommt einen moralischen Duktus; die Gewerkschaften werden ermahnt, nicht bloß auf die profitierenden Schichten zu setzen, da dies hieße, der Kapitallogik zu folgen (32). Aus dieser Sackgasse geht es im Fluge hinaus auf den Schwingen des sympathischen Gedankens, es könne doch das Menschsein im Hier und Jetzt des reduzierten Alltagslebens nicht gänzlich aufgehen, es müsse noch »überschüssiges Bewußtsein« (u.a. 34) vorhanden sein, »lebensgeschichtlich überhängende Organisationsbedürfnisse« (37). Diese Dimensionen vermutet Negt im »Reproduktionsbereich«, in der Freizeit, wo sie ungenutzt schlummern. Hier, im Wohngebiet, im Stadtteil, gelte es, soziokulturelle Handlungsfelder der Gewerkschaften neu zu begründen. Grundlage könne das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen sein, bzw. die Empörung, wenn es verletzt werde. Diese Vorstellung vom »Überschuß«, die wir in allen Negtschen Texten finden, ist zugleich unentbehrlich für politisches Handeln als auch ein gewisses Hindernis. Konkrete Hoffnung setzt hier auf Ungelebtes. Gerade angesichts der Umwälzungen in den sozialistischen Ländern und dem Beharren in unseren eigenen, wird es wichtig, hier genauer hinzusehen. In der Perspektive geht es darum, als Menschen sein und leben zu können. Aber das Noch-nicht-Menschliche bleibt in den Zeiten davor nicht einfach ein Überschuß, sondern ist verstrickt und eingelassen in die bestehenden Verhältnisse, verkehrt, gierig, zufrieden und unzufrieden, genügsam, nach vorn schreitend zugleich. So sehen wir die DDR-Bevölkerung gerade nicht den Sozialismus ausprobieren wollen, der ihnen vorgehalten und vorenthalten war. Und wir sehen nichts Gleiches bei uns. Kurz: ich empfehle nicht, den Gedanken des Überschusses einfach fallen zu lassen, sondern ihn widersprüchlicher in die Verhältnisse einzulassen, so streift er das Metaphysische ab und ermöglicht konkrete Politik. Was geschieht in den theoretisch-empirisch-politischen Vorschlägen im vorliegenden Buch?

Christine Morgenroth bereitet das Feld vor für eine gewerkschaftliche Politik mit Arbeitslosen, Frauen, Jugendlichen. Es interessiert sie, daß diese »Gruppen« aus der Logik gewerkschaftlichen Handelns herausfallen und gleichwohl selbst ein großes Interesse an Gewerkschaften haben. Notwendig wird »eine Erweiterung des Interessenbegriffs« (52). Sie entdeckt »Frauen als unerschlossene Organisationsreserve« (50) und führt als zweiten tragenden Begriff den der »Ambivalenz« ein (52), der »die Tatsache bezeichnet, daß zwei gegensätzliche Impulse gleichzeitig vorhanden sind, daß eine bestimmte Sache gewollt und dennoch abgelehnt wird; daß ein Sachverhalt begrüßt und dennoch sofort abgewehrt wird; daß eine Veränderung angestrebt und gleichzeitig Altes nicht losgelassen wird« (52f.). Der Sachverhalt, auf den der Begriff sich beziehen soll, ist allseits erfahren. Der Begriff hat allerdings eine Geschichte, die dem, was hier begriffen, nicht bloß beschrieben werden soll, etwas problematisch entgegensteht. Eine Sache zugleich oder in schnellem Wechsel als positiv und negativ zu erleben, bezeichnete in der Bleulerschen Fassung zum Beispiel eine Lähmung der Aktionsbereitschaft bis hin zur Zwangsneurose und Schizophrenie. Die Autoren

des vorliegenden Buches zielen hingegen auf Verhältnisse, in denen widerstrebende Gefühle notwendig sind. Marx analysierte die Problematik mit Begriffen wie Widerspruch, Bruch, Krise (vgl. dazu meinen Beitrag »Verelendungsdiskurs oder Logik der Krisen und Brüche«, in Aktualisierung Marx, 1986). Die Begriffe erlauben es, den Widerstreit in der Geschichte der Individuen und ihrer Verhältnisse festzumachen und im Namen der Handlungsfähigkeit der einzelnen und der Kollektive Entscheidungshilfe zu geben. Wird es möglich, den Begriff Ambivalenz neu und anders zu besetzen und entsprechend zu wenden und ist ein solcher Begriff, der die Gleichwertigkeit der Gefühle nahelegt, nötig?

Das Buch führt uns in das Feld der Bewährung, in die Empirie. Wir werden in den spannenden Bereich einer Diskussion um zukünftige Gewerkschaftspolitik geführt. Ortskartellvorsitzende diskutieren Basisdemokratie, Forderungen nach Kritik, Transparenz in bezug auf Geld und Entscheidungen, Änderung des Wahlmodus, des Gewichts der Einzelgewerkschaften, die Form der Vertretung. — Nichts ist so umstritten, wie die Frage des Umgangs mit empirischen Daten, die Auswertung. Während ich mich ausschließlich an der politischen Beunruhigung, an der Organisationsphantasie, am Einmischungsverlangen freue und Themen sammle, unternimmt Ch. Morgenroth eine »Tiefenausleuchtung von Motiven« (54). Sie arbeitet heraus, wann wer, wie in die Gespräche eingreift, das Gruppengeschehen beeinflusst. Wo ich begeistert sah, daß Transparenz, einmal als Stichwort aufgetaucht, in den Gruppengesprächen von der Finanzierung zu den Entscheidungsprozessen wandert, sieht sie ein Mißverständnis und eine Bevormundung zwischen zwei Teilnehmern. Wo ausprobiert wird, wie Basisbeteiligung sprechbar wäre, gibt sie eine einseitige Analyse der gesprochenen Sätze, Deutungen über Weglassungen, Wortwahl. Der abgedruckte Gesprächstext hat vier, die Interpretation fünfzehn Seiten. Es kann hier keinesfalls darum gehen, die vorgenommene Analyse als fragwürdig oder gar falsch zu behaupten. Verwirrend ist mir jedoch, daß ich im ganzen aus der Diskussion den Schwung politischen Aufbruchs hörte, während die Analyse von Morgenroth ganz im Gegenteil, Angst, Resignation, Halbherzigkeit und schlechtes Gewissen diagnostizierte. Die Arbeit mit den Erfahrungen der Menschen ist so zwingend wie schwierig; für die Auswertung von Gesprächen braucht es Phantasie und Disziplin in einem. Keine zwei Sozialwissenschaftler werden aus dem gleichen Material die gleichen Schlüsse ziehen. Um so dringlicher wird es, diese Kunst des Auswertens voranzutreiben, um doch zu gemeinsamen und nachvollziehbaren Vorgehen zu kommen. Hier ist noch viel zu tun.

Auf der anderen Seite versucht Morgenroth mit dem Begriff der »Ambivalenztoleranz« als positive Dimension zu fassen, daß Frauen in mehreren Wirklichkeiten zu Hause sein müssen. Sie nimmt an, daß ihnen daher eine ganzheitlichere Wirklichkeitsbetrachtung möglich sei, die auch zu neuen Politikformen führen könne (die von ihr befragten Frauen forderten z.B. häufig mehr Basisdemokratie, 82). Wie weit der Weg allein zum Ausprobieren solcher Möglichkeiten ist, führt sie mit den Daten zur tatsächlichen Entscheidungsbefugnis von Frauen in den DGB-Kreisen von (nur 8,3 Prozent im Vorstand, nur 9,9 Prozent der Sekretäre und 4 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder sind Frauen, 80).

Weil an dieser Stelle unmöglich alle Einzelüberlegungen oder auch nur alle

Schlußfolgerungen aus den Gesprächsinterviews vorgeführt werden können, begnüge ich mich des Weiteren mit einer knappen Aufzählung. Die Textstücke folgen der gut lesbaren Methode, sich begrifflich mit vorhandenen Theoremen, die das Feld jeweils besetzt halten, auseinanderzusetzen, Gesprächsausschnitte zu zitieren, um sodann zu verallgemeinerten Vorschlägen und neuen Begriffsbildungen zu kommen. So zum Thema Arbeitslosigkeit von Abwehr über Angst zum Wunsch nach sozialer Integration; beim Thema Jugend von der Subkultur über alternative Politikformen zur distanzierten Zustimmung zu Gewerkschaften zu schreiten. Da wir selbst (Projekt Mikroelektronik und Lebensweise an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg) uns gerade mit der soziologisch verbreiteten These vom Ende der Arbeitsgesellschaft herumschlügen und von der abnehmenden Zentralität von Arbeit im wirklichen Leben von ArbeiterInnen nichts finden konnten, sei noch kurz erwähnt, daß auch Morgenroth vom »zentralen Stellenwert von Arbeit und Beruf« für den größeren Teil der Jugendlichen berichtet (147), dies unabhängig von den tatsächlichen Arbeitsbedingungen, eben als »Lebenskonzept«. »Postmaterialismus o.ä. ist für die gegenwärtige Generation von Jugendlichen nicht charakteristisch, von einer Abwendung von der Arbeitsgesellschaft kann vorerst keine Rede sein« (153).

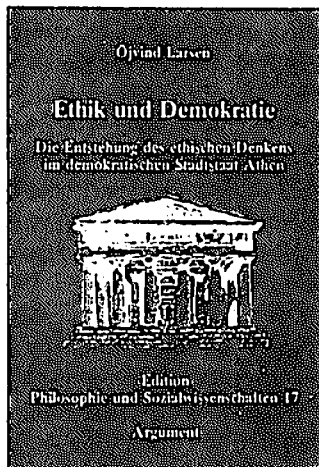
Unter den Begriff der »doppelten Enteignung« bringt Heiko Geiling seinen Beitrag zur außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit (156-188). Darunter versteht er den Prozeß des Gewichtsverlustes der Gewerkschaften auf Grund von zunehmender Arbeitslosigkeit und den der »Kapitalisierung« aller Lebenszusammenhänge eben auch außerhalb der gewöhnlichen Einflußbereiche im Betrieb. Letzteres begreift er als besonders gravierend, da er von dort »gesellschaftskritische Protestpotentiale« (157) erhofft. »... die Kapitalseite ist mit dem Rückenwind sozialstrukturellen Wandels (neue Berufe, neue Sozialmilieus usw.) und den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Medien-, Bewußtseins- und Dienstleistungsindustrien dabei, bisher brachliegendes gesellschaftliches Terrain zu besetzen.« (158) In Anlehnung an Max Webers Gebrauch der Begriffe »Vergemeinschaftung« und »Vergesellschaftung« — ersteres für familienähnliche Strukturen mit gefühlsmäßiger Bindung, letzteres für institutionelle Formen wie Parteien, Verbände — möchte er die Erinnerung an »Vergemeinschaftung« in den traditionellen Verbänden aufspüren. Er arbeitet aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Handwerkerkultur und plebejische Volkskultur auf, streift Dimensionen der Geschlechterverhältnisse (165f.) und Probleme der Einheitsgewerkschaft jeweils unter der Fragestellung, inwiefern Realitätsnähe und in dieser »Vergemeinschaftungsmomente« im Widerstreit oder überhaupt in dem Verbandsleben vorhanden waren. Als geeignetes Feld begreift er die Ortskartellarbeit, in der »Experimente und Zukunftsperspektiven vor Ort Gestalt annehmen können« (175). Man erfährt einiges über die Geschichte der Gewerkschaftskartelle zurück bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts — der Tenor ist jeweils, auf die Betreuung der Mitglieder am Wohnort zu setzen. Die weiteren Arbeitsfelder: »Neue Armut und Arbeitslosigkeit; Umwelt, Bauen und Wohnen; Freizeit, Massenmedien und Kulturarbeit; Lebensqualität, Heimat und Geschichte vor Ort; Selbsthilfe und Kontakte zu anderen Organisationen; betriebliche Interessenpolitik.« (187)

Mit den bis hierher skizzierten Voraussetzungen geht es in den empirischen Teil (191-374): die Untersuchung über die tatsächliche Arbeit der Ortskartelle. 10 Prozent (114) der Ortskartellvorsitzenden wurden telefonisch befragt nach Familienstand, Vereinszugehörigkeit, politischen Mehrheiten in der Region und sozialen Besonderheiten, Finanzen, Raumfragen, Arbeitsschwerpunkten, Vernetzung und schließlich Änderungsvorschlägen. Obwohl die AutorInnen (Morgenroth, Niemeyer, Geiling) sich Mühe geben, die Auswertung durch Typenbildung (der Querulant, der Traditionalist, der Basisorientierte usw.) interessant zu gestalten, muß man wohl schon selbst in Ortskartellarbeit verwickelt sein, um sich durch das gesamte Material hindurchzuarbeiten. Man erfährt, wo die Arbeit darniederliegt, wie sehr Bildungsarbeit im Vordergrund steht, daß ein Viertel aller Vorsitzenden immerhin basisorientiert sind. Wer für eigene Arbeit solche Auskünfte sucht, findet zudem übersichtliche Tabellen im Text und im vierzigseitigen Anhang. Für die Darstellung an dieser Stelle konzentriere ich mich stellvertretend auf die Antworten nach den zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften. Die wichtigsten Angaben: an erster Stelle steht »mehr Basisbeteiligung und Transparenz« (60 %); Stärkung der Arbeiterbewegung, politischen Einfluß zu gewinnen (52,7 %); mehr Engagement der Kollegen und Funktionäre (42,1 %); Rückbesinnung auf ursprüngliche Aufgaben (40,4 %); Abbau von Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung (34,2 %) (297). Andere Punkte, wie Bildungs- und Kulturarbeit, Frauen und Jugend, Umwelt und Mitbestimmung rangierten dagegen weit unter 20 Prozent. Bei solcher Vielfalt und auch abstrakt engagierten und dabei doch konkret zurückhaltenden Optionen bleibt der Kommentar der AutorInnen ebenso zurückhaltend. Die Hoffnung auf eine mögliche Integration des »Reproduktionsbereichs« in die Gewerkschaftsarbeit bildet den versicherten Abschluß.

Ein anregendes Buch für Arbeitsforscher im gewerkschaftlichen Kontext und für Menschen, die an einer Veränderung und Erneuerung von Gewerkschaftsarbeit interessiert sind. Man hätte sich gleichwohl eine knappere Darstellung gewünscht und vor allem ein weniger gewichtiges Buch. Gedruckt mit der Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung in Hardcover und auf 382 Seiten wiegt es immerhin anderthalb Pfund, nichts also, das man zusätzlich in die Tasche nähme, um in Pausen darin zu lesen. Beeindruckend ist die hegemoniale Schreibweise, in der die Forscher im ähnlichen Arbeitsbereich mitbedacht werden. Traurig, wer nicht im wahrgenommenen Horizont steht.

---

# Ethik und Demokratie



**Öjvind Larsen**  
**Ethik und Demokratie**  
*Die Entstehung des ethischen Denkens im demokratischen Stadtstaat Athen.*

Aus dem Dänischen von **Monika Wesemann**

151 S., br., DM 21,00

Öjvind Larsens Studie versteht sich als Versuch, eine für die moderne Gesellschaft gültige Ethik zu entwerfen. Dabei geht der Autor von der Hypothese aus, daß das in den ethischen Theorien von Kant und Hegel aufscheinende Dilemma, jenes nämlich, daß Ethik sich für die bürgerliche Gesellschaft immer nur als ein Postulat be-

schreiben läßt, Ausdruck eines grundlegenden Konflikts eben dieser Gesellschaft ist. Sowohl für Kant als auch bei Hegel ist der Begriff der Freiheit wesentlich für ethisches Denken und Handeln. Solange jedoch Freiheit unverwirklicht bleibt, kann Ethik nur einfordernd umschrieben werden. Um die hohe Bedeutung von ethischer Denkweise zu belegen, zeichnet Larsen die Genese gerade dieses Denkens nach — im demokratischen Stadtstaat Athen, wo nach dem Tod des Sokrates die ethische Frage nach und nach unterdrückt wurde.

Beschreibung und Deutung der ethischen Problematik in der Antike führen in einem Zusammenschluß zur Diskussion von Ethik in der modernen Gesellschaft.

Öjvind Larsen ist Dozent für politische Wissenschaften an der Universität Kopenhagen.

*Edition Philosophie und Sozialwissenschaften 17*

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

Klaus Segbers

## Der letzte Parteitag der KPdSU

Der 28. Parteitag der KPdSU war der letzte alten Stils, mit Delegierten aus 15 Unionsrepubliken und mit der traditionellen Vermischung von Partei-, Staats- und Gesellschaftsinteressen. Offene Schlachten zwischen der kleinen Minderheit der radikalen Reformer um die »Demokratische Plattform« und der Mehrheit der polternden konservativen Partei- und Wirtschaftsfunktionären fanden kaum statt. Verlauf und Rahmenbedingungen des Kongresses zeigten jedoch, daß diese Organisation, die über 70 Jahre lang das Schicksal des Reiches zu bestimmen suchte, zerfällt. Sie hat in ihrer alten Form keine Zukunft mehr und schon kaum noch eine Gegenwart.

Gorbatschow hat sich in allen wesentlichen Punkten (Personalpolitik, Grundlegungen der anstehenden Reformen) durchgesetzt bzw. hat keine Festlegungen hinnehmen müssen, die seiner ausgleichenden, oft ohne Richtungsangabe zu synthetisieren suchenden »zentristischen« Politik schaden könnten. Das ist zunächst erstaunlich, weil die Konservativen eine deutliche Mehrheit auf dem Kongreß hatten und gelegentlich auch von ihr Gebrauch machten. Doch gelang es ihnen zu keinem Zeitpunkt, den nicht mehr geliebten, zuweilen gehaßten und verachteten Präsidenten-Parteichef »positiv« zu gefährden: sie haben kein plausibles Programm, kaum gar durchschlagende demagogisch-populistische Lösungen und keine überzeugenden Personen. Die »negative« Gefährdung aber, der Sturz des Generalsekretärs, wäre sie letztlich teurer gekommen: der Ansehens- und Einflußverlust der KP im In- und Ausland hätte sich dramatisch beschleunigt, und sie hätten um den Preis des taktischen Sieges den Untergang der KPdSU als Massen- und Staatspartei besiegelt. So sind sie letztlich zurückgezuckt und haben sich vor einem wieder meisterhaft agierenden, wo nötig donnernden Landesvater geduckt.

Ihre polemischen, nur teils objektiv besorgten, meist panischen und radikal-subjektiven Einlassungen bezogen sich auf: das Verkommen der Ideologie in der Partei, das Schleifenlassen der Zügel, das »Verschenken« von Ostmitteleuropa und der DDR, die drohende Markteinführung und die Veränderung der Eigentumsordnung. Die Beiträge der Konservativen zu diesen Themen waren oft hart und drastisch, aber sie hatten programmatisch, politisch und personell nichts wirklich Alternatives anzubieten. Ihres Krisendiagnose ist im Kern idealistisch (»Fehler der Führung«, »Abweichung vom richtigen Kurs«) und deshalb argumentativ kaum zu widerlegen, zugleich aber politisch schwach. Ihr wesentlicher Erfolg war wohl, in der Neufassung des Parteistatuts parlamentarische Einsprengsel rar zu halten.

Nach einiger Nervosität zu Beginn des Parteitags lief Gorbatschow zu der von den meisten ZK-Plena her bekannten Großform auf und beherrschte den Parteitag schließlich fast nach Belieben. Die engsten Verbündeten (Aleksandr Jakowlew, Eduard Schewardnadse, Wadim Medwedjew) wurden aus der Parteiführung abgezogen, ihr Platz ist nun im Präsidenschaftsrat. Ministerpräsident

Ryschkow bereitet sich auf seine Rolle als Sündenbock und Pensionär vor. Jegor Ligatschow, der aufrechte Fechter für einen traditionellen, aber erneuerten Sozialismus, wurde erwartungsgemäß ausgesteuert. Der Ukrainer Iwaschko, ein Zentrist, soll die alltägliche Parteiorganisation für den Präsidenten besorgen. Ein individuelles Scherbengericht über die alte Parteiführung konnte verhindert werden.

Die Konservativen haben nur intuitiv erfaßt, aber nicht wirklich realisiert, daß dies der letzte klassische kommunistische Parteitag war, mit Auftritten aufrechter, aber schon gebrochener Elefanten. Die Beiträge von Jakowlew, Schewardnadse, Jelzin und Ligatschow hatten bei aller aktuellen Gegnerschaft untereinander manches gemein: die jahrzehntelange Parteierfahrung in einer noch älteren Organisation, begonnen in den fünfziger Jahren, die die jungen Reformer nun nie mehr machen werden; die Einsicht in das praktische Scheitern ihrer Utopien und Träume, und damit einen zentralen Teil ihres Lebens und ihrer Arbeit; die Hilflosigkeit angesichts des Zerfalls allüberall — des sowjetischen Reiches, des Versuchs, einen Gegenentwurf praktikabel und attraktiv zu organisieren, und nun auch zunächst der »normalen« Funktionsweise eines Staates. Hinter allen verbalen Unterschieden dieser vier Elefanten (und einiger anderer, die nun abgetreten sind) schimmern diese Gemeinsamkeiten durch, und die je besondere Form ihrer Bearbeitung oder Vermeidung hat die kristallinen Momente von Größe und Tragik hervorgebracht, die für Minuten die Delegierten noch einmal in Emotion vereinte.

Gorbatschow selbst, der *Principe*, ist gleichzeitig schon Repräsentant einer neuen Generation und trotz gelegentlicher Bekenntnisse zum Sozialismus ein begnadeter Macher: ein Herrhausen, Agnelli, Berlusconi, Iacocca, Tapie oder auch Kashoggi, Trump im Weltmaßstab. Wenn überhaupt jemand, dann kann er unter günstigen Konstellationen den Aufprall des Abbruchunternehmens UdSSR so steuern, daß die Trümmer sich neu formen und zu lebensfähigen Organismen umbilden können.

Das neue Politbüro (auf 23 Männer und eine Frau verdoppelt) ist ein repräsentatives Abwicklungsorgan ohne Regierungsvertreter, dafür mit den Parteichefs der 15 Republiken (bzw. denjenigen davon, die sich zur Zentrale bekennen). Elf ZK-Sekretäre und fünf weitere »Angehörige des ZK-Sekretariats« blähen die oberste Parteiführung auf 35 Personen auf (Personalunionen berücksichtigt), ganz überwiegend Angehörige konservativer und zentristischer Positionen. Damit ist die Parteispitze zumindest regional repräsentativ, aber außer Gorbatschow und mit deutlichen Abstrichen den Moskauer und Leningrader Parteisekretären Prokofjew und Gidaspow ist dort kaum jemand zu erkennen, der über politische und konzeptionelle Brillanz und Effektivität verfügt.

Für den nach dem russischen Gründungsparteitag und einem heftigen Zusammenstoß mit regionalen Parteisekretären auf dem Unionskongreß zunächst irritierten Präsidenten war die Handhabung des Kongresses ein Erfolg, ein »Sieg mit *bravado*, aber letztlich umsonst« (so der amerikanische Politikwissenschaftler Marshal Shulman). Denn in der Wahrnehmung der Gesellschaft und für ihre Realentwicklung war dieser KPdSU-Parteitag nicht von großem Gewicht. Diese Partei hat klar an Bedeutung verloren. Es geht hier um einen Normalisierungs-



wenn nicht Bestattungsvorgang wie in Polen, Ungarn, der DDR, Bulgarien — nur ungleich langsamer und schwerfälliger, weil die KPdSU viel länger und tiefer mit diesem Reich und seinen Bewohnern verankert ist. Hunderttausende, mindestens, Biographien hängen unlösbar verknüpft an der sowjetischen sozialistisch sinngefüllten Realgeschichte, mit der Partei, mit dieser Partei als Kern, als Gehirn und als Herz (s. die Überlegungen des Psychologen Gofman im *Spiegel*, 1990/33).

Die von vielen erwartete dramatische Spaltung der Partei blieb aus. Nur rund 100 Delegierte der *Demplatforma* sowie ein spektakulärer Abgang von Boris Jelzin waren nicht kritische Masse genug, um Austritte und Absplitterungen zu einer Spaltung zu bündeln. Zwar waren in den Tagen nach dem Parteitag die Reformzeitungen voll mit Erklärungen mittlerer Partei- und gehobener Reformprominenz (Popow, Sobtschak, Stankjewitsch, Jemeljanow, Tichonow, Lysenko, Ambarzumow, Schejnis...), daß die KPdSU nun nicht mehr ihre Heimat sei (z.B. *Argumenty i fakty*, 1990/29). Aber das war auch vorher schon so, und niemand wunderte sich recht — außer vielleicht darüber, daß ein nun so banaler Schritt ohne jegliche Mutverausgabung mit so viel Applomp verkündet werden konnte.

Die tröpfelnden Austritte nachen wiederum deutlich, daß die »demokratischen« oppositionellen Kräfte in- und außerhalb der Partei, inzwischen teils selbst schon örtlich regierungstragend geworden (in Moskau und Leningrad), aus der Paralyse der KPdSU nicht recht Honig saugen können, und daß sie, wie anders, unerfahren und untereinander uneins sind. Der in der gegebenen politischen Situation eigentlich einzig vernünftige Schritt war nicht geschlossen durchzusetzen: gemeinsam in der KPdSU zu verbleiben, unter den schwankenden und zunehmend enttäuschten Parteimitgliedern und -funktionären mit eigenen, pragmatischen Reformkonzepten zu werben, und die Partei gegebenenfalls später geschlossen und mit einem Teil des Parteivermögens zu verlassen. Das jetzige Abtröpfeln schwächt zwar auch die KP, aber es stärkt keine programmatische und organisatorische Alternative, die so zerrissen und schemenhaft bleibt wie zuvor.

Es entstehen zahllose alte und neue »Parteien« und Gruppierungen und Bewegungen, die teilweise ein gewisses Entwicklungspotential enthalten, die zugleich aber einen so fließenden Pluralismus handlungsunfähig machen. Der Bewegungs- und Versammlungs- (»Miting«)Charakter der Neuen geht allmählich verloren, doch Gegenmachtpositionen werden nicht aufgebaut. Die politische und gesellschaftliche Paralyse ist nicht nur eine der zerfallenden alten offiziellen Institutionen, sondern auch — noch? — eine der neuen, ungenügenden Machtanwärter.

So fand es der alte und neue Parteichef sinnvoll, die Parteiführung nochmals zu übernehmen — was ja eigentlich mit seiner Losung von der Trennung von Staats- und Parteiämtern unvereinbar ist. Solange die KPdSU noch ein Machtfaktor bleibt, vor allem in der Provinz, ist es besser, so das Kalkül, sie nach Vermögen zu kontrollieren, als sie aus der Hand zu geben. Zugleich tut Gorbatschow jedoch viel, um die Partei zu entwerten. Als Präsident hat er unabhängige staatliche Verfassungskompetenzen, und er schafft sich eigene Beratungsgremien (Präsidenschafts- und Unionsrat), die, anstelle des trotz radikaler Erneuerung

veralteten Politbüros der Partei, eigentliche Akteure und damit Gegenspieler von Regierung und Republikführungen sowie der sich aufsplitternden Zivilgesellschaft geworden sind.

Trotz der konservativen Übermacht auf dem Parteitag hat Gorbatschow sich politisch bewegt: er hat versucht, das Zentrum nach »links« zu rücken, d.h. er hat seine Kritik stärker gegen die Konservativen gerichtet und inhaltlich für Radikalisierung der Reformpolitik plädiert. Er ist den Radikalen in seinen Reden und Interventionen inhaltlich in der politischen und ökonomischen Reformschubstanz weit gefolgt und hat dafür bei der Parteireform die Konservativen befriedigt (Parteistatut). Daß die Resolutionen des Parteitags dem alten und neuen Parteiführer in manchem nicht ganz nachgaben, ist eine andere, schon wenig bedeutsame Sache.

Wegen der Entkoppelung von Partei- und Systementwicklung und wegen des Abflusses der entschiedenen Reformkräfte (»rechts« im traditionellen Spektrum, »links« dem Selbstgefühl nach), die den Skeptikern, Zauderern und der aus Eigennutz, weniger aus Idealismus unverhüllten Betonfraktion die Partei überlassen, hilft auch die Konkurrenzlosigkeit Gorbatschows nicht mehr viel weiter. »Unter diesen Bedingungen wird die Partei, sogar unter der Führung Gorbatschows, zu einem Magneten für alle Anti-Perestrojka-, Anti-Gorbatschow-Kräfte«, schrieb der Beobachter Valerij Sidorow in einer beachtenswerten Analyse (*Novoe vremja*, 1990/29).

Diese und andere Schlüsse scheinen nach dem Parteitag auch die vertriebenen Zentristen zu ziehen. Der APN-Kommentator Wjatscheslaw Kostikow verglich Gorbatschow mit der tragischen Puschkin-Figur Boris Godunow, der, ebenfalls in einer Zeit der Wirren, auch seiner Zeit weit voraus gewesen sei. Auf dem Parteitag hätten die Konservativen verstanden, daß dies ihr letztes Gefecht sei, und auch die Reformer seien ein hohes Risiko eingegangen. Nach dem von Gorbatschow erkämpften Sieg sei nun klar geworden, daß ungeachtet aller taktischen Überlegungen »nur die demokratischen Kräfte Stütze der Demokratie sein können, sogar wenn sie 'unbequem' sind«. Eine zweite Lehre bestehe darin, daß man bei gefährlichen, schicksalsträchtigen Wendungen das Volk nicht täuschen dürfe. Man müsse die ganze Wahrheit sagen, wie hart sie auch immer sei. Dosierte Wahrheiten oder Rücksichten auf Dogmen früherer Jahre führten in die Irre.

Die Ermöglichung des deutschen »Befreiungsschlags« im Kaukasus, die Akzeptanz des wohl vollen Marktes ab Herbst und eines eher lockeren Unionsvertrages im Winter scheinen erste Früchte des neuen offenen Realismus nach dem Parteitag zu sein.

Der Parteitag hat einigen Aufschluß darüber gebracht, wie der Präsident auf die Erosion der von ihm geschätzten und lange hartnäckig verteidigten Mitte reagieren will. Die von Gorbatschow stets bevorzugten zentristischen Positionen, die Entschiedenheit der Mitte, die den Vorzug des anscheinend gesunden Menschenverstandes mit dem gut fundierten Ausschaukeln der Flügel verbinden, sind zunächst überholt. Will er nicht bald als brillianter Heerführer ohne Bataillone, als *imperator maximus* von Groß Nowgorod dastehen, muß er politisch und sozial seine Basis erweitern. So ist es folgerichtig, daß er auf dem Parteitag ein förmliches Koalitionsangebot unterbreitete. Diese »Idee einer breiten

Koalition im Namen der Überwindung der Krise und der Verwirklichung tiefer Reformen« sei, so der Meistertaktiker, »kein taktischer Zug, sondern ein ernster Vorschlag, der von der Sorge um die Interessen des Landes und des Volkes diktiert« werde. Diese Entscheidung sei nicht leichtgefallen, aber sie sei richtig. »Allen, die auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus stehen, reichen wir die Hand und rufen sie zur Zusammenarbeit auf.« (Schlußwort auf dem 28. Parteitag, *Pravda*, 14.7.1990)

Das Koalitionsangebot ist ein Zug, der angesichts einer verfallenden Wirtschaft, davonstrebender Republiken und Völker, eines rasanten Verfalls der traditionellen Autoritäten sowie anwachsender sozialer und geistiger Unsicherheiten unausweichlich war. Wichtigster Baustein einer solchen Mitte-links-Übereinkunft (nach westlichen Kriterien eher Mitte-rechts-populistisch) wäre eine Annäherung der Spitzenpolitiker Gorbatschow und Jelzin, die persönlich miteinander abgeschlossen haben. Beide sind aber auf mehr Abstimmung und Koordination angewiesen, Gorbatschow jedoch stärker als der russische (und westliche) Volksheld Jelzin.

In der ersten Augushälfte zeichneten sich die Umriss einer Teilkoalition ab. Die am 31. Juli vereinbarte gemeinsame Wirtschaftsreformkommission, eine von derzeit mindestens vier arbeitenden, will bis zum 1. September ein Konzept vorgehen, das sich vom Regierungsprogramm vom Mai 1990 vor allem dadurch unterscheiden könnte, daß es die Preisreform nicht vorrangig in Angriff nimmt, und daß es den Souveränitätsbestrebungen der Republiken weiter entgegenkommt. Gorbatschow wird hier, von seinen Beratern Petrakow, Schatalin und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Abalkin ohnehin gedrängt, letzte Vorbehalte gegen eine weiterreichende, wenn auch zunächst palliativ phasengesteuerte und für einige soziale Gruppen »abgefederte« Marktreform aufgeben, während Jelzin es sich auf der Zinne seiner Popularität leisten kann, sein originales Diktum »ja zum Markt, nein zu Preiserhöhungen« zu vergessen.

Allerdings ist die öffentliche Meinung nach dem verunglückten Regierungsprogramm vom Mai und nach dem anfänglichen Zögern des Präsidenten wieder gekippt. Waren im Januar noch 65 % der Bevölkerung für den Markt, im April gar 66 %, so Ende Mai nur noch 43 %. Generell nimmt die Zustimmung für radikalere Wirtschaftsreformen wieder ab (s. *Glasnost*, 1990, 8). Diese Daten müssen berücksichtigt werden, und sie zwingen zugleich die beiden Lager zum Kompromiß und zur Aktion.

In der Nationalitätenfrage dagegen scheint Jelzin, weit weniger vom Zeitdruck geplagt, nicht einmal den Entwurf des neuen Unionsvertrags auf wohl konföderativer Grundlage (für Dezember angekündigt) abwarten zu wollen. Rußland bemüht sich schon jetzt um Direktkontakte, nicht nur mit dem Baltikum.

Gorbatschows veränderter Prioritätenkatalog für tiefgehende Umgestaltungen sah am Ende des Parteitages so aus: Entwicklung des Dorfes, Lösung des Nahrungsmittelpblems, Erarbeitung und Abschluß eines neuen Unionsvertrages, Verbesserung der Lage auf dem Verbrauchermarkt, Radikalisierung der wirtschaftlichen Umgestaltungen, Stärkung von Disziplin und Ordnung. (*Pravda*, 14.7.1990)

Wie und mit wem die Probleme gelöst werden sollen, ist ungewisser denn je.

Entgegen einem weitverbreiteten Eindruck ist der Oberste Sowjet sehr aktiv und verabschiedet Gesetz um Gesetz, wobei es sowohl um wichtige Bausteine des Gesamtreformprojekts geht (Gesetze über Religion, gesellschaftliche Organisationen, Presse) wie um Anpassungen und Revisionen früherer Meilensteine der Wirtschaftsreform (Revisionen zum Betriebsgesetz, Genossenschaftsgesetz, neues Steuergesetz und, vor allem, das neue Gesetz über die »kleinen Betriebe« — faktisch die Zulassung von Privatkapital im Rahmen von bis zu 200 Beschäftigten). Aber die Durchsetzungsfähigkeit dieser Normen ist bestenfalls zweifelhaft, und die wichtigsten Regelungen (Wirtschaft und Nationalitäten) stehen aus oder gar in den Sternen.

Das Land verharrt weiter in seinen Widersprüchen. Die Ernte 1990 hätte so gut werden können wie lange nicht mehr — doch es fehlt an Erntehelfern aus den Städten, an Brennstoffen für die Erntemaschinen und an Motivation der Bauern, den Städten Getreide zu liefern, ohne dafür etwas Brauchbares zu bekommen. Ergebnis: bis zu einem Drittel wird verrotten. Die KPdSU verliert eine Position nach der anderen, aber — es entsteht keine Gegenmacht. Ein neuer Unionsvertrag soll ausgehandelt werden, zugleich haben schon fast alle Republiken, darunter nach Rußland nun auch die wichtige Ukraine und sogar Weißrußland, ihre mehr oder weniger weitgehende Souveränität erklärt. Die Bergarbeiter führen einen Warnstreik durch, an dessen Erfolgsaussicht sie selbst nicht glauben ...

In der Nationalitätenfrage hat Moskau, d.h. heute nur noch: die Union, kaum etwas in der Hand. Die Litauer verzögern die von ihnen früher so erwünschten Verhandlungen, die Russen reklamieren ihre Banken und setzen sich durch, die Ukrainer erklären sich souverän und kündigen eine eigene Armee an, der Präsident verfügt die Ablieferung aller Waffen durch die Milizen binnen zwei Wochen, ein Erlaß, so erkennbar hilflos, daß sich niemand groß drum kümmert, und der verlängert wird, wohl ohne Wiedervorlage; Gorbatschow lädt den Kollegen Jelzin aus Rußland zu einer Diskussion über Wirtschaftsprobleme, doch der erscheint nicht (Urlaub in Jurmala) und schickt Stellvertreter; Gorbatschow lädt die baltischen Präsidenten zu einer Sitzung aller Republikvertreter, doch sie erscheinen nicht und schicken Vertreter — ein ignoriertes Präsident (*Independent*, 24.7.1990); ein kirgisisch-usbekischer Konflikt, aus Armut und Verzweiflung Jugendlicher geboren, ohne große Lösungsperspektive wie andere, die noch folgen werden ... Der neue Unionsvertrag, objektiv Jahre verspätet, tatsächlich früher nicht durchsetzbar, soll die Republiken differenziert behandeln — und setzt ihre Führungen damit einem Wettbewerb um die größtmögliche Ferne zum Zentrum aus. Jede Volksfront wird über die Grenzen schauen und eine »Meistdistanzklausele« durchzusetzen suchen, sobald irgendwo ein Stück mehr Unabhängigkeit erreicht wurde als gerade hier.

Der Mann des letzten Jahrzehnts verliert häufiger als früher seine selbstbeherrschte Gelassenheit. Oft nur mühsam gebändigte Nervosität herrscht vor, und manchmal liegen die Nerven offen. Wie wir aus jüngst veröffentlichten ZK-Protokollen wissen, neigt er dazu, bei den wenigen Versuchen von Gegenrede oder Widerspruch den Kram wütend hinzuschmeißen. Ende Juli stritt er sich gar wegen der Baltenfrage mit seinem verbündeten Außenminister Schewardnadse.

Enge Berater des Präsidenten verlieren alten Freunden gegenüber die Fassung, weil diese spätestens nach dem Parteitag vor den Zentristen in die Reihen der »Demokraten« übergeschwenkt sind«, sie erkundigen sich, ob hinter deren Forderung nach Entpolitisierung und »Nationalisierung« der Armee die Bereitschaft oder gar die Absicht stehe, »Blut zu vergießen«. All das ist angesichts des Problemdrucks und Gorbatschows historischen Selbstwertgefühls nicht verwunderlich, aber es wäre erträglicher, wenn dies im Rahmen eines schon gefestigten politischen Mechanismus geschähe.

Was illuminiert die gesellschaftliche Durchschnittsstimmung deutlicher als die beinahe würdevoll verzweifelte Apathie in den Streikzentren des letztjährigen Sommers? Von Radikalität keine Spur, viele der Streikführer sind inzwischen zu Abgeordneten unterschiedlicher Stufen gewählt. Dadurch scheinen sie weniger eingekauft oder inkorporiert als formalsouverän ratlos ergraut zu sein. Fast alle sind seit genau einem Jahr politisiert, haben ihre Macht gefühlt, die Hilflosigkeit der Regierung, deren Schwäche und die eigene Stärke, die sich nach wenigen wütenden Monaten in Unsicherheit, Verzweiflung und ebenfalls Hilflosigkeit wendete. »Was sollen wir fordern, die Regierung gibt uns doch nichts.« »Wir haben den Rücktritt der Regierung gefordert, aber sie tritt nicht zurück. Und wenn doch — was ändert es.« Das sind aktuelle Stimmungen aus dem Kuzbass, einem der drei Streikzentren des Vorjahres.

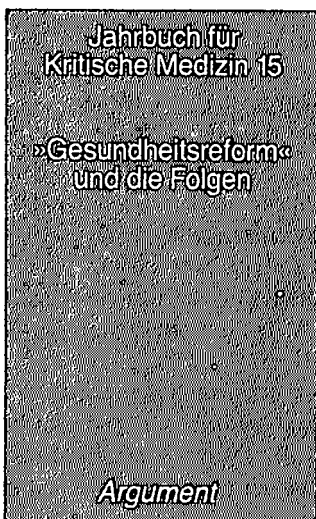
Im heißen Sibirien wie in Moskau ist ein neuer Fatalismus zu spüren. Intellektuelle haben die Unmittelbarkeit ihres Engagements verloren und betrachten nun, neben sich selber stehend, den Lauf der Dinge. Verbalradikalismen und Zynismen sind die Moden der Stunde, selbstschützend, vielleicht, und rascher als früher bereit und fähig, andere zu enttarnen, zu verletzen, die letzten Ikonen zu schlachten, Werte zu massakrieren, Orientierungen zu verhöhnern. Momente wacher Analyse und Reflexion wechseln mit absonderlichen, halb ernst gemeinten Feierstunden (»Ich bin heute aus der Partei ausgetreten — laß uns anstoßen!«) und beredtem Fatalismus.

Alle suchen über die Runden zu kommen, sich zu versorgen (was nach unterschiedlichem Aufwand meist doch gelingt), sich zu bereichern, wie auch immer. Diese jahrhundertealte geschlossene Solidargesellschaft wird noch viel gewalttätiger werden, bevor sie eine neues »zivilisiertes« Gleichgewicht finden kann. Die Republiken und Betriebsteile, Völkerschaften und Politfraktionen, Familien und Reisebüros müssen sich erst gründlich ab- und aufspalten und atomisieren, bevor sie realisieren können, daß zwischen »Selbständigkeit« und »Prosperität« die Etappen Kompetenz, Effektivität, Zuverlässigkeit und Subsidiarität zu erarbeiten und zu meistern sind, keine Trippelschritte fürwahr.

Im Herbst, wenn der vierte Kongreß der Volksdeputierten tagt, werden wir wissen, welche Landesteile es nochmals miteinander versuchen wollen und welche die Union verlassen. Die Aussichten derer, die bleiben, sind gar nicht so schlecht.

---

# Kritik des Gesundheitswesens



## »Gesundheitsreform« und die Folgen

Thematische Schwerpunkte des 15. »Jahrbuchs für Kritische Medizin« sind:

- Die Expansion der privaten Krankenkassen,
- die Neuorganisation des Krankenversicherungswesens,
- jüngste Entwicklungen in der Auseinandersetzung um eine Pflegeversicherung,
- ob eine Akademisierung der Krankenpflege zur Ausbildung einer Berufsidentität im Pflegebereich beitragen und die Krankenpflege qualitativ verbessern kann,
- neue Erkenntnisse zur Arbeitsbelastung in der Krankenpflege.

Jahrbuch für Kritische Medizin 15  
Argument-Sonderband 190  
ca. 160 S., DM 21,50



## »Chronische Krankheit« ohne Rezepte

Dort, wo nur noch Lindern und Betreuen möglich ist, wird im medizinischen Versorgungssystem nach dem Modell der Akutmedizin an den Bedürfnissen vorbei versorgt. Andererseits schafft sich das Medizinsystem seine chronisch Kranken. »Risikofaktoren« werden zur Basis einer lebenslangen medizinischen Versorgung — geschaffen ist der »chronisch Kranke«, ein Idealfall für das von ökonomischen Interessen geleitete System.

Argument-Sonderband 182  
154 S., DM 18,50

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

Thomas Sauer

## »Krise der Perestrojka« oder Krise der »Mangelwirtschaft«?

Die Armut der sozialistischen Nationen erscheint im Nachhinein als ein ungeheurer Warenmangel, die Leere des Einkaufsregals als seine Elementarform. Der Sinn der Transformation der realsozialistischen Wirtschaftssysteme in Marktwirtschaften scheint darin zu bestehen, diesen Mangel zu überwinden. Möglich sind verschiedene Interpretationen dieses Vorgangs. So z.B., daß der Mangel ein unabdingbares Attribut sozialistischen Wirtschaftens ist, oder daß die Geschichte die Richtigkeit der von Marx und Engels (in der *Deutschen Ideologie*) aufgestellten These bestätigt, nach der der Versuch, die sozialistische Revolution nur in einem Land und bei relativ unentwickelten Produktivkräften durchzuführen, notwendig in einer bloßen Verallgemeinerung des Mangels enden müsse. Die folgenden thesenartigen Ausführungen verfolgen das Ziel, einige Argumente zur Untermauerung der Interpretation anzuführen, daß die Ursachen des Mangels in der Unentwickeltheit der Produktionsverhältnisse selbst zu suchen sind. Diese beruhen auf dem mißglückten Versuch, die Allokations- und Vergesellschaftungsfunktion der Märkte und damit auch die allgemeine Äquivalenzfunktion des Geldes durch einen allgemeinen Plan zu ersetzen. Realiter zementierten sie doch nur das Rentiersdasein einer anonymen bürokratischen Kaste, die sich durch einen wohlfeilen Paternalismus des Einverständnisses eines großen Teils der von ihr Abhängigen versicherte.

### 1. »Administratives Kommandosystem« oder »Verhandlungswirtschaft«?

W.F.Haug hat darauf aufmerksam gemacht, daß in den politischen Diskurs der sowjetischen Öffentlichkeit der Begriff des »administrativen Kommandosystems« oder »befehlsadministrativen Systems« zur Kennzeichnung der bestimmenden Merkmale des alten Regimes eingeführt ist (1989, 129-155). Gorbatschow verwendet den Begriff des administrativen Befehls- oder Weisungssystems zum ersten Mal in seiner Rede »über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung« im Juni 1987 (1988, 132). Darin identifizierte er in den »befehlsadministrativen Formen der Leitung der Gesellschaft«<sup>1</sup> den Kern der die Perestrojka verzögernden Faktoren. Allein demokratische Formen wären dagegen in der Lage, die notwendige Beschleunigung der Umgestaltung hervorzubringen. Anlässlich des siebzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution bezeichnet er als »befehlsadministrativ« ein System, »das sich im Verlaufe der Industrialisierung herauszubilden begann und in der Zeit der Kollektivierung einen neuen Impuls erhielt, sich auf das gesamte sozialpolitische Leben unsres Landes auswirkte. Nachdem es sich in der Wirtschaft durchgesetzt hatte, dehnte es sich auf den Überbau aus, wobei es der Entfaltung des demokratischen Potentials des Sozialismus Grenzen setzte und den Fortschritt der sozialistischen Demokratie behinderte« (1987, 10). Versuche in der poststalinischen Ära, »die bürokratischen Weisungsmethoden der Leitung« zu überwinden,

scheiterten daran, »daß sie sich nicht auf eine breite Entfaltung von Demokratisierungsprozessen stützten« (ebd., 13). Der Begriff des »Kommandosystems« wird hier inhaltlich nur vage bestimmt, mehr assoziativ, als Gegensatz und Widerpart des »demokratischen Potential des Sozialismus«. In der Folge erlangt er in der innersowjetischen Diskussion eine zentrale Rolle bei der Kennzeichnung des »Modus der Leitung gesellschaftlichen Prozesse« (Haug 1989, 131). Eine richtige Konjunktur erlebte er, als er in diesem Sinn in die Resolutionen der XIX. Parteikonferenz der KPdSU aufgenommen wurde (Resoljucii 1988).

Angesichts der intuitiv zunächst einleuchtenden Charakterisierung der alten Strukturen als Kommandowirtschaft verwundert der schleppende Fortgang der Wirtschaftsreform. Die Vermutung ist nicht völlig von der Hand zu weisen, daß die Überwindung des alten Systems vielleicht auch durch eine nur oberflächliche und einseitige Kritik behindert wird. An diesem Punkt setzt die Kritik von Aven und Šifonin (1987) an. Ihnen geht es um die Durchsetzung einer neuen hegemonialen Konstellation: Ein Reformprogramm müsse auch die Einbeziehung jener Kräfte vorsehen, die ihm entgegenstehen. Die Wirtschaftsinteressen der sozialen Gruppen in der sowjetischen Gesellschaft seien bisher aber unzureichend erforscht. Vom mangelhaften Verständnis der Logik des bestehenden Wirtschaftsmechanismus zeuge der Fakt, daß sich wissenschaftliche Prognosen über partielle Änderungen dieses Mechanismus oft als falsch herausstellten. Ursache jener »überraschenden Ergebnisse« seien vielfach vereinfachte Vorstellungen über den bestehenden Wirtschaftsmechanismus, der sich in den dreißiger Jahren herausbildete, und jetzt gemeinhin als »Kommandowirtschaft« bezeichnet wird. Grundlegend für das Funktionieren dieses Modells seien: 1) relativ objektive Vorstellungen der übergeordneten Glieder über die Kapazitäten der untergeordneten; 2) auf dieser Grundlage aufgestellte Kommandos, die genannten Kapazitäten auszuschöpfen; 3) relative strenge Sanktionen bei Nichterfüllung der Kommandos. Der heutige Mechanismus unterscheide sich aber von dem der dreißiger Jahre vor allem durch die gestiegene Komplexität, die das vorausgesetzte »objektive Wissen über die Kapazitäten« verunmöglicht. Damit könne aber auch das Befehlssystem nicht (mehr) funktionieren. Die »Kommandowirtschaft« wird nach und nach durch eine »Verhandlungswirtschaft« ersetzt, in der sich die Beziehungen der übergeordneten Organe zu den untergeordneten mehr als Austauschverhältnis, denn als Unterordnungsverhältnis darstellen. Die Ressourcen (Argumente) der Leitungsorgane in diesem »Handel« seien Produktionsmittel, Geld, Normative, verschiedene Prämien für die Manager etc.; die der untergeordneten Instanzen (Betriebe) dagegen Planerfüllung (oder das Versprechen ihrer Erfüllung), Teilnahme an den periodischen Kampagnen etc. Resultat sei abnehmende Rigidität der Planaufgaben bzw. eine stufenweise »Enthärtung« der Sanktionen bei Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Die real existierende »Verhandlungswirtschaft« sei praktisch unerforscht.

Letzteres stimmt nur zum Teil. Das Phänomen der »Planverhandlungen« ist seit langem bekannt (vgl. Granick 1954; Berliner 1957). So bezieht sich der ungarische Ökonom János Kornai (1959, 133-137) bei seiner Beschreibung der »Schlachten« zwischen Betrieb und »Zentrale« um die »Angespanntheit« des Planes auf den sowjetischen Kollegen Liberman, der 1955 das Interesse der



Betriebsleitungen (und Belgschaften) an weichen Plänen zum ersten Mal expliziert hatte. Die Rigidität der Pläne ist eine der einschneidendsten Eigenschaften einer idealtypisch gedachten »Kommandowirtschaft«: Rigide muß der Plan sein, um seine innere Konsistenz aufrechtzuerhalten. Durch die enge Lieferungs-Verflechtung der Betriebe untereinander hat jede größere Planänderung oder -nichterfüllung durch einen Betrieb oder einen ganzen Industriezweig gravierende Nebeneffekte auf die verbundenen Betriebe und Branchen. »Der Planer« in der Zentrale hat begrifflicherweise kein großes Interesse an derartigen Flops und Überraschungen, so daß der Plan, sobald er einmal aufgestellt ist, einen eher strukturkonservierenden Effekt hat. Entscheidende Bedeutung kommt somit dem Prozeß der Planaufstellung zu. Die Zentrale versucht, »angespannte Pläne« mit einem hohen mobilisierenden Effekt durchzusetzen, der die vorhandenen Ressourcen maximal ausnutzt. Die ihr untergeordneten Wirtschaftseinheiten sind demgegenüber an einer vollständigen Aufdeckung der ihnen tatsächlich zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht interessiert: Erstens ist es so insgesamt leichter, den Plan zu erfüllen, und zweitens kann durch das Horten von Ressourcen dem erfahrungsgemäß wahrscheinlichen Auftreten von Engpässen bei der Lieferung von Rohstoffen und Vorprodukten (aber auch dem unerwarteten Mangel von Arbeitskräften) wirkungsvoll begegnet werden. Weil der Betrieb im »klassischen« sowjetischen Wirtschaftssystem von der Ressourcenzuteilung durch die »Zentrale« abhängig ist und beide Seiten um ihre divergierenden Interessen wissen, setzt ein Prozeß des besagten »Planverhandelns« ein. Aber auch die »Zentrale« ist in diesem System kein monolithischer Block, sondern besteht aus zahlreichen Industriezweigministerien, deren Arbeit wiederum von einem staatlichen Plankomitee (»Gosplan«) und einem Staatskomitee, das für die Zuteilung der Produktionsmittel zuständig ist (»Gossnab«), koordiniert wird. Folgt man Lavrovskij (1990, 26), so ist die Grundlage eines nationalen sowjetischen Marktes immer schon der monopolisierte Tauschhandel mit Produktionsmitteln zwischen den einzelnen Branchenministerien unter Vermittlung von Gosplan und Gossnab gewesen. Hier findet sich das vertikale Austauschverhältnis zwischen Betrieb und »Zentrale«, das Aven und Šironin beschrieben, ergänzt durch seine Entsprechung in den horizontalen, intersektoralen Transaktionen der Ministerien untereinander. Bei plötzlich und unerwartet auftretenden Versorgungsengpässen im Betrieb tritt der »*tolkatsch*« in Aktion, ein in jedem sowjetischen Betrieb anzutreffender Manager »für besondere Aufgaben«, und »organisiert« im Tauschhandel zwischen den Betrieben die fehlenden Ressourcen, um die Produktion am Laufen zu halten (vgl. Berliner 1957). Er ist praktisch das informelle Komplement für das Versagen der horizontalen Koordination auf der Ebene der Industrieministerien. Diese, zugegebenermaßen, stilisierte Skizze der realen Beziehungen innerhalb des sowjetischen Wirtschaftssystems weicht sehr stark vom Idealtypus einer »Kommandowirtschaft« ab. Offenbar haben sich unter der »Hülle« des unmittelbaren »Kommandoregimes« über die stofflichen Produktionsressourcen einfache, in der Produktionssphäre in der Regel nur bilaterale Austauschverhältnisse herangebildet, denen ebenso unentwickelte Steuerungsformen (Wertformen) entsprechen. Wenn es aber nicht das von einer allwissenden Zentrale ausgegebene Kommando ist, das in der Lage ist, die Tätigkeit der

Wirtschaftseinheiten zu disziplinieren und damit auch nachhaltig zu beeinflussen, was ist es dann?

## 2. Die Analyse der Mangelwirtschaft

Das Problem des Mangels hat schon in den zwanziger Jahren sowjetische Wirtschaftstheoretiker beschäftigt (Kritsman 1929 [1925]; Novožilov 1972 [1926]), aber erst 1980 wurde von János Kornai in seinem Buch »Economics of shortage« eine erste umfassende Analyse der sozialistischen Wirtschaft als »Mangelwirtschaft« vorgestellt. Unter »Mangel« versteht er dabei, daß Inputs für die Verwirklichung einer ernsthaften Intention nicht zur Verfügung stehen (1980, 33). Die (möglicherweise nur kurzfristige) Nichtverfügbarkeit und *nicht* die »Knappheit« einer bestimmten Ressource ist also für ihn das entscheidende Kriterium für Mangel. Dabei handelt es sich um ein komplexes Phänomen, das sich unter spezifischen Umständen ständig aufs Neue reproduziert. Der Begriff enthält keine Bewertung: Vollbeschäftigung z.B. geht meistens mit einem Mangel an Arbeitskräften einher. Am Beginn der Analyse steht die Konzentration auf den Produktionsprozeß (den Betrieb).

### 2.1 Produktionsbeschränkungen

Kornai unterscheidet drei Arten von Produktionsbeschränkungen. 1. *Ressourcenbeschränkungen*: Die produktive Verwendung von realen Inputs kann den Umfang verfügbarer Ressourcen nicht überschreiten; 2. *Nachfragebeschränkungen*: Der Verkauf von Produkten kann die Käufernachfrage zu gegebenen Preisen nicht übersteigen; 3. *Budgetbeschränkungen*: Die Nachfrage des Betriebes nach Faktorinputs kann seine vorhandene und erwartete finanzielle Ressource nicht übersteigen.

Verschiedene sozialen Systeme lassen sich danach unterscheiden, welche dieser Beschränkungen Produktion und Produktionssteigerung wirksam beeinflusst. Dabei sind es immer die vergleichsweise engeren Beschränkungen, die wirksam werden, weil diese mit der Absicht der Produktionssteigerung konfliktieren. Zwei »reine« Systeme sind demnach zu unterscheiden: In nachfragebeschränkten Systemen ist die Käufernachfrage die effektive Beschränkung von Produktionssteigerungen; der Kapitalismus kann als dessen »klassische« Form gelten. Bereits Marx lokalisierte im Konflikt zwischen der Tendenz zur unbegrenzten Ausdehnung der Produktion und dem begrenzten Kaufkraftpotential auf dem Markt den Kern des kapitalistischen Krisenmechanismus. Keynes rückte diese Problematik in den Fokus seiner Theorie. Moderner Kapitalismus dagegen ist kein »reines« nachfragebeschränktes System. Im ressourcenbeschränkten System, mit der sozialistischen Wirtschaft als seiner »klassischen« Form, bestehen die effektiven Beschränkungen in den verfügbaren stofflichen Ressourcen. Dagegen können Mangel und Überfluß durchaus gleichzeitig auftreten. Erzwungene Substitution von Mangelgütern durch vorhandene (Golf durch Trabi) und erzwungene Ausgaben absorbieren permanent die Kaufkraft. Daher kann ein aggregierter »Kaufkraftüberhang« nicht in Geldausdrücken gemessen werden.<sup>2</sup> Mangel ist vielmehr eine Ansammlung von Millionen elementarer Mangelereignisse auf Sub-

mikroebene, seine Intensität hängt dabei von der Frequenz dieser elementaren Mangelereignisse ab. Daher ist zur Messung des Mangels ein Ensemble verschiedener Mangelindikatoren notwendig.

## 2.2 *Vegetative Steuerung*

Kornai ist kein Freund der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts. Bereits 1975 hatte er sein »Anti-Äquilibrium« vorgelegt, in dem er sie einer ausführlichen Kritik unterzog. In seinem Buch über die Mangelwirtschaft führt er als alternative Kategorie die des »Normalzustands« von Produktion und Verteilung ein. Dabei handelt es sich nicht einfach um einen intertemporalen Durchschnitt bestimmter Attribute eines Prozesses. Vielmehr ist der Begriff »Normalzustand« nur gerechtfertigt, wenn ein Steuerungsmechanismus existiert, der im Abweichungsfall (bei Devianz) das System wieder in diesen Zustand zurücktreibt (1980, 133). Kornai kann theoretisch zeigen, daß ein System auch ohne die Steuerungsfunktion der Preise durchaus lebensfähig sein kann: »Es ist fähig, sich ständig selbst zu reproduzieren, während es die Nachfrage der privaten Haushalte befriedigt.« (1980, 141) Gesteuert wird es durch quantitative Signale, die sich auf gewünschte und existierende Vorräte an Produktionsinputs sowie auf Auftragsbestand und -erfüllung beziehen. Im Normalzustand kann dieser Reproduktionsprozeß durchaus vom allgemeinen Gleichgewicht abweichen, weil sich Mangel und Überschuß in einem konsolidierten Zustand befinden. Dabei ist dieses System in mehrfacher Hinsicht dezentralisiert: Die Betriebe reagieren nur auf Vorratssignale, die im eignen Betrieb zu beobachten sind. Ebenso die Auftragsignale: Betriebe, die Aufträge vergeben, und Betriebe, die Aufträge annehmen, operieren auf derselben (bilateralen) Ebene. Systemvergleichende Theorien kontrastieren üblicherweise zwei Formationen: Dezentralisierte Steuerung mit Preissignalen (Markt- oder »Verkehr«wirtschaften) und zentralisierte Steuerung über Mengensignale (»Zentralverwaltungs«- oder »Kommando«wirtschaften). Kornai kann zeigen, daß eine weitere Variante existiert, der durchaus auch ein empirischer Gehalt beizumessen ist: »Dezentralisierte Mengensteuerung spielt eine besonders wichtige Rolle in der ressourcenbeschränkten Mangelwirtschaft.« (1980, 148) Für diese Art der Steuerung hat er auch den Begriff der »vegetativen Steuerung« eingeführt (1975, 182): »Vegetative Mechanismen steuern die einfachsten, elementarsten und alltäglichsten Anpassungen der realökonomischen Sphäre.« (1980, 148) In marxschen Begriffen ausgedrückt, besteht das Geheimnis dieser Steuerungsform darin, daß es sich um Steuerung über die »einfache, einzelne oder zufällige Wertform« handelt. Ihre Marktförmigkeit wird dadurch verdeckt, daß es sich um singuläre, bilaterale und kontingente Transaktionen handelt, denen (in der Produktionssphäre) das allgemeine Äquivalent eines Geldes fehlt, das allein die Fragmentierung dieser Austauschverhältnisse überwinden könnte (dazu auch Aven/Sironin 1987, 35).

## 2.3 *Harte und weiche Budgetbeschränkungen*

Im zweiten Band seiner Analyse der Mangelwirtschaft untersucht Kornai die Anpassung des Produktionsprozesses unter dem Einfluß von Preissignalen.

Dabei spielt die Unterscheidung zwischen harten und weichen Budgetbeschränkungen (HBB und WBB) eine zentrale Rolle. Eine Budgetbeschränkung (BB) ist hart, wenn sie mit eiserner Disziplin durchgesetzt wird. Direkte Evidenz ergibt sich durch die Beobachtung zweier Phänomene:

a) *Überleben* (»einfache Reproduktion«) des Betriebs: BB sind hart, wenn ernste finanzielle Schwierigkeiten die Firma in den Bankrott treiben. Die BB ist weich, wenn der Staat der Firma aus den Problemen hilft, z.B. durch Subventionen, individuelle Steuererleichterungen, Rabatte auf die Inputpreise, Erhöhung der Verkaufspreise, Kreditstundung etc.

b) *Wachstum* (»erweiterte Reproduktion«) des Betriebes: BB sind hart, wenn das Wachstum der Betriebe von ihrer finanzieller Position abhängt, weich, wenn das nicht der Fall ist. Budgetbeschränkungen sind nicht identisch mit dem Profitmotiv, denn das ist durchaus kompatibel mit WBB. Weiche Budgetbeschränkungen sind im Grunde nur eine Metapher, da sie nicht effektiv sind, also keine Wirkung auf das Verhalten der Betriebe haben. Geld spielt dementsprechend nur eine passive Rolle. Dagegen sind harte und effektive Budgetbeschränkungen ein ex ante Verhaltensregulativ, das die Betriebsentscheidungen — vermittelt über die Erwartungen der Betriebsmanager — beeinflusst: Wenn keiner Firma bei finanziellen Problemen ausgeholfen wird, wird ein Manager das auch nicht in seinem Fall erwarten. Hat die überwiegende Mehrheit der Betriebsmanager dagegen die Erwartung, daß das Überleben ihrer Firma vom Staat garantiert wird, kann von WBB gesprochen werden. In der »klassischen« Form sozialistischer Ökonomien ist die BB der Betriebe weich.

## 2.4 Effizienz, Ethik, Paternalismus

Sozialismus versprach ein höheres Maß an ökonomischer Rationalität. Ein zentrales Ziel der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der damit verbundenen kapitalistischen Konkurrenz war die Überwindung des Überakkumulations-Krisenmechanismus mitsamt seinen »sozialen Kosten« (Massenarbeitslosigkeit und andere Formen der Produktivkraftvernichtung). Durch die Zentralisierung der Allokationsentscheidung sollten derartige Krisen von vornherein vermieden und der Produktivkrafteinsatz nach rationalen Kriterien erfolgen. Die Art der Zentralisierung schien in der dem Kapitalismus eigenen Tendenz zur Konzentration der Produktion und der Monopolisierung der Dispositionsgewalt in »privatkapitalistischer Hülle« bereits vorbereitet zu sein. Die Eroberung und Übernahme dieser »Kommandohöhen« der Wirtschaft war ein strategisches Ziel der Bolschewiki, um die Priorität der sozialen vor den partikulären Interessen durchsetzen zu können. Kornai sieht darin zurecht einen der Hauptgründe dafür, daß die Verantwortlichkeit der Betriebe für die Investitionsentscheidung beschnitten und bei diesen »Kommandohöhen« zentralisiert wurde. Aber gerade in der praktischen Anwendung dieses Prioritätsprinzips sieht er einen dauerhaften Konflikt mit den Bedingungen für die Durchsetzung einer höheren ökonomischen Rationalität, für mehr Effizienz angelegt. In einem 1980 veröffentlichten Artikel (wieder in: Kornai 1985, 124-138), der 1987/88 gleich zweimal in russischer Übersetzung erschien, kontrastierte er die Bedingungen

für Effizienz mit denen für die Durchsetzung der Prinzipien sozialistischer Ethik. Als notwendige *Bedingungen für ökonomische Effizienz* betrachtet er darin: (1) ein Anreizsystem, das besondere Leistung stimuliert; (2) sorgfältige Kosten-Nutzen-Kalkulation und sparsame Ressourcenverwendung; (3) schnelle und flexible Anpassung an sich ändernde Umstände; (4) Unternehmungsgeist und (5) persönliche Verantwortlichkeit. »Prinzipien sozialistischer Ethik« sind dagegen für ihn: (1) Verteilung nach der Leistung, inklusive des Prinzips »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«; (2) Solidarität; (3) soziale Sicherheit und (4) die besagte Priorität des Sozialen vor dem Partikulären. Er hält die unter Ökonomen mit sozialistischer Überzeugung verbreitete Auffassung, daß diese beiden Wertesystem miteinander vereinbar seien, »im Lichte der Erfahrung« für falsch. Vielmehr seien zahlreiche Entscheidungsdilemmata genau durch den Konflikt zwischen ihnen verursacht. So beim Versuch, im Rahmen der ungarischen Wirtschaftsreform (und seit 1987 — wieder — in der UdSSR) an den Profit der Firma gekoppelte materielle Anreize (die »volle wirtschaftliche Rechnungsführung«) zu stärken. In Ungarn wurde dazu eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter eingeführt, was allein schon ausreichte, um das Prinzip »jedem nach seiner Leistung« zu relativieren. Denn »gleiche Leistung« bedeutet nicht automatisch auch »gleiche Profitabilität« und damit »gleiches Einkommen« bei verschiedenen Betrieben. Unmut über diese »Ungerechtigkeit« entsteht, und der Druck auf die höheren Organe, diese Einkommensdifferenzierung wieder zu nivellieren, steigt. Resultat ist empirisch ein kompliziertes Umverteilungssystem, das die effizienzsteigernde Anreizfunktion der Lohndifferenzierung wieder einschränkt. Genau hier sieht Kornai einen wesentlichen Grund für die »weichen« Budgetbeschränkungen: »Lobbying« für finanzielle Hilfe hat den Effekt, daß die größere Selbständigkeit der Betriebe zugunsten dieser Patronage »von oben« wieder aufgegeben wird (1985, 129). Das trifft insbesondere dann zu, wenn das Wachstum oder gar das Überleben einer Firma gefährdet erscheint: Staatliche Subventionen oder langfristige Kredite werden gerade denjenigen Betrieben gewährt, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. »Paternalismus« ist der Begriff, den Kornai für dieses Verhältnis von Betrieb und Staat einführt: »Paternalismus bedeutet absoluten Schutz und Sicherheit.« (1980, 566; 1985, 57) Der Grad von Paternalismus im Verhältnis von Staat und Wirtschaftseinheit ist für ihn ein wichtiges Wesensmerkmal eines Systems, was aber nicht bedeutet, daß Paternalismus nur in einem System anzutreffen ist. Keine Regierung, die von Zeit zu Zeit auf die Unterstützung von Wählerstimmen angewiesen ist, wird die Verantwortlichkeit für die wirtschaftliche Situation vollständig von sich weisen, viel weniger natürlich eine, die sich als »sozialistisch« legitimieren will. Wie ersichtlich liegt hier auch der sozialökonomische Kern dieser Gegenthese zum Attribut »Kommando« für das sowjetische Wirtschaftssystem. Die Funktionsfähigkeit eines Kommandosystems beruht auf der Wirksamkeit des Sanktionsmechanismus, mit dem die Disziplinverletzung im militärischen Ernstfall geahndet wird: Sie ist in jedem Fall existenzbedrohend. Genau dies ist bei Verletzungen der finanziellen Disziplin eines Betriebes unter den Bedingungen »weicher« Budgetbeschränkungen nicht der Fall.

### 2.5 *Harte Budgetbeschränkungen sind Nachfragebeschränkungen*

Es besteht eine enge Beziehung zwischen der Härte der BB und der Wirksamkeit der Ressourcen- bzw. Nachfragebeschränkungen: Bei HBB hängt die Input- oder Faktornachfrage der Firma vom Preis und der finanziellen Situation der Käuferfirma ab. Solange die BB hart ist, ist auch die Nachfrage endlich, das System expandiert nicht, bis Ressourcenbeschränkungen wirksam werden. Bei WBB besteht dagegen keine freiwillige Beschränkung der Nachfrageseite. Die Nachfrage der Betriebe nach Inputs reagiert nicht oder nur marginal auf deren Preise und ist von ihren finanziellen Erträgen weitgehend unabhängig. Begrenzt wird die Inputnachfrage nur durch »außerökonomische« Faktoren wie Lagerkapazität, politische Autorität und öffentliche Meinung. Im Resultat ist die Inputnachfrage der Betriebe nahezu unstillbar und das System in der Sphäre der zwischenbetrieblichen Input-Output-Relationen nur durch die vorhandenen Ressourcen beschränkt.

### 2.6 *Weiche Budgetbeschränkungen reproduzieren den Mangel*

Kornais Makroanalyse der »klassischen« Form sozialistischer Ökonomie kann hier nur an einem simplen Modell unter stark vereinfachenden Annahmen dargestellt werden: Es handelt sich um die kurzfristige Analyse einer stationären Wirtschaft. Es existieren nur lagerbare Güter, zwei Sektoren (Firmen und Haushalte), die zwei Produktionsabteilungen »A« (Produktionsmittel) und »B« (Konsumgüter), keine Außenwirtschaft. Kornai benutzt gerne in Abgrenzung zur Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts eine Hydraulik-Analogie: Der Güterfluß wird durch eine Flüssigkeit repräsentiert, die beiden Produktionsabteilungen sind untereinander durch ein System »kommunizierender Röhren« verbunden. Da der Normalzustand des Systems nur im Ausnahmefall mit dem allgemeinen Gleichgewicht identisch ist, herrschen entweder »Druck« oder »Sog« vor. Betrachtet wird zunächst nur die Produktionsabteilung »B«: Die Größe der Vorräte an Konsumgütern hängt hier offensichtlich vom Verhältnis zwischen Ein- und Abfluß in das Reservoir für Konsumgüter ab. Der »Abfluß« aus dem Reservoir wird über das Konsumpreisniveau und die nominellen Einkommen der Haushalte reguliert. Diese Regulierung funktioniert dann, wenn die Budgetschränken der privaten Haushalte »hart« sind. Unter diesen Annahmen regulieren Konsumentenpreisniveau und Nominaleinkommen den Umfang der Lager von Konsumgütern und damit die Mangelintensität auf dem Konsumgütermarkt. Der historische Beleg für diese Modellannahmen ist, daß in der »klassischen« sozialistischen Wirtschaft faktisch immer, außer in Kriegs- und Krisenzeiten, »Ware-Geld-Beziehungen« und freie Konsumwahl beim Verbrauch der privaten Haushalte existierten und der Nominallohn als Regulierungshebel eingesetzt wurde. Im Gegensatz zum Konsumgütersektor (»B«) wird das Reservoir des Produktionsmittelsektors ständig »leergepumpt«.

Kornai identifiziert zwei Kräfte, die die Pumpe betreiben. 1. Der *Quantitätstrieb* wird verursacht durch die Angespanntheit der Pläne und den beschriebenen dezentralisierten, autonomen Mangelmechanismus der WBB. Die stofflichen Engpässe schaffen bei den Betrieben Unsicherheit über das Materialangebot

(Angebot an Vorleistung), was wiederum eine Tendenz zum Horten hervorbringt: »shortage breeds shortage«. 2. Der *Expansionstrieb*: Alle Firmen wollen wachsen und ihre Repräsentanten, die übergeordneten Organe, wollen auch, daß die Sektoren, für die sie verantwortlich sind, wachsen. Der »Investitionshunger« ist allgemein und nimmt immer mehr zu. Nichts hält faktisch die Firmen von Investitionen ab. Keynes ging es darum, Mechanismen zu finden, die den vorsichtigen Investor ermutigen. Hier ist genau das Gegenteil der Fall. Eine monetäre Investitionsillusion entsteht. Tatsächlich bedeuten von der »Zentrale« festgelegte Investitionsquoten die Erlaubnis, eine bestimmte stoffliche Investition zu starten, die niemand mehr stoppen kann.

Während der Quantitätstrieb eine fast nicht zu befriedigende Nachfrage nach Inputs für die laufenden Produktion schafft, ruft der Expansionstrieb eine ebenso unstillbare Nachfrage nach Investitionsgütern hervor. Die Annahme des Systems »kommunizierender Röhren« zwischen den beiden Reservoirs führt dazu, daß es zu einem ungleichen Wettbewerb zwischen privaten Haushalten und Betrieben kommt. Private Haushalte unterliegen in der Regel harten Budgetbeschränkung und sind von daher kostenempfindlich. Besonders drastisch wird dies bei der Entscheidung darüber deutlich, ob Maschinen für die Konsumgütererzeugung oder für die Investitionsgüterindustrie erzeugt werden sollen. Im Zweifelsfall wird die Leichtindustrie zurückstecken müssen, weil ihre Kunden nicht so »hungrig« sind. Die Schwerindustrie ist selbstreferenziell geworden. Fazit: Die Mangelintensität beim privaten Verbrauch hängt nicht allein von Standardregulatoren wie Angebot, Preis und Nominaleinkommen ab, sondern auch von der Stärke der Sogwirkung, die vom Firmensektor ausgeht.

### 3. Einige abschließende Bemerkungen

Kornais Analyse der Mangelwirtschaft ist von großer Bedeutung, weil sie das Forschungsinteresse auf einen Grundsachverhalt der bisher real existierenden sozialistischen Ökonomien richtet. Dieser Grundsachverhalt ist logisch und genetisch elementar, für jedermann und jede Frau im sozialistischen Alltag nachvollziehbar und erlaubt die Entfaltung einer empirisch gehaltvollen erklärenden Theorie. Logisch elementar ist der Sachverhalt deswegen, weil eine Ökonomie, die ohne ein Knappheiten anzeigendes und als allgemeines Äquivalent fungierendes Steuerungsmedium »Geld« auskommen und sich nur an »Bedürfnissen« orientieren will, nur an der Verfügbarkeit ihrer Ressourcen eine Beschränkung findet: *Der Mangel ist der Zwillingbruder unbeschränkter Bedürfnisbefriedigung*. Eine Ökonomie, die nicht durch einen monetären Haushalt beschränkt ist, findet ihre Grenzen nur an denen des natürlichen Ressourcenhaushalts: ungeheure Verschwendung ist die Folge. Die ökologische Katastrophe in den real existierenden sozialistischen Ländern zeugt davon. Kornai kommt das Verdienst zu, gezeigt zu haben, daß eine derartige, ohne Preissignale gesteuerte Ökonomie durchaus auf dezentralisierter, »vegetativer« Basis funktionieren kann. Genetisch elementar ist der Sachverhalt des Mangels in der sowjetischen Geschichte gewesen: Am Beginn stand der »Kriegskommunismus« mit der Konfiskation der Getreideernte und ihre rationierte Verteilung an die Stadtbevölkerung. Hier stand

der Mangel tatsächlich Pate für kriegsmäßige Kommandomethoden. Auch später, im Zuge der Kollektivierung und des Feldzuges zur »Liquidierung der Kulaken als Klasse«, wurden diese Methoden wieder angewendet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß der wesentliche Grund für die Einleitung der »Neuen Ökonomischen Politik« der faktische Zusammenbruch der Getreideversorgung gerade *wegen* dieser Methoden war und deshalb »Ware-Geld«- (also Markt-)beziehungen in der Landwirtschaft und später in der gesamten Konsumgüterversorgung eingeführt wurden. Die Regulierung dieses Marktes über die Preise und die Nominaleinkommen wurde so bereits sehr früh integraler Bestandteil des sowjetischen Wirtschaftssystems. Bezeichnenderweise wurde das Leistungsprinzip bei der Entlohnung während des Zweiten Weltkrieges nicht nur nicht eingeschränkt, sondern sogar noch verstärkt: »An diesem Prinzip orientierten sich Arbeitslohn, Prämiensystem, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern und die nichtmaterielle Auszeichnung von Bestarbeitern.« (Segbers 1987, 263) Im Ergebnis setzte sich während der Kriegsjahre eine zunehmende Differenzierung der Arbeiterklasse durch (vgl. ebd., 263-273). Die Ursache dafür, daß der Mangel trotz der Austauschverhältnisse auf dem Konsumgütermarkt eine alltägliche Erfahrung geblieben ist, läßt sich als Resultat der, im Gegensatz zu denen der privaten Haushalte, »weichen« Budgetschränken der Betriebe werten, die dazu führen, daß deren Nachfrage nach Inputs und Investitionsmitteln auf der einen Seite schier unbegrenzt ist, während sie als Produzenten auf der anderen Seite den Konsumenten Preis und Qualität diktieren können. In marxischen Begriffen ausgedrückt: Es handelt sich hier um die einfache, einzelne und zufällige Wertform, die die Ressourcenallokation steuert. Das empirische Resultat der Ermangelung eines allgemeinen Äquivalentes zur vergleichenden Bewertung der produktiv eingesetzten Ressourcen ist ein monströser Umverteilungs- und Ressourcenverschwendungsmechanismus. Die Eckpunkte seiner Zielfunktion, des »allgemeinen Interesses« setzen die Aufrechterhaltung der militärstrategischen Parität mit den USA und das paternalistische Versprechen, den sozialen Schutz der Bevölkerung unter allen Umständen zu gewährleisten. Erreicht wurde dies in der Zeit der »Stagnation« durch eine gewaltige Konzentration der Ressourcen auf den Rüstungssektor (Gorbatschow spricht von 18 % des Nationaleinkommens, vgl. *Pravda*, 29.4.90) und eine Finanzierung des Wohlstandes durch extensive Ausbeutung der Rohstoffvorräte des Landes — um sie gegen Devisen zu exportieren. Die prioritäre Ressourcenausstattung der Rüstungs- und der extraktiven Industrie sind nur ein Synonym für die weichen Budgetbeschränkungen der Betriebe in diesen Sektoren. Eine der negativsten Folgewirkungen der Sogwirkung, die von diesen Prioritätssektoren ausging, war die hoffnungslose Veralterung des Maschinenparks im zivilen Maschinenbau und der Konsumgüterindustrie. Genau hier setzte die »Strategie der Beschleunigung«, mit der Gorbatschow antrat, an. Diese war darauf ausgerichtet, durch Erhöhung und Konzentration der Investitionen in diesem Bereich innerhalb von zwei Jahren eine deutliche Modernisierung durchzusetzen. Parallel dazu wurden den Betrieben erheblich größere finanzielle Selbständigkeit gewährt. Zahlreiche Beispiele belegen, daß diese Maßnahmen aber nicht von einer »Härtung« der betrieblichen Budgetschränken begleitet wurden.



Die Sogwirkung der Prioritätsbereiche auf den »Rest« der Ökonomie wurde dadurch noch verstärkt. Zugleich wurden angesichts steigender Nominaleinkommen die fortbestehenden Mangelercheinungen im Konsumgütersektor immer drastischer spürbar. Diejenigen Betriebe, die keine Priorität besaßen, konkurrierten mit den Prioritätsbetrieben um die Zuteilung der Ressourcen, die sich am besten durch Staatsaufträge, die die Kapazitäten möglichst weitgehend auslasteten, gewährleisten ließen. An die Stelle der »Planverhandlung« war die direkte und unverhüllte »Ressourcenverhandlung« getreten. Der Paternalismus behielt seine Attraktivität für beide Seiten: »Unter den Bedingungen eines scharfen Defizits einer Reihe von Ressourcen und in einer Situation, wenn die Fondsverteilung durch die 'Hauptleitung' erfolgt, ist die Abkehr vom gewöhnlichen Handel um Ressourcen nicht wahrscheinlich.« (Aven/Šironin 1987, 37) Es sollte deutlich geworden sein, daß die dem sowjetischen Wirtschaftssystem zugrundeliegende Produktionsverhältnisse mit dem Begriff des administrativen Kommandosystems nur unzureichend abgebildet werden können. Selbst in der Stalin-Ära hat das Bild eines »strengen, oft antagonistischen Gegensatzes zwischen Machte lite ... und Bevölkerung ... nie gestimmt. Selbst in den Phasen der sowjetischen Geschichte, die durch brutale Teilmobilisierungen wie die Zwangskollektivierung 1929/30 oder durch Massenrepressionen in den dreißiger Jahren geprägt waren, standen für größere soziale Gruppen materielle und soziale Angebote bereit, die viele Sowjetbürger an den sowjetischen Staat banden.« (Segbers 1987, 302; vgl. auch Schröder 1988) Dieses Verhältnis von Staat und Bevölkerung läßt sich am besten mit Kornais Begriff des »Paternalismus« kennzeichnen, die Tendenz in der Entwicklung der Regulationsweise mit Marx' Begriff der »Entfaltung der Wertform« .

## Anmerkungen

- 1 Dieser Begriff geht in der deutschen APN-Übersetzung unter, weil für ihn eine Umschreibung gewählt wurde, vgl. Beilage zur Zeitschrift »Sowjetunion heute«, Juli 1987, III.
- 2 Diese Behauptung Kornais ist Gegenstand eines langjährigen Streits mit dem Hauptvertreter einer makroökonomisch vergleichenden Analyse von Wirtschaftssystemen, Portes (vgl. zuletzt Portes 1989).

## Literaturverzeichnis

- Aven, P.O., und V.M. Šironin, 1987: Reforma chozjajstvennogo mehanizma: real'nost' namečаемых преобразований, Izvestija Sibirskogo otdelenija AN SSSR. Serija ekonomiki i prikladnoj sociologii, No. 3, S. 32-40
- Berliner, J.S., 1957: *Factory and Manager in the USSR*. Cambridge
- Gorbatschow, M.S., 1988: O zadačach partii po korennoj perestrojke upravljenija ekonomikoj: Doklad na Plenum CK KPSS 25 ijunja 1987 goda, Izbrannye reči i stat'i, Bd. 5, 129-185, Moskau [Dt. Übers. in: Beilage der Zeitschrift »Sowjetunion heute«, Nr. 7, Juli 1987, I-XXV]
- ders., 1987: Die Oktoberrevolution und der Umgestaltungsprozeß: Die Revolution geht weiter. Sowjetunion heute. Sondernummer, November
- ders., 1990: Na ural'cev možno položit'sja: Vystuplenie M.S. Gorbacheva, Pravda, 29.4., 1f.
- Granick, David, 1954: *Management of the industrial firm in the USSR: A study in Soviet economic planning*, New York
- Kornai, J., 1959: *Overcentralization in Economic Administration: A Critical Analysis based on Experience in Hungarian Light Industry*. Translated by John Knapp, London

- ders., 1975: *Anti-Äquilibrium: Über die Theorien der Wirtschaftssysteme und die damit verbundenen Forschungsaufgaben*. Berlin et al.
- ders., 1980: *Economics of Shortage*. Amsterdam
- ders., 1985: *Contradictions and Dilemmas*. Budapest
- ders., 1988: *Effektivnost' i principy socialističeskoj etiki*, in: *Ekonomika i organizacija promyšlenogo proizvodstva [EKO]*, No. 6, 3-16
- Kritsman, L., 1929: *Die heroische Periode der grossen russischen Revolution: Ein Versuch der Analyse des sogenannten »Kriegskommunismus«*, Wien [Erstveröffentlichung in: *Vestnik Kommunističeskoj Akademii*, 1925, No.9]
- Lavrovskij, I., 1990: *K aktivnoj ekonomiceskoj politike*. In: *Problmey teorii i praktiki upravlenija*, No. 2, 24-29
- Novožilov, V.V., 1972: *Voprosy razvitija socialističeskoj ekonomiki*, Moskva: Nauka [Der Aufsatz »Nedostatok tovarov«, 51-79, wurde zuerst veröffentlicht in: *Vestnik finansov*, 1926, No. 2]
- Portes, R., 1989: *The theory and measurement of macroeconomic disequilibrium in centrally planned economies*. In: Davies, C.; Charemza, W. (Hrsg.), *Modells of Disequilibrium and Shortage in Centrally Planned Economies*. London, 27-47
- Rezoljucii XIX Vsesojuznoj konferencii KPSS, Pravda, 5.7. 1988, 1-3
- Schröder, H.-H., 1988: *Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion: Eine sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928-1934)*. Wiesbaden
- Segbers, K., 1987: *Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg: Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im »Großen Vaterländischen Krieg« 1941-1943*. München

---

### *Zur Krise des Marxismus-Leninismus:*

Alfred Schaefer:

#### **Die Macht der Tendenz in Hegels Rechtsphilosophie**

1990, 224 Seiten, Franz. Broschur

DM 30,-

#### **Der Staat und das Reservat der Eigenheit. Hegel – Marx – Stirner.**

1989, 220 Seiten, 1 Abb., Engl. Broschur

DM 30,-

#### **Kritik des dialektischen Materialismus durch den historischen Materialismus.** 1988, 190 Seiten, 4 Abb., Leinen mit Schutzumschlag

DM 30,-

#### **Lenins Philosophieren. Eine Kritik seines Vermächtnisses.**

1986, 150 Seiten, 5 Abb., Leinen mit Schutzumschlag

DM 25,-

#### **Das Dogma – Wegbereiter der Diktatur. Analyse von Stalin-Texten (einschließlich des Bucharin-Urteils) • Zur dialektischen Methode von Marx in "Das Kapital" I.** 1984, 138 Seiten, 2 Abb., kart.

DM 18,80

---

BERLIN VERLAG Arno Spitz \* Pacelliallee 5 \* 1000 Berlin 33

Johannes Busch-Weßlau

## Sozialistischer Rechtsstaat — eine neue Form des demokratischen Staates?

Als dieser Artikel Anfang 1989 begonnen wurde, wurde der Perestrojka noch eine Chance zugesprochen, den Sozialismus in den Ländern des RgW zu erneuern. Diese Chance scheint vertan. In den westlichen Ländern des RgW ist der Sozialismus passé, seine Erneuerung ist bestenfalls Ziel von Minderheiten, die gesellschaftliche Entwicklung in diesen Ländern insgesamt jedoch bedeutet die schnellstmögliche Anpassung an die in der EG verbreiteten Verhältnisse. Auch in der UdSSR ist die Perestrojka in eine Krise gemündet, die einige in diesem Artikel untersuchten Fragen in den Rang akademischer Erörterungen abschieben, weil ihnen zunächst keine praktische Relevanz verbleibt. Man kann verstehen, wenn die Menschen in den Ländern des ehemaligen Staatssozialismus das Wort Sozialismus kaum mehr ertragen können und von Marx, Lenin und den anderen Heroen der Gerontokratie genug haben. Unsere Probleme werden dadurch nicht geringer, und wir haben durchaus ambivalente Erfahrungen mit jener bürgerlichen Wohlstandsgesellschaft, die nun im Osten als Utopie gehandelt wird. Dieser Artikel soll sich allein mit der Staatsfrage befassen, genauer mit der Frage, ob so etwas wie ein »sozialistischer Rechtsstaat« vorstellbar ist und was er in Abgrenzung zum bürgerlichen Rechtsstaat wohl sein könnte.

Seit der 19. Allunions-Parteikonferenz der KPdSU (1988) ist die Herstellung eines sozialistischen Rechtsstaates ein erklärtes Ziel der Perestrojka. Wenn man diesen Ausdruck nicht als bloße Agitprop-Lösung verstehen will, sondern als einen Begriff, der eine präzise gesellschaftliche Aufgabenstellung umreißt, dann ist zu fragen, was den sozialistischen Rechtsstaat von dem herkömmlichen Rechtsstaat unterscheiden soll, ob sich dieser Begriff im Rahmen einer marxistischen Theorie formulieren läßt bzw. welche theoretischen Implikationen er für das bisherige sowjetische Marxismusverständnis hat und ob er einen verlässlichen juristischen Rahmen für künftige Reformen schafft. Dies ist um so wichtiger, als die Demokratisierungsprozesse in den anderen osteuropäischen Ländern sich keine Probleme mehr mit derartigen Attributen machen, sondern den ganzen Sozialismus à fonds perdu schreiben.

### 1. Rechtsstaat und Sozialismus im Verständnis der KPdSU

Die bislang von der KPdSU formulierten Elemente und Zielsetzungen des sozialistischen Rechtsstaats lassen zunächst keinen wesentlichen strukturellen Unterschied zu den klassischen Auffassungen vom Rechtsstaat erkennen, sondern lehnen sich unverkennbar an diese an.<sup>1</sup> Rechtsgleichheit, Rechtsgebundenheit staatlicher Maßnahmen, Rechtssicherheit und Verwaltungsgerichtsbarkeit sind tragende Elemente der bürgerlichen Rechtsstaatsidee und kehren in den sowjetischen Formulierungen wieder.

Grundzug des Rechtsstaates sei »die höchste Autorität und der Triumph des Gesetzes« (Thesen; vgl. Resolution: Über die Rechtsform), was nur durch eine strikte Unabhängigkeit der Judikative erreicht werden könne (ebd.; vgl. Trussow 1988). Pustogarrow (1988, 28) definiert den sozialistischen Rechtsstaat als einen »Staat des ganzen Volkes... , der sowohl über die Rechte der Bürger, der Arbeitskollektive und anderer Vereinigungen der Bürger als auch über die Pflichten ihnen gegenüber verfügt und vor dem Volk in politischer und sittlicher Hinsicht verantwortlich ist«.

Präziser sieht Sawizki den Rechtsstaat gegründet »auf dem Prinzip der Gewaltenteilung — in eine Legislative, eine Exekutive und Judikatur« (vgl. das Round table-Gespräch in der dt. Ausg. der Prawda vom 2. 8. 1988). Während die Idee eines sozialistischen Rechtsstaates kaum Einfluß auf das vom XXVII. Parteitag 1986 angenommene Programm der KPdSU und ihr Statut hatte, wurde sie mit den Thesen zur 19. Unionsparteikonferenz 1988 zu einem zentralen Thema: »Die Organe des Staates und der Partei, die gesellschaftlichen Organisationen, die Arbeitskollektive, alle Amtspersonen und Bürger müssen sich in ihrer Tätigkeit strikt an die rechtlichen Grundlagen halten« (Thesen, 16), was nur durch eine umfassende Rechtsreform erreicht werden könne. Als wesentliche Ziele der Rechtsreform werden benannt: »... dafür zu sorgen, daß die Garantien für Rechte und Freiheiten der sowjetischen Menschen verstärkt werden. Das gilt für den weiteren Ausbau und die Bereicherung der sozialen Rechte ..., für die Schaffung der materiellen und rechtlichen Bedingungen zur Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Freiheiten ..., für die Stärkung der Garantien für die persönlichen Bürgerrechte« (ebd.). Nötig sei daher »eine nachhaltige Aufwertung der Rechtspflege, die strikte Wahrung der demokratischen Prinzipien bei Gerichtsverfahren, des Streits und der Gleichheit der Seiten vor Gericht, Öffentlichkeit sowie die Unschuldspräsumtion« (ebd.; vgl. Sawizki 1989). Die von der Allunions-Konferenz angenommene Resolution zur Rechtsreform ergänzt diese Maßnahmen um die Schaffung eines Komitees für Verfassungsaufsicht.

Im Verständnis der KPdSU vereinigt der sozialistische Rechtsstaat diese Elemente mit einer sozialistischen Demokratie. Die sozialen Rechte, die Zielsetzungen der sowjetischen Sozialpolitik und die Formen der Selbstverwaltung treten zu dem Rechtsstaat hinzu, sie sind nicht Elemente des Rechtsstaats, sondern Ergebnis seiner Einbettung in die sozialistische Gesellschaft. Der Begriff des sozialistischen Rechtsstaat scheint also nichts anderes zu meinen, als einen herkömmlichen Rechtsstaat in einer sozialistischen Gesellschaft. Das bedeutet aber auch, daß die sozialistische Gesellschaft sich nicht (oder zumindest nicht primär) durch politische, sondern durch soziale Eigenschaften auszeichnet.

Zu einem theoretischen Problem wird diese Feststellung, wenn der sowjetische Marxismus-Leninismus gleichzeitig daran festhalten wollte, mit Lenin erstens den Sowjetstaat als einen Überbau zu beschreiben, der kein politischer Staat im eigentlichen Sinne sein soll, und zweitens zu behaupten, diese Sowjetdemokratie sei grundlegend verschieden von dem bürgerlichen Parlamentarismus. Butenko (1988, 25) etwa beschreibt, ganz in der Kontinuität der bisherigen sowjetischen Staatstheorie, die sowjetische Gesellschaft als eine »Gesellschaft ohne antagonistische Klassen ... in der es Klassen und Klassenbeziehungen gibt«, woraus eine sozialistische Selbstverwaltung folge, »die noch politischen Charakter hat, doch die bereits ein demokratisches System der Leitung von Staat und Gesellschaft ist«. Eine vollständig demokratisches System wäre nach dieser Ansicht ein nicht-politisches. Nach wie vor wird in solchen Argumentationen der Staat auf die Klassenunterdrückung und die Politik auf den Staat reduziert. War diese Reduktion schon im Kontext des Sowjetmodells problematisch, so wird sie gänzlich unverständlich, wenn nun der angebliche Nichtstaat ein Rechtsstaat sein soll, der ja nicht zuletzt *politische* Bürgerrechte schützen soll. Zudem wurde mit den Wahlen zum Volkskongreß das Modell aufsteigender Deputation aufgegeben zugunsten eines eher repräsentativ-parlamentarisch orientierten Modells, das mittlerweile auch das Parteienmonopol der KPdSU aufhob.

Für Lenin, auf den sich die These vom Nichtstaat beruft, war der Staat generell bestimmt als ein »Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze« (LW 25, 398) und d.h. in einer Gesellschaft ohne solche Gegensätze (Antagonismen) nicht

denkbar. Eben deshalb nahm Lenin an, der nachrevolutionäre Staat sei bereits kein Staat im eigentlichen (politischen) Sinne mehr. Entsprechend formuliert noch das KPdSU-Statut von 1986: »Der proletarische Staat ist in einen Staat des ganzen Volkes hinübergewachsen.« (105). Und das Programm von 1986 erklärt, es werde »der Staat, wie das Lenin bereits voraussah, in immer größerem Maße zur 'Übergangsform vom Staat zum Nichtstaat'« (31), weil die »Herausbildung einer klassenlosen Struktur« Charakteristikum der gegenwärtigen Etappe sei (ebd., 55). Die sich auf Lenins »Staat und Revolution« beziehende Argumentation besteht also neben dem Konzept des sozialistischen Rechtsstaates weiter.

Für die sowjetische Staatstheorie hat es jedoch weitreichende Folgen, wenn jetzt in der UdSSR neben den marxistisch-leninistischen Dogmen vom »Staat des ganzen Volkes« Ansichten vertreten werden, in denen Interessenunterschiede nicht mehr als ein aus dem Kapitalismus übererbtes Übel aufgefaßt werden, sondern als konstitutiv für den Sozialismus gelten, wenn neuerdings sogar behauptet wird, gerade der Sozialismus führe durch eine Freisetzung individueller Entfaltungsmöglichkeiten zu einer ständigen Erweiterung von Interessen sowie von Interessenunterschieden (so Gorbatschow u.a. in der Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution) und eben deshalb brauche man einen Rechtsstaat, der die individuelle Entfaltung schütze. In solchen Argumentationen wird die Notwendigkeit des Staates in der UdSSR mit den Interessenunterschieden begründet und dabei wird zurückgegriffen auf die bürgerliche Staatstheorie.<sup>2</sup> Mit der Frage, wie diese Begründung des Rechtsstaates mit der These vom Staat als Nichtstaat zusammenpaßt, setzt sich der größte Teil der sowjetischen Autoren jedoch nicht auseinander.

Mit der Diskussion um die Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen einher geht ein neues Problembewußtsein gegenüber den Institutionen. Früher galten die Instrumente zentraler Wirtschaftslenkung und der Sozialpolitik nicht im strengen Sinne als Elemente des politischen Staates, sondern wurden behandelt als machtneutrale Instanzen einer klassenlosen Gesellschaft. Man folgte Lenins Definition aus »Staat und Revolution«, nach der der Staat wesentlich aus den repressiven Staatsapparaten bestehe (LW 25, 401) — und nur auf diese bezog sich das prognostizierte »Absterben des Staates« — während man ansonsten, wiederum gestützt durch Lenin-Zitate, die »öffentliche Regulierung der Produktion und Verteilung« (LW 23, 280) sowie den »Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung« (LW 25, 439) an die im Kapitalismus entwickelten Strukturen anlehnen wollte. Ein Konflikt zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlich notwendigen Institutionen wurde entweder nicht thematisiert oder galt als Merkmal kapitalistischer Gesellschaften. Dementsprechend galten individuelle Freiheitsrechte als in der Klassenfreiheit aufgehoben.

Diese Elemente der marxistisch-leninistischen Staatstheorie befinden sich in der Sowjetunion heute in einem Auflösungsprozeß. Der sozialistische Rechtsstaat wird begriffen als ein individualistisch begründeter Staat, der auf der Basis verstaatlichter Produktionsmittel die verfassungsrechtlich definierten Rechte jedes Gesellschaftsmitgliedes in juristischen Formen sichern soll. Es sollen juristische Möglichkeiten geschaffen werden, um gegen Verwaltungsmaßnahmen vorzugehen, und die gesamte Staatstätigkeit einer juristischen Kontrolle unterworfen werden, was die Installierung eines Komitees für Verfassungsaufsicht einschließt.<sup>3</sup> Die Option eines absterbenden Staates ist dabei ebenso aufgegeben worden wie die Vorstellung vom Sozialismus als Diktatur einer Klasse und ihrer Partei. Wenn die Annahme aufgegeben wird, mit den Klassenunterschieden verschwänden auch die Interessenunterschiede, die politisch vermittelt werden müssen, dann wird die Option eines Absterbens des Staates (und der Politik) ja auch problematisch. Der sozialistische Rechtsstaat ist also nicht allein

eine Konzeption für eine überschaubare Übergangsetappe, sondern auch Resultat der Erkenntnis, daß ein sozialistischer Staat zunächst nicht weniger sondern mehr Funktionen umfaßt als ein bürgerlicher und der Sozialismus somit nicht zu einer Reduzierung sondern zu einer Ausweitung des Staates führt (Heuer 1989; Ionin 1988). Wie diese Einsicht aber vereinbar gemacht werden soll mit den zitierten Thesen des KPdSU-Programmes vom gegenwärtigen Absterben des Staates, wird bislang kaum thematisiert.

In merkwürdigem Kontrast zu dem Bekenntnis zur Gewaltenteilung<sup>4</sup> (und den praktischen Ansätzen zu ihrer Verwirklichung) steht die Definition der Partei als des »Kernstücks des politischen Systems«, welches »die Generalperspektive der Entwicklung des Landes« bestimme (Statut, 106) und »die Arbeit der Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen« koordiniere (Programm, 60). So ergibt sich die nicht sehr überzeugende Konstruktion, daß diese führende Partei an diejenigen Rechtsnormen gebunden werden soll, die sie erstens selbst veranlaßt und deren Verwirklichung und Kontrolle sie zweitens selbst koordiniert. In praktischer Hinsicht wurde diese Konstruktion durch die Konstituierung des Volkskongresses weitgehend aufgegeben. Die offizielle Programmatik der KPdSU aber hinkt der realen Entwicklung nach und bietet (noch) eine theoretische Basis für die »sozialistischen Konservativen«, was sich nicht zuletzt in dem langwierigen Streit um den Artikel 6 der sowjetischen Verfassung (Machtmonopol der führenden Partei) zeigt.

### Perestrojka — Renaissance des Leninismus?

Angesichts der Erosion der bisherigen sowjetischen Staats- und Gesellschaftstheorie einerseits und der Inkonsistenzen der gegenwärtigen Reformen (vgl. Roggemann 1989) andererseits lohnt es sich darüber nachzudenken, aus welcher Quelle sich die marxistisch-leninistische Staatstheorie speiste, und zu fragen, ob die Behauptung der KPdSU zutrifft, es handle sich bei der Perestrojka zugleich auch um eine Renaissance des Leninismus, womit ja auch gemeint ist um eine Renaissance der leninistischen Partei.

Der Marxismus-Leninismus folgte seit Lenins »Staat und Revolution« einer verkürzten Rezeption der Marxschen Staatskritik, die ihre Wurzeln in Kautskys Ökonomismus hatte. Die Marxschen Schriften von 1843/44, d.h. vor allem »Zur Judenfrage« und die »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, fanden in Lenins Versuch, die »wahre Marxsche Lehre vom Staat« (LW 25, 396) wiederherzustellen, keine Berücksichtigung. Die Reduktion des Staates auf eine instrumentell verstandene Klassenunterdrückung wurde wesentlich mit der Marxschen Schrift über den »Bürgerkrieg in Frankreich« und mit den Abhandlungen von Engels begründet. Wird der Staat nur als gemeinsamer Ausschuß der Bourgeoisie verstanden, wird seine gesellschaftliche Funktion auf die Unterdrückung einer Mehrheit durch eine Minderheit reduziert, dann erscheint das Absterben des Staates nur als militärische Frage seiner Zerschlagung. Die Marxsche Kritik des politischen Staates besteht aber keineswegs nur in der Behauptung, der Staat sei Instrument der Klassenherrschaft, sondern er begreift den Staat als Resultat der Entfremdung.

Recht als solches gilt Marx als ein Ausdruck der Entfremdung in dem Sinne, daß die Notwendigkeit einer juristischen Durchsetzung elementarer individueller Interessen auf gravierende soziale Defekte verweist (vgl. Buchanan 1981 u. Leist 1985). Freiheit, die für Marx umfassende Selbstverwirklichung ist, erfordert die Überwindung sozialer Defekte, die juristische Kompensation benötigen — und nicht einfach das Zerschlagen der juristischen Formen. Dieser Prozeß der Überwindung sozialer

Defekte ist zugleich Aufhebung von Entfremdung, weil er ebenso Abschaffung von Zwang wie Durchbrechen ideologischer (Selbst-)Täuschung ist. Soziale Befreiung und Aufklärung über die eigenen Interessen bilden also bei Marx einen unauflöschlichen Zusammenhang.

Betrachtet man die Kritik des bürgerlichen Rechts bei Marx genau, dann stellt man fest, daß für Marx jedes Recht bürgerliches Recht ist (vgl. Michel 1987). Diese Kritik erfolgt vom Standpunkt einer Gesellschaft, die ihre Konflikte nicht mehr in politischen und juristischen Formen löst, sondern durch Konsens (Buchanan, a.a.O.). Nun erklärt Marx aber auch, daß eine solche Gesellschaft nicht per Dekret geschaffen werden, sondern nur in einem historischen Prozeß sich herausbilden kann. Diesen Prozeß nennt Marx Sozialismus oder die niedere Phase des Kommunismus, der zum entwickelten Kommunismus führen soll, also eine bloße Übergangsetappe ist. Marx räumt ausdrücklich ein, das bürgerliche Recht bleibe im Sozialismus notwendig, argumentiert jedoch vorwiegend mit der Distributionsgerechtigkeit des bürgerlichen Rechts (Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 20-22), während die politischen Bürgerrechte und ihre Rolle im Sozialismus von ihm kaum thematisiert wurden.<sup>5</sup> Die Ausgestaltung des nachrevolutionären Staates ist eine entscheidende Lücke in der Marxschen Staatstheorie, die weder durch den »Bürgerkrieg in Frankreich« noch durch die daran anschließenden Arbeiten Lenins geschlossen wurde.

Man kann also sicher nicht sagen, der sozialistische Rechtsstaat ergebe sich als Konzeption zwingend aus den Abhandlungen von Marx oder gar von Lenin. Dennoch scheint es möglich zu sein, den sozialistischen Rechtsstaat in eine an Marx orientierte Sozialismusvorstellung zu integrieren. Der Rechtsstaat wäre dann sozialistisch, wenn er als demokratische Republik die klassischen Bürgerrechte verbindet mit einer Politik, die jede Monopolisierung sozialer Macht verhindert, also ebenso kapitalistische Kapitalkonzentration ausschließt wie bürokratische Entscheidungsmonopole. Die Konzeption eines sozialistischen Rechtsstaates kann verträglich gemacht werden mit den Marxschen Annahmen, der Sozialismus müsse erstens staatlich verfaßt sein und zweitens das bürgerliche Recht beibehalten. Sie löst jedoch, zumindest in ihrer bislang vorliegenden Form, nicht die Frage, wie ein Rechtsstaat mit einer realen Vergesellschaftung verträglich gemacht werden kann, die politische Herrschaft schrittweise überflüssig macht. Genau das ist aber zentrales Ziel des Sozialismus für Marx und, wenngleich in verzerrter Zuspitzung, auch für Lenin, der gegen Kautsky auf der Aufhebung des Staates als konkreter Perspektive bestand. Genauer gesagt, wird auch bei der Konzeption des sozialistischen Rechtsstaates das Verhältnis von Entfremdung und Recht nicht thematisiert, wodurch eine Reihe theoretischer Probleme entsteht.

Wie läßt sich beispielsweise die Behauptung, der sowjetische Staat werde »immer mehr« zum Nichtstaat, vereinbaren mit der These, gleichzeitig gebe es eine gesetzmäßig wachsende Rolle des Rechts? Und wenn man diese beiden Behauptungen nicht für widersprüchlich hält, wie läßt sich dann die Ansicht aufrechterhalten, Recht sei eine Funktion des Klassenstaates? Bislang läßt die sowjetische Diskussion eine Rezeption der rechtsstaatskritischen Ansätze in der westlichen Debatte ebenso vermissen wie eine Aufarbeitung der Defizite der an Lenin orientierten Staatstheorie.

Die Konzeption des sozialistischen Rechtsstaates ist keine Wiederherstellung des Leninismus, sondern seine einschneidende Korrektur. Es ist ein Versuch, das zu erreichen, was Lenin die konsequente Fortführung und Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie nannte (LW 25, 432). Aber es ist ein Versuch, dies auf einem Weg zu erreichen, der zentralen Thesen Lenins widerspricht. Denn Lenin stellte den Sozialismus als »Diktatur des Proletariats« und diese wiederum als »eine an keine

«Gesetze gebundene Macht» (ebd., 234; vgl. LW 31, 332-353) dar, er entwickelte die konkrete Option eines raschen Absterben des Staates in der sowjetischen Rätedemokratie, und er suchte eine Staatsform, die grundlegend anders ist als die bürgerliche. Das Entscheidende war für Lenin die direkte Demokratie, eine an dem Modell der Pariser Commune orientierte Radikaldemokratie, die Gewaltenteilung und »bürgerlichen Parlamentarismus« ersetzen sollte. Wenn nun die KPdSU den Unterschied von kapitalistischer und sozialistischer Demokratie wesentlich an den sozialen Verhältnissen und Rechten festmacht<sup>6</sup> und Strukturvorstellungen repräsentativer Rechtsstaatsmodelle über nimmt, dann folgt sie in der Staatstheorie eher Kautsky als Lenin. Tatsächlich ist es auch schwer vorstellbar, wie Räte oder Sowjets die drei Grundfunktionen des Staates (Legislative, Exekutive, Judikative) gleichzeitig übernehmen sollen, wie sie Rechtsgleichheit und Kontinuität gewährleisten sollten. Lenin irrte sich zumindest, als er annahm, sozialistische Staatstätigkeit reduziere sich auf »einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle« (LW 25, 433).

### Grenzen der sowjetischen Demokratisierung

Die Perestrojka ist also auch, wenn sie sozialistischen Zielvorstellungen verpflichtet bleibt, eine Umwälzung in der Sozialtheorie der UdSSR, die letztlich auf ein Zurückholen der demokratischen Republik in den Sozialismus abzielt und die Lenins Polemik gegen den »Renegaten« Kautsky in zentralen Punkten revidiert. Sozialistischer Rechtsstaat und sozialistischer Pluralismus könnten aber nur dann zu tragenden Begriffen einer sowjetischen Staatstheorie werden, wenn diese die marxistisch-leninistische Staatstheorie endgültig hinter sich läßt.

Hinauslaufen wird dies jedoch wie in den anderen RgW-Ländern zunächst auf eine unkritische Übernahme der bürgerlichen Staatstheorie. Unkritisch deshalb, weil diese bürgerliche Staatstheorie ungeachtet aller sozialen und ökologischen Probleme des Westens als Utopie betrachtet wird. Was dabei herauskommen kann und herauskommen wird, sofern nicht eine stalinistische Restauration dazwischentritt, ist ein ganz gewöhnlicher Rechtsstaat mit all dem gewöhnlichen Etatismus und Bürokratismus. Denn es ist weder zu erkennen, welche intellektuellen Kräfte in der UdSSR einen neuen, auf neue Weise demokratischen Sozialismus schaffen, noch welchen gesellschaftlichen Kräfte diesem neuen Sozialismus zur Hegemonie verhelfen sollten.

Sozialistisch im Marxschen Sinne könnte ein Rechtsstaat aber nur dann sein, wenn er mit einer konkreten politischen Option seiner tendenziellen Aufhebung verbunden wird, wenn er also nicht als »letzte Form menschlicher Emanzipation« (MEW 1, 356) praktiziert wird, sondern als Kompensation sozialer Defekte, die es zu überwinden (und nicht nur zu verwalten) gilt. Wenn man diesen Staat also permanent als notwendiges Übel betrachtet, den es durch Behebung sozialer Defizite zu begrenzen gilt und nicht etwa als ein Gut an sich, dem der Bürger treu und begeistert zu dienen hat.

In Osteuropa sieht es aber im Moment eher so, als hätte man mit jedweder Kritik bürgerlicher Gesellschaftsformen kaum mehr etwas am Hut. In Polen und Ungarn herrscht ein frühkapitalistisches Gründungsfieber, in der DDR marschierte eine CDU zum Wahlsieg, die sich einst an den Pfründen der SED schamlos labte. In der UdSSR steckt die Perestrojka in einer Sackgasse und die Konzepte zu ihrer Überwindung stimmen nicht eben euphorisch. Der etatistische Ton, der auch die neuere sowjetische Rechtspolitik begleitet, sollte nicht als nebensächlich bagatellisiert werden. Wie wenig auch nur formelle rechtsstaatliche Verfahren in der UdSSR verankert



sind, zeigt der Beschluß über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität (vgl. Rudnew 1989). Die Sondertruppen des Innenministeriums bleiben nicht nur, sondern werden ausgebaut. Und wie im Westen werden Ausnahmegesetze begründet mit dem Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität (kriminalbegrifflich ist das geeinte Europa schon fast erreicht). In der Sowjetunion wird es auf absehbare Zeit keinen sozialistischen Rechtsstaat geben, sondern man kann schon froh sein, wenn wenigstens bürgerlich-demokratische Standards erreicht werden.

So verständlich es ist, daß in der Sowjetunion die Forderung nach einer rechtsstaatlichen Verfaßtheit des Staates im Vordergrund steht, so wenig Grund gibt es, auf die Kritik der Defizite im Westen zu verzichten.<sup>7</sup> Denn gerade die Entwicklung in der UdSSR verdeutlicht, wie wenig ein reiner Rechtspositivismus, wie wenig ein orthodoxer bürgerlicher Rechtshorizont gesellschaftliche Probleme als solche erfassen kann. Die sowjetische Entwicklung ist ambivalent, weil sie in der Herausbildung rechtsstaatlicher Strukturen einerseits bestehende Unfreiheiten beseitigt und andererseits Instrumente zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Strukturen schafft, die einer emanzipatorischen Entwicklung im Weg stehen. Hinzukommen gesellschaftliche und insbesondere nationale Konflikte, an denen der sowjetische Staat bislang versagt. Einerseits gelingt es ihm nicht, Konflikte zu befrieden (Usbekistan, Kasachstan), andererseits versucht er (oder einzelne Staatsapparate) sie mit despotischen Mitteln niederzuwerfen (Tbilissi). Tatsächlich werden heute wie ehemals in der UdSSR politische Prinzipien der (vermeintlichen) Opportunität unterworfen. Und dem Bekenntnis zur nationalen Souveränität jedes Staates steht die Verweigerung der Souveränität der Völker gegenüber (Baltikum). Die Behandlung der Baltikums wird nun zum Prüfstein für die sowjetischen Erklärung über Völkerfrieden, Nichteinmischung und Selbstbestimmung.

Die politische Offensive, die die KPdSU durch die Perestrojka erringen konnte und die ihr in Ost und West viel Sympathie einbrachte, reduziert sich in dem Maße auf die Außenpolitik, wie die Innenpolitik der anderen Ostblockstaaten die sowjetischen Reformen hinter sich läßt. Zunehmend stellt sich nun die sowjetische Position als Defensive dar. Und zwar nicht allein als eine Defensive der marxistisch-leninistischen Kräfte in der UdSSR, sondern als eine Defensive der UdSSR insgesamt. Daß nun aus dieser Defensive heraus eine neue (im guten Sinne) sozialistische Gesellschaft werden wird, ist kaum wahrscheinlich. Dies aus mehreren Gründen: 1. auf Grund der tiefgehenden Diskreditierung sozialistischen Ideen, 2. auf Grund einer ökonomischen Struktur, die den Anschluß an moderne ökonomische Formen nur auf lange Sicht ermöglichen wird, und 3. auf Grund der Konflikte, die die Sowjetunion und ganz Asien um so mehr beherrschen werden, je mehr die UdSSR als »power to over-awe them all« (Hobbes) ausfällt. (Die Pogrome in einigen Sowjetrepubliken, der Grenzstreit mit dem Iran und nicht zuletzt die Konstellation um den Kaschir-Konflikt lassen erahnen, welche Mächte dort sich ausdehnen werden, wo die UdSSR in Asien an Integrationskraft verliert. Und das sind alles andere als emanzipatorische Kräfte.)

Die sowjetische Entwicklung zeigt klar, daß Rechtsstaat nicht gesellschaftlichen Frieden schafft, sondern seine zivilisierende Funktion nur auf der Basis eines vorhandenen Grundkonsenses entfaltet. Wenn in der UdSSR die Rolle der Politischen Kultur entdeckt wird (vgl. Haug 1989, 409ff.; Blankenagel 1989), dann ist dies auch ein Resultat der Erkenntnis, daß Staat allein weder Rechtssicherheit noch individuelle Freiheiten schützen kann. Heute ist die KPdSU da, wo Lenin 1923 aufhörte: »Für den Anfang sollte uns eine wirklich bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, wenn wir ohne die besonders ausgeprägten Typen

vorbürgerlicher Kultur auskommen, d.h. der Beamten- und Leibeigenschaftskultur usw.« (LW 33, 474) Nur sieht es ganz so aus, als ob ein solcher Konsens nur zu erzielen ist, wo Arbeitsproduktivität und Lebensstandard auf der Höhe der Zeit sind, und ob die UdSSR dies rechtzeitig erreichen kann, ist fraglich.

Noch ist die Situation in der Sowjetunion nicht entschieden. Sie ist offen für eine Entwicklung demokratischer Strukturen. Sie ist aber ebenso offen für eine Explosion der gesellschaftlichen Widersprüche, die eine despotische Entwicklung einleiten könnte. Das Programm der Demokratisierung setzt voraus, daß es gelingt, die Konflikte in eine Konsens und Demokratie ermöglichende Form zu transferieren. Das aber ist vorrangig keine Frage von Verfassungen und Statuten, sondern eine Frage sozialer und kultureller Verhältnisse. Und da beißt sich die Katze dann in den Schwanz: Die gesellschaftlichen Defekte, die die Demokratisierung beheben soll, müssen ein gutes Stück schon behoben sein, um Demokratisierung zu ermöglichen. Insofern liegt in der schrittweisen Demokratisierung durchaus ein vernünftiges Konzept. Aber das Risiko bleibt, daß der sozialistische Leviathan das Rennen gewinnt.

Der Verfall des sowjetischen Imperiums, das Aufgehen der ehemaligen RgW-Länder in der EG, der beginnende Verfall der UdSSR als solcher und die ausbleibenden ökonomischen und sozialen Erfolge lassen es durchaus als möglich erscheinen, daß eine Reichsbewahrerfront die politische Bühne betritt, die von Altstalinisten bis zu den Pamjat-Fanatikern reicht und die die UdSSR erneut unter ein anachronistisches Regimes zwingt. Vorübergehend, denn Erfolg könnten sie nicht haben. Aber wen soll das beruhigen? So wie es aussieht, ist das Experiment einer Reform des Realen Sozialismus gescheitert, es läuft aus in der Alternative zwischen poststalinistischer Stagnation und einer Modernisierung nach Maßstab und Maßgabe der heutigen bürgerlichen Gesellschaften. Und damit ist für die nächste Zeit (die lang werden kann), wie es Rakowski zurecht in der »Zeit« schrieb, die Chance eines erneuerten politischen Sozialismus vertan. Der Marxismus-Leninismus hat jedenfalls seine letzte Schlacht geschlagen und sie verloren. Das ist kein Grund für uns, mit allen Übeln unserer eigenen Gesellschaft unseren Frieden zu schließen und sie als unabdingbare Widrigkeiten zu ertragen. Die Widersprüche zwischen galoppierendem industriellem Fortschritt und ökologischer Verwüstung, zwischen formeller Demokratisierung und realer Verstaatlichung, zwischen emanzipatorischer Individualisierung und Leid schaffender Vereinzelung bestehen weiter. Und damit auch der Anlaß zur Kritik entfremdeter Gesellschaftsformen.

## Anmerkungen

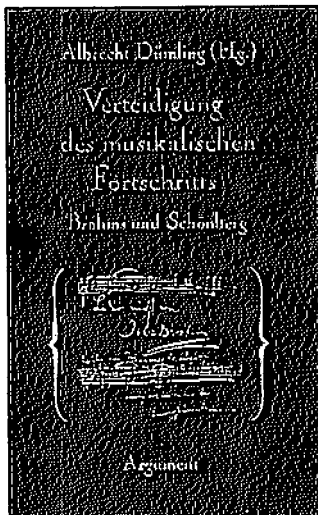
- 1 In einigen jüngeren sowjetischen Texten ist das Attribut »sozialistisch« verschwunden und es wird nur von »Rechtsstaat« geredet.
- 2 Humanismus und »allgemein-menschliche Werte« werden heute in der UdSSR emphatisch berufen. Das geht so weit, daß für Kulistikow »die Gegenüberstellung der beiden Systeme nur ein abstraktes Ideologisieren« darstellt (Neue Zeit 11/1989, 15) und jede »Bekundung von Klassen-, nationalem und religiösem Egoismus... gefährliches Sektierertum« (ebd.).
- 3 Dabei ist allerdings bislang nicht klar, welche Befugnisse dieses Komitee haben wird. Die Resolution über die Rechtsreform deklariert zwar die Schaffung des Komitees, gibt aber nicht an, wer dieses Komitee konstituieren soll und welche Vollmachten es erhalten wird.
- 4 Haug spricht von Funktionenteilung bzw. -trennung, »Trennung von Kompetenzen, nicht von Gewalten«, ohne den Unterschied näher zu bestimmen (Haug, W. F.: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Berlin 1989, 444ff).
- 5 Auf die Kritik an der Menschenrechtskonzeption in der »Judenfrage« soll hier nicht näher eingegangen werden, allerdings scheint durch diese Kritik ein marxistischer Zugriff auf eine Menschenrechtskonzeption eindeutig verbaut zu sein. D.h. aber nicht, daß ein Zugriff auf die Bürgerrechte verbaut ist, denn Marx kritisiert die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte gerade weil sie nicht den Menschen als citizen als wahren Menschen nehme (vgl. MEW 1, 364ff.).

- 6 So z.B. Ionin (1988, 26), der die Absicherung sozialer Rechte als ein »Attribut des sozialistischen Staates« ansieht, während der »Rechtsstaat einen Staat (bezeichne), dessen einziges Ziel der Schutz der Rechtsordnung« sei.
- 7 Dies um so mehr, als unter Berufung auf westliche Beispiele politische Paragraphen erneut Eingang in die sowjetische Rechtsprechung finden, die — wie in der Zeit vor der Perestrojka — die »Diskreditierung der obersten Machtorgane des Landes und der Verwaltung, einer Reihe von Funktionsträgern und gesellschaftlichen Organisationen« unter Strafdrohung setzen (Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 8.4.1989 »Über Veränderungen und Zusätze zum Gesetz der UdSSR 'Über die strafrechtliche Verantwortung für Staatsverbrechen'«, vgl. Hinter juristischen Formulierungen, in: NZ 17/1989, 21f; Das Gesetz muß die Gesellschaft schützen, ebd. 21/1989, 28f). Auch wenn die politischen Paragraphen nun eingegrenztere Tatbestände umschreiben als ihre Vorläufer, so stellen sie doch »öffentliche Aufrufe zum Sturz der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung oder zu ihrer Veränderung auf eine Art und Weise, die im Widerspruch zur Verfassung steht«, unter Strafdrohung (Zitiert nach NZ 17/1989, 21) — und das, bevor die neue Verfassung auch nur verabschiedet ist, bevor die verfassungsmäßige Absicherung der »führenden Rolle der KPdSU« beseitigt und das Verhältnis der Teilrepubliken zum Zentralstaat gelöst ist, bevor die Kompetenzen des Komitees für Verfassungsaufsicht geklärt sind usw. (Diese Bestimmungen sind Lammich (1989) anscheinend entgangen). Der Erlaß des Obersten Sowjets stieß auf einhellige Kritik seitens der Kommission für internationale Zusammenarbeit in humanitären Fragen und auf dem Gebiet der Menschenrechte beim Sowjetischen Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (Burlazki-Kommission) (s. NZ 18/1989, 29).

## Literaturverzeichnis

- Batygin, G., 1987: Hat die Mehrheit immer recht, in: NZ 42
- Blankenagel, A., 1989: Alles zugleich kann man nicht ändern. Neues Denken auf alten Selbstverständlichkeiten in der UdSSR, in: Kritische Justiz 1, 19ff
- Buchanan, A. 1981: The Marxian Critique of Justice and Rights, in: Canadian Journal of Philosophy VII, 269ff
- Butenko, A., 1988: Muß der Sozialismus neu erfunden werden? In: NZ 48
- Haug, W. F., 1989: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg, Berlin 1989
- Heuer, U.-J. 1989: Zur Entwicklung der sozialistischen Demokratietheorie, in: Dialektik 15, 229-241
- Ionin, L., 1988: Das sanfte Joch des Gesetzes, in: NZ 31, 26f
- Lammich, S., 1989: Einige Aspekte der geplanten Reform des sowjetischen Strafrechts, in: JZ 8, 378ff
- Leist, A., 1985: Mit Marx von Gerechtigkeit zu Freiheit und zurück, in: Philosophische Rundschau 32, 198-230.
- LW = Lenin Werke. Berlin/DDR 1953ff.
- MEW = Marx/Engels-Werke. Berlin/DDR 1956ff.
- Michel, J., 1987: »Recht«, in: Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6
- NZ = Neue Zeit. Moskauer Hefte für Politik
- Programm der KPdSU, in: XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente, Moskau 1986
- Pustogarrow, W. W., 1988: Perestrojka und das Recht in der UdSSR, in: Demokratie und Recht, H.1
- Resolution: Über die Rechtsreform, in: Offene Worte. Sämtliche Beiträge und Reden der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz der KPdSU, Nördlingen 1988, 548-552
- Roggemann, H., 1989: Rechtsreformen in der Sowjetunion. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 3, 100ff.
- Rudnew, V. 1989: Juristisches Stückwerk, in: NZ 44, 34ff
- Sawizki, V., 1989: Wofür und wie wir strafen. Kommentar zum Entwurf der Grundlagen der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Teilrepubliken, in: NZ 8, 27ff
- Statut der KPdSU, in: XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente, Moskau 1986
- Thesen des ZK der KPdSU zur 19. Unionsparteikonferenz, in: NZ 23/ 1988
- Trussow, A., 1988: Die Teilung der Gewalten, in: NZ 24, 21f.

## Traditionalismus und Avantgarde



### **Verteidigung des musikalischen Fortschritts**

*Brahms und Schönberg*

Hg. von Albrecht Dümmling

ca. 200 S., ca. 30 Abb., DM 34,—

Johannes Brahms und Arnold Schönberg, beide Galionsfiguren der bürgerlichen Musik, waren wechselnden Urteilen ausgesetzt. Brahms galt zeitlebens als konservativer Gegenpol zur »Fortschrittspartei« der Wagnerianer. Mit seinem Vortrag »Brahms, der Fortschrittliche« jedoch, den Schönberg Anfang 1933 zur Hundertjahrfeier des Komponisten hielt, setzte eine Neubewertung ein. Indem er Brahms so zum Progressiven umdeutete, markierte Schönberg auch seine eigene Entwicklung als konsequent und fortschrittlich.

Der vorliegende Band ist eine Gemeinschaftsleistung von Musikwissenschaftlern aus Ost und West. Herausgeber des Bandes ist

der Berliner Musikkritiker und Schönberg-Forscher Albrecht Dümmling.

Zu den Beiträgen: Gottfried Eberle beschreibt das Musikleben im wilhelminischen Berlin. Der Herausgeber widmet sich mit seinem Beitrag »Warum Schönberg Brahms für fortschrittlich hielt« dem wechselnden Verhältnis der beiden Komponisten. Der Brahms-Forscher Matthias Hansen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Künste der DDR, untersucht die Beziehung der beiden Komponisten an einem praktischen Beispiel: an Schönbergs Orchesterfassung des Klavierquartetts op. 25 von Brahms. Frank Schneider, einer der genauesten Schönberg-Kenner in der DDR, geht in seinem Beitrag »Wiener Schule in Berlin« den wechselvollen Rezeptionsbedingungen bis heute nach. Weitere Mitarbeiter sind u. a. Hanns-Werner Heister, Michael Mäckelmann und Gero Ehlert.

*Weitere Titel zur Musik:*

*Peter Petersen*

### **Hans Werner Henze**

*Ein politischer Musiker*

*Zwölf Vorlesungen*

296 S., DM 34,—

»Petersen schreibt flüssig, klar, verständlich, elegant — ohne akademische Eitelkeit. Ein Henze-Handbuch, das auch zum Nachschlagen taugt, vor allem aber mit Vergnügen und Spannung zu lesen ist.« (*Süddeutscher Rundfunk*)

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Hans-Heinrich Nolte

## Perestrojka und Internationales System: Zur Rolle der Rüstung

Klaus Segbers (1988) hat dafür votiert, die endogenen Antriebe der Perestrojka für die entscheidenden zu halten. Dieses Votum berücksichtigt m.E. die Systembezogenheit der sowjetischen Gesellschaft nicht ausreichend. Diese Systembezogenheit ist vielfältig vermittelt — im Niveau der Ansprüche auf Rechtssicherheit und Lebensqualität, in der intellektuellen Auseinandersetzung (z.B. der sowjetischen Rezeption des Totalitarismusbegriffs — Totalitarizm 1989) und im Außenhandel, aber auch im Rüstungsniveau. So gewiß fehlerhafte Wahrnehmungen der äußeren Lage mit endogenen Interessen zusammenhängen — dazu unten —, so gewiß sind Militärinstitutionen doch (noch) Instrumente von Außenpolitik, welche ein Akteur im Internationalen System auf der Staatenebene bereithalten und also auch bezahlen muß (vgl. Nolte/Nolte 1984 und u.a. Mueller 1989). Erst die (notwendige) Änderung der politischen Verfassung des Weltsystems kann diesen Sachverhalt ändern. Die KPdSU hat, worauf Segbers verweist, ernsthaft damit begonnen, die Rolle des sowjetischen Militäraufbaus für die eigene und die Weltgesellschaft zu diskutieren. So lange jedoch die Rolle des Militärs in der Weltgesellschaft nicht neu definiert wird, so lange kann eine solche Diskussion nur zu einer Korrektur in den Gewichtungen führen. So lange das Internationale System Militär als politisches Instrument akzeptiert, so lange bleibt die UdSSR auch in diesem Bereich durch die Zugehörigkeit zum System geprägt; sie kann und muß jedoch das Ausmaß beeinflussen.

Die These vom Primat der Innenpolitik ist also wenig geeignet, die Verschränkung der Handlungsbereiche zu erklären. Vielleicht wird diese aus einem Rückblick auf die Struktur des Systems deutlicher.

### Zur Struktur des Internationalen Systems

Das Internationale System ist durch eine veränderbare, aber doch sehr stetige und über ein halbes Jahrtausend alte Struktur gekennzeichnet, welche den Akteuren nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten läßt (Nolte 1982, Wallerstein 1984, Braudel 1986). Zu den Konstanten des Systems gehört Konkurrenz: zwischen Nationalstaaten, zwischen großen Kapitalien, zwischen sozialen und ethnischen Gruppen, zwischen Individuen. Zu den Konstanten des Systems gehören weiter Hierarchien von Kompetenzen und Herrschaft, die in der historischen Realität außerordentlich vielfältig und differenziert sind, die man sich aber mit dem Modell Zentrum – Halbperipherie – Peripherie verdeutlichen kann:

1. An der Spitze stehen die Gesellschaften des kapitalistischen Zentrums, heute z.B. USA, Japan, die Bundesrepublik etc. Auf den Territorien dieser Zentrumsgesellschaft werden die differenziertesten Prozesse der Weltarbeitsteilung realisiert und zugleich wird im Rahmen dieser Nationen gesichert, daß solche Prozesse gemessen an der für sie verwendeten Arbeitszeit am höchsten bewertet werden.

2. In der zweiten Reihe stehen halbperiphere Gesellschaften, die vielfältig auf das Zentrum hin ausgerichtet, aber doch nicht von ihm abhängig sind — heute etwa Spanien, Korea oder Taiwan. Diese Länder sichern einen großen Teil der Erdoberfläche für vom Zentrum aus gesteuerte Prozesse und bilden Standorte für arbeitsintensivere Produktionen sowie Herkunftsländer für Arbeitsmi-granten. Sie sind auch im Innern durch besondere Heterogenität gekennzeichnet.
3. Am Schluß stehen die peripheren Gesellschaften, in deren Rahmen nur über sehr wenig intellektuelles und ökonomisches Potential verfügt wird, und die deshalb vom Zentrum weithin abhängig sind.

Die Hierarchie, welche das Weltsystem strukturiert, besteht keineswegs allein auf ökonomischem Gebiet (Weiler 1989), läßt sich auf diesem Gebiet aber leicht beschreiben. Im Rahmen der Internationalen Arbeitsteilung ist es typisch geworden, daß ein Produkt nicht in einem einzelnen Land hergestellt wird. Vielmehr sind Warenketten entstanden, in denen z.B. Rohbaumwolle in einem Land der Peripherie produziert und zu Tuch gesponnen, dieses in einem halbperipheren Land nach einem aus dem Zentrum stammenden Schnittmuster zu einem Hemd verarbeitet und das Hemd schließlich über eine Verkaufsorganisation des Zentrums vertrieben wird. Diese Arbeitsteilung ist nicht zufällig, sondern entspricht unterschiedlichen gesellschaftlichen Niveaus von Kompetenz. Die Hierarchie der Herrschaft kommt darin zum Ausdruck, daß die meiste Wertschöpfung an der Spitze realisiert wird — daß Schnittmuster und Verkaufsengagement mehr Wert je Stunde Arbeit erbringen als Rohbaumwolle. Die Tendenz der achtziger Jahre ging dahin, daß die Preise für Rohstoffe weiter fielen und die Bedeutung des Kapitalhandels im Weltmaßstab zunahm (Drucker 1988). Zugleich nahm die Heterogenität der peripheren Länder zu (Gilpin 1988), einige von ihnen gewannen jedoch an politischer wie auch ökonomischer Aktionsfähigkeit, waren also auf dem Weg zur Halbperipherie (vgl. auch Tausch 1987).

Wichtig ist, daß die Hierarchie des Systems nicht automatisch in eine Hierarchie politischer Macht umgesetzt wird. Auch ein halbperipheres und selbst ein peripheres Land kann — bei entsprechender strategischer Lage, angemessener Quantität, richtiger Ausrichtung seines Potentials etc. — Großmacht sein (Beispiele bei Kennedy 1989). Die politische Verfassung des Weltsystems entspricht also nicht automatisch der sozialökonomischen — im Gegenteil: Die Diskrepanzen zwischen sozialökonomischer und politischer Verfassung haben immer wieder dazu beigetragen, die Dynamik des Gesamtsystems zu sichern. Durch sie wurde verhindert, daß einmal gewonnene Hegemonialpositionen festgeschrieben werden konnten, und so bleiben die Voraussetzungen für die manchmal über Jahrhunderte dauernden Prozesse des »Einholens und Überholens« erhalten (vgl. Friedmann 1982).

### Übergänge — der sowjetische Versuch

Das Internationale System entstand als europäisches System im Mittelalter; es bildete eine Voraussetzung der ersten in Kernbereichen kapitalistischen Gesellschaft, war aber nicht selbst kapitalistisch. Im Rahmen eines Imperiums hätte die

Republik der Sieben Provinzen nicht entstehen können (sie hat sich ja sogar von dem gelöst, was im 16. Jahrhundert als Imperium noch firmierte), aber mit der Entstehung der Niederlande wurde noch nicht das System kapitalistisch. Die Übergänge von einer Gesellschaftsformation zur nächsten gehen im Rahmen des Systems vor sich, erstrecken sich über Jahrhunderte und kennen auch gegenläufige Prozesse, etwa die »Refeudalisierung« der venetianischen Terra ferma im 17. Jahrhundert. Von Erasmus von Rotterdam bis Kant haben führende Intellektuelle für die neue Gesellschaft in Anspruch genommen, daß ihr Wesen friedlich sei, und Jeremy Bentham brachte das 1786 auf die knappe Formel, »daß Räuberei im Großbetrieb nicht so gewinnbringend ist wie im Detail. Wenn die ganze Bande die Taschen der Fremden bis zu einem gewissen Betrage ausplündert, so plündern die Häuptlinge der Bande die Taschen der übrigen in einem viel höheren Grade aus.« (Bentham in v. Raumer 1953, 411) Außer für den Häuptling — damit meint Bentham etwas despektierlicher Weise seinen König — lohnt sich die Sache also nicht.

Entgegen solchen Selbstverständnissen, vielleicht auch mehr Beschwörungen der Intellektuellen, war die Geschichte des Systems während des Übergangs einiger Gesellschaften zum Frühkapitalismus durch Militarisierung gekennzeichnet. Dabei waren halbperiphere Länder, die im System mithalten und ihre Soldaten nach oranischem Drill ausbilden lassen wollten, gezwungen, in der Ausrichtung der Mittel auf das Militär weiter zu gehen als Zentrumsmächte — worauf P. Anderson am Beispiel Osteuropa verwiesen hat (Anderson 1975). Die Revolutionäre von 1917 hofften, eine neue Gesellschaftsformation »Sozialismus« mit einem Schlag oder doch in kurzer Zeit durchzusetzen. Aber auch für die Etablierung dieser neuen Gesellschaftsform war die Konkurrenz im System eine Voraussetzung — hätten sich alle Mächte auf die Niederwerfung der Sowjetrepublik konzentriert, dann hätte sie wohl kaum überlebt. Weiter hofften die Revolutionäre, einen Schritt in Richtung auf »Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen« hin zu tun (Lenin 1917, 352). In der Realität aber paßte sich die sowjetische Gesellschaft in das Konkurrenzsystem ein und setzte sich »Einholen und Überholen« zum Ziel. Die neu entstehende Gesellschaftsordnung wird folgend als »Monopolsozialismus« bestimmt (vgl. Kuron und Modzelewski folgend Nolte 1982, 93-112 u. 132ff.). Sie produzierte schon vor dem 2. Weltkrieg einen unverhältnismäßig großen Rüstungsaufwand.

Der deutsche Überfall 1941 und die Realität der nazistischen Rußlandpolitik legitimierten diesen Rüstungsaufwand und die Militarisierung der sowjetischen Gesellschaft unter Stalin in einer kaum vorhersehbaren Weise (vgl. Ueberschär/Wette 1984). Heute ist leicht feststellbar, daß die sowjetische Weltmachtposition von 1945 mehr durch deutsche Führungsfehler und darüber hinaus — durch die Reaktion auf deutsche Verbrechen erklärbar ist als durch einen sowjetischen Zuwachs an Potential von entsprechendem Ausmaß, auch wenn die UdSSR die Ergebnisse der ersten industriellen Revolution erfolgreich »nachgeholt« hatte. Die sowjetische Führung verstand den Machtzuwachs jedoch als Sieg des Sozialismus und trug zur Ausbreitung der sowjetischen Sozialverfassung auf andere Länder, auch Länder des Zentrums wie Böhmen oder die DDR mit außerökonomischer Gewalt bei (vgl. Nolte 1990).

In Fehleinschätzung des eigenen Potentials, in Reaktion auf die amerikanische Vereinheitlichung der kapitalistischen Welt und verstärkt durch das Scheitern der Bemühungen, ein neutrales Deutschland wiederherzustellen, nahm die sowjetische Führung für sich in Anspruch, das weltweite Gegenmodell zum kapitalistischen System zu bilden. Seit den sechziger Jahren gelang es der sowjetischen Wirtschaft jedoch nicht mehr, höhere Zuwachsraten zu erreichen als westliche Durchschnittsländer — zwar wurden auch die Ergebnisse der zweiten industriellen Revolution, des Übergangs zur Fließbandfertigung nachgeholt, aber von einem Einholen konnte keine Rede sein (geschweige denn von einem Überholen). Zwar erlebte Amerika in den siebziger Jahren einen relativen Abstieg, aber nicht die UdSSR, sondern Japan und Europa holten auf.

Die sowjetische Führung hat diese »Stagnation« im Verhältnis zum kapitalistischen Zentrum nicht in Gelassenheit hingenommen. Die sowjetische Wirtschaft hatte durchaus Zuwachsraten, die UdSSR rannte im Weltsystem und hielt so ungefähr ihren Platz in der zweiten Reihe. Das Selbstbild, das die sowjetische Statistik produzierte (vgl. die Kritik bei Seljunin/Chanin 1987), zeigte jedoch, daß die UdSSR aufhole. Und je deutlicher sich dieses Selbstbild als Selbstbetrug herausstellte, desto mehr hielt die sowjetische Führung unter Breschnew wenigstens daran fest, daß der UdSSR im Rüstungsbereich Parität mit den USA zugestanden wurde. Allerdings kostete Parität in der Rüstung die UdSSR selbstverständlich viel mehr als den amerikanischen Counterpart — mindestens 12 bis 15 Prozent des Bruttosozialprodukts, während die Rüstungslasten in den westlichen Gesellschaften in dieser Phase um 5 Prozent lagen. Wie auch immer ein Vergleich der ökonomischen Effektivität der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft mit der amerikanischen Marktwirtschaft in den siebziger und beginnenden achtziger Jahren ausgefallen sein mag: keinesfalls konnte die sowjetische Wirtschaft um jährlich bis zu 10 Prozent der Leistung besser sein. Sie war es auch nicht; bei relativ hoher Konsum- und eben immenser Rüstungsquote blieb die Investitionsquote zu gering, und die sowjetische Industrie veraltete (Hömann 1984). Während die Breschnew-Führung der sowjetischen Gesellschaft also das Ziel der militärischen Parität mit dem Westen setzte, maßen immer größere Teile der Völker Osteuropas die Leistungen des Monopolsozialismus an dem Lebensstandard und den Freiheiten, die das Bild vom Westen ihnen beschrieb. Die polnische Krise muß der KPdSU deutlich gemacht haben, wie gefährlich die inneren Trends dieser Entwicklung waren (vgl. Tatur 1989).

Die Partei entschloß sich mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär, der Krise des sowjetischen Modells offensiv zu begegnen. Die Krise ist, wie skizziert, Teil eines komplexen Feldes internationaler Entwicklungen und eigener Fehlentscheidungen, sie läßt sich aber an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität besonders gut verdeutlichen (Schrettl 1984). Im Monopolsozialismus nehmen die Arbeiter im Produktionsprozeß einen stärkeren Platz ein, als im Kapitalismus. Die Grundlage dieser Stärke war, daß es (bis in die letzten achtziger Jahre hinein) keine Arbeitslosigkeit gab, daß zwar Arbeiter unproduktiv eingesetzt wurden, die Betriebe aber stets Arbeiter suchten. Diese verteidigten ihre gute Position durch einen relativ hohen Grad an Solidarität untereinander — das Konkurrenzverhalten am Arbeitsplatz ist, entgegen allen



Bemühungen um sozialistischen Wettbewerb, weniger entwickelt als im Westen. Das bedeutet umgekehrt, daß die Arbeitsproduktivität niedriger ist als im Westen. Um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, muß zuerst einmal das Konsumgüterangebot erhöht werden — um jedoch das Konsumgüterangebot zu erhöhen, muß die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Der sowjetischen Wirtschaft droht also ein *circulus vitiosus*, wenn nicht in diesen Zusammenhang an einer Stelle ein außergewöhnlicher Input kommt. Der kann immer weniger aus einer Mobilisierungskampagne wie bei der mit Hilfe von Jugendbrigaden errichteten Baikal-Amur-Magistrale stammen, weil immer weniger Sowjetbürger sich mobilisieren lassen. Man braucht Kapital (vgl. Nolte 1988).

### **Die aktuelle sowjetische Rüstungsdiskussion**

Es liegt auf der Hand, daß eine der Möglichkeiten der KPdSU, ihren Handlungsspielraum zu erweitern, und das Anfangsmoment für den Reformprozeß zu vergrößern, im Abbau der Rüstungsquote liegt. Da das sowjetische Wirtschaftspotential deutlich geringer ist als das des Westens, müßte die UdSSR dann auf das Ziel der militärischen Parität verzichten.

Der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Reform ist in den ersten Jahren Gorbatschows im Westen deutlicher betont worden, als den sowjetischen Texten unmittelbar zu entnehmen war. So hat William Borm, einer der großen alten Liberalen, diese Beziehung zwischen der Erklärung des Drei-Stufenplans zur Abschaffung aller Atomwaffen vom 15. Januar 1986 und dem am 25. Februar desselben Jahres auf dem 27. Parteitag verkündeten inneren Reformvorhaben hergestellt (Gorbatschow 1986), ohne daß sie in den Texten von Gorbatschow explizit angesprochen gewesen wäre. Erst vier Jahre nach Beginn der Perestrojka ist von sowjetischer Seite ein direkter Zusammenhang zwischen Militärausgaben und Reform hergestellt worden. Am 30. Mai 1989 hat Michail Gorbatschow das Gesamtvolumen des sowjetischen Haushaltes für Rüstung auf 77,3 Mrd. Rubel beziffert. Da die offiziellen Angaben Moskaus bisher bei 20 Mrd. Rubel gelegen hatten (1987), bedeutete diese Angabe eine Enthüllung. Am 7. Juni '89 kündigte der sowjetische Ministerpräsident Ryschkov an, daß die UdSSR ihre Verteidigungsausgaben bis 1995 um ein Viertel bis die Hälfte kürzen werde. Da Gorbatschow schon erklärt hatte, daß die Ausgaben 1988 eingefroren und damit um 10 Prozent gekürzt worden seien, sowie weitere 10 Prozent als Konsequenz der einseitigen sowjetischen Abrüstungsmaßnahmen bis 1991 eingespart werden würden, war zum ersten Mal seit Chruschtschow der Rüstungshaushalt offiziell zum Sparen freigegeben (FAZ 2.8.89).

Gorbatschow hat mit seiner Angabe der Kritik sowohl der NATO wie der SIPRY Recht gegeben, daß die offiziellen Angaben des sowjetischen Haushaltes für das Militär nicht die realen Kosten wiedergaben. Vermutlich gaben die offiziell im Haushalt aufgeführten 20 Mrd. die Personalkosten an, während das jährlich zulaufende Rüstungsmaterial nur vermittels der Industriezweige, die es produzieren, im Haushalt auftauchte. Die NATO geht davon aus, daß ein Teil der Betriebskosten der sowjetischen Armee — z.B. für Bauten — auch in der Angabe Gorbatschows nicht angemessen erfaßt ist, und schätzt die tatsächlichen Aus

gaben 1987 auf 130 Mrd. Rubel. Aber sowohl seine Angabe wie die Schätzung der NATO machen deutlich, wie schwer die Rüstung die sowjetische Volkswirtschaft belastet — nach Gorbatschow zu 9 nach der NATO zu 15 % des Bruttosozialprodukts. Zum Vergleich: die Rüstungskosten der USA machen etwa 6 %, die der europäischen NATO-Partner zwischen 4 und 3 %, die Japans etwa 1 % des Bruttosozialprodukts aus. Rechnet man jedoch von der zitierten Kritik von Seljunin/Chanin aus — nach der die UdSSR statt zwei Drittel nur ein Drittel des amerikanischen Bruttosozialprodukts erwirtschaftet — und geht man davon aus, daß die Militärausgaben, so wie sie die CIA in absoluten Ziffern berechnet hat, einen richtigen Eindruck vom Aufwand vermitteln, dann käme man auf einen Anteil der Rüstung am sowjetischen Bruttosozialprodukt von 20 bis 25 % (Walter 1990, 116)! Frau Zaslavskaja, eine der führenden Ökonomen der Perestrojka, hat im Gespräch versichert, daß man in der UdSSR selbst zur Zeit nicht in der Lage sei, den Anteil zuverlässig zu berechnen.

Entsprach der Grad der Militarisierung nach '45 jemals einer außenpolitischen Bedrohung derartigen Ausmaßes? Man kann die Frage m.E. verneinen. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, hat die amerikanische politische Führung den Angriff auf die UdSSR niemals tatsächlich unter ihre Optionen gerechnet (auch wenn es militärische Planspiele gab). Und die USA haben weder die Krise in Ungarn 1956 noch Prag 1968 oder den Bau der Mauer in Berlin zum Anlaß genommen, mit militärischen Mitteln über die 1945/47 festgelegten Einflußzonen hinauszugreifen. Dem Ausmaß der Rüstung der UdSSR liegt ein fehlerhaftes Bild von der kapitalistischen Umwelt zugrunde (Nolte 1979).

Man kann die Erklärungen Gorbatschows und Ryschkovs durchaus als eine Flucht in die Öffentlichkeit bezeichnen. Vier Jahre war die Perestrojka alt, aber der Erfolg auf dem wichtigsten Gebiet — dem Angebot an Konsumgütern und der Sicherung der Legitimation der Partei — war ausgeblieben. In der Tat scheint es, als ob Krise und Reform in den ersten Jahren die Stellung des Militärs gespart hätten. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 wurde diese Wende vorbereitet. In der Parteizeitung *Kommunist* griff im September V. Rubanov den »Kult der Geheimhaltung« an, indem er sich auf Marxens frühe Schriften gegen die Pressezensur bezog und in diese Kritik ausdrücklich die Geheimhaltung im militärischen Bereich einbezog. Es sei paradox, daß im Rahmen internationaler Verträge ausländische Beobachter wesentlich mehr über das sowjetische Militär erführen, als die Öffentlichkeit in der UdSSR. Rubanov, Leiter der Forschungsabteilung des KGB, plädierte für eine »Informationskultur« (nicht etwa für eine Abschaffung aller Geheimhaltung) wobei er sich auf das Beispiel amerikanischer Geheimhaltungspolitik berief (Rubanov 1988). In der Dezembernummer übernahm die Redaktion des *Kommunist* einen Aufsatz von I.E. Malašenko, wissenschaftlicher Sekretär am Akademieinstitut für USA und Kanada, aus einer anderen Zeitschrift. In diesem Aufsatz griff Malašenko die »Ausgaben-Einstellung zu Sicherheitsfragen« an: »Die Amtsbeschränktheit ist in unserer Gesellschaft eine unausweichliche Ausgeburt des übermächtigen administrativen Systems. Wenn die administrativ-bürokratischen Methoden der Verwaltung ökonomisch alles 'überfahren', wenn in der Gesellschaft kein System demokratischer Prozeduren entwickelt ist, das es erlaubt, eine Balance zwischen den

Interessen verschiedener Verwaltungen zu erhalten, dann fängt jede Verwaltung unausweichlich an, sich zu ihren besonderen Aufgaben wie zu Zielen für sich selbst zu verhalten. Und sobald das so ist, bemüht sich die Verwaltung, die Ausgaben in ihrem — allerwichtigsten — Bereich zu erhöhen. So erweist sich dann nicht nur die Amtsbeschränktheit als unabänderlicher Teil des administrativen Systems, sondern auch die Ausgabeneinstellung in der Wirtschaft — ja sogar eine ganze Ausgabenphilosophie.« (Malašenko 1988, 116)

In der Januarnummer 1989 des *Kommunist* plädierte der Wirtschaftsredakteur für eine entschiedene Kürzung des Rüstungsaufwandes: »Die neue Militärdoktrin, das Konzept einer vernünftigen und ausreichenden Abwehr, die schon beschlossenen Kürzungen der Rüstung eröffnen die wichtige Möglichkeit einer radikalen Verringerung der Militärausgaben, welche heute als eine schwere Last auf der Volkswirtschaft ruhen.« Er verwies auf das Beispiel Japans, das mit niedriger Rüstungsrate hohe wirtschaftliche Zuwachsraten erreicht hat (Gajdar 1989, 31). Die Februarnummer gab dem Leiter der politischen Hauptabteilung der Sowjetischen Armee, General A.A. Lizičev, die Gelegenheit, über das Thema »Die Armee — ein Gespräch über das Notwellige« mit der Redaktion zu konferieren. Hier war selbstverständlich keine Rede von den Eigeninteressen der Verwaltung, sondern von einer Reform, welche Effektivität und — mit dem Ausmustern von 10000 Panzern, 8500 Artilleriegeschützen und 800 Kampfflugzeugen — den defensiven Charakter der Armee sowie die demokratische Struktur verbessere (Lizičev 1989). In der folgenden Nummer griff der Redakteur für internationale Fragen offen die Frage nach den Kosten der Parität auf militärischem Gebiet auf. »Wenn man weiß, daß das addierte Nationalprodukt der Länder des Warschauer Paktes 2,5 mal kleiner ist als das der NATO-Länder, militärische Parität aber bedeutet, daß man dafür ungefähr gleiche Summen ausgibt, dann ist es nicht schwer auszurechnen, daß Verteidigung im Nationalprodukt der Länder des Warschauer Paktes eine zweieinhalbmal so große Summe ausmacht wie in dem der Länder des Nordatlantikpaktes. In der Sache des Verteidigungsaufbaus hat uns weder Realismus noch gesunder Menschenverstand gelehrt. Wir haben einer mengenmäßigen Parität nachgejagt, die 'Rakete gegen Rakete' zählte.« (Šaškov 1989, 111f.) In der darauffolgenden Nummer wandte A.S. Sergevič den Terminus »Militärisch-industrieller Komplex«, welcher bis dahin in der sowjetischen Literatur für sein Gegenstück im Westen reserviert war, auf die sowjetische Rüstungsindustrie an (Isaev 1989). In der Mainnummer nahm L.S. Semejko, ebenfalls Mitarbeiter am Institut für USA und Kanada, die Frage auf, was denn das, von Gorbatschow gebrauchte Schlagwort für die neue sowjetische Militärdoktrin »razumnaja dostatočnost« eigentlich bedeute. Dieser Begriff läßt sich mit »vernünftiges Maß dessen, was ausreicht« übersetzen. Dieses Maß müsse keineswegs in numerischer Parität bestehen. Ausdrücklich verweist Semejko auf die sowjetischen Vorschläge, die Atombewaffnung völlig abzuschaffen, und vor allem auf die in Westeuropa begonnene Diskussion über nichtangriffsfähige Verteidigung (Semejko 1989). Das Journal gab im Anschluß an den Artikel Semejkos Andreas von Bülow Gelegenheit, seine Version dieses Konzeptes auf vier Seiten vorzustellen (von Bjulov 1989).

Diese Diskussion entspricht Tendenzen der praktischen Politik. Nach Aus-

kunft des International Institute for Strategic Studies in London sind bis Sommer '89 9000 Mann und 2100 Panzer der UdSSR aus Mitteleuropa abgezogen worden (*The Guardian* Oct.16 1989). Auch wenn ein Teil der Minderung der militärischen Kapazität der UdSSR sicher durch die fortlaufende Modernisierung der Panzer ausgeglichen wird (Cheney 1989, 36 u. 109f.), ist die Gesamttendenz zu auch einseitigen Abrüstungsschritten zur Zeit stetig, wenn auch noch keineswegs endgültig durchgesetzt (Bahr u.a. 11). Die außenpolitischen Rückzüge (ehemalige DDR, CSFR, Polen) weisen ebenfalls auf Abrüstung hin.

### Eine verpaßte Chance?

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß 1988 und insbesondere 1989 die sowjetische Rüstungsdiskussion wirklich in Gang gekommen ist. Den Hintergrund dieser Debatte bilden die schwerwiegenden ökonomischen Probleme der Perestrojka, konkret das Haushaltsdefizit. Die Debatte hat einen grundlegenden Charakter angenommen. Kritisiert wird

- die Geheimnistuerei um das sowjetische Militär, die schließlich dazu geführt hat, daß westliche Beobachter besser informiert sind über die Rote Armee als auch interessierte Sowjetbürger
- die bürokratische Abgeschlossenheit und der administrative Selbstlauf des militärisch-industriellen-Komplexes, und
- das Konzept der numerischen Parität, welches für UdSSR und Warschauer Vertrags-Organisation wesentlich teurer ist, als für die NATO.

Zum ersten Mal werden im Westen entwickelte Vorstellungen rezipiert, daß Formen von nichtangriffsfähiger Verteidigung entwickelt werden müssen.

Die Diskussion, über die ich berichtet habe, scheint mit dem Rekurs auf Stammtischdebatten (Segbers 1988, 477) nicht erklärt. Die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Diskussion ist ein Hinweis darauf, daß heute Chancen bestehen, den Rüstungswettlauf, eine der bisherigen Konstanten des Internationalen Systems, einzuschränken oder möglicherweise sogar zu einem Ende zu bringen. Selbstverständlich erfordert dies Änderungen der Politik auf beiden Seiten. Die Diskussion darüber, welche Folgen eine Zivilisierung der Weltgesellschaft für die Teile (wie auch die UdSSR) hätte, hat allerdings erst begonnen.

Aber wie auch immer — ob Stalins und Chruschtschows »Einholen und Überholen«, ob Breschnews »Parität« oder ob jene Vorstellung vom westlichen Standard an Wohlhabenheit und Freiheit, welche die Gegenwart der sowjetischen Gesellschaft prägt — alle diese Konzepte sind auf das internationale System bezogen. Sozialismus ist ja selbst ein Konzept, das auf den Kapitalismus bezogen ist — als Gegenmodell, gewiß, vielleicht aber auch bloß als Häresie. In ihren geistesgeschichtlichen Zusammenhängen hat die sowjetische Gesellschaft den Status einer halbperipheren — auf das Zentrum bezogenen, aber nicht von ihm abhängigen — Landes also genausowenig überwunden, wie nach dem Indikator der Außenhandelsstatistik (die UdSSR exportiert Rohstoffe und importiert Technologie). Weder die Tatsache, daß ein realer Versuch des Übergangs zu einer neuen Gesellschaftsordnung in einem Land der Halbperipherie unternommen worden ist, noch notwendig gewordene Rückzüge entscheiden das Schicksal

eines solchen Versuchs. Die nördlichen Niederlande waren im 16. Jahrhundert weniger entwickelt als der flämische Süden, der lieber katholisch und monarchisch blieb, und bis zum allgemeinen Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft vergingen noch gut zwei Jahrhunderte. Dieser Aufstieg entsprach zwar vielen Rahmenbedingungen, war aber trotzdem nicht das Ergebnis historischer Gesetzmäßigkeit, sondern angemessenen Handelns der führenden Klasse. Und zu diesem angemessenen Handeln gehörte eine zunehmende Abneigung, sich in teure Kriege im Zentrum verwickeln zu lassen (Mueller 1989, 19f.).

Daß die sowjetische Gesellschaft in so hohem Grad Militarismus zugelassen hat (Nolte 1979, vgl. *Argument* 131 und 133) gehört zu den Fehlern des sowjetischen Sozialismusversuchs. Dies gilt nicht nur für die Rolle des Militärs unter Breschnew, sondern auch für den Zeitpunkt, zu dem Rüstungskosten im Rahmen der Gorbatschowschen Reform zur Disposition gestellt worden sind. Es ist strittig, in welchem Ausmaß und welchem Zeitabstand nach einer entsprechenden Entscheidung ein Ressourcentransfer wirksam werden würde (Davis 1990). Bis 1989 ist aber überhaupt noch kein Transfer erfolgt. In ihren ersten vier Jahren hat die Perestrojka jedoch gerade daran gekrankt, daß sie den Wunsch der Menschen nach sicherer, billiger Versorgung mit Konsumgütern nicht befriedigen konnte. Nationale und regionale Egoismen haben an Stärke zugenommen — die baltischen Nationen meinen, außerhalb der Union besser dran zu sein; in Moskau werden viele Waren nur nach Vorlage des Passes verkauft, um Hamsterkäufe aus den Nachbarregionen zu verhindern; die Kasaner fordern, die Einnahmen aus Erdöl in der eigenen Region verbrauchen zu können (»wir wären dann so reich wie die Scheichtümer«) — und für den unterentwickelten Süden will niemand mehr etwas aufbringen. Der Partei droht die Spaltung, das Militär mobilisiert Öffentlichkeit (vgl. *Krasnaja Zvezda* 12. Juni 1990), und die Regierung läßt sich auf den Weg der Anleihen im Westen driften, mit denen kurzfristig Löcher gestopft werden können, die aber langfristig keine Abhilfe bieten. Denn die Kapitalrentabilität ist im Monopolsozialismus nun einmal niedriger als im Kapitalismus (Heinsohn u.a. 1981), und die UdSSR wird Zinsen wie Tilgung schwerlich verdienen können.

Die Frage, ob der sowjetische Versuch des Übergangs zu einer anderen Gesellschaftsordnung den point of no return zum Scheitern schon überschritten hat, kann hier nicht beantwortet werden. Wichtig ist aber, daß die außenpolitischen Rückzüge, der Verzicht auf militärische Parität und eine entschiedene Abrüstung nicht nur eine Entlastung der sowjetischen Ökonomie in Aussicht stellen, sondern auch eine zentrale intellektuelle Einsicht ankündigen — nämlich die, daß es nicht darum gehen kann, es dem Zentrum gleich zu tun; daß die UdSSR einen eigenen, den Ressourcen eines halbperipheren Landes entsprechenden Weg finden muß. Vielleicht läßt sich der Zusammenhang von Perestrojka, Internationalem System und Rüstung folgendermaßen zusammenfassen: Das Internationale System schreibt auf der politischen Ebene (im Rahmen einer Marge) einen Standard von Rüstung vor, welcher auf der wirtschaftlichen Ebene eine Belastung ist. Diese ist für Staaten der Peripherie und der Halbperipherie vergleichsweise größer, da das Rüstungsmaterial dem Standard des Zentrums entsprechen muß. Es liegt deshalb grundsätzlich im ökonomischen Interesse von Gesellschaften

der Peripherie, an der unteren Marge des Rüstungsstandards zu bleiben. Die sowjetische Führung hat jedoch versucht, nicht nur in einem halbperipheren Land eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen, sondern auch eine erste Geige im Konzert der Mächte zu spielen. Damit war das Potential des Landes überfordert. Da auch im Kontext der mit dem Namen Gorbatschows verbundenen Reformen erst 1989 mit dem Abbau der Rüstungsbelastung begonnen worden ist, und das zur Sanierung notwendige radikale Ausmaß der Entrüstung noch nicht erreicht wurde, gilt diese Kritik auch für die Gegenwart. Der Weg auf den westlichen Kapitalmarkt, den die sowjetische Führung anstelle einer Radikalkur einzuschlagen scheint, würde dagegen den Spuren Polens (unter Gierek) folgen und das Ende des Versuchs zum Aufbau einer neuen Sozialverfassung einleiten.

## Literaturverzeichnis

- Anderson, P., 1975: *Lineages of the Absolutist State*. London
- Bahr, E., u.a. (Hrsg.), 1989: *Friedensgutachten 1989*. Hamburg
- Bentham, J., 1953: Grundsätze über Völkerrecht und Frieden (1786/9). In: K. v. Raumer (Hrsg.): *Ewiger Friede*. Freiburg
- Braudel, F., 1986: *Die Dynamik des Kapitalismus*. Stuttgart
- fon Bjułov (von Bülow), A., 1989: O nesposobnosti k napadeniju. In: *Kommunist* 7, 122-125
- Cheney, R.B. (Hrsg.), 1989: *Soviet Military Power*. Washington
- Davies, Ch., u.a. (Hrsg.), 1990: *Rüstung, Modernisierung, Reform*. Köln
- Dietz, B. (Hrsg.), 1984: *Zukunftsperspektiven der Sowjetunion*, München
- Drucker, P.F., 1988: *The Changed World Economy*, in: Ch.W. Kegley u.a. (Hrsg.): *The Global Agenda*. New York
- Friedmann, E. (Hrsg.), 1982: *Ascent and Decline in the World-System*, Beverly Hills
- Gajdar, E.T., 1989: *Chozajstvennaja reforma*. In: *Kommunist* 2, 22-33
- Gilpin, R., 1988: *Can the Interdependent World Political Economy Survive?* In: Ch.W. Kegley u.a. (Hrsg.): *The Global Agenda*. New York, 237-256
- Gorbatschow, M., 1986: *Aufbruch ins Jahr 2000*. Köln
- Heinsohn, G., u.a., 1981: *Geld, Produktivität und Unsicherheit im Kapitalismus und Sozialismus*. In: *Leviathan* 2
- Höhmanna, H.-H., 1984: *Bilanz der Ära Breschnew*. In: B. Dietz (Hrsg.): *Zukunftsperspektiven der Sowjetunion*. München, 15-41
- Isaev, I.A., 1989: *Reforma i oboronnye otrasli*. In: *Kommunist* 5, 24-30
- Kennedy, P., 1989: *The Rise and Fall of the Great Powers*. New York
- Lenin, W.I., 1970: *Staat und Revolution 1917*, dt. in *Ders., Ausgewählte Werke in 3 Bdn.*, Bd.2. Berlin, 315-420
- Lizičev, A., 1989: *Armija — razgovor o nasuščom*. In: *Kommunist* 4, 110-117
- Mueller, J., 1989: *Retreat from Doomsday*. New York
- Nolte, H.-H., 1979: *Gruppeninteressen und Außenpolitik. Die Sowjetunion in der Geschichte Internationaler Beziehungen*. Göttingen
- ders., 1982: *Die eine Welt*. Hannover
- ders. und W. Nolte, 1984: *Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr*. Baden-Baden
- ders., 1988: *Kontexte der Ost-West-Beziehungen*. In: *Gegenwartskunde* 2, 159-170
- ders., 1990: *Rußland und die Sowjetunion im Weltsystem*. In: *Perspektiven des Demokratischen Sozialismus* 3 (i. D.)
- Malajenko, I.E., 1988: *Bezopasnost' i zatratnyj podchod*. In: *Kommunist* 18, 115-119
- Rubanov, V.A., 1988: *Ot 'kultura sekretnosii' k informacionnoj kul'ture*. In: *Kommunist* 13, 24-36
- Segbers, K., 1988: *Überlegungen zu einer Dialektik der Perestrojka*. In: *Das Argument* 170, 475-490
- Seljunin, V., und I. Chanin, 1987: *Lukavaja cifra*. In: *Novyj Mir* 2, 181-201
- Semejko, L., 1989: *Razumnaja dostatočnost'*. In: *Kommunist* 7, 112-121
- Šačkov, E.V., 1989: *Skol'ko stoit bezopasnost'?* In: *Kommunist* 4, 14-23
- Schreul, W., 1984: *Konsum und Arbeitsproduktivität*. In: B. Dietz (Hrsg.): *Zukunftsperspektiven der Sowjetunion*. München, 42-64
- Tatur, M., 1989: *Solidarność als Modernisierungsbewegung*. Frankfurt
- Tausch, A., 1987: *Jenseits der Weltgesellschaftstheorien*. München
- ders., 1989: *Weltsystem-Ansatz, sozio-liberale Theorien und die gesellschaftliche Entwicklung in Osteuropa*. Ms. *Totalitarizm kak istoričeskij fenomen*. Redaktor A.A. Kara-Murza u.a., Moskva 1989
- Ueberschar, G.R. und W. Wette (Hrsg.), 1984: *„Unternehmen Barbarossa“*. Paderborn
- Wallerstein, I., 1984: *Der historische Kapitalismus*. West-Berlin
- Walter, F., 1990: *Rüstungslast der UdSSR und der Sicht der sowjetischen Führung*. In: Ch. Davis u.a. (Hrsg.): *Rüstung, Modernisierung, Reform*. Köln, 108-135
- Weiler, H.N., 1989: *Wissen, Kultur und Bildung in einer Welt der Konflikte*. In: H.-J. Häbler, Ch. von Heusinger (Hrsg.): *Kultur gegen Krieg. Wissenschaft für den Frieden*. Würzburg, 27-36

Johann S. Ach und Andreas Gaidt

## Kein Diskurs über Abtreibung und »Euthanasie«?

### Zur Rechtfertigung der Singer-Debatte

Im Frühsommer 1989 sind in Marburg und Dortmund Veranstaltungen mit dem australischen Moralphilosophen und Direktor des Center for Human Bioethics der Monash University in Clayton/Vic., Peter Singer, von Krüppelinitiativen und anderen Gruppen verhindert worden, in Saarbrücken konnte die geplante Veranstaltung nur unter massivem Protest stattfinden.<sup>1</sup> Singers Vorträge in Dortmund und Saarbrücken waren unter dem Titel angekündigt: »Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht auf Leben?«

Auch wir hatten für den »Arbeitskreis Friedens-Erklärung/Friedensinitiative am Philosophischen Seminar der WWU Münster« beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit dem Philosophischen Seminar und dem BdWi Ende 1989/Anfang 1990 einen Workshop und eine Podiumsdiskussion zum Thema »Euthanasie oder Kindstötung?« zu veranstalten. Wir wollten mit Singer über seine Thesen diskutieren. Zwei Bedingungen hätten für uns jedoch erfüllt sein müssen: Es hätten (öffentliche) *Diskussionen*, keine Vorträge, stattfinden und es hätten *kompetente KritikerInnen* teilnehmen müssen. Bereits im Vorfeld der Vorbereitungen hagelte es Proteste, der BdWi zog sich zurück, KritikerInnen, die bereit gewesen wären, mit oder ohne Singer über das Thema zu diskutieren, konnten nicht gefunden werden, die Veranstaltungen fanden nicht statt. Dies war für uns Anlaß genug, uns mit den Argumenten unserer KritikerInnen in der vorliegenden Form auseinanderzusetzen und unsere eigenen Argumente zu formulieren, warum wir es für notwendig halten, daß solche Veranstaltungen stattfinden *müssen*.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir werden nicht Singers Thesen rechtfertigen, sondern Argumente vorbringen, warum eine Auseinandersetzung mit Singers Thesen zur »Euthanasie« (schwerst)behinderter Neugeborener notwendig ist, selbst wenn man sie für inkonsistent, unsinnig, völlig abwegig oder auch: gefährlich hält; notwendig nicht aufgrund einer wie auch immer bestimmten Wissenschaftsfreiheit<sup>2</sup> oder wegen Singers Renommee als Moralphilosoph, sondern notwendig auf Grund — nun ja: Dies ist Gegenstand des Artikels.

### Zu den Thesen Peter Singers

Singers Rechtfertigungsversuch einer nichtfreiwilligen »Euthanasie« an (schwerst-) behinderten Neugeborenen basiert auf seiner Version des Präferenz-Utilitarismus und seiner Konzeption von Personalität<sup>3</sup>. Der universale Aspekt von Ethik verlangt, daß wir in irgendeiner Weise die vom Eigeninteresse geleiteten Entscheidungsprozesse universalisieren. Interessen sollen unparteiisch (»impartially«) abgewogen und derjenige Handlungsablauf gewählt werden, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er die Interessen der Betroffenen maximiert. Dies, so Singer, »verschafft uns ein grundlegendes Prinzip der Gleichheit: das Prinzip der gleichen Erwägung von Interessen« (principle of equal concern of interests, kurz: PECI) (1984, 32).

Singer behauptet nun, daß PECI zwar ein adäquates fundamentales Prinzip der Gleichheit sei, aber ein Prinzip, das sich nicht auf Menschen beschränken lasse. Die Trennlinie, welche bestimme, ob die Interessen eines Wesens berücksichtigt werden sollten oder nicht, könne nicht die »Natur« des Wesens sein, also etwa die Zuge-

hörigkeit zu einer bestimmten Gattung oder das (zufällige) Haben dieser oder jener speziellen Eigenschaften. Vielmehr sei *Empfindungsfähigkeit*, also die Fähigkeit, Leid oder Freude bzw. Glück zu erfahren, die Grundvoraussetzung dafür, überhaupt Interessen haben zu können. Die Grenzen der *moral community*<sup>4</sup> durch irgendwelche anderen Merkmale (Intelligenz, Rasse, Geschlecht etc.) zu bestimmen, hieße, sie willkürlich zu bestimmen.

Der Grund für das Tötungsverbot (für das »Recht auf Leben«)<sup>5</sup> kann daher nach Singer nicht in der Mitgliedschaft in der Gattung *Homo Sapiens* gesucht werden. Das Tötungsverbot kann sich aus präferenz-utilitaristischen Überlegungen vielmehr nur auf *Personen* als rationale, selbstbewußte, also sich als distinkte Entitäten mit Vergangenheit und Zukunft wahrnehmende Wesen beziehen.

»Für Präferenz-Utilitaristen ist das Töten einer Person in der Regel schlimmer als das Töten eines anderen Wesens, weil ein Wesen, das sich nicht selbst als eine Wesenheit mit einer Zukunft sehen kann, keine Präferenzen hinsichtlich seiner eigenen zukünftigen Existenz haben kann.« (Ebd., 112)

Eine Person hat in der Regel das Interesse an einer fortgesetzten Existenz; und da der Präferenz-Utilitarismus eine Handlung, die der Präferenz irgendeines Wesens entgegensteht, ohne daß diese Präferenz durch entgegengesetzte Präferenzen ausgeglichen wird, als falsch auszeichnet, ist das Töten einer Person in der Regel falsch. Grundsätzlich ist für Singer nach diesen Überlegungen soviel klar:

»Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person.« (Ebd., 188)

Entscheidend sind demnach nicht irgendwelche intrinsischen Gründe, sondern allein die *Wirkungen* der Kindstötung.

»Der Unterschied zwischen dem Töten eines mißgebildeten und eines normalen Säuglings liegt nicht in irgendeinem vorausgesetzten Recht auf Leben, das der Letztere hätte und der Erstere nicht, sondern in anderen Erwägungen über das Töten.« (Ebd., 180)

Unter der Voraussetzung, daß die Eltern das behinderte Kind nicht wollen und ein adoptionswilliges Paar nicht zur Verfügung steht, sehen diese Erwägungen bei Singer folgendermaßen aus:

(1) »Wenn das Leben eines Kindes so elend sein wird, daß es nicht lebenswert ist, dann folgt sowohl aus der 'vorausgesetzte-Existenz'-Version als auch aus der 'totalen'-Version des Utilitarismus<sup>6</sup>, daß es, sofern es keine 'äußeren' Gründe gibt, das Kind am Leben zu erhalten — wie etwa die Gefühle der Eltern —, besser ist, es zu töten.« (1984, 182)

(2) Anders wäre zu entscheiden, wenn die Schädigung des Kindes seine Lebensaussichten zwar »bedeutend weniger glücklich erscheinen lassen als die eines normalen Kindes, aber nicht so unglücklich, daß sie das Leben nicht lebenswert machen würden.« (Ebd., 182)

Singer denkt dabei z.B. an Hämophilie:

(a) Die »vorausgesetzte-Existenz«-Version des Utilitarismus würde in diesem Fall »Euthanasie« für unakzeptabel halten: »Von seinem Leben ist zu erwarten, daß in der Bilanz Glück über Unglück überwiegen wird. Es zu töten hieße, ihn dieser positiven Glücksbilanz zu berauben.« (Ebd., 183)

(b) Die »totale«-Version des Utilitarismus behauptet die grundsätzliche Ersetzbarkeit auch von Säuglingen und würde daher folgendermaßen fragen: »Werden die Eltern, wenn das hämophile Kind getötet wird, ein weiteres Kind bekommen, das sie nicht hätten, wenn das hämophile Kind leben würde? Und wenn sie es hätten, würde das zweite Kind dann vermutlich ein besseres Leben haben, als es das getötete gehabt



hätte?« (Ebd., 183) Sollten beide Fragen bejaht werden, wäre es dieser Position entsprechend besser, das hämophile Kind zu töten.<sup>7</sup>

PECI verlangt die unparteiische Abwägung der Interessen aller von der Handlung oder ihren Konsequenzen Betroffenen. Im vorliegenden Entscheidungsproblem der Tötung (schwerst-)behinderter Neugeborener halten Kuhse/Singer die Interessen des Kindes, der Familie, des »nächsten Kindes« (Hare 1990, 378) für relevant; und auch die der Gesellschaft.

## Die Argumente

Mit welchen *Argumenten* wurden und werden die Veranstaltungen mit Singer und über seine Thesen verhindert? Und: Leisten die Argumente das, was sie leisten sollen?

A1: Die Thesen Singers kommen einem »Aufruf zum Mord«<sup>8</sup> an Behinderten gleich bzw. führen zum Mord an Behinderten.

A1 richtet sich im Grunde nicht gegen die öffentliche Diskussion der Thesen Singers zur nichtfreiwilligen »Euthanasie« (schwerst-)behinderter Neugeborener, sondern gegen sein Konzept von *Personalität* und das mit diesem verknüpfte »Recht auf Leben«. In Singers Terminologie nämlich gibt es bei der Frage nach der »Euthanasie« (schwerst-)behinderter Neugeborener kein Wesen, das Objekt eines Mordes bzw. Aufrufs zum Mord sein könnte, da eben die Personkriterien nicht erfüllt werden. Der paradigmatische Fall eines Mordes wäre die willentliche Tötung eines unschuldigen, normalen, erwachsenen Menschen, also einer mit einem Recht auf Leben ausgestatteten Person. Da kein Neugeborenes diejenigen Eigenschaften hat, die es mit einem Recht auf Leben ausstatten würden, kann kein Neugeborenes in Singers Konzeption potentiell Mordopfer sein. — Gleiches gilt für

A2: »Unser Lebensrecht ist undiskutierbar. (...) Durch das Stellen der Frage, ob in gewissen Situationen Behinderte getötet werden dürfen, wird ein Ja oder Nein möglich, und damit wird auch die Ja-Position ein Stückchen weiter etabliert.« (Exzeß 1989)

Das Mißverständnis, das Singer diesem Argument zugrundeliegen sieht, beruht darauf, daß sein Konzept von Personalität es zulasse, zwischen menschlichen Personen und menschlichen Nicht-Personen zu unterscheiden. Seine Zurückweisung von A2 (»Es ist extrem widersinnig zu behaupten, daß meine Position solchen behinderten Mitbürgern das Lebensrecht abspricht«, Singer 1989, VII) ruht ebenso auf dieser Unterscheidung wie eine etwaige Umformulierung von A2 in

A3: Die Frage, ob (schwerst-)behinderte Neugeborene getötet werden dürfen, darf nicht gestellt werden, da sie die Möglichkeit des Ja beinhaltet.

Die KritikerInnen der Thesen Singers müssen also konsequenterweise Singers Personalitätskonzept ablehnen. Damit stellt sich aber mit aller Dringlichkeit die Frage, wann und wie Wesen diejenigen Eigenschaften erlangen, die sie mit einem intrinsischen Lebensrecht ausstatten. Ein solches alternatives Konzept hätte u.a. die Aufgabe zu zeigen, warum zwar in jedem Fall Infantizid, nicht aber Abtreibung »Mord«<sup>9</sup> ist, und zwar ohne *biologische* Tatsachen wie die Geburt zum *moralischen* Kriterium zu machen: Worin unterscheidet sich der moralische Status von Embryo-Föten von dem von Neugeborenen? Die Unabweisbarkeit dieser Frage macht u.E. deutlich, daß es nicht möglich ist, von Abtreibung zu reden, ohne auch von »Euthanasie« zu sprechen.

In diesem Kontext steht auch die Frage, wann eine Abtreibung »eugenisch« motiviert ist. Pauschal zu sagen, wenn bei der Entscheidung, eine Schwangerschaft abzu-

brechen, eine mögliche Behinderung eine Rolle spielt, liege ein Fall (illegitimer) eugenischer Abtreibung vor<sup>10</sup>, ist unsinnig. Dies liefe darauf hinaus, daß behinderte Embryo-Föten Rechte hätten, die nichtbehinderte nicht hätten; oder die nichtbehinderte auch hätten: wobei dann allerdings *jede* Abtreibung illegitim wäre. Sinnvoll ist dieses Argument also nicht als Aussage über den Besitz bzw. Nicht-Besitz von Rechten der Embryo-Föten, sondern eher als moralische Qualifikation der *Motive* der Abtreibung. Wenn aber *extrinsische* Gründe für und wider Abtreibung diskutiert werden, dann müssen beispielsweise auch und vor allem die Interessen der (alleinerziehenden) Frauen berücksichtigt werden: Die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft ist eine völlig andere als die Entscheidung für oder gegen ein Leben mit einem (schwer-)behinderten Kind, und zwar einfach deshalb, weil das eigene Leben entscheidend hiervon geprägt würde. Sollen im letzten Fall die Interessen der Frauen keine Rolle mehr spielen? Ist hier etwa »Gebärzwang« gerechtfertigt?<sup>11</sup>

Wenn wir aber zugeben, daß es sich *zumindest* in den Fällen von »Euthanasie«, in denen, mit Singers Worten, die Schädigung des Kindes seine Lebensaussichten zwar »bedeutend weniger glücklich erscheinen lassen als die eines normalen Kindes, aber nicht so unglücklich, daß sie das Leben nicht lebenswert machen würden« (1984, 182) und in denen die »totale«-Version des Utilitarismus unter bestimmten Umständen die Tötung empfiehlt, »Mord« nennen: Würden dann A1 bis A3 für sich alleine schon eine Diskussion der Thesen Singers unmöglich/unverantwortlich machen? Ist ein »Aufruf zum Mord« unter allen Umständen undiskutierbar? Dies hängt von der Verwendung des Begriffs »Mord« ab.<sup>12</sup>

Ein weiteres Argument bleibt von Singers Unterscheidung zwischen menschlichen Personen und menschlichen Nicht-Personen relativ unberührt. Auch wer Singers Konzeption von Personalität teilt, muß sich auseinandersetzen mit

A4: Die Diskussion der Thesen Singers zur nichtfreiwilligen »Euthanasie« an (schwerst-)behinderten Neugeborenen bedeutet eine oder führt zu einer Diskriminierung Behinderter, weil sie die Möglichkeit der Ansicht beinhaltet (und diese ein Stück weiter etabliert), in einer »rationalen« Gesellschaft gebe es Menschen wie sie nicht oder doch nur in weit geringerer Zahl. Das hat sowohl für das Selbstverständnis Behinderter als auch für die Fremdeinschätzung durch andere negative Folgen.

Der Wahrheitsgehalt von A4 hängt natürlich stark von der gesellschaftlichen Situation Behinderter ab. Je stärker Behinderte in die Gesellschaft integriert sind, um so weniger wird man eine diskriminierende Wirkung fürchten müssen. In einer Gesellschaft hingegen, in der Behinderte sich weitgehend in einer ungesicherten Randgruppenlage befinden und beispielsweise öffentlich über Zwangssterilisierung und Zwangshospitalisierung Behinderter diskutiert wird, wird diese Einschätzung ganz anders aussehen. In *dieser* Gesellschaft sind die Ängste von Behinderten durchaus rational. Die Diskussion wird dieser Tatsache Rechnung tragen müssen.

Von anderer Art sind die Argumente, die eine Diskussion der Thesen Singers deswegen für schädlich halten, weil sie negative gesellschaftliche Konsequenzen befürchten:

A5: Singers Thesen sind der explizite Ausdruck einer Mentalität, die »das früher häufige Kosten-Argument zunehmend durch das Argument des Mitleids ersetzt oder verdeckt.« (Dörner 1989, 176)

A6: Singers Thesen liegt die Vision der »Machbarkeit des leidensfreien Menschen und der leidensfreien Gesellschaft« zugrunde. Eine Diskussion seiner Thesen ist dann geeignet einen »ungeheuren gesellschaftlichen Erwartungsdruck auf Verwirklichung« (ebd., 174) auszulösen oder zu verstärken.

A7: Slippery slope: Ein Schritt in die Richtung der Verfügbarkeit menschlichen Lebens zieht den nächsten nach sich. Auch die Radikalisierung des NS-Programms vollzog sich schrittweise von der Zwangssterilisierung über die Genehmigung der aktiven Sterbehilfe an zuerst einem einzigen Fall und schließlich bis zur industriellen Massentötung erwachsener Behinderteter. (Ebd.)

Mit A7 eng zusammenhängend, aber gesondert zu diskutieren ist

A8: Singer vertritt faschistisches Gedankengut. Eine öffentliche Diskussion seiner Thesen muß daher verhindert werden. Wehret den Anfängen!

Singer ist sicher kein Verteidiger der NS-»Euthanasie« und ebenso sicher kein Faschist. Aber es gibt deutlich argumentative Parallelen zwischen den »Euthanasie«-Diskursen der zwanziger und dreißiger Jahre, die historisch im sogenannten »Euthanasie«-Programm des deutschen Faschismus mündeten, und Singers praktischer Ethik (vgl. Klee 1989; Dörner 1988, 39ff.; Dörner 1989, 176). Zu diesen Parallelen gehören das Absprechen des Personen-Status für bestimmte Menschengruppen und der Tiervergleich ebenso wie die Unterscheidung zwischen »lebenswertem« versus »lebensunwertem« Leben oder die Verschleierung ökonomischer Kalküle durch Mitleidsargumente (vgl. z.B. Binding/ Hoche 1920). Die entscheidende Aufgabe läge u.E. darin, den Verbindungslinien zwischen den die faschistische Praxis vorbereitenden Diskursen und dieser Praxis selbst nachzugehen<sup>13</sup> und von hier aus Konsequenzen für die aktuelle Diskussion zu ziehen. In diesem Sinne sollte dann auch A 8 umformuliert werden (= A 8\*)<sup>14</sup>. Singers eigene Zurückweisung des Faschismus-Vorwurfs (1984, 209ff.), die im wesentlichen auf der Reduzierung des deutschen Faschismus auf einen Rassismus (den PECCI ja gerade ausschließe) beruht und seiner Versicherung, trotz ähnlicher oder gar identischer Terminologie etwas anderes zu meinen als die Faschisten und ihre Vorläufer, ist in jedem Fall als Argument ungeeignet.

A5 bis A8\* unterliegen, insofern sie als Argumente *gegen* eine Diskussion vorgebracht werden, einem fatalen Irrtum. Die Resonanz, die Singer seit den spektakulären Auseinandersetzungen um seine Auftritte in der BRD gefunden hat bzw. noch immer findet, zeigt ja gerade, daß er Botschaften verkündet, die alle Aussicht haben, gehört zu werden. Unabhängig davon, ob die gegen Singer vorgetragene Argumente A5 bis A8\* diesen treffen: Die diesen Argumenten zugrundeliegenden Behauptungen treffen offenbar auf eine wachsende Akzeptanz. Zumal im Gefolge der Gen- und Reproduktionstechnologien halten neo-eugenische und neo-sozialdarwinistische Diskurse (für die die Singer-Debatte quasi wie ein Signum steht) verstärkt Einzug in die öffentliche wie wissenschaftliche Diskussion. Die größte Gefahr besteht u.E. darin, daß über diese Fragen nicht oder doch zu wenig gesprochen wird. Ob Rede- und Auftrittsverbote die richtige Reaktion wären, wenn Singer mit seinen Ansichten allein stünde, mag dahingestellt bleiben. Da er aber »nur« nach/vollzieht, was gesellschaftliche Praxis ist bzw. zu werden droht, sind sie es u.E. sicher nicht. A5 bis A8\* sind in unseren Augen daher nicht Argumente *gegen* eine Diskussion, sondern im Gegenteil starke Argumente *dafür*, diese Diskussion *offensiv* und in einer allerdings *bestimmten Form* zu führen, damit auch die richtigen Fragen gestellt, die richtigen Antworten gefunden werden.

Außerdem ist natürlich »passive Euthanasie« nicht nur rechtlich erlaubt, sondern insbesondere im »Liegenlassen« ein Faktum in den Kliniken. Daß das Sterben von Neugeborenen durch Liegenlassen sehr viel schmerzvoller ist als durch aktive »Euthanasie«, bestreitet niemand<sup>15</sup>; deshalb stellt sich bei aller Brisanz die Frage: In welchen Fällen ist (nicht nur aktive) »Euthanasie« erlaubt, in welchen nicht? Die

jetztige Entscheidungsgrundlage, die »Einbecker Empfehlungen«, sind nichts anderes als ein »Freibrief für die Tötung«<sup>16</sup>. Soll hierüber nicht diskutiert werden?

Ein weiteres Argument knüpft an Marcuses Begriff der »repressiven Toleranz« an: A9: Eine Diskussion zwischen den (potentiellen) TäterInnen und den (potentiellen) Opfern ist unmöglich. Sie überschritte die Grenze, wo Toleranz repressiv wird (Bruns u.a. 1990, 15f.; Wider 1990).

Aber ist die Unterscheidung zwischen TäterInnen und Opfern wirklich so klar? Die Perfidie und das Gefährliche der aktuellen Diskussion über Eugenik und »Euthanasie« liegt ja doch gerade darin, daß das Herrschaftsinteresse in der Form einer *realen* individuellen Optionssteigerung auftritt. Das bedeutet nicht, daß es *keinen* Unterschied zwischen TäterInnen und Opfern gäbe; bedeutet allerdings, daß der *Widerspruch die Subjekte selbst durchzieht*. Anders ausgedrückt: Das Zusammenfallen von Individual- und Machtinteressen ist das Gefährliche der neo-eugenischen Diskurse. Dies nicht wahrzunehmen führt dazu, daß der Widerstand gegen diese Diskurse/Praxen unpolitisch und hilflos bleiben muß.

Eine letzte Gruppe von Argumenten setzt die Abwegigkeit oder Gefährlichkeit der Thesen Singers zur nichtfreiwilligen »Euthanasie« an (schwerst)behinderten Neugeborenen voraus und behauptet:

A10: Die öffentliche Diskussion der Thesen Singers verschafft diesen eine Publizität/Verbreitung, die ihnen nicht zukommt.<sup>17</sup>

A11: Die akademisch-wissenschaftliche Diskussion der Thesen Singers bedeutet deren Aufwertung.<sup>18</sup>

Letzteres Argument ist, obgleich ihm eine völlige, aber eben weitgeteilte Verkenning des Wissenschaftsbetriebes (an den Universitäten) zugrundeliegt, nicht ganz von der Hand zu weisen. Dennoch halten wir A10 und A11 als Argumente gegen eine Diskussion für unbrauchbar. Die Erfahrungen der letzten Monate haben ja gerade deutlich gemacht, daß der Versuch, die Diskussion der Thesen Singers zu verhindern, diesen eine Publizität verschafft hat, die sie sonst vielleicht gar nicht erreicht hätten. (Darin sieht Singer übrigens auch das »Positive« seiner Erfahrungen in der BRD; 1990, 38f.). Man kann sich dieser Diskussion nicht (mehr) entziehen. Und — wie wir gezeigt haben — man *sollte* es auch nicht tun. Im übrigen haben sich diejenigen, die im Sinne von A10 oder A11 argumentieren, selbstverständlich in die Diskussion eingeschaltet, oft in nicht unerheblichem Ausmaß.

## Zusammenfassung

Sind die Argumente, die gegen Diskussionen der Singer-Thesen vorgebracht werden, hinreichend präzise und stark?

Bei unserer Diskussion hat sich gezeigt, daß die Mord-Argumente (A1-A3) im wesentlichen auf eine alternative Verwendung des Person-Begriffs hinauslaufen, die aber alles andere als präzise ist und — auf die Abtreibungsdiskussion übertragen — eine Reihe offener Fragen impliziert. Das Diskriminierungs-Argument (A4) ist schon wesentlich stärker, jedoch u.E. allein nicht stark genug, um die Verhinderung der Diskussion zu begründen. Der möglichen diskriminierenden Wirkung der Diskussion muß allerdings Rechnung getragen werden.

Weitere mögliche gesellschaftliche Folgen (A5-A7) und die Faschismus-Argumente (A8-A8\*) sprechen, entgegen dem ersten Anschein, u.E. auf Grund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Diskussion (real stattfindende Diskussion, wachsende Akzeptanz, passive »Euthanasie«, »Einbecker Empfehlungen«) für

die Diskussion. Auch die Rahmenbedingungen selbst werden, beherzigte man A10 und A11, durch Verhinderungsversuche eher verfestigt denn verändert. An der Diskussion von A9 (repressive Toleranz) zeigte sich, worin u.E. ein Hauptfehler jeder strategischen Überlegungen gegen Neo-Eugenik und Bevölkerungspolitik besteht: im Verkennen des Zusammenfallens von Individual- und Machtinteressen. Insbesondere (aber nicht nur) aus diesen Gründen muß u.E. eine Diskussion (nicht nur) der Singer-Thesen auch in »linker« Öffentlichkeit stattfinden.

Die Diskussion der Argumente zeigt, daß eine diskursive Auseinandersetzung mit Singer, mit Neo-Eugenik und Bevölkerungspolitik folgende Imperative befolgen sollte:

(1) Die bisherige Kritik an den Singer-Thesen zur »Euthanasie« bringt erhebliche theoretische Schwierigkeiten insbesondere für die Abtreibungsrechtfertigung mit sich. Wer über Abtreibung reden will, kann über »Euthanasie« nicht schweigen.

(2) Das Diskriminierungsargument A4 legt nahe, daß Form und Inhalt der Diskussion sich entsprechen müssen. Welche Formen wir für möglich halten, welche für unmöglich, haben wir (ansatzweise) anfangs beschrieben.

(3) Strategien gegen Neo-Eugenik und Bevölkerungspolitik sind nur dann politisch und effizient, wenn sie berücksichtigen, daß hier Herrschaftsinteresse in der Form einer realen individuellen Optionssteigerung auftritt.

## Anmerkungen

- 1 Die Ereignisse um diese und andere Veranstaltungen mit Singer und über die Singer-Thesen sind genauer geschildert in Bruns 1990, 85-90.
- 2 Dies Argument hilft auch nicht weiter. Daß Wissenschaftsfreiheit Grenzen hat, wird im Ernst niemand bestreiten. Die Frage etwa, ob der Holocaust im deutschen Faschismus ein ethisch vertretbares Projekt war, würde sicher niemand als von der Wissenschaftsfreiheit gedeckt ansehen. Die Frage wäre demnach genau die, die Grenzen der Wissenschaftsfreiheit näher zu bestimmen. Ein Ergebnis der Singer-Debatte ist, daß wir derzeit über eine solche Grenze nicht verfügen.
- 3 Insbesondere vorgetragen in Singer 1984, Kuhse/Singer 1985; siehe auch Kuhse 1990.
- 4 Der Begriff 'moral community' wird in der Literatur in einem weiteren (wie hier) und in einem engeren Sinn verwendet. 'Moral community' i.w.S. referiert auf alle Wesen, die Träger von Rechten sind, unabhängig davon, ob sie mögliche Subjekte von Pflichten sind. 'Moral community' i.e.S. referiert auf alle Wesen, die zugleich Träger von Rechten und von Pflichten sind.
- 5 Singer ist natürlich kein Rechtstheoretiker, sondern Präferenz-Utilitarist. Er gebraucht den Begriff 'Recht auf Leben' auch nur als »a convenient shorthand for the moral considerations on which the right is based« (Kuhse/Singer 1985, 131).
- 6 Die »totale«-Version (total view) des Utilitarismus verlangt die Vermehrung der Gesamtsumme von Lust (oder die Verminderung der Gesamtsumme von Schmerz), unabhängig davon, ob das durch die Vermehrung von Lust bei existierenden Wesen geschieht oder durch die Vermehrung der Zahl der Wesen, die existieren. Im Gegensatz dazu berücksichtigt die »vorausgesetzte-Existenz«-Version (prior-existence-view) nur Wesen, die bereits existieren und leugnet, daß es einen Wert habe, die Lust zu vermehren, indem man zusätzliche Wesen schafft. Vgl. 1984, 120.
- 7 Singer äußert sich nicht eindeutig dazu, welcher Version des Utilitarismus er selbst sich verpflichtet fühlt. Verschiedene Äußerungen legen aber die Vermutung nahe, daß er die »totale«-Version eher für verteidigbar hält.
- 8 Krieger 1989, 1; Christoph 1990, 28; Lettmann 1989, 1. Dörner spricht in einem Brief an uns sogar von den »Behindertenmördern« Singer und Kuhse.
- 9 »Mord« hat hier also eine andere Bedeutung, die mit einem anderen Personalitätskonzept zusammenhängt. Zur Unterscheidung verwenden wir die Anführungszeichen.
- 10 »Ich will ein *Lebensrecht für Krüppel*, ich will nicht, daß die Person, die mich ausgetragen hat oder die andere Krüppel austrägt, darüber entscheidet, ob sie dieses Kind (sic!) nur nicht will, weil es ein Krüppel ist.« (Witkowski in: Krüppelschläge 1989, 43)

- 11 Goehler in: Krüppelschläge 1989, 43; Witkofski antwortet: ja!
- 12 Liegt die oben angegebene Explikation zugrunde, dann wird ein Aufruf zum Mord vermutlich tatsächlich unter *allen* Umständen undiskutierbar sein. Allerdings sind auch andere Verwendungsweisen möglich, die z.B. nicht vom Person-Begriff abhängen, wie 'Tyrannenmord'.
- 13 Einen Versuch in diese Richtung unternimmt Peukert mit seiner These: »Das weltgeschichtlich Neue der 'Endlösung' ergab sich vielmehr als Folge einer fatalen rassistischen Entwicklungsdynamik in den Humanwissenschaften selbst.« (1988, 26) Peukert verwendet hier einen weit gefaßten Rassismus-Begriff. Hiervon zu unterscheiden ist die Frage nach Wissenschaft *im* Faschismus, wie sie z.B. von Heim/Aly 1987, Weiß 1990 gestellt wird.
- 14 Eine adäquate Formulierung von A 8\* ist uns zur Zeit noch nicht möglich, die Richtung zeigt aber Peukert (siehe Anm. 13). Ende des Jahres veranstaltet unser Arbeitskreis einen *Dies academicus* zum Thema »Philosophie im Faschismus - Faschistische Philosophie«, auf dem wir unsere Antwort hoffen ausführlich vortragen zu können auf die Frage: »Ist Singer Faschist?«
- 15 Auch nicht Franz Christoph, allerdings handelt es sich seiner Meinung nach nur um Einzelfälle. Vgl. Exzeß 1989.
- 16 So der Arzt Peter Radtke nach: Der Spiegel, Nr. 34/1989, 172.
- 17 So z.B. der Bischöfliche Generalvikar Thissen in seinem Antwortschreiben auf unsere Einladung an Bischof Lettmann, an unseren Veranstaltungen teilzunehmen.
- 18 Krieger 1989, 2; Dörner in seinem Brief an uns. Gelegentlich wird sogar die »Wissenschaftlichkeit« der Debatte in Frage gestellt. Der dieser Kritik zugrundeliegende Wissenschaftsbegriff wird allerdings nicht expliziert (und wäre wohl entweder zu unpräzise, widersprüchlich oder streng positivistisch in dem Sinne, daß Ethik prinzipiell keine Wissenschaft sein kann).

## Literaturverzeichnis

- Binding, Karl, und Alfred Hoche, 1920: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form. Leipzig
- Bruns, Theo, u.a. (Hrsg.), 1990: Tödliche Ethik. Beiträge gegen Eugenik und »Euthanasie«. Hamburg
- Christoph, Franz, 1990: (K)ein Diskurs über »lebensunwertes Leben«! Behinderte und die »Euthanasie«-Diskussion. In: Bruns u.a. (Hrsg.), 26-31
- Dörner, Klaus, 1988: Tödliches Mitleid. Zur Frage der Unertaglichkeit des Lebens. Gütersloh
- ders., 1989: Wenn Mitleid tödlich wird. Die 100jährige Tradition des Euthanasie-Gedankens. In: Der Spiegel Nr.34, 173-176
- Exzeß 1989: Exzeß der Vernunft oder Ethik der Erlösung: Normen und Praxis der medizinischen Sterbehilfe stehen miteinander im Widerstreit. In: Die Zeit Nr. 29, 14.7. (Dossier)
- Hare, Richard M., 1990: Das mißgebildete Kind. Moralische Dilemmata für Ärzte und Eltern. In: Leist (Hrsg.), 374-383
- Heim, Susanne, und Götz Aly, 1987: Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung. In: Beiträge zur NS-Sozial- und Gesundheitspolitik, Bd. 5: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Berlin
- Klee, Ernst, 1989: Von Menschen und Tieren. Eine Kritik der praktischen Ethik. In: Die Zeit Nr. 27, 30.6.
- Krieger, Verena, 1989: Das Lebensrecht Behinderter ist undiskutierbar. In: DVZ, 16.6.
- Krüppelschläge 1989: Krüppelschläge. Wie weit reicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau? Streitgespräch. In: konkret, H.4, 41-48
- Kuhse, Helga, und Peter Singer, 1985: Should the baby live? The problem of handicapped infants. Oxford dies., 1990: Die Lehre von der »Heiligkeit des Lebens«. In: Leist (Hrsg.), 75-106
- Leist, Anton (Hrsg.), 1990: Um Leben und Tod. Moralische Probleme bei Abtreibung, künstlicher Befruchtung, Euthanasie und Selbstmord. Frankfurt/M.
- Lettmann, Reinhard, 1989: Ideologie und Mord. Zum Lebensrecht Behinderter. In: Kirche und Leben Nr. 24, 11.6., 1
- Peukert, Detlev J.K., 1988: Die Genesis der »Endlösung« aus dem Geiste der Wissenschaft. In: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.): Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins. Chance oder Gefährdung. Frankfurt/M., 24-48
- Singer, Peter, 1984: Praktische Ethik. Stuttgart
- ders., 1989: Entgegnung auf Franz Christophs »Diskurs über 'lebensunwertes' Leben«. In: Friedensphilosophische Blätter, H. 3/4, VI-VIII
- ders., 1990: Bioethics and academic freedom. In: Bioethics 4, H. 1, 33-44
- Weiß, Ludger, 1990: Wissenschaft und Massenmord. In: konkret, H. 4, 70f.
- Wider 1990: Wider den tödlichen philosophischen Liberalismus: Gegen-Erklärung in der taz, 6.2.

## Kongreßbericht

### Anschluß der DDR — Anschlußfragen der Linken Arbeitstreffen am 28./29. Juli im Bürgerzentrum Köln-Kalk

Schon im Vorfeld konnte man Hinweise in der Presse finden, daß es um die Gründung einer »Linken Liste« gehen sollte. Ein Vorgespräch mit PDS-Vertretern Mitte Juni hatte ergeben, daß eine gesamtdeutsche PDS-Gründung noch nicht auf der Tagesordnung steht. Am vorangegangenen Wochenende (21./22.7.) beschloß das PDS-Präsidium, nicht auf die West-PDS-Initiativen zu setzen, sondern auf ein breiteres Wahlbündnis, das gegenüber der PDS eigenständig sein soll (wie auch umgekehrt). Die einladende Vorbereitungsgruppe war damit zugleich Initiatorin und personeller Kern der Wahlliste. Das Spektrum reichte von *Frank Deppe* bis *Michael Stamm* (GAL-Hamburg), von *Bernd Henn* (IGM-Sekretär und SPD) bis *Andrea Lederer* (KB), von *Axel Eggebrecht* bis *Christiane Reymann* (Sozialistisches Forum, ehem. DKP-Erneuerer), von *Heinrich Hannover* bis *Erich Wulff*.

*Joachim Bischoff* (Zeitschrift »Sozialismus«) schilderte die katastrophalen Auswirkungen des neokonservativen Anschlußkurses. Es hätte zu jeder Zeit eine realistische Alternative in Form einer schrittweisen Modernisierung bei zeitweilig abgeschirmtem Wirtschaftsraum gegeben. Die Diskussion, die am ersten Tag vom westdeutschen Kleingruppen(un)wesen dominiert war, stürzte sich auf den »Reformismus« seiner Gegenkonzepte (Stärkung des Binnenmarktes statt Exportorientierung, Vielfalt von Eigentumsformen, Weiterentwicklung des sozialstaatlichen Kompromisses u.ä.) und fiel auf das Niveau revolutionärer Bekenntnisse. Zu Recht kritisierte Michael Stamm hierin die »Denkfaulheit«, die nicht zugeben will, daß wir über die ökonomische Gestaltung einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft allenfalls Bruchstücke wissen. Ein anderer Einwand, bei Bischoff fehle jede Analyse der hohen Akzeptanz der Neokonservativen in der Bevölkerung, verwies dagegen auf eine zentrale Schwäche: wenn die Linke die »starken« Seiten des gegnerischen Lagers nicht begreift, seine Verankerung im »common sense«, sein Anknüpfen an Bedürfnissen, wird sie mehrheitsfähige Gegenstrategien nicht entwickeln können. *Dorothee Sölle* wandte sich gegen einen »linken Zynismus«, der die demokratischen Errungenschaften der Wende in der DDR zur Nebensache erklärt. Kompliziert sei die Umbruchsverarbeitung dadurch, daß es sich sowohl um einen Sieg des Kapitalismus als auch um einen Sieg der Demokratie handelte. Deprimierend sei das Verstummen der »neuen sozialen Bewegungen« angesichts der Nato-Ausdehnung auf die DDR. Hier räche sich fehlende Radikalität in der Gesellschaftsanalyse. Aber die vielen »organischen Intellektuellen« vor Ort, die gelernt haben, sich Gegeninformationen zu schaffen und weiterzugeben, kämen eines Tages wieder aus ihren Verstecken heraus. Hier war Sölles Hoffnung brüchig, und sie wußte es. Die Linke müsse lernen, an den plebejischen Traditionen anzuknüpfen (»große Revolutionäre haben dem Volk vertraut«) und ihr Umkippen in Nationalismus zu verhindern. Gelänge es, die »plebiszitäre Enthaltensamkeit« des Grundgesetzes zu überwinden, käme man einer zivilen Gesellschaft näher.

Die Debatten waren überdeterminiert durch die Wahlfrage. Breiten Raum nahm die Kritik an der PDS-feindlichen Haltung der SPD ein. Ging es ihr beim 1. Staatsvertrag fast ausschließlich um die Enteignung der PDS, so im 2. Staatsvertrag um deren Ausschaltung aus dem Parlament und damit aus der politischen Öffentlichkeit. Diese Vernichtungsstrategie sei in Wirklichkeit eine »tiefe Selbstverletzung«, in mancherlei Hinsicht vergleichbar mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914,

meinte *Christiane Reymann*. Ihr wurde entgegengehalten, die SPD bringe sich mit dieser Politik vielmehr »auf den Begriff« (M. Stamm). Der Einwand scheint mir allenfalls auf der Ebene der Parteipolitik zutreffend, und hier vor allem in ihrem engen Zuschnitt auf Führungsgremien und Apparatinteressen. Reymanns Herangehensweise orientiert demgegenüber auf eine Widerspruchsanalyse des sozialdemokratischen Blocks im weiten Sinn und sucht nach Anknüpfungspunkten für linkes Eingreifen: Indem die Partei ihre Kapazitäten zu einer hegemoniefähigen Reformalternative zugunsten kurzfristiger Machtpolitik preisgibt, verletzt sie die Wertbestände und Anziehungskräfte ihres eigenen Milieus. Sooft die SPD in ihrer Geschichte sich damit »auf den Begriff« gebracht hat, so oft hat sie sich zugleich ihrer Ausstrahlung beraubt, und dies schließlich auch in Wahlergebnissen.

In den Podiumsdiskussionen wurde eine andere sozialdemokratische Haltung sichtbar. Der ehemalige Vorsitzende der DDR-SPD *Ibrahim Böhme* unterstrich die Integrität seines Freundes Gregor Gysi. Während die Oppositionskultur, der sie beide angehörten, vor der Wende und am Runden Tisch internationalistisch orientiert war und sich durch Toleranz und Sachbezogenheit auszeichnete, dominierten in der Volkskammer Deuschtümelei und Profilierungssucht. Durchaus könnte er eine PDS als demokratische Linkspartei akzeptieren, wenn sie bereit sei, das unrechtmäßig von der SED angeeignete Parteieigentum zurückzugeben. Ihre Präsenz im Parlament mache ihm keine Angst, denn sie könnte Korrektiv für die SPD sein. *Michael Wendl* vom SPD-Bezirksvorstand Süd-Bayern kritisierte sowohl die Anti-Reform-Haltungen linker SPD-Gegner als auch die für diese Tendenzen mitverantwortliche Ausgrenzungspolitik der SPD. Die historische Spaltung der Arbeiterbewegung sei obsolet geworden, und es käme nun auf beide Seiten an. Im lautstarken Unmut eines Teils des Publikums äußerte sich eine sektiererische Bauweise »linker Identität« in der BRD, die hinter die Positionen der PDS (zumindest ihrer Führung) zurückfällt. Offensichtlich fällt es schwer, sich gegen existenzbedrohende Strategien der SPD zur Wehr zu setzen, ohne in pauschale Anti-SPD-Affekte zu geraten.

Wenn das Feld linker Politik sich polarisiert in die Haltungen eines prinzipienlosen Realismus und eines realitätslosen Prinzipialismus, bleibt für einen demokratisch-sozialistischen Politikansatz nicht viel Platz übrig. In den Diskussionsbeiträgen lag der Akzent auf dem »Aushalten der eigenen Minderheitsposition« (Stamm) und einer »Ethik des Nein-Sagens« (Wolfgang Gehrcke). Wenn die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Linken gegen Null tendieren, ist es sicherlich gerechtfertigt, in erster Linie an der Herausbildung widerstandsfähiger Haltungen zu arbeiten. Zugleich birgt die Polemik gegen das »Schielen auf Mehrheiten« aber die Gefahr in sich, den Hegemonieverzicht schon im politischen Ansatz zu verankern. So wandte sich z.B. *Harald Wolf* (AL) nicht nur gegen das fortdauernde »Staatspartei-Gehabe der PDS«, sondern zugleich — im Blick auf die (permanent über den Koalitionstisch gezogene) AL — gegen gesamtgesellschaftliche Konzepte überhaupt. Die Opposition sollte sich konzentrieren auf den »Widerstand an einzelnen Punkten«. Spätestens hier rutschte das geforderte »Akzeptieren der eigenen Minderheitsrolle« hinüber zu einer Selbstschwächung durch Partialisierung des Widerstands. Eine Linkspartei als Ein/Zwei-Punkte-Bewegung ist überflüssig. Soll hier eine Ost-Linke, die das Gesamtgesellschaftliche spontan etatistisch denkt, angeglichen werden an eine West-Linke, die das Gesamtgesellschaftliche überhaupt nicht mehr denken kann und sich verbalradikal in ihrer Verantwortungs-Losigkeit eingerichtet hat?

Daß sich in der Podiumsdiskussion am 2. Tag alles auf *Gregor Gysi* konzentrierte, lag nicht nur am Blitzlichtgewitter der Presseleute. Die Ausstrahlung des PDS-Vorsitzenden ist oft beschrieben worden. Selbstkritische Offenheit, differenzierte und



verständliche Sprache, Mutmachen ohne Triumphalismus, Schlagfertigkeit und Witz sind wichtige Bestandteile. Nicht als »Taktik« oder »Show« sind diese Kompetenzen wirksam, sondern aufgrund ihrer Verbindung mit einer tragfähigen strategischen Orientierung. Die politische Überzeugungskraft rührt m.E. daher, daß Gysi die auseinanderdriftenden Haltungen des Widerstands und der Suche nach konsensfähigen Ansätzen zusammenhält und in eine »revolutionäre Realpolitik« (Rosa Luxemburg) einzubringen versucht. Mit Stalinisten und Sektierern wolle man nichts zu tun haben, erklärte Gysi. Nicht zuletzt deshalb lehnen die InitiatorInnen der Liste das in der Diskussion mehrfach geforderte »Organisationenbündnis« ab und versuchen, mithilfe eines »Personenbündnisses« über die Addition der Linksgrüppchen hinauszukommen und eine neue Formation zu schaffen. Allerdings ist die personelle Decke der erneuerungsfähigen SozialistInnen vor allem in Süddeutschland äußerst dünn. Gelänge es z.B. der DKP, das Bild der Liste maßgeblich zu bestimmen, hätte dies einen ähnlichen Effekt wie eine PDS-Spitzenkandidatur von Egon Krenz oder Günter Schabowski.

»Die Linke ist in einem denkbar schlechten Zustand«, hieß es in einem Grundsatzpapier zur Listengründung. Auch bei denjenigen, die sich zur offenen Unterstützung des PDS-Bündnisses entschlossen haben (»springen« lautet der Fachausdruck), überwogen Nachdenklichkeit und skeptisches Abwägen der Argumente. Im Gegensatz zur Grünen-Gründung gibt es jetzt keine Massenbewegung, die ins Parlament drängt. Statt dessen hofft man auf eine weit verbreitete Proteststimmung gegen DDR-Anschluß und inszenierte Sozialistenhatz, auf die Breitenwirkung von Gysi und Modrow und längerfristig auf die Gewinnung einer gesellschaftlichen Basis über die Präsenz im gesamtdeutschen Parlament. Die Grünen gelten keineswegs als bereits definitiv gescheitertes Projekt, und viele befürchten, daß ihr Rauskanten jede Rot-Grün-Perspektive für lange Zeit zerstörte. Eine unproblematische Aufteilung der Wählerstimmen (wie z.B. in Schweden und Finnland) oder der von den meisten gewünschte organisatorische Zusammenschluß (wie in Holland) sind in einem vom Kalten Krieg geprägten Deutschland noch abstrakte Utopie. Den anwesenden SozialistInnen scheint andererseits das Überwintern in anderen Organisationen mitverantwortlich zu sein für die aktuelle Defensive der Linken. So sei der zivilisatorische Abstand zu anderen europäischen Ländern jedenfalls nicht zu verkürzen. Eins scheint festzustehen: Wer eine demokratisch-sozialistische Neuformierung der Linken für unverzichtbar hält, muß sie *jetzt* unterstützen, und nicht erst, wenn die PDS als regionale DDR-Partei abergeräumt ist.

Jan Rehmann (Berlin)

## Ankündigungen

**Erziehung und Lernen im Widerspruch — Schul-Arbeit in den 90er Jahren**  
Schulpolitischer Kongreß der GEW Hessen, GH Kassel, 3./4. November 1990.  
Informationen: GEW Hessen, Zimmerweg 6, Frankfurt/M. 17, Tel. (069) 72 37 33.

### Geschichte der industriellen Arbeit

DGB-Bildungszentrum Hattingen, 19. bis 21. November 1990. Anmeldungen: DGB-Bildungszentrum, Am Homberg 46-50, 4320 Hattingen, Telefon (02324) 224 21.

### Zukunft der Reformpolitik — SPD und Grüne

Tagung der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen in Saarbrücken, 21. bis 23. November 1990. Programm gegen Rückporto (1 DM) bei Thomas Leif, Neubauer Str. 12, 6200 Wiesbaden.

---

# Frauenbewegungen in der Welt



## Frauenbewegungen in der Welt

Autonome Frauenredaktion (Hg.)

*Band 1: Westeuropa (AS 150)*

*Band 2: »Dritte Welt« (AS 170)*

*Band 3: AuBereuropäische kapitalistische Länder (AS 176)*

DM 18,50/15,50 Stud. je Band

Die Bewegung der Frauen scheint größer denn je. Vieles wurde erreicht, noch mehr bleibt zu tun. Mit unserer Reihe wollen wir den Frauenbewegungen in der ganzen Welt eine Stimme geben. Gemäß dem Konzept der Reihe ist eine Vielfalt feministischer Positionen vertreten. Diese Bandbreite erstreckt sich über die verschiede-

nen Berichte aus den Arabischen Ländern, Australien, der BRD, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, den USA und vielen anderen. Berichte aus den osteuropäischen Ländern folgen in Band 4.

Fast alle Beiträge zeigen auf, wie schwer es ist, die unterschiedlichen feministischen Bewegungen und Gruppierungen mit ihren vielen Fragen, Problemen, Erfolgen und Mißerfolgen zu bündeln. Um so mehr stellt sich überall die Aufgabe, der nachwachsenden Generation die Frauenbewegung und ihre politischen Traditionen zugänglicher zu machen.

»Eine bisher unerreichte Analyse der feministischen Bewegungen ... spannend zu lesen (DVZ)

»Erklärte Absicht der Herausgeberinnen ist es, die feministische Diskussion stärker zu internationalisieren.« (StadtRevue)

»Der besondere Reiz ... besteht darin, daß die Vielfalt von Informationen, Berichten und Analysen ... sich zu einem Mosaik feministischen Problembewußtseins zusammenschließt. (Volkszeitung)

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

## Besprechungen

### Philosophie

**Lübbe, Hermann: Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus.** Verlag Styria, Graz, Wien, Köln 1989 (360 S., Ln., 59,- DM)

Lübbe ist Vertreter eines modernen Konservatismus, wie er in der Nachkriegszeit im Collegium Philosophicum des Münsteraner Philosophen Joachim Ritter ausgebildet wurde. Hier traf sich eine neue Generation politischer Philosophen, die »aus Altersgründen sich einem Spruchkammerverfahren nicht mehr zu unterwerfen gehabt hatte« (311). Zu nennen sind u.a. Robert Spaemann, Odo Marquard, Michael Stürmer und Günther Rohrmoser. Der Gruppe ging es darum, eine politische Philosophie, die durch das NS-Engagement ihrer Vordenker Schmitt, Gehlen und Schelsky kompromittiert war, den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie gemäß zu restaurieren. Ausgestattet »mit der 'Gnade später Geburt'«, fühlte man sich frei »für praktisch-politische Engagements« (ebd.). So trat etwa Lübbe als Staatssekretär zunächst beim Kultusminister (1966-69), dann beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen (1969-70) hervor.

Die 20 Aufsätze, die hier wiederveröffentlicht werden, sind Studien zur Kultur- und Religionsphilosophie sowie zur politischen Philosophie, darunter der aus dem sogenannten Historiker-Streit bekannte Vortrag »Der Nationalsozialismus im Bewußtsein der deutschen Gegenwart« (vgl. dazu W.F. Haug in *Argument* 158, 502-526). Auf ihn verweist wohl auch der Buchtitel. Sein Denken bestimmt Lübbe als »erfahrungswissenschaftlich gesättigte Philosophie« (332). Die »Aneignung von Kenntnissen« der empirischen Wissenschaften erhöhe die Realitätsnähe — ein Lieblingswort von Lübbe — und eröffne eine »relevante philosophische Perspektive auf die Lage, in der wir uns heute befinden« (7).

Der Aufsatz »Demoskopie als Aufklärung« (145-159) wurde zuerst 1988 in einem gleichnamigen Sammelband des Instituts für Demoskopie Allensbach veröffentlicht. Lübbe sieht ab von »parteilichem« oder »wirtschaftsbezogenen« Interessen an Meinungsumfragen, vielmehr tritt er als Anwalt eines »gemeinbürgerlichen Interesses« auf (145). Er würdigt die Demoskopie als Agentur eines »aufklärenden« und »befreienden Wissens« (146). Sie fördere »nach klassischem Aufklärungsmuster demokratische Kultur durch Ermutigung jenes Common sense, aus dem jede demokratische Kultur lebt« (146). Der Common sense inhaltlich: »Recht und Verfassung, Wissenschaft und Technik, ein ihren Nutzen freisetzendes Wirtschaftssystem, die dadurch ermöglichte Wohlfahrt sowie die sicherheitsgewährleistende Integration ins westliche Bündnisystem bilden die Substanz dessen, was die zweite deutsche Demokratie zustimmungsfähig macht« (153). Hinzu kommen — »erläuterungsunbedürftig« — »Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit, Disziplin« (156). Man spürt die Absicht, die Kernbestände der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung festzuschreiben.

Der Aufklärungseffekt der Demoskopie wird an den Reaktionen auf Tschernobyl diskutiert. Trotz »einer nachlassenden Wirkung des Schockcharakters der Tschernobyl-Katastrophe (habe) sich dieser Bestand in der Meinung über die Meinungswirkung des Tschernobyl-Ereignisses nicht gespiegelt« (148). Hier klärte die Demoskopie die öffentliche Meinung über sich selbst auf. »Vom Druck der Meinung entlastet, sich in der Isolation zu befinden, wagt man sich wieder mit seiner eigenen

Meinung ... hervor.« (149) Die Konsequenz ist klar: Die politische Option für die Kernenergie brauchte nicht abgeschrieben zu werden.

Leider geht Lübke nicht auf die Fälle ein, in denen sich der demoskopisch angezeigte Common sense nicht mit der Staatsräson deckt, wie etwa die Ablehnung amerikanischer Mittelstreckenraketen während der 'Nachrüstungs'-Debatte. Aber dann müßte man wohl über die Auftraggeber der Demoskopie und ihre Interessen sprechen. Die Geschichte der Demoskopie hält da einige Erfahrungen bereit. Ihr Geburtsdokument in Deutschland ist Noelle-Neumanns Dissertation *Amerikanische Massenbefragung über Politik und Presse von 1940*. Ihr erklärtes Ziel war es, dem Propagandaministerium die »Einführung in das wahre Wesen der Geführten« (Noelle 1940, 134) zu ermöglichen.

Die Aufsätze »Deutscher Idealismus als kulturpolitische Philosophie« (163-186) und Heinrich Heine und die Religion nach der Aufklärung (207-219) machen mit Lübkes Konzeptualisierung von Religion bekannt. Nach dem Zerfall staatlich verordneter Glaubensbekenntnisse sieht er das Existenzmedium der Religiosität in den Verarbeitungsbedürfnissen, die sich bei Krankheit und Tod melden. So erkläre sich auch die Altersfrömmigkeit Heines, der, durch schwere Krankheit in die 'Matratzengruft' gezwungen, die Gewißheit Gottes als »'Labung'« erfährt, und sei es durch die »'fluchende' Lästerung Gottes, die ja 'dem Atheisten ... nicht vergönnt' ist« (214). Auch nach der Aufklärung biete einzig die Religion die »nötige Lebenspraxis des angemessenen Verhaltens zum Unverfügbaren« (216), also gegenüber solchen »Lebensbeständen, für die, wenn man sie zu beklagen hat, die jeweils Herrschenden nicht die richtige Adresse sind und auch nicht die angemessene Adresse des Dankes, wenn man sich wohlbefindet« (ebd.).

Aber Krankheit und Tod sind durchaus nicht herrschaftsneutral, fügen sich doch solche 'Unverfügbarkeiten' in die antagonistischen Strukturen einer Klassengesellschaft. Man ist eben anders gesund oder krank, je nachdem, ob man reich ist oder arm. Die Herrschaftsdienlichkeit der religiösen Kompensationseffekte läßt Lübke im Unthematischen. Dem korrespondiert sein Schweigen über die Kirchen als Agenturen der Tröstung. Deren Notwendigkeit folgt jedenfalls nicht aus diesem Typ von Frömmigkeit. Heine stellt fest, daß ihn seine »'Rückschritte'« nicht bis an die »'Schwelle irgendeiner Kirche'« (211) geführt hätten.

Der Aufsatz »Institutionalisierung der Reflexion« (323-333) behandelt Schelskys Aufnahme und Kritik von Gehlens Institutionentheorie aus *Urmensch und Spätkultur* (1956). Gehlen faßt die »zivilisatorischen Lebensverhältnisse der Moderne« und »die ihr spezifisch zugehörige Reflexionskultur« als eine »Freisetzungs- und Entlastungswirkung unseres gegenwärtigen institutionellen Lebenszusammenhangs« (326). Diese Reflexionskultur halte Gehlen nicht für institutionalisierbar. Daraus folge, daß »'die moderne Subjektivität', als das Freisetzungsprodukt funktionierender Institutionen, die Bedingungen ihres Funktionierens schließlich zersetzt und somit zur Hauptursache eines allgemeinen Institutionenverfalls'« (ebd.) wird.

Lübke folgt Schelsky, der Gehlens »kalter Lust am Untergang« widerspricht (328). Schelsky erkennt die »funktionale Notwendigkeit« der Reflexionskultur und trachtet danach, sie »selber zu institutionalisieren« (327). Mitinstitutionalisierte Reflexion sei das, was »Institutionen in dynamischen Zivilisationen an sich verändernde Umstände produktiv anpassungsfähig hält« (329). Außerdem sei die »institutionalisierte Dauerreflexion ein in modernen, dynamischen Kulturen unentbehrliches Traditionsbildungsmedium« (ebd.). Schelsky denkt dabei an kirchliche Akademien, Institutionen der Publizistik, Erwachsenenbildung oder Hochschulen, wie die Universität Bielefeld mit dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung. Letzteres — eine

Gründungs-idee Schelskys — ist geradezu der Musterfall einer Institution, die dem gesteigerten Bedarf an »Orientierungswissen« und »hochspezialisiertem Handlungswissen« durch die »organisatorisch fälligen Prozesse kognitiver Integration« (331) nachkomme. Diese Zentralisierung der Reflexion in halbstaatlichen Institutionen ist nicht nur das Ende der »privaten Selbstdenker« (ebd.), sondern zielt auf die Entmachtung zivilgesellschaftlicher Reflexions- und Einspruchspotentiale.

In »Carl Schmitt liberal rezipiert« (309-322) berichtet Lübke über die Beziehungen, die zwischen Schmitt und dem Kreis um Ritter gepflegt wurden. Schmitt war gelegentlicher Gast, und seine Schriften wurden gelesen. »Ein Teil der Autoren, die an der Festschrift mitgewirkt hatten, die Joachim Ritter zu seinem 60. Geburtstag gewidmet worden war, haben sich dann später auch an der Festschrift zum 80. Geburtstag Carl Schmitts beteiligt, und auch im Ebracher ... Kreis Ernst Forsthoffs waren Mitglieder des Collegium Philosophicum immer wieder präsent.« (310) Lübke verwahrt sich dagegen, hier »Gesinnungsfrontlinien« auszumachen. Er gesteht allerdings zu: »Solche Verbindungen setzen plausiblerweise mehr als Vorgänge bloßer Kenntnisnahme voraus. Sie lassen Wirkungsgeschichten und damit Aneignungsvorgänge erkennen, und die Frage ist, um welche Inhalte es sich dabei handelt.« (Ebd.)

Es sind die zentralen Bausteine von Schmitts politischer Theorie; Lübke nennt Begriff und Kritik des Liberalismus, Dezisionismus und die Freund-Feind-Konzeption. Allerdings werde Schmitt 'liberal' gewendet und der parlamentarischen Demokratie angemessen. Das Freund-Feind-Denken wird unter dem Stichwort 'wehrhafte Demokratie' in der Figur des Verfassungsfeindes adaptiert. Gegen »Diskursidealist« (316) wie Habermas wird darauf bestanden, daß in der Mehrheitsentscheidung das dezisionistische Moment tragend sei. »Dezision und Diskussion sind Begriffe für institutionalisierte Verfahrensschritte, aber doch nicht Begriffe für politische Verfahrensalternativen« (317f.). Bei Schmitts Liberalismus-Kritik, die sich insbesondere gegen den Freiraum subjektiver Gewissensinnerlichkeit und die darauf gründenden »indirekten Mächte der Gesellschaft« richtet, wird allerdings schlicht »das Bewertungsvorzeichen umgekehrt« (313). »Carl Schmitt ... hatte die Genesis des Liberalismus plausibel beschrieben; es blieb lediglich nachzuholen, diese Genesis zu bejahren.« (313f.)

Diese Diskrepanz zu Schmitt hängt damit zusammen, daß mit dem NS vorerst die totalitär politischen Formen des bürgerlichen Staates gescheitert sind, für die Schmitt optierte. »Den Hintergrund dieser Antithetik bilden Erfahrungen, daß moderne Gesellschaften sich entweder totalitär strukturieren oder rigoros die Menge der religiösen, weltanschaulichen, ideologischen, auch moralischen Gehalte reduzieren müssen, die jedermann als verbindlich angesonnen werden können.« (314) Lübke bringt seinen Widerspruch zu Schmitt auf die Formel von politischem Ausnahme- und Regelfall. Schmitt sei ein Romantiker, mit einer »polit-ästhetischen besonderen Schätzung des Ausnahmefalls« (318, Fn). Ähnlich charakterisiert er Armin Mohler, der mit »Herablassung« auf Liberalismen der Münsteraner Art reagiert habe, die »sich zur Realität des Ausnahmefalls, ohne seine Potentialität leugnen zu wollen, nicht fasziniert verhalten« (322, Fn). Daß der Ausnahmefall Lübke nicht fasziniert, verwundert nicht. Käme es dazu, müßte ihn sich der Philosoph des bundesrepublikanischen Regelbetriebs wohl als Fehlsteuerung anlasten. Freilich sollte man sich dadurch nicht täuschen lassen: Der Ausnahme-Mohler und der Regel-Lübke sind ungleiche Brüder, die zusammengehören wie die Notstandsgesetze und die Verfassung.

Gerwin Klinger (Berlin)

**Huber, Joseph:** Herrschen und Sehnen. Kulturdynamik des Westens. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1989 (372 S., Ln., 39,80 DM)

Der Berliner Politologe nimmt sich der Fluktuationen des »Zeitgeistes« an. Er verspricht, das bipolare Grundmuster freizulegen, dem die heterogenen Phänomene »auf allen Gebieten des kulturellen Lebens, sobald sie sich nur ein Stück weit entfaltet haben« (10), gehorchen.

Promodus und Anamodus, so die eigentümlich griechisch-lateinische Bezeichnung der beiden Pole, »sind Modi der sozialen Konstitution, sie sind Anpassungsmodi sozialer Systeme, sie sind Muster sozialer Differenzierung, sie sind Modi der sozialen Selbststeuerung« (201) mit jeweils korrespondierenden Denkstilen, Bewußtseinsvorgängen und Psychofunktionen. Das Verhältnis ist insofern asymmetrisch, als der Anamodus nicht nur den Gegenpart des Promodus, sondern die (Um-)Welt als Ganze repräsentiert, aus welcher der Promodus hervortritt (132). Dessen Eigentümlichkeit sieht Huber darin, Autonomie gegenüber dem jeweiligen Kontext zu behaupten, während der Anamodus nicht auf Kontext-Ablösung zielt. »Der Anamodus geht dahin, sich der Welt zu fügen, der Promodus, sie sich gefügig zu machen.« (12) Der Promodus verkörpert das »Macht-Apriori«, das systematisch Tatsachen schafft, zielstrebig fortschreitet und das die Welt teilt und unterscheidet, um zu herrschen. Er ist das formierende und transformierende Prinzip. Dem Anamodus entspricht das bindende und lösende Prinzip, er beruht auf dem »Entfremdungs-Apriori«, das Erlösung sucht und nach Vereinigung strebt. Zur Entfaltung von Wissenschaft und Technik im Institutionengefüge von Markt und Staat, d.h. zum »Systemaufbau«, führt ein Überwiegen des Promodus. Der Anamodus nimmt das Natürliche, unmittelbar Menschliche, die »Lebenswelt« zum Ausgangspunkt (16, 197ff). Die »pathogene Schlagseite« (11) als Herrschsucht und Sehnsucht (Titel) tritt zutage, wenn eine Seite sich verselbständigt (223). Überwiegt der Promodus, kommt es zur »Kolonialisierung der Lebenswelt« durch Systemimperative (212). Die Referenzliste der wissenschaftshistorischen Vorläufer dieser Typologie reicht von Dilthey, Weber, Mannheim, Jung und Sorokin bis Habermas (130, 315f).

Huber arbeitet seine Begriffe nicht trennscharf aus. Dies ist für den Autor durchaus funktional, geht es doch darum, möglichst viele Phänomene zu subsumieren. Entsprechungen seiner »bimodalen Kulturtopologie« (51) identifiziert er in der funktionellen Spezialisierung der beiden Hirnhemisphären (175) ebenso wie im psychosozialen Grundmuster des Männlichen und Weiblichen (160) oder im chinesischen Yin und Yang (180). Den historischen Prototypus sieht er im Verhältnis von Rationalismus und Romantizismus bei Voltaire und Rousseau. Die weitere (Kultur-)Geschichte präsentiert dann »rekombinante Variationen«, wobei sich eine »geradezu atemberaubende Entblätterungsdynamik« (51) entfaltet habe. Atemberaubend ist zumindest das Tempo, in dem Huber die Existenz der Kulturmodi in Wissenschaft und Kunst »historisch nachvollzieht« (129). Über die deutsche Literatur zwischen 1890 und 1900 erfährt der Leser, daß »George, Rilke ... und viele andere vielerlei« darstellen. »Da ging es ordentlich drunter und drüber, und das ist im Grunde bis heute so geblieben« (129). Tröstlich ist der Hinweis, daß Ana- und Promodus selten in reiner Form auftreten. »So gesehen ist Freud, ähnlich wie Marx, ein promodal-anamodaler Mischtyp.« (81)

In der Gegenwart analysiert Huber die verschiedenen Spielarten von promodalen »Ökonomen« und anamodalen »Ökologen« im Hinblick auf die Chancen und Risiken der jeweiligen Konzepte für eine wechselseitige Readaption von System und Lebenswelt, d.h. für die »Selbstmodernisierung der Moderne« (227). Was er anbietet, ist eine Art Befindlichkeitsmanagement. »Tatsächlich wird unsere Welt immer

komplizierter« (14), die Menschen in der modernen Massengesellschaft verfügen »über keinen inneren Kompaß. Sie finden sich nicht zurecht« (21). Das »Charakterproblem« (22) unserer Zeit bestehe »im Opportunismus« (309). Die »hier entwickelten Theorien« (314) will Huber als möglichen »Ausgangspunkt für eine Ethik des modernen Menschen« (20) verstanden wissen, als »Beitrag zum Bau eines transkulturellen Dachs« (29). Erst die »vorbehaltlose« Bewußtheit der bimodalen Kultur- und Dynamik erlaube eine »elastische und anpassungsfähige Selbststeuerung der kulturellen Fluktuationen« (296), d.h. die Möglichkeit, sie »zu bändigen und zu kultivieren« (20). Das angestrebte dynamische Gleichgewicht, in dem »alle Seiten ... ein synergetisches Wachstum in gegenseitiger Ergänzung und Begrenzung« erfahren (223), könne durch »anamodales Mitvollziehen von Fluktuationen« (295) erreicht werden. Herrschaft und Leidenschaft müssen »neu konditioniert werden« (300).

Für das Individuum bedeutet dies nach dem Ende der von Lustprinzip und Nützlichkeitsdenken geprägten »Happiness-Doktrin« der vergangenen Jahre vor allem, »vernünftig zu sein« (293), »sich all seine Abhängigkeiten ungeschmälert einzugehen und sich ungezwungen zu fügen« (314). Dies gelingt dem modernen Menschen um so leichter, als sich gesellschaftliche Widersprüche in Hubers Konzeption auf das Problem der richtigen Balance reduzieren lassen. Die Frage nach der gesellschaftlichen Kontrolle von Institutionen, an die sich der moderne Mensch »vernünftigerweise« anzupassen hat, stellt sich nicht mehr. »Individuum und Gemeinschaft, Freiheit und Stabilität, Ökonomie und Ökologie ... widersprechen einander nicht nur, sondern ergänzen einander auch. Es sind Komplementär-Paare« (291). Mit der »Ethik der freiwilligen Bindung« (297) als dem Kompaß fürs Jahr 2000 geht der vernünftige moderne Mensch selbstbewußt in die Fremdbestimmung. »Seine Identität ist stabil, weil sie beweglich ist. Ein solcher Mensch ist kompromißbereit, besitzt aber ein sicheres Gespür für faule Kompromisse, für die Grenze zum Opportunismus, wo der Bogen überspannt und die Identität gebrochen würde. An diesem kritischen Punkt erhebt sich ein solcher Mensch wie eine starke Feder und folgt seiner inneren Stimme« (313).

In Anlehnung an die im Deutschen bis zur Jahrhundertwende gängige Bezeichnung für Hochstapler als »Industrieritter« wäre in Erwägung zu ziehen, Autoren von Büchern der oben beschriebenen Machart den (Ehren-)Titel eines »Zeitgeistritters« zu verleihen. Wie sagt Huber doch selbst: »Wendezeit ist jederzeit« (282).

Anna-Sabine Ernst (Bielefeld)

**Finkielkraut, Alain: Die Niederlage des Denkens.** Aus dem Französischen von Nicola Voland. Rowohlt Verlag, Reinbek 1989 (156 S., br., 14,- DM)

Fast unbemerkt von der Franzosenbegeisterung an den bundesdeutschen Universitäten ab Mitte der achtziger Jahre wurden die Intellektuellen links des Rheins erneut von einer Modewelle heimgesucht, die nun wieder alles auf den Kopf zu stellen scheint. Mit dem Generalangriff von Luc Ferry/Alain Renaud auf die französischen Meisterphilosophen (*La pensée* 68, 1985; vgl. *Argument* 159, 719) hat offenbar die Demontage der alten Götter begonnen. Die Bastion der Vernunftkritik beginnt zu bröckeln, die Intellektuellen stimmen erneut das Hohelied der Aufklärung und des Humanismus an; auf dem Programm steht eine »Rezentrierung des Subjekts«. Auch Alain Finkielkrauts Erfolgsbuch von 1987 gehört in diesen Kontext.

Im Geiste konservativer Kulturkritik setzt Finkielkraut am Phänomen postmoderner Beliebtheit der Massenkultur an. Die Möglichkeit intellektueller Kommunikation mit großer Kunst, die Bildungsideale von einst sind zerstört. Die Nivellierung der kulturellen Werte, ihre Anpassung an die Maßstäbe einer hegemonialen Jugend

kultur führten zur Vorherrschaft des »feelings« und des tumben Konsums, zur Niederlage des Denkens eben: »Mit der Zerstörung der Sprache bannt die Rockmusik diesen doppelten Fluch: die Gitarren löschen das Gedächtnis, die Wärme der Verschmelzung ersetzt das Gespräch, jene Verbindungsaufnahme getrennter Wesen; verzückt löst sich das 'Ich' im Jugendlichen auf.« (135) Mit einem Mal ist alles Kultur: ein Theaterstück von Shakespeare gilt soviel wie die Stiefel mit dem Markenzeichen eines bekannten Modedesigners (119) oder die folkloristische Tanzdarbietung eines afrikanischen Stammes (73). Die intellektuelle Verantwortung für diese kulturelle Entwertung tragen nach Finkielkraut jene Theoretiker einer »Philosophie der Entkolonisierten« im Kontext des französischen (Post-)Strukturalismus, allen voran Lévi-Strauss und Foucault. Deren Demontage des Glaubens an den historischen Fortschritt, ihr Beharren auf der Unvergleichbarkeit regionaler wie historisch unterschiedlicher Kulturen habe den Werten des Abendlandes, wie sie im Zuge der bürgerlichen Revolutionen entstanden sind, die Grundlage entzogen.

Von hier aus eröffnet Finkielkraut die zweite Perspektive seines Buches. Nicht nur für postmoderne Beliebigkeit bereitet das antihumanistische Denken den Boden, sondern ebenso für die modernen Formen des Nationalismus und Rassismus, wie sie der Autor auch bei nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu finden glaubt. Der zutreffenden Beobachtung, daß sich die Neue Rechte der Theorieansätze der »kulturellen Differenz« bedient, um rassistisches Gedankengut wieder salonfähig erscheinen zu lassen (vgl. Etienne Balibar in *Argument* 175), unterlegt er die These, der traditionell biologistische Rassismus sei lediglich die Variante eines grundlegenden kulturellen Rassismus (85). Den Ursprung hierfür glaubt er in der vernunftkritischen Tradition der deutschen Romantik gefunden zu haben, denn hier sitzt der wahre Feind des Denkens: Johann Gottfried Herder. Dessen Aufwertung der traditionellen Bräuche und Sitten regionaler Volkskulturen, verbunden mit einer Kritik an den abstrakt-anthropologischen Begriffen der Aufklärung, wird bei Finkielkraut zur Wiege von Rassismus und Postmoderne. Herder sei der Urheber von »le Volksgeist« (14), ein Begriff, der in dessen Terminologie als solcher gar nicht vorkommt und den Finkielkraut nur auf Grund einer mißverständlichen Übersetzung ins deutsche Original hineininterpretiert haben kann. Die deutsche Romantik also ist die Vorstufe einer Kritik am Ethnozentrismus, der die kulturellen Hierarchien des Westens auflöst und den Universalanspruch der Aufklärung zugunsten eines kulturellen Allerlei verdrängt. Finkielkraut bringt endlich wieder Ordnung in dieses Durcheinander: Hier die hehren Ziele der Aufklärung, das autonome Subjekt, die universelle Vernunft, dort der Glaube an die materiellen und kulturellen Implikationen der partikularen Vernunfttypen, die Dezentrierung des Subjekts in seinen historisch-geographischen Lebensformen. So darf es nicht wundern, wenn sämtliche produktiven Elemente der romantischen Vernunftkritik ebenso unter den Tisch fallen wie die relative Berechtigung der Kritik am Ethnozentrismus. Finkielkrauts Schwarz-Weiß-Schablone — »Herder ist überall!« (97) — verstellt ihm so gerade den Zugang zu den Errungenschaften der abendländischen Denktradition, auf die er sich doch zu berufen vorgibt, und zwingt ihn in die Position eines bildungsbürgerlichen Aufklärungspathos. Die reale Welt kann nur noch vom Standpunkt der Hochkultur herab beschimpft werden. Die Anklage der modernen Massenkultur wird elitär, wo sie unterschwellig die Demokratisierung der schönen Künste beklagt (123), die materiellen Grundlagen aber unterschlägt. Daß »...ein wirkungsvoller Werbeslogan ... so gut [ist] wie ein Gedicht von Apollinaire ...« (119) hat für Finkielkraut nur wenig mit den Marktstrategien der Kulturindustrie zu tun, dafür aber um so mehr mit der »Niederlage des Denkens«.

Mathias Richter (Tübingen)



**Glucksmann, André: Die cartesianische Revolution. Von der Herkunft Frankreichs aus dem Geist der Philosophie. Aus dem Französischen von Helmut Kohlenberger. Rowohlt Verlag, Reinbek 1989 (351 S., br., 32,- DM)**

Glucksmann ist in der Bundesrepublik spätestens seit »La force du vertige« (dt.: Philosophie der Abschreckung, 1984), dem Versuch einer philosophischen Rechtfertigung des NATO-Doppelbeschlusses aus dem »Geist der westlichen Kultur«, bekannt. Den Pazifismus der westdeutschen Friedensbewegung denunzierte er damals als die Kehrseite eines totalitären Idealismus. In seiner neuesten Veröffentlichung nimmt er den 350. Jahrestag des »Discours de la méthode« zum Anlaß, Descartes als den »westlichen Denker« (322) par excellence zu feiern.

Der 1637, mitten im Dreißigjährigen Krieg, verfaßte Discours gilt als die Geburt der modernen Naturwissenschaften. Die aus der Selbstgewißheit des Cogito vorgeführte Methode der Deduktion lieferte die Grundlage für einen positivistischen Rationalitätsbegriff. Glucksmann will nun durch eine Neuinterpretation des cartesianischen Ansatzes der in der Kritik daran entwickelten Technikkritik den Wind aus den Segeln nehmen. Die traditionelle Descartes-Interpretation von Spinoza, Leibniz bis zu Hegel und Husserl basiere auf der Verdrängung des cartesianischen Ausgangspunktes im radikalen Zweifel, zugunsten einer als unumstößlich geglaubten Wahrheit des Cogito. »Sie verkehrt die Ordnung der *Méditations* und proklamiert den unaufhaltsamen Primat des 'Ich denke' vor jedem 'Ich zweifle'« (106). Descartes' Berufung auf den gesunden Menschenverstand muß laut Glucksmann aber in seiner vollen Ironie begriffen werden. Die Möglichkeit Gottes als »böser Geist«, der mich täuschen will, ist immer mitgedacht, der gesunde Verstand steht immer schon mit einem Bein im Reich des Wahnsinns. Da er dies aber genau weiß, ist er sein eigener Kritiker: »'Ich zweifle' und 'ich denke' folgen nicht aufeinander, sondern sind ineinander verwoben. ... Wenn ich zweifle, dann denke ich schon. Wenn ich denke, bin ich schon ironisch.« (151) Die cartesianische Revolution besteht in ihrer Methode. In der radikalen Abkehr vom Sensualismus wird die Welt zur Konstruktion. In Anlehnung an Foucaults »Les mots et les choses« versucht Glucksmann zu zeigen, wie im Übergang von der Renaissance zum Zeitalter der Repräsentation Zeichen und Dinge auseinandertreten: der Verstand »digitalisiert« die Welt, zerlegt sie in ihre Bestandteile, um sie in einem Ordnungssystem von Zeichen neu entstehen zu lassen. Hieraus erklärt sich für Glucksmann das Wesen der Technik als eine Kunst, »etwas digital aufzunehmen, das heißt das betreffende Objekt in so viele Einzelemente zu zerlegen, wie dies nötig ist, damit auf eine eindeutige Frage mit klarem Ja oder Nein geantwortet werden kann« (294).

Glucksmann scheint hier vorzuführen, was die Kritische Theorie »technokratische Rationalität« genannt hatte, womit sie den Herrschaftscharakter des modernen Verhältnisses zur Natur zu entlarven suchte. Doch sein Insistieren auf der Komponente des Zweifels und der Ironie eröffnet ihm scheinbar das rettende Hintertürchen. Die Konstruktion der Welt gelingt nicht mittels des deduktiven Verfahrens aus einer ersten Gewißheit, sondern das Cogito als Dubito ist im ständigen Hin und Her, ein Vor und Zurück im Schweben zwischen der Wahrheit des Cogito und der Wahrheit Gottes (318). Die Funktion des vollkommenen Gottes für das Descartes'sche Philosophieren läßt Glucksmann aber merkwürdig unbestimmt. Dadurch wird die Wahrheit der Dinge »welche wir sehr klar und deutlich begreifen« (Discours), auf das *trial and error* des kritischen Rationalismus reduziert.

Hätte sich Glucksmann auf den bisher angerissenen Fragenkomplex beschränkt, wäre das Buch meiner Ansicht nach durchaus diskutierenswert geblieben. Doch seine offene ideologische Vereinnahmung der cartesianischen Gedanken verbiegt

alle ernstzunehmenden Aspekte in bekannt neuphilosophischer Manier, bis sie schließlich zur Bestätigung der Generalthese über die Geschichte der Philosophie des Abendlandes erhalten müssen: »Nichts hat sich geändert. Die Philosophen nach Descartes denken wie die Vorgänger Descartes, die von ihrem Status eines Vorgängers nichts wußten. ... Das Cartesianische Zwischenspiel zwischen den alten Weisen und den Messiaserscheinungen von heute gerät ins Vergessen.« (171f.) Glaubte die Philosophie von der Antike bis zur Scholastik an die Verbindung des Wahren und Guten durch einen allmächtigen Schöpfer, so unterstellt die Philosophie der Neuzeit dieselbe Identität für einen sich mit Notwendigkeit vollziehenden Gang der Geschichte. Glucksmann zielt selbstverständlich auf Hegel und Marx, aber erstaunlicherweise auch auf Heideggers Rede vom Seinsgeschick. Die Verknüpfung von Gewißheit und Wahrheit sowie die Hoffnung auf ein höchstes Gut sind die Ursprünge des Fundamentalismus und Totalitarismus, mit denen Descartes ein für alle Mal abgerechnet habe. Daß Kant hier nur zweimal im Vorbeigehen erwähnt wird, ist natürlich kein Zufall. Es folgen die bekannten Schlagwörter: Descartes als Dissident in der Philosophie, als »Neuer Philosoph«, dessen konsequenter Zweifel der »totalitären Philosophie der Überredung zum Guten« die Methode der Abschreckung entgegenhält (16). Glucksmanns vermeintlicher ideologiekritischer Kampf disqualifiziert sich von selbst, wo ihn die eigene Weltanschauung übertölpelt: »Die westliche Kultur zerstört lokale Vorstellungen nicht um eines allgemeineren Guten willen, sondern indem sie dessen Abwesenheit aufdrängt, die der cartesianische Humanismus zu allererst erkannte und worauf er sich berief.« (323f.)

Vielleicht ließe sich durch einen Blick in die französische Kolonialgeschichte besser veranschaulichen, warum Frankreich, wie im Untertitel unterstellt, aus dem Geist der Philosophie hervorgegangen sein soll — der Originaltitel lautet »Descartes, c'est la France«. Eine einleuchtende Begründung werden die LeserInnen vergeblich suchen. Glucksmann läßt uns nur soviel wissen: »Denn im Unterschied zu den kommunistischen und fundamentalistischen Revolutionären ist der französische Revolutionär ein Zweifler — und die Kommunisten haben ihm das übergenommen.« (154)  
Mathias Richter (Tübingen)

**Schönherr, Hans-Martin: Von der Schwierigkeit, Natur zu verstehen.** Entwurf einer negativen Ökologie. Kritik ökologischen Denkens. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (123 S., br., 10,80 DM)

Es wäre zu hoch gegriffen, wollte man sagen, dieses Büchlein habe eine »Botschaft«; es hat vor allem einen Begriffsklotz, auf den es sich einschießt: »Technik«. Technik steht hier für alles, was uns dem Sein entfremdet hat, und ist überdies Konstitutionsform in den »Erzählungen«, die als technisches Wissen unser Naturverständnis präformieren oder determinieren. Essentialistische Technikkritik, verrührt mit modischen Versatzstücken der heideggernden Gegenwartsphilosophie. »Technik stellt nicht nur das (!) Leben her, sie gibt es uns vor allem zu verstehen.« (70) Die weitere Folgerung aus dieser nicht eben neuen Begriffsoptik liegt nahe: Auch das ökologische Denken und Handeln verfällt der Hybris; ihm liegt nämlich auch ein rationales »Verstehen« der Natur zugrunde, das »ursprüngliche Natur« (identisch mit Natur an sich!) nicht zu erreichen vermag, demgemäß schon qua Einstellung eine »Kehre« nicht einzuleiten vermag. Die im Titel bemühte »Schwierigkeit, Natur zu verstehen«, ist nichts anderes als die Schwierigkeit des Autors mit dem An-sich. — Eine »Kehre« eigener Art vollzieht Schönherr am Schluß; nachdem er die Idee seiner »negativen Ökologie« eingekreist hat — Natur macht sich untrüglich nur in den Störungen von gesellschaftlichem System oder Ich-Identität bemerkbar, jede gezielte

Einwirkung auf sie werde notwendigerweise falsch, ja gefährlich — plädiert er zwar für völligen Ausstieg aus der »Technik« (!), räumt aber ein, daß diese Forderung unpraktikabel sei und überdies auf einem Wahrheitsanspruch beruht, den er gerade radikal in Zweifel ziehen wollte ...

Es ist ja richtig: Wir müssen der Natur Ruhe gönnen, sich zu regenerieren (soweit sie nicht schon an ihrer Regenerationsfähigkeit empfindlich eingeschränkt worden ist — siehe die notwendige Renaturierung begradigter Bäche, auch ein »technischer Eingriff«!). Und ich habe auch Sympathie für Schönherrs Forderung nach »Passivität«, soweit sie eine grundsätzliche Einstellungsänderung gegenüber der unterjochten Natur beschreibt, einen Wandel, der sich soziologisch ja schon abzeichnet in einer Verschiebung der Werteskala von der Arbeit zur Muße, oder in der bewußten Weigerung Weniger, die Schraube des »Fortschrittes« und der reaktiven Schadensbegrenzung weiter mitzubedenien. Sein Dringlichkeitsappell ist berechtigt und insoweit auch nicht neu. Aber mit seinem philosophischen Anspruch hat sich der Autor übernommen.

Ansgar Hillach (Frankfurt/M.)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Lehrberger, John, und Laurent Bourbeau: Machine Translation. Linguistic characteristics of MT systems and general methodology of evaluation.** John Benjamins, Amsterdam, Philadelphia 1988 (xiii + 240 S., Ln., 75,- Hfl./ 33,- \$)

Der Markt für technische Übersetzungen wurde 1989 auf 20 Milliarden Dollar geschätzt (New York Times, 19.11.1989), und auf Grund der rasanten Entwicklung multinationaler Konzerne sowie der sogenannten Informationsexplosion wächst er ständig. Produkte werden technisch anspruchsvoller, die Installations-, Bedienungs- und Wartungshandbücher entsprechend komplizierter und voluminöser, was bedeutet, daß immer mehr immer schneller übersetzt werden muß. Daher wundert es nicht, daß auch die Übersetzungstätigkeit automatisiert oder zumindest mit Hilfe von Terminologiebanken und/oder Computerprogrammen unterstützt werden soll. Die ersten Ansätze zur Entwicklung maschineller Übersetzung (MÜ) gab es allerdings aus anderen Gründen: man setzte fremde Sprachen mit Geheimcodes gleich, die man im Zweiten Weltkrieg mit Unterstützung primitiver Rechner entschlüsseln konnte. Das Sputnik-Trauma 1956 verstärkte das Interesse der US-Regierung an der Entwicklung von MÜ vom Russischen ins Englische. Die massive Finanzierung endete jedoch 1966 auf Empfehlung einer Studie im Auftrag des National Research Council — dem sogenannten ALPAC-Report —, der argumentierte, MÜ sei nicht möglich. Ende 1989 veranstaltete derselbe National Research Council der US-Regierung die erste Fachkonferenz zum Thema »Perspektiven eines MÜ-Systems Japanisch-Englisch«. Nach 40 Jahren geht es immer noch darum, technische Informationen einer fremden Macht schnell zugänglich zu machen.

Was ist in den 23 Jahren nach der Verdammung der ersten enthusiastischen Versuche geschehen? Lehrberger und Bourbeau geben eine für LinguistInnen und interessierte Laien verständliche Einführung. Sie arbeiteten selbst mehrere Jahre am Projekt TAUM (Traduction Automatique de l'Université de Montréal), das von der kanadischen Regierung finanziert wurde. Ein Teilprojekt, TAUM METEO, übersetzt seit 1977 vollautomatisch Wetterberichte vom Englischen ins Französische. Es gilt als das System, das dem hohen Anspruch einer qualitativ guten automatischen MÜ am nächsten kommt. Dies ist auf Grund der syntaktisch und lexikalisch standardisierten und beschränkten Eingabe möglich.

Lehrberger und Bourbeau beschreiben zunächst unterschiedliche Ansprüche an MÜ und geben einen Überblick über die Grade an Automation — von Textverarbeitungssystemen mit Zugriff auf Wörterbücher, Grammatik- und Stilkorrektur über interaktive Systeme, die nach grammatischen Analysen fragen (z.B. ob ein Wort als Adverb, Präfix oder Präposition fungiert), hin zu vollautomatischer Übersetzung. Im ersten Schwerpunkt stellen sie dann die internen linguistischen Komponenten möglicher MÜ vor: lexikalische, morphologische, syntaktische und semantische Analyse der Sprache des Eingabetextes und Synthese zur Herstellung eines entsprechenden Textes in der Zielsprache. Syntaktische Schwierigkeiten der Analyse des Englischen sind z.B. komplexe Nominalphrasen, Homographen (z.B. ein Wort wie »can«, das Modalverb, Substantiv oder Hauptverb sein kann) und strukturelle Ambiguität. Mir gefällt die Fülle von sprachlichen Beispielen, die Probleme der MÜ vom Englischen ins Französische illustrieren.

Aus dem experimentellen Teilprojekt TAUM AVIATION geben die Autoren das Beispiel eines Algorithmus des Wörterbuchs, der eine Liste unterschiedlicher Übersetzungen eines englischen Verbs ins Französische bearbeitet (z.B. »bleed«, das je nach Kontext mit *evacuer*, *purger*, *laisser échapper*, *prélever* übersetzt werden kann, 65f). Jeder Eintrag im zweisprachigen Teil des Wörterbuchs ist ein Programm, das das entsprechende Äquivalent in der Zielsprache auswählt. Am Beispiel »water pressure« zeigen sie die Gefahr, nominale Ausdrücke voreilig ins Wörterbuch des Systems zu integrieren (68f.): (1) *Water pressure is low.* (2) *In deep water pressure gauges should be checked frequently.* In Satz (1) bildet das Syntagma eine Einheit, in Satz (2) dagegen nicht. Wenn also »water pressure« ein Eintrag im Wörterbuch wäre, könnte Satz (2) nicht korrekt analysiert werden.

Gegen den ersten Teil könnte eingewendet werden, daß er nicht ganz aktuell ist. Literatur und Entwicklungen nach 1983 bleiben unberücksichtigt, und damit auch Ansätze zur Verwendung einer universal gültigen Interlingua (eine Sprache auf einer Abstraktionsebene, die zwischen allen Ausgangs- und Zielsprachen vermitteln kann). Die Autoren stellen fest (34), daß »Researchers generally agree that a deeper semantic analysis of the source texts is essential to further progress in machine translation«, bemerken jedoch: »For the present, unfortunately, a truly universal interlingua does not appear to be feasible for large scale practical applications.« (38) Ansätze zu einer universalsprachlichen Darstellungsebene sind bisher bereichsbeschränkt, weil sie Informationen über »die Welt« enthalten. Meiner Ansicht nach müssen sie auch auf enge technische Bereiche beschränkt bleiben, weil nur dort sprach- und kulturunabhängiges Weltwissen repräsentiert werden kann. Auch aus der Sicht, daß ich Lehrberger/Bourbeaus Buch für eine Einführung halte, ist die mangelnde Aktualität kein wirkliches Manko, insbesondere weil die sprachtheoretische Diskussion um Bedeutungsuniversalien, Invarianz und Interlingua auch in neueren Publikationen nicht grundsätzlich geführt wird.

Den zweiten Teil des Buches bildet der Vorschlag einer Methode zur Bewertung von MÜ-Systemen aus der Sicht künftiger BenutzerInnen: Einschätzung der linguistischen Leistungsfähigkeit des Systems und der Akzeptanz der Übersetzungsqualität (die je nach Text und nach Zweck der Übersetzung variiert), Ausbaupotential, Kosten/Nutzen-Analyse und Auswirkungen auf den Arbeitsplatz der ÜbersetzerInnen. Es ist für Computerlinguisten ungewöhnlich, sich so ausführlich mit der Perspektive der BenutzerInnen zu befassen. Das bewerte ich positiv. Daß zur Aufgabe der BenutzerInnen jedoch die Erweiterung und Veränderung der grammatischen Regeln des MÜ-Systems gehören soll (178), halte ich für unrealistisch. — Ein Sachindex wäre hilfreich gewesen. Claudia Gdaniec (Morristown/New Jersey)

**Handke, Jürgen: Natürliche Sprache, Theorie und Implementierung in LISP.** McGraw-Hill, Hamburg 1989 (456 S., Ln., 68,- DM)

Handke ist eine Einführung in zentrale Themen der linguistischen Datenverarbeitung gelungen, die auch für einen nicht oder nur wenig vorgebildeten Leser verständlich bleibt. Mehr Vorwissen verlangt dagegen der mit dem linguistischen Teil jeweils gekoppelte Implementierungsansatz. In diesem Bereich werden Kenntnisse in der Programmiersprache LISP vorausgesetzt, ohne die das Vorhaben dieses Buches — aus verschiedenen Modulen ein Gesamtprogramm zur natürlichsprachlichen Verarbeitung mittels Computer vorzustellen — nicht realisierbar wäre. Der Autor weist auf das breite Spektrum der Anwendungsbereiche hin, in dem Verfahren der automatischen Sprachverarbeitung eingesetzt werden, und gibt auch eine Antwort auf die häufig gestellte Frage nach der Motivation für maschinelle Sprachverarbeitung. So wie es der Künstlichen Intelligenz und der linguistischen Datenverarbeitung nicht nur um Verfahren für praktische Anwendungen, sondern auch um Modelle für menschliche Kommunikationsprozesse geht, so geht es auch Handke um die »Simulation menschlicher Strategien der Informationsverarbeitung«. Aus diesem Grunde diskutiert er neben den theoretischen linguistischen Ansätzen auch stets die psycholinguistischen Theorien, die für die jeweiligen Sprachebenen relevant sind, und läßt sie — sofern computertechnisch praktikabel — mit in die entsprechenden Programmierabschnitte einfließen.

Da jedes natürlichsprachliche System auf einer Lexikonkomponente aufbaut, wird zunächst dem Lexikon, der Spezifikation der lexikalischen Einträge, deren Ordnung innerhalb des Lexikons sowie den lexikalischen Zugriffsstrategien ein Kapitel gewidmet. Dabei wird den psycholinguistischen Modellen eines mentalen Lexikons ein besonderer Platz eingeräumt, sowohl um deren Plausibilität zu diskutieren, als auch um deren mögliche Umsetzung im Rahmen der Implementierung zu überprüfen. Auf Grund der derzeitigen Computerarchitektur können denn auch die meisten Forschungserkenntnisse über die mentale Repräsentation des Lexikons bei der Implementierung nicht oder nur in Ansätzen berücksichtigt werden. Um eine möglichst effektive maschinelle Darstellungsform zu erzielen, entscheidet sich der Autor bezüglich der Verarbeitung lexikalischer Information für ein Diskriminationsnetzwerk, das auf einer Buchstabenstruktur basiert. Den nächsten Schritt im natürlichsprachlichen Verarbeitungsprozeß bildet die Morphologiekomponente, durch die auf Grund wort- und wortformenverarbeitender Prozeduren das Lexikon erheblich minimiert und die Verarbeitung der Information vereinheitlicht werden kann, was insbesondere für synthetische Sprachen (im Gegensatz zu analytischen) sinnvoll ist. Das Kapitel zur Syntaxverarbeitung zeigt überblickartig die Unzulänglichkeiten der Phrasenstrukturgrammatiken der Chomsky-Hierarchie für eine natürlichsprachliche Analyse. Stärker als hier tritt die Frage nach der psychischen Relevanz der skizzierten Theorien im Rahmen der Verarbeitung semantischer Information in den Vordergrund. Zunächst wird zwischen innersprachlichem und außersprachlichem Wissen unterschieden, auf das der Mensch bei der Verarbeitung natürlichsprachlicher Information zurückgreift. Das innersprachliche Wissen kann zum größten Teil bereits im Lexikon dargestellt werden, während für das außersprachliche Wissen, das sich unabhängig von der natürlichen Sprache auf allgemeine Wissensstrukturen stützt, gesonderte Formen der Wissensrepräsentation entwickelt worden sind. Handke greift zwei Verfahren heraus, anhand derer die Möglichkeiten konzeptueller Darstellungsformen dargelegt werden: das semantische Netzwerk in der Form von Collins und Quillian (1970) sowie Modifizierungen durch Einbeziehung der sogenannten Kasusrollen (Fillmore 1968) und zweitens Schanks CD-Theorie (Conceptual

Dependency Theory, Schank 1975), ebenfalls integriert in ein semantisches Netzwerk. Schließlich werden alle Komponenten in einem vom Autor entwickelten sprachverarbeitenden System zusammengeführt.

Die übersichtliche Dokumentation der Programmierbeispiele sowie die umfangreiche Bibliographie machen das Buch zu einem leicht handhabbaren Arbeits- und Nachschlagewerk. Ein Buch zu diesem Thema in dieser Anschaulichkeit und Geschlossenheit hat bisher gefehlt.

Uta Seewald (Hannover)

**Kopperschmidt, Josef: Methodik der Argumentationsanalyse.** Frommann-Holzboog, Stuttgart-Bad Cannstatt 1989 (242 S., br., 61,- DM)

Dieses Buch buchstabiert ähnlich wie bereits frühere Veröffentlichungen das Verhältnis von Sprache und Vernunft. Wiederum ist Habermas wichtigster Gewährsmann, denn dessen »Theorie des kommunikativen Handelns« bildet für Kopperschmidt den »derzeitig anspruchsvollsten und ... reflektiertesten Rahmen« (10) für eine Argumentationstheorie. Entsprechend häufig wird die Verbindung zu Habermas gesucht, weshalb das Buch ohne Kenntnis der Universalpragmatik schwer(er) verständlich sein dürfte.

In der ersten Hälfte werden schrittweise Grundbegriffe eingeführt, bevor im zweiten Teil die »reflexive Binnenstruktur« (52) der Argumentation untersucht wird. Nicht alle im kommunikativen Handeln naiv unterstellten Geltungsansprüche sind diskursfähig: Verständigung ist Voraussetzung jeglicher Geltungsproblematisierung (vgl. 43f.), und auch Wahrhaftigkeit ist »allenfalls indirekt an der Widerspruchsfreiheit der folgenden Äußerungen bzw. an der Konsistenz der Anschlußhandlungen« (47) abzulesen. Es verbleiben damit zwei Geltungsansprüche, die durch Argumentation im Diskurs eingelöst werden können: Wahrheit und Richtigkeit. Der theoretische Diskurs soll die Wahrheit, d.h. die »Verlässlichkeit informativer Rede« (39) sichern, was nur konsens-theoretisch geschehen kann (31f.). Im praktischen Diskurs wird die Richtigkeit der dem kollektiven Handeln zugrundeliegenden »Normen bzw. Werthaltungen« (34) problematisiert. Kopperschmidt beschränkt sich auf diese beiden als die »historisch wie systematisch wichtigsten« (49) Geltungsansprüche. Der noch ausstehenden Geltungstheorie wird die Aufgabe zugewiesen, das »System möglicher GAE [Geltungsansprüche] zu entwickeln« (49). Die Geltungstheorie müßte demnach klären, ob das gleichzeitige Problematisieren zweier Geltungsansprüche GAGA ergibt. Wenn die Zuhörer dem Prahler in Äsops Fabel zurufen: »Hic Rhodos, hic salta«, bestreiten sie zugleich zwei Geltungsansprüche: Wahrhaftigkeit und Wahrheit. Der Sprung als Anschlußhandlung erbrächte den indirekten Erweis der Wahrhaftigkeit. Aber würde durch diese Tat-Sache nicht gleichzeitig auch die Verlässlichkeit des Mitgeteilten, seine Wahrheit, bestätigt?

Um die »Sonderrolle« deutlich werden zu lassen, wendet Kopperschmidt sich dagegen, den »transzendentalen' Charakter des argumentativen Sprachspiels« (88) dadurch zu verdecken, daß Argumentation als Handlung aufgefaßt wird. »Dieser Handlungscharakter muß [!] der Argumentation fehlen, weil die ... Thematisierung der Bedingungen möglichen Handelns ... nicht selbst wieder als Handeln qualifiziert werden [kann]« (88). Statt von einem »Handlungsschema« spricht er deshalb von einem »Problemlösungsschema«, dem er aber »in Anlehnung an sprachbezogene Handlungstheorien« (120) Handlungsqualitäten attestiert. Sein Bemühen ist deutlich, einerseits Argumentation strukturell »als eine geregelte Abfolge von Aktivitäten« (89) aufzufassen, jedoch gleichzeitig den Sonderstatus dieser Form der sprachlichen Kommunikation zu betonen. Seine Schwierigkeiten scheinen diesem damit zusammenzuhängen, daß er den Sprachspielbegriff auf Sprache eingrenzt, obwohl Wittgenstein

hervorhebt, daß Sprechen einer Sprache »Teil ... einer Tätigkeit, oder einer Lebensform« (Wittgenstein, PU 23) ist.

Die makrostrukturelle Analyse klärt das Zusammenspiel der Einzelargumente in einer komplexen Argumentation und ist deshalb Voraussetzung für die mikrostrukturelle Analyse, die sich dem Einzelargument widmet. Aus der Auseinandersetzung mit verschiedenen Beschreibungsmodellen kompiliert Kopperschmidt ein eigenes Modell, das den Zusammenhang der Argumente graphisch darstellt (vgl. 219ff.). Auf der mikrostrukturellen Ebene werden drei Analyseschritte unterschieden: funktionale, materiale und formale Argumentationsanalyse. Für die funktionale Analyse wird auf das erprobte Argumentationsschema von Toulmin zurückgegriffen, das auf drei Beispiele angewendet wird. Zwei der drei Beispiele beschäftigen sich allerdings mit der Einlösung eines Wahrhaftigkeitsanspruchs und sind damit keine Diskurse (vgl. oben). In einem dieser Beispiele wird überdies die Rekonstruktion von Handlungsmotiven versucht, was zuvor als Sachfrage bestimmt worden war (vgl. das Schema S. 73). Lediglich auf Geltungsfragen werden aber »gute Gründe und d.h.: Überzeugungskräfte Argumente« (72) erwartet. Wenn der Staatsanwalt prüft, ob sich die motivationale Handlungsdeutung »innerhalb des kategorial gewählten Rahmens widerspruchsfrei argumentativ stützen läßt« (148), interessiert er sich nicht für die normative Richtigkeit (134). Kann das, was der Staatsanwalt macht, unter diesen Voraussetzungen überhaupt als Argumentation (137) aufgefaßt werden? Zuvor war ausdrücklich eingeschränkt worden: »Argumente sind also eine spezifische Art von Gründen, mit denen eine spezifische Art von Warum-Fragen, nämlich Geltungsfragen, überzeugungskräftig zu beantworten versucht wird« (74). Wenn nicht angenommen werden soll, daß nur das dritte Beispiel als Argumentation aufgefaßt werden kann, weil hier das vorausgesetzte Prinzip der Handlungsempfehlung auf seine möglichen Konsequenzen geprüft wird, dann darf daraus geschlossen werden, daß Argumentation nicht auf die diskursive Einlösung von Geltungsansprüchen beschränkt werden kann.

Die materiale Argumentationsanalyse greift das Problem des kategorialen Systems auf und zeigt (z. B. an der Atomenergiediskussion nach Tschernobyl), daß der Streit um die Problembeschreibung nicht nur ein Streit um Worte ist. Als Ergänzung zur funktionalen und materialen kann die formale Argumentationsanalyse dazu dienen, die »strukturellen Formprinzipien« (186) aufzudecken. Über die Topik, verstanden als eine Heuristik möglicher Argumente, soll der Anschluß an die traditionelle Rhetorik hergestellt werden. In der argumentativen Grundformel »p, weil q« wird versucht, den begründungsbedürftigen Geltungsanspruch der Äußerung »p« durch »Berufung auf die unterstellte Gültigkeit einer anderen Äußerung (q) einzulösen« (91), denn Argumentation funktioniert nur, wenn es gelingt, die problematisierten Geltungsansprüche an »geltende Überzeugungspotentiale anzuknüpfen« (92). Damit wird in Erinnerung gerufen, daß es einen status quo »geltender Überzeugungen [gibt], der den Rahmen absteckt, innerhalb dessen allein überzeugungskräftige Problemlösungen gefunden werden können« (93). Hier wird das konservative Moment von Argumentationen deutlich, weil der Rahmen nicht problematisiert werden kann. Die Rekonstruktion der »individuellen und gesellschaftlichen Argumentationsvoraussetzungen« (15) war ausgeklammert worden, denn nach Kopperschmidt ist das eine Teilaufgabe der allgemeinen Argumentationstheorie und gehört nicht zur Argumentationsanalyse. Wenn eine Gesellschaft ihre notwendige Handlungskoordination nicht mit Macht erzwingen oder durch verbürgte Sinnressourcen gewährleisten kann, dann wird Argumentation nötig, um das kooperationsfördernde Einverständnis zu ermöglichen (vgl. 5, 10). Kopperschmidt deutet an, daß traditionelle Weltbilder

ihre legitimatorische Kraft eingebüßt haben (vgl. 168f.). Damit allein der Weg der Argumentation verbleibt, müßte er aber auch zeigen, daß die Gesellschaft die Handlungskoordination »nicht durch akommunikative Sanktionsmittel bzw. durch Steigerung ihrer Kontrollkapazität erzwingen« (10) kann. Den Nachweis, daß eine moderne Gesellschaft diese Möglichkeiten nicht besitzt und benutzt, bleibt er schuldig. Eine Analyse der heutigen Gesellschaft könnte zeigen, daß Argumentation systematisch unterdrückt wird (z.B. durch die Sanktionsmittel Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot). Die sanfte (Kontroll-)Macht der Medien verhindert medial, aber durchaus genial, daß zuviel argumentiert wird (vgl. aktuell die Propaganda zur Vereinigungspolitik).

Im Einleitungs- und Schlußkapitel wird besonders deutlich, daß es Kopperschmidt nicht nur um ein formales Beschreibungsverfahren geht. Vielmehr will er Mut machen für mehr Vernunft. Diesem Anliegen ist zuzustimmen. Der Ansatz wird aber fragwürdig, wenn er sich vom »Praktischwerden der Vernunft in argumentativen Verständigungsprozessen allein (!) ... eine mögliche Lösung drängender Problemfragen erhoffen« (5) will. An dieser Stelle sind der Argumentation Grenzen gesetzt, die argumentativ nicht zu überwinden sind. Klaus Roß (Duisburg)

**Erlinger, Hans Dieter, Clemens Knobloch und Hans Dieter Meyer (Hrsg.): Satzlehre — Denkschulung — Nationalsprache.** Deutsche Schulgrammatik zwischen 1800 und 1850. Nodus Publikationen, Münster 1989 (146 S., br., 29,80 DM)

Der Sammelband dokumentiert den gegenwärtigen Stand eines Forschungsprojekts zum gymnasialen Deutschunterricht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auf den ersten Blick scheint es sich um ein eher entlegenes Forschungsgebiet zu handeln. Die politische Dimension der Diskussion ist jedoch in mehrfacher Hinsicht auch heute noch aktuell und für bildungspolitisch interessierte Leser sogar ein unverzichtbares Lehrstück. Eine der heute noch spürbaren Folgen des Scheiterns der damaligen Reform ist es ja, daß die bildungspolitische Dimension einer Diskussion um die Schulgrammatik selbst für Deutschlehrer erst rekonstruiert werden muß.

Die preußischen Reformmaßnahmen von 1812 bezogen sich zwar auf das höhere Bildungswesen, waren aber ursprünglich auch für den Elementarbereich ins Auge gefaßt. Ihren Kern bildeten die Professionalisierung des Lehramts und die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts als Schulfach. Hier nun hätte eine syntaktisch zentrierte Schulgrammatik, wie die von Karl Ferdinand Becker, die Funktion einer »Sprachdenklehre« gehabt. Die Reform wurde abgebrochen, ehe sie das Elementarschulwesen erreichte, obwohl die Lehrer dort und im Bereich der Realschulen für Neuerungen aufgeschlossener waren als an den Gymnasien, wo standespolitische Abgrenzungen und das Fehlen einer akademischen Bezugsdisziplin für den Deutschunterricht Hindernisse bildeten. In diesem Kontext stellt die Satzlehre bei weitem mehr dar als ein Spezialgebiet des muttersprachlichen Grammatikunterrichts. Sie bildet — wegen der an sie geknüpften Erwartungen hinsichtlich Selbsttätigkeit und Selbstreflexion der Schüler — »einen ideologischen Sammelpunkt der fortschrittlich-demokratischen Lehrer« (9f.) Nicht zuletzt darauf beruht die Denunziation Beckers als »praxisfern« in der Folgezeit.

Einen allgemeinen Überblick bietet der einleitende Aufsatz von Hans Dieter Erlinger. Spezielleren Themenstellungen sind die übrigen Beiträge gewidmet. — Claudia Bartels stellt dar, wie die Etablierung des Lehramts als Lebensberuf, verbunden mit dem vorzeitigen Abbruch der Reform, zu einer getrennten Entwicklung in der Professionalisierung von Lehrern für das höhere und für das niedere Schulwesen führt. Dem an den Gymnasien eingerichteten Schulfach Deutsch fehlt es



gerade zur Zeit der Reform an fachlich ausgebildeten Lehrern. Die Konsequenz ist, daß sich im Deutschunterricht der Gymnasien zunächst das Paradigma des altsprachlichen Unterrichts und später der schulfremden Universitätsgermanistik durchsetzt. — Erlinger zeigt an Robert Heinrich Hieckes Buch »Der deutsche Unterricht auf deutschen Gymnasien« (Leipzig 1842), daß die pädagogische Reformkonzeption, den Unterricht auf dem methodischen Prinzip der »'Production', d.h. Selbsttätigkeit« (49) zu gründen, »didaktisch nutzbar gemacht« wurde »für den Literaturunterricht und für den Aufsatzunterricht« (54), nicht jedoch für den Bereich Sprachreflexion. — In zwei Beiträgen analysiert Clemens Knobloch den Stand der sprachwissenschaftlichen und didaktischen Diskussion um die Satzlehre vor und nach dem Erscheinen von Karl Ferdinand Beckers »Organism der Sprache« (Frankfurt/M. 1827). Dabei relativiert er sowohl das Verdienst als auch den vermuteten Einfluß von Becker. Sein Buch habe »die Tendenzen zur Empirisierung der deutschen Grammatik« gebündelt und einer »sauberen Trennung von Wortart- und Satzgliedlehre« den Weg gebahnt (64f.). Es könne aber keine Rede davon sein, »daß Becker eine wirkliche Vorherrschaft erlangt oder die anderen Grammatiken verdrängt hätte« (90). — Den Abschluß bildet eine biographisch-bibliographische Skizze von Hartmut Meyer über O.F. Heinsius (1770-1849). Sie vermittelt einen Eindruck vom kulturellen, sozialen und politischen Beziehungsgeflecht, in dem die berufliche Arbeit reformbewußter Gymnasiallehrer dieser Zeit zu sehen ist. Eduard Haueis (Stuttgart)

## Soziologie

**Beck, Ulrich, und Elisabeth Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (301 S., br., 14,- DM)

Zunächst einmal lese ich, daß ein bestimmter Feminismus fünfundzwanzig Jahre gebraucht hat, um Einzug in den Alltag von Ulrich Beck zu halten; Beck scheint umgeben von der »Nervigkeit einer Optik, die selbst noch in der Margarine-Reklame einen Sexismus wittert« (54), und die Frauenemanzipation überhaupt kann »in ihrer singularisierten Form die schönste Familienharmonie über Nacht erdbebenartig erschüttern« (199). Angst geht um, wenn die Frau erwerbstätig ist: »Die Freisetzung der Frauen aus Hausarbeit und Eheversorgung soll erzwungen werden durch den Rückschritt der Männer in diese 'moderne Feudalexistenz', die die Frauen für sich gerade ablehnen.« (43)

Es könnte ja möglich sein, daß in den gesellschaftlichen Schichten, die sich zur Frauenemanzipation bewußt verhalten können, Krisen auftreten, weil der Verlust von männlichen Privilegien hier besonders deutlich wird. Beck nimmt den Spielball auf und erfindet eine geschlechtslose Krise oder besser eine, die alle betrifft: »Ehe, Familie, Partnerschaft werden zum Ort, wo die ins Persönliche gewendeten Widersprüche einer durchmodernisierten Marktgesellschaft auch nicht mehr kompensiert werden können« (53). Die Folie »früher war es möglich, heute nicht mehr« wird im Buch unentwegt bedient, ohne daß sie selbst Gegenstand der Analyse würde. Ideologien, die selbst immer schon sozialer Kitt waren, werden als »wirkliches Leben« vorgeführt, das jetzt in die Krise der Individualisierung gerät.

Beck und Gernsheim sind mit Ihrer Aufsatzsammlung eher Verführer als Aufklärer; »das historisch aufbrechende Gegeneinander von Liebe, Freiheit und Familie« (9) wird bloß behauptet und nirgends belegt. Umfangreiche Untersuchungen über Ehe und Liebe wie die von Métral, die der Ausgangsthese widersprechen, wurden gar nicht zur Kenntnis genommen. Es werden Deutungen von sozialen Phänomenen

vorgenommen, die bloß Normalität zeigen, ohne sie zu begreifen. So verkündet Beck: »Der alltägliche Krieg der Geschlechter ... ist vielleicht der eindringlichste Maßstab für den Hunger nach Liebe.« (20) Die griffige Formel vom Krieg schweigt über die Herrschaft im Geschlechterverhältnis.

Beck legt noch einmal seine These von der Individualisierung vor. Der Begriff umfaßt nicht den Prozeß der »Individuation, eher einen Zwitter aus Konsum- und Selbstbewußtsein« (61). Die im Titel versprochene Liebe meint ihre Formierung in Ehe und Familie. Naiver, von allen kritischen Elementen befreiter Idealismus bricht sich Bahn, indem das Bewußtsein als seinbestimmend behauptet wird. Beck zitiert nicht, er raunt. Er benennt nicht, er paraphrasiert; so wenn er gegen eine schlichte These (wer stellte sie auf?) eine andere schlichte wendet. Z.B. wurde früher angenommen, »die Aufklärung habe erst die Erkenntnis der Natur, Entwicklung der Produktivkräfte, Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse und dann die Befreiung des Menschen angenommen. Wie anders stellen sich für Beck jetzt die Ideen oder die Wirklichkeit (?) dar: »Vielmehr wird das Ende unbescheiden vorweggenommen: Entwicklung des Selbst in seinen sozialen Blockierungen und Vorgegebenheiten sowie der Möglichkeiten, diese eigentätig praktisch zu lockern, aufzubrechen und dann über Ehe, Familie, Geschlechterbeziehung hinaus in Arbeit, Politik und Institutionen, Umgang mit Natur und Technologie hineinzuwirken ...« (64). Es ist das alte sozialwissenschaftliche Spiel: die alten Formen bleiben, die Inhalte werden umgedeutet. Schon in den zwanziger Jahren gab es in der Arbeiterbewegung die Hoffnung, in der Familie die neue Gesellschaft vorwegzunehmen und so an ihr zu bauen (vgl. *Argument*-Sonderband 110). Auch Beck fällt auf, daß die Form der Ehe/Familie nach Legitimation ruft, er selbst breitet die Daten über Scheidungen, Single-Dasein sorgfältig aus, und er findet eine gemeinsame dritte Sache, die so alt ist wie das Wissen um die Vaterschaft: es ist das Kind »als letzte Gemeinsamkeit, die die Menschen gegen die ihnen entgleitenden Liebesmöglichkeiten errichten können. Es ist die private Art der 'Wiederverzauberung', die mit der Entzauberung und aus ihr ihre Bedingungen gewinnt.« (55) Obwohl Beck in der »Risiko-Gesellschaft« »Großgruppenkategorien« für fragwürdig befand, werden sie unbefangen zum Beleg von Meinungen herangezogen. Nachdem umfangreich an die von Metz-Göckel und Müller angefertigte Untersuchung über den Mann zurückgegriffen wurde, heißt es: »Fassen wir zusammen: Hinter den Fassaden des von beiden Seiten gepflegten Partnerschaftsideals stauen sich die *Widersprüche* auf.« (33) Die Verweise auf empirische Literatur bilden bei Beck den Wirklichkeitshorizont.

Beck-Gernsheim »füllt« die Thesen von Beck mit historischer Literatur. Auch hier findet eine bloß affirmative Auswertung statt; so wird z.B. »die Herauslösung (des Individuums, K.H.) aus traditionellen Bindungen« mit Weber, Berger und C.G. Jung auf einer drittel Seite »belegt«. Die Arbeit mit dem Material wurde ausgelassen.

M.E. fehlt den AutorInnen ein Problem, das zu lösen ihnen Aufgabe sein könnte. Das Vage der Drohungen, die aus den neuen Anforderungen an die einzelnen resultieren, ist dieser fehlenden Problemlast geschuldet; »Wenn 'Gleichheit' im Sinne der Durchsetzung der Arbeitsmarktgesellschaft für alle gedeutet und betrieben wird, dann wird — implizit — mit der Gleichstellung letztlich die vollmobile Single-Gesellschaft geschaffen« (190). Beck verschweigt die Möglichkeiten, die in dieser Durchsetzung liegen: radikale Arbeitszeitverkürzung, Beteiligung aller an den Aufgaben der individuellen Reproduktion. Zeit oder Leben ist für Beck nur Arbeit: Familien- oder Erwerbsarbeit. Kultur und Politik, die die Partizipation vieler in neuen Formen erreichen könnte, Durchsetzung der eigenen Interessen im Kollektiv sind völlig ausgespart. Der Mensch ist privat artikuliert, seine Gesellschaftlichkeit

ist ein blinder Fleck oder negativ bestimmt. Beck fürchtet, daß der/die individualisierte einzelne eine andere/einen anderen nicht mehr in sein Leben einbauen kann. »Der Kreis der Individualisierung schließt sich. Das eigene Leben muß besser gesichert, die Mauern, die die Verletzungen, vor denen sie schützen sollen, mitbedingen, müssen höher gezogen werden.« (91) Frauen brachen vor vielen Jahren (und sie tun es bis heute) aus den Zweisamkeiten aus, um sich in der Frauenbewegung, im Kollektiv ent-isolieren und individuieren zu können. Sie leb(t)en etwas vor, das noch immer nicht allgemein werden konnte unter kapitalistischen Verhältnissen: Liebe, Zuneigung, das Zusammenleben durch eine gemeinsame dritte Sache; das macht die einzelnen stark, und die Verbindung, die dritte Sache, kann sich entwickeln. Historisch interessant ist die Frage, ob es zwischen Männern und Frauen in *allen* Verbindungen die dritte Sache geben kann. Mit Beck verbleiben die LeserInnen in den bürgerlichen Gefühlsformen. Er setzt sie als überhistorische (überwiegend sinnlich vitale) Bedürfnisse; ihm entgeht, daß, wenn sich alles ändert, auch die Bedürfnisse sich wandeln. Bei ihm ist/wird »der Mensch« in der Informationsgesellschaft eine moderne Monade. »Der Mensch ist selbstverständlich heterosexuell und hat immer Sehnsucht nach seinem Gegenstück. »Der Mensch« ist *hauptsächlich* erfüllt von einer Partnerschaft. Mühsam ändern Frauen ihre Lebens-Hierarchien. Sie »erziehen« ihre Gefühle, da sie in ihrer Handlungsfähigkeit behindert waren, indem sie ihre Partnerschaft als zentral ansahen. Beck sieht, daß dies einiges änderte und findet eine pejorative Sprache dafür: »Gewiß, es gibt die vorgeschriebene 'midlife crisis', die Langhaarigen, die Softies, die Gruppen alleinerziehender Väter und die homosexuellen Clubs.« (199) Für ihn bleiben dies — schlechte — Ausnahmen, nicht Symptome auch für Umwälzungen. Die Frauenbewegung erzwingt — betrachtet man sie mit den Augen von Beck — nicht etwa den Abbau von männlichen Privilegien, sondern die Befreiung des Mannes z.B. von der »Selbstunterdrückung im Beruf« (200). Die Ehefrau, nicht der Kapitalismus, war es, die die Männer dazu brachte, alles zu »schlucken«, »weil er die 'hungrigen Mäuler' zu Hause stopfen mußte« (200). Hausarbeit wird bei Beck zur Kunst: »Vielleicht nimmt die vergessen plazierte Unterhose, wenn sie erst einmal wirklich versteinert ist und angereichert mit Käsepapier und verschmierter Wurstgabel, einen Beuys vorweg ...« (203).

Erfahrungslose Sozialwissenschaft gebiert die Erfahrung im Bauch der Liebe neu: »Liebe ist auch und wesentlich eine *Rebellion der Erfahrung* gegen die erfahrungslos werdenden Zeitwirklichkeiten in der zivilisatorisch hergestellten Welt.« (235) Wir sollten nicht vergessen: Früher war die Erfahrung der Liebe mit allen Lasten die einzige, die Frauen machen konnten. Heute sollen sie — nach Beck — alle Menschen als ein »Götterbad der Erfahrung« (235) machen. Die Anpreisung des Neuen ist sehr laut, sie kennt keine Fragen und wird hoffentlich nicht fraglos hingegenommen.

Eine Hälfte der Texte sind Originalbeiträge, die andere ältere Veröffentlichungen, teilweise überarbeitet.

Kornelia Hauser (Bielefeld)

**Auslitz-Blesch, Kyra: Akademikerinnen in Japan. Familie, Beruf und Frauengruppen.** Deutscher Studienverlag, Weinheim 1989 (314 S., br., 56,- DM)

Mit der Ausweitung internationaler Kontakte hat die Frauenforschung nicht Schritt gehalten. Wir täuschen uns, wenn wir auf Grund oberflächlicher Informationen meinen, »von fremden Frauen« (Arbeitsgruppe Ethnologie, Wien 1989) weltweit viel zu wissen. Das gilt auch für Japanerinnen. Viele halten sie für Anhängsel der berüchtigten männlichen »Arbeitsbienen«. Dabei lohnt es sich, mehr von ihnen, ihrer Lebenssituation und ihrem Selbstverständnis zu erfahren. Und das nicht etwa, weil ihre Lebensumstände »exotisch« wären, sondern wegen der prinzipiellen

Vergleichbarkeit ihrer und unserer Existenzbedingungen. In einer hochindustrialisierten, in mancher Hinsicht sogar ultramodernen Gesellschaft erleben die Japanerinnen, wie Kyra Auslitz-Blesch am Beispiel der Akademikerinnen deutlich macht, vielfältige Formen der Diskriminierung. Obwohl sie uns zum Teil vertraut erscheinen, dürfen wir ihnen nicht einfach unsere aus westlicher Erfahrung gewonnenen Interpretationsmuster überstülpen. Das gilt gleichermaßen für die Ursachen wie für die Bewältigungsstrategien. Der Autorin gelingt es, diese Einsicht und ihre langjährige Auseinandersetzung mit japanischen Erfahrungsgehalten in ihrem Buch nachvollziehbar und spannend zu gestalten.

Es basiert auf siebzig Intensivinterviews und zusätzlichen Untersuchungen. Befragt wurden Japanerinnen mit Hochschulabschluß, die teils als Wissenschaftlerinnen (Dozentinnen), teils als (Vollzeit-)Hausfrauen leben, wobei ersteres die Ausnahme und letzteres die Regel ist. Wie verkraften japanische Akademikerinnen ihr »Studium für die Ehe« (wie es eine Japanologin formulierte)? Wie reagieren die qualifizierten Berufstätigen unter ihnen auf diskriminierende Arbeitsbedingungen, »Doppelbelastung«? Worin unterscheiden sie sich von den nicht-erwerbstätigen Akademikerinnen? Wer ist für politischen Protest ansprechbarer? Antworten hierauf dürften über den engeren Kreis der Japanologinnen hinaus für alle diejenigen von Interesse sein, die auf dem Gebiet der Frauenarbeit international und interkulturell vergleichend forschen, lernen und lehren (wollen). Nach Kyra Auslitz-Blesch ist die Lage der japanischen Akademikerinnen durch *Paradoxien* gekennzeichnet: So werden — um mit der folgenreichsten zu beginnen — »in Japan gerade diejenigen Frauen am stärksten benachteiligt, die das höchste Bildungsniveau, den Abschluß der vierjährigen Universität, aufweisen« (78). Mehr japanische als bundesrepublikanische Frauen besitzen einen Hochschulabschluß, und insgesamt sind in Japan mehr Frauen als in der Bundesrepublik erwerbstätig. Jedoch variieren die Erwerbschancen der Japanerinnen gegenläufig zu ihrem Ausbildungsniveau. Der von westlich-liberaler Seite häufig unterstellte »Automatismus« von Bildung und Emanzipation scheint in Japan nicht zu funktionieren. Der »Königsweg« Bildung hat sich dort für Frauen, zumindest was die ökonomische Unabhängigkeit anbelangt, als Sackgasse erwiesen. Ist das nur ein japanischer Modernitätsrückstand oder die Vorwegnahme (post-)moderner Bildungs-Entwertung?

Japanische Unternehmen sind als Hauptabnehmer akademischer Arbeitskraft bislang kaum bereit, in die Schulung von Universitätsabsolventinnen zu investieren. Hauptargument ist deren unrentable kurze Verweildauer: Dabei handelt es sich um ein Problem, das sie größtenteils selbst durch unterqualifizierten Einsatz der Frauen produzieren! Es ist also nicht der Autorin anzulasten, daß in ihrer Studie ausschließlich die inneruniversitär beschäftigte Wissenschaftlerin den Typus der qualifizierten berufstätigen Akademikerin repräsentiert. Zwar werden Wissenschaftlerinnen diesen Typs nach der Familiengründung nicht aus dem Beruf gedrängt, aber fast ausnahmslos verbleiben sie in den alleruntersten Rängen: »In dem 'Herrenhaus' der Nationaluniversität«, so resümiert die Autorin ihre Fallstudie der ehemaligen kaiserlichen Eliteuniversität Hokudai in Sapporo, »wird eine echte Konkurrenzsituation zwischen den Geschlechtern von vornherein und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert.« (138) Typische Diskriminierungsmechanismen sind u.a. das Ausbleiben der Förderung durch einen wohlwollenden Mentor und die Nichteinbeziehung in formelle und informelle Netzwerke. Sie benachteiligen Frauen in *allen* japanischen Organisationen. Die Mehrheit der japanischen Hochschullehrerinnen unterrichtet in niedrig bewerteten Fraueninstitutionen (Kurzzeit- und »reinen« Frauenhochschulen) auf der untersten Hierarchiestufe sogenannter Frauenfächer

(Fremdsprachen, Literatur, Erziehungswissenschaften). — Beim Vergleich der Lebenssituation der verheirateten berufstätigen Akademikerinnen mit derjenigen der nicht-erwerbstätigen stieß Kyra Auslitz-Blesch auf eine weitere unerwartete Anomalie: »Es scheint, als ob in Japan paradoxerweise die Hausfrauen weniger isoliert sind als die vollberufstätigen Frauen.« (198) Tatsächlich waren die verheirateten Wissenschaftlerinnen weder in die »Frauenwelt« (der Nachbarschaftskontakte, Müttergruppen, Freizeit- und Weiterbildungsveranstaltungen etc.) eingebunden, noch in die »Männerwelt« voll integriert. Und letzteres nicht nur wegen ihrer in den »Männerclans« als störend empfundenen Geschlechtszugehörigkeit, sondern auch, weil sie die unbegrenzte zeitliche Verfügbarkeit, mit der man/n in Japan Loyalität signalisiert, nicht aufbringen können. Ihre spärliche Freizeit verbrachten sie in der Regel mit Hausarbeit, widmeten sie ihren Kindern. Sie lebten, was die über den Arbeitsplatz hinausreichenden Sozialkontakte anbelangt, »am familienzentriertesten von allen Personengruppen«, zudem in einer Situation »ständige(r) Überarbeitung und Übermüdung«. (187, 199)

Daß ein derart atomisierender Lebensstil politischen Protest nicht begünstigt, spiegelt sich in der sozialen Zusammensetzung der japanischen Protestbewegungen: »Paradoxerweise scheinen in Japan gerade die Frauen, die wirtschaftlich unselbstständig sind, eher aus ihrem 'Randfigurendasein' herauszutreten als die beruflich engagierten Frauen.« (253) Das liegt jedoch nicht nur am Zeitmangel, sondern hat andere Gründe: Wie die japanische Nachkriegsgeschichte vielfach zeigt, fällt es Japanerinnen vergleichsweise leicht, aus der öffentlich anerkannten Rolle der Hausfrau, Mutter und Konsumentin für vermeintlich höherrangige Ziele (wie etwa Umweltschutz, Weltfrieden) einzutreten. Dagegen gilt das Insistieren auf individuellen Rechten, gar der Wunsch nach »Selbstverwirklichung« jenseits tradierter Rollen als egoistisch und unmoralisch. Kann es aber überhaupt Feminismus auf anti-individualistischer Basis geben? Die Autorin steht den japanischen Hausfrauen- und Mütterbewegungen mit skeptischem Interesse gegenüber.

Auch in der spezifischen Sicht der Geschlechterbeziehung, im Verhältnis zum (Ehe-)Mann unterscheiden sich die interviewten Japanerinnen von Frauen im »Westen«. In vielen Äußerungen wird deutlich, daß den japanischen Mann nicht die (Marlboro-)Aura von Freiheit und Abenteuer umgibt, daß er nicht die Lebenschancen besitzt, um die westliche Frauen Männer häufig beneiden. Dieses Denkmuster ist Japanerinnen nicht fremd, aber es koexistiert mit der Auffassung vom Mann als bemitleidenswertem »Rädchen im Getriebe«. Vor allem die nicht-erwerbstätigen Akademikerinnen distanzieren sich vom »Männerleben«.

Wie schon eine japanische Anthropologin festgestellt hat, scheint es unter japanischen Frauen, auch unter Akademikerinnen, keinen Konsensus darüber zu geben, welche Art von »Gleichstellung« überhaupt erstrebenswert wäre. Als Fazit hält Kyra Auslitz-Blesch fest, daß ihre Gesprächspartnerinnen zwar zur Hälfte sehr unzufrieden sind, aber dennoch in erstaunlich hohem Maße die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, nicht jedoch die Geschlechterhierarchisierung, gutheißen. Auch die Wissenschaftlerinnen »wollen sich eine Rückzugsmöglichkeit aus der Vollberufstätigkeit in den Hausfrauenberuf und in ein sozial hochbewertetes Engagement als Mutter bewahren.« (247) Die Autorin hält deshalb Allianzen zwischen Frauen(gruppen) mit verschiedenen Lebensstilen für möglich, da diese sich wechselseitig respektierten. Die jüngste politische Entwicklung, die spektakulären Wahlerfolge der sozialistischen Partei unter Führung der (ledigen) Hochschuldozentin Takako Doi, die sich u.a. auf die breite Mobilisierung oppositioneller Frauen(gruppen) stützt, scheinen ihre Prognose zu bestätigen.

Wie steht es um den Ethnozentrismus der vorliegenden Studie? Methodenkritische Überlegungen sind angebracht, weil sie die Standards interkulturellen Vergleichens in der Frauenforschung erst noch entwickeln müssen. Ethnozentrisch, d.h. von der bundesrepublikanischen Feminismus-Diskussion inspiriert, ist meines Erachtens zweifellos die Ausgangsfrage der Untersuchung: »Aber warum lassen sich die intelligenten, qualifizierten Frauen aus dem Gesellschaftsleben herausdrängen...?« (6) Daß es zu ihrer Beantwortung notwendig sein wird, auch das japanische Verständnis von »Gesellschaft« zu thematisieren, hätte schon zu Beginn deutlicher formuliert werden müssen. Auch die unbekümmerte Verwendung der Kategorien »Bildung« und »Beruf« halte ich für ethnozentrisch: Mit ihnen verbinden sich Bedeutungsgehalte, die sie für eine Beschreibung japanischer Realität ungeeignet machen — man denke etwa an die bildungsfeindlichen Implikationen des japanischen Hochschulwesens wie das exzessive Prüfungswesen etc. und das Nichtvorhandensein von Berufsbildern, von »Beruf« als sozialem Sachverhalt. Eine Problematisierung wäre angebracht gewesen. Das gilt ebenfalls für die ethnozentrische Überwindung der Sprachbarriere. Ich halte es zwar für eine durchaus akzeptable, pragmatische Lösung, daß die Autorin ihre Akademikerinnen-Interviews auf Englisch und Deutsch führte, aber sie hätte zu den Risiken dieses Verfahrens, beispielsweise zum (möglichen) Nicht-zur-Sprache-Kommen von Ambivalenzen, expliziter Stellung nehmen müssen.

Häufig jedoch wird der Ethnozentrismus-Vorwurf als (forschungs-)moralische (oder wissenschaftsethische) »Keule« benutzt. Dabei wird übersehen, daß Ethnozentrismus in gewissem Umfang, vor allem als eine Art »Initialzündung«, unvermeidlich, unbedenklich und sogar nützlich ist, vorausgesetzt, daß er nicht in »allzustarker ideologischer Befangenheit verharrt« (wie es ein erfahrener Japanforscher formulierte). Das ist aber in der vorliegenden Studie ganz und gar nicht der Fall. Sie ist so konzipiert, daß sich der soziale und kulturelle Kontext, in dem die japanischen Gesprächspartnerinnen agieren und der ihren Äußerungen überhaupt erst Sinn verleiht, Schritt für Schritt erhellt. Implizit wird damit auch für eine Leserschaft ohne Japanerfahrungen deutlich, was es mit »Bildung«, »Beruf«, »Familie«, »Gesellschaft« in Japan und nach japanischem Verständnis auf sich hat. Der Autorin gelingt ein faszinierendes Porträt japanischer Akademikerinnen, ihres zugleich widersprüchlichen und konsistenten Selbstverständnisses. Zu wünschen wäre diesem Buch eine produktive Rolle im deutsch-japanischen Gedankenaustausch.

Claudia Weber (Tübingen)

**Segal, Lynne: Ist die Zukunft weiblich? Probleme des Feminismus heute.** Aus dem Englischen von Brigitte Stein. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (334 S., br., 19,80 DM)

Ob die Zukunft weiblich ist, ist nicht nur ein Thema der britischen, sondern auch der deutschen Frauenbewegung. 1984, als kulturfeministische bzw. essentialistische Positionen zunehmend an Bedeutung und Akzeptanz in der britischen Diskussion gewannen (vgl. 9), begann Segal, ausgehend von einem sozialistisch-feministischen Standpunkt, mit der vorliegenden Analyse der Situation. Mit »essentialistisch« bezeichnet sie ein Denken, das auf biologischen, geschlechterpolarisierenden, statisch-psychischen, ahistorischen und somit insgesamt unzulänglichen Denkmustern beruhe (vgl. dazu z.B. die Kritik an Daly, Spender und Chodorow). Die in der Aufbruchphase des Feminismus vom egalitären Standpunkt aus abgelehnten Differenzbestimmungen zwischen den Geschlechtern wurden zunächst von den »Radikal- bzw. Kulturfeministinnen« aufgefüllt, wie Segal feststellt: »Ich bin mir

bewußt, daß die radikal- und kultur-feministischen Themen, die ich kritisiert habe, im heutigen Feminismus populär geworden sind, weil sie vielen Frauen ein Gefühl des Selbstvertrauens und der Kreativität in ihrem Leben als Frauen gegeben haben, und weil sie Aggressionen gegen die Mißhandlung, Geringschätzung und Unterdrückung mobilisierten, mit der viele Männer immer noch die Frauen behandeln.« (37) »Es ist eine Politik der Verzweiflung und ein Rückzug, der für manche durch den Hinweis auf die überlegenen Fähigkeiten der Frauen gemildert wird.« (60) Des weiteren würde das »Problem der Männerherrschaft dem Problem eines kapitalistischen Klassensystems« untergeordnet (vgl. 299) und tendenziell »von der Auseinandersetzung mit den objektiv vorhandenen Zuständen und von den Kämpfen vieler Frauen um ihre Veränderung« ablenken (vgl. 275). In der Debatte um Sexualität habe sich die Spaltung zwischen Kulturfeministinnen und Sozialistinnen verschärft, wobei letztere, so Segal, zunehmend ins Abseits gerieten. Da der populäre Feminismus seine Auffassung für immer mehr Bereiche ausarbeitete, verlor nicht nur die Klassenfrage, sondern auch die Rassenfrage immer mehr an Bedeutung.

Beim Durchgang durch die Theorien von Daly, Spender, Griffin, Mitchell, Kristeva und Irigaray geht sie nicht immer konsequent dialektisch vor, wenn sie kein — auch für ihre Position nützlich — Moment der Wahrheit in kulturfeministischen Theorien ausmachen kann. Zum anderen ist sie so stark mit praktischen Fragen befaßt, daß ihr eine theoretische Auseinandersetzung zum Verhältnis von Feminismus und Sozialismus unnötig erscheint. Die ist vielleicht auch der Grund, warum sie einerseits ihre Position nicht explizit vorstellt, sondern sie nur umrißhaft in ihrer Kritik deutlich werden läßt, und andererseits abschließend zu so biederer Forderungen wie den folgenden kommt: »In den Strukturen, die die Macht und Privilegien der Männer mit der Welt der Frauen verbinden, zeigen sich immer neue Risse. Durch Verbreiterung dieser Risse können Feministinnen auf die Stärkung der Macht der Frauen hinwirken, um unsere Teilnahme an der Erschaffung einer Zukunft zu sichern, wie wir sie für uns und für andere wünschen.« (309) Im weiteren beginnt sie, Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu formulieren, die etwa so aussehen: Kampf von Feministinnen um Mindestlöhne und kürzere Arbeitszeiten, um Urlaub für Kinderbetreuerinnen und Pflegepersonen, um ein unabhängiges Einkommen für all jene, die Kinder und Pflegebedürftige zu Hause versorgen; eine Politik für die Einstellung, Förderung und Schulung von Frauen für Arbeitsplätze, von denen sie bisher ausgeschlossen waren; eine Umlenkung staatlicher Subventionen für die Wirtschaft zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen, die insgesamt den sozialen Bedürfnissen entgegenkommen und zum Überdenken vorhandener Vorstellungen von »Arbeit« und »Qualifikation«, die männliche Tätigkeiten gegenüber weiblichen höher bewerten, führen. (vgl. 309) Ob nun diese Strategien allein zur Verbesserung der Situation von Frauen geeignet sind, wage ich zu bezweifeln, zumal sie in Ansätzen sogar schon durchgesetzt sind und sich für die Situation der Frauen nicht immer positiv auswirkten (wie z.B. das Programm Frauen in Männerberufen), sondern den status quo sogar noch festschreiben!

Trotz dieser Probleme halte ich das Buch für lesenswert, allein schon wegen der umfassenden, detaillierten Darstellung und Kritik von auch hier geführten Diskussionen wie z.B. der Pornoghiedebatte. Christiane Telgheder (Melle)

**Belenky, Mary Field, u.a.: Das andere Denken. Persönlichkeit, Moral und Intellekt der Frau.** Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1989 (267 S., br., 38,- DM)

Mit dieser entwicklungspsychologischen Untersuchung weiblicher Selbstbilder, »Denkweisen« (9) und weiblicher Intellektualität folgen die vier Autorinnen den

epistemologischen Ergebnissen der amerikanischen Psychologin Carol Gilligan. Innerhalb ihres amerikanischen Samples »hören« (30) sie die weibliche »Stimme«: ein Konglomerat aus »eigener Meinung« und der »Erfahrung der Frau« (29). Die vier an amerikanischen Universitäten tätigen Verfasserinnen begreifen das Fehlen dieser »Stimme« als Anklage an männliche Wissenschaft und deren Forschungsmethoden und nehmen dies zum Anlaß ihrer Untersuchung.

Auf der Folie von Gilligans Modell der Ergänzung setzen sie »der öffentlichen Meinung der Männer ... die private häusliche Stimme der Frauen« (30) entgegen. Analog zur »anderen Stimme« unterstellen sie das »andere Denken«. Gilligan unterschied bereits die Moral der Gerechtigkeit von jener, die auf »Verbundenheit« mit anderen durch weibliche Fürsorge basiere. D.h., Grundlage des Denkens und Handelns von Frauen sei deren weibliche »Natur«. Auch in den vorliegenden Ergebnissen wird die »Natur« der Frau zugrundegelegt, allerdings seien »ähnliche Kategorien im Denken von Männern« (28) vorhanden. Eindeutig steht dennoch »mütterliches Denken« im Zentrum der Recherche (25), weil ausschließlich »mütterliche Praxis weibliches Denken über menschliche Entwicklung und über Lernbeziehungen formen« könne (25). Indem die Verfasserinnen im ersten Teil des Buches Mütter ausschließlich positiv zu Wort kommen lassen, bekräftigen sie die traditionelle Rolle der Frau. Folgerichtig erfährt das »Frauengerede« (30), der »Klatsch (137), seine Rehabilitation. Von Männern klischierte Unterhaltungen zwischen Frauen drängen »wie die Lyrik und die Erzählliteratur zur Wahrheit der Dinge vor« (137). Diese »frühe Manifestation ... zu Beziehung und Gespräch« (31), die Gilligan mit »verbundener« Moral gleichsetzt, liege bereits im Kleinkindalter der weiblichen Spezies vor. Dieser biologische, sonst hauptsächlich von Männern vorgeführte Standpunkt, mündet in die Überzeugung, daß sich Kritikerinnen als »Vertreterinnen des abgelösten Denkens weigern ... , die konventionelle Frauenrolle zu spielen, und entscheiden sich statt dessen dafür, ein Spiel zu spielen, das traditionell den Jungen gehört hat — das Spiel der unpersönlichen Vernunft« (123).

Frauen liege die Rolle der Zweifelnden nicht, welche dem »abgelösten« Denken zugeordnet sei. »Abgelöstes« Denken sei »vor allem eine Streitform«, die Frauen schwerlich als »Spiel« ansähen. Säßen Frauen in Seminaren an Universitäten oder anderen Bildungseinrichtungen, kreierte die Lehrer in ihrer »realen Macht über den Studenten« ein Spiel des Konfliktes und nicht jenes des Konsens. Dies seien die Lernbedingungen, die eigentlich nur für Jungen gelten. Im traditionellen Lehrmodell kämen hierarchische Beziehungen hinzu, wogegen die Autorinnen im zweiten Teil des Buches ein Modell der Gleichheit bzw. der Zurückhaltung des Lehrpersonals im Unterricht setzen. Eine sogenannte »Politik des Redens« (179) trage bereits zu Hause durch die »Natur« der »mütterlichen Praxis« im »mütterlichen Denken« zur Erzeugung eines Gemeinschaftsgefühls bei. Dabei spiele die Fähigkeit, zuhören zu können, die bedeutendste Rolle. Ein derartiges Verhalten bereite auf das angestrebte Konsensverhalten im »Hebammen-Modell« vor. Im »verbundenen« Unterricht agiere der/die LehrerIn durch Zurückhaltung als Hebamme, um die StudentInnen zum Reden zu ermutigen. Dies bedeute Konstruktion von »Wahrheit nicht durch Konflikt« (249), sondern durch »Konsens«. Dieser Vorschlag liefe aber letztlich auf die Durchsetzung gesellschaftlicher Positionen und Funktionen hinaus, die unter gegenwärtigen leistungsbezogenen Strukturen irrelevant sind.

Frauen, die sich das erste Mal mit dem Vorhandensein einer »eigenen Meinung« bzw. »eigenen Stimme« und deren Durchsetzbarkeit in Gruppen auseinandersetzen, könnten die vorliegende Untersuchung als Anreiz zur weiteren Entwicklung ihrer Fähigkeiten nutzen. Das Buch beansprucht, das Private öffentlich zu machen. Das



Positive ist: einer breiteren Öffentlichkeit das als Problem darzustellen, was die »Privatfrau verschweigt«, nämlich, die »häusliche Stimme«, die in der Öffentlichkeit kein Zuhause hat.

Christine Friedeberg (Bielefeld)

**Großmaß, Ruth, und Christiane Schmerl (Hrsg.): Feministischer Kompaß, patriarchales Gepäck. Kritik konservativer Anteile in neueren feministischen Theorien.** Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1989 (285 S., br., 39,- DM)

Das Buch will Wegweiser sein im Dschungel feministischer Diskurse. Indem die vier Autorinnen Genese, Evolution und Status Quo theoretischer Ansätze innerhalb der Frauenbewegung detailliert und kritisch darlegen, wollen sie Ansatzpunkte für eine notwendige Auseinandersetzung liefern. Die konservativen Anteile, bzw. die Schleifen zurück zum Patriarchat, sollen in den Theorieentwürfen Mary Dalys, Luce Irigarays, Nancy Chodorows, bei den amerikanischen Pro-Familien-Feministinnen Betty Friedan, Jean Bethke Elstain, Germaine Greer, und auch im »Müttermanifest der grünen Frauen«, ausgelotet werden.

Das Kapitel »Die Kinder der Männer — patriarchale Familien als Denk- und Lebensform« gibt einen Überblick über die jahrtausendlange Entwicklung unserer patriarchalen Familienformen und zeigt, wie das herrschende Bild der Familie, gestützt durch Erbschaft, Gebärneid und monoteistische Religion, seine ideologische Legitimation erlangen konnte. Der Lebensform »Familie« stellt Christiane Schmerl am Ende ihres sozio-historischen Abrisses als Ideal alternative Lebensgemeinschaften, wie zum Beispiel Wohngemeinschaften als Erziehungskollektiv, gegenüber. Ihre optimistische Einschätzung alternativer Lebensformen läßt sie jedoch vergessen, daß zum Beispiel Wohngemeinschaften längst nicht mehr alternative Utopien verfolgen, sondern oft — angesichts der horrenden Mietpreise — materiell orientiert sind. Zudem ist nicht einsichtig, warum und wie solche Lebensformen patriarchale Strukturen aufbrechen können. Hinter Schmerls Vergegenwärtigung der historischen, ideologischen und ökonomischen Bedingungen der patriarchalen Familienform fallen die Positionen der Pro-Familien-Feministinnen Bethke Elstain, Greer und Friedan zurück. Judith Stacy geht in ihrem Beitrag »Fürchten sich Feministinnen, von Zuhause wegzugehen?« davon aus, daß solche Positionen aus realen und ernstzunehmenden Bedürfnissen, wie etwa dem Wunsch nach Intimität, aus ungelösten Problemen, wie dem Kinderwunsch und der traumatischen Erfahrung des Alterns und aus gescheiterten Utopien, eben in alternativen Lebensformen entstehen. Die Pro-Familie-Feministinnen schrieben aber Mütterlichkeit als Norm fest und gäben den Kampf gegen das Patriarchat auf. Ähnlich auch Ruth Großmaß' Kritik an Nancy Chodorows psychoanalytischem Feminismus. Auch Chodorow teile den verengten Blick der Psychoanalyse auf die Kleinfamilie als ausschließlichem Entstehungsort von sozialen Beziehungen. Sie reduziere Entwicklungsstrukturen allein auf psychoanalytische Erklärungsansätze, womit die Mutter zur »Allein-Bedingenden« und an allem Schuldigen werde. Konervative Anteile werden nicht nur in bezug auf Familie ausgemacht, sondern auch in den ambitionierten Ansätzen der feministischen Philosophien von Mary Daly und Luce Irigaray. Bei Daly rücke die *Natur* an Stelle der Religion und die Göttin an die eines patriarchalen Gottes. Die Mystifikation bleibe. Doch Ruth Großmaß läßt sich zu sehr auf Wortschöpfungen und Bilder der elementar-feministischen Philosophie Dalys ein, ohne sie zu erhehlen. Mangels Definitionen bleiben Begriffe unverstänlich. Trotz der kritischen Haltung gegenüber der Theorie wird eine gewisse Scheu vor der Dekonstruktion von Dalys Philosophiegebäude deutlich, und dies läßt sie ihre Kritik immer wieder zurücknehmen.

Solche Skrupel hat Alexandra Busch in ihrem erfrischend ironischen und gut lesbaren Beitrag nicht. Sie schiebt den »metaphorischen Schleier des ewig Weiblichen« gelassen zur Seite, und weist Luce Irigarays *Ethik der sexuellen Differenz* letztendlich wieder patriarchale Denkschemata nach. Im Zentrum des Irigarayschen Weltmodells stehe das heterosexuelle Paar und dessen Fruchtbarkeit. Homosexualität wird als unpassend negiert. Über der heterosexuellen Idylle schwebten Engel und ein gutes göttliches Wesen. Männlichkeit und Weiblichkeit blieben auch in dieser neuen Welt, in der sexuelle Differenz gelebt werde, zentrale Kategorien, wobei die Frau in ihrer Rolle als Mutter die Produktivität des Weiblichen garantiere. »Wieso soll die Frau ausgerechnet durch ihre Schamlippen bestimmt sein?« fragt Busch und belegt, daß die Geschichte, die diese erzählen sollen, anti-aufklärerisch ist und die Frau mystifiziert, wie ehemals Freud. »Freud war der Ansicht, die Frau sei ein nicht ganz voll entwickelter Mann, infolgedessen meistens unglücklich und ziemlich neurotisch und ansonsten ohnehin ein Rätsel; Irigaray ist der Ansicht, die Frau sei immer schon Zwei, unbeschreiblich weiblich und ganz Anders, als wir immer gedacht haben — infolgedessen immer noch ein Rätsel.« (163)

Das Schlußkapitel faßt noch einmal die erkenntnistheoretisch-politischen Ansprüche des Buches zusammen. Es geht um ein schrittweises Vorwärtsgen im Begreifen sozialer Prozesse unter Berücksichtigung der eigenen »blinden Flecke«. Als positives historisches Beispiel wird die englische Frauenbewegung aufgeführt, die ein entwickeltes, differenziertes Frauendiskussions- und Streitklima verkörpere, das nach Klassen-, Rassen- und ethnischen Zugehörigkeiten unterscheide sowie nach Sexualität. Eine Differenzierung sei laut Großmaß/Schmerl nach einer euphorischen Aufbruchphase mit anschließender Ernüchterung unumgänglich, und nicht jede gegenläufige Strömung sei per se ein Rückschritt. Die Schaffung und Tolerierung einer aktiven Kultur des Meinungs-austausches sei eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren eines dialektischen Erkenntnisprozesses. Ziel ist es, durch den streitbaren Umgang mit widersprüchlichen feministischen Theorien neue Einsichten zu produzieren, die ohne patriarchalen Ballast auskommen. Unseres Erachtens erfüllen die Herausgeberinnen den von ihnen formulierten Anspruch, konservative Anteile in den dargestellten Theorien aufzuspüren und sich auf eine Weise damit auseinanderzusetzen, die weder ausgrenzt noch verurteilt, sondern die genannten Gründe für die konservative Wende in der »post-feministischen« Zeit nachvollziehbar macht. Wie die Vorschläge von Großmaß/Schmerl allerdings praktisch-politisch umgesetzt werden können, bleibt auf Slogans wie »Taking the Role of the Other« beschränkt.

Raphaëla Armbrust, Ursula Holtgrewe, Uschi Müller, Ursula Simeth (Marburg)

## Erziehungswissenschaft

**Gamm, Hans-Jochen: Pädagogische Ethik — Versuche zur Analyse der erzieherischen Verhältnisse.** Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1988  
(188 S., br., 32,- DM)

Gamm beginnt mit dem historischen Resümee, »daß die Bemühung um eine systematische Bestimmung der normativen Orientierungen, die dem Unterricht als Grundlage und Richtpunkte dienen könnten, nach der Gegenwart immer mehr abnimmt« (Rülcker/Rülcker, zit. 9). Zunächst kann es durchaus als Fortschritt angesehen werden, daß die Orientierung pädagogischen Denkens und Handelns an Geboten, Katechismen und Tugendkatalogen vom Aussterben bedroht ist. Diese

Entwicklung zu begrüßen, muß indes noch nicht heißen, die Beschäftigung mit dem Problem für unangebracht zu halten — eine Fehleinschätzung, der die fortschrittlich orientierten Pädagogen vielleicht bisher zu sehr aufgesessen sind und zu deren Revision Gamm's Buch einen wichtigen Beitrag leistet. Der Untertitel kündigt an, daß die systematische Beschäftigung mit pädagogischer Ethik nicht im abermaligen (und auch nicht versteckten) Versuch einer Festschreibung von Verhaltensrichtlinien und Normvorgaben bestehen soll, sondern in der »Analyse der erzieherischen Verhältnisse«. Diese Absichtserklärung wirft sofort das zentrale methodische Problem einer nicht *normativen* Beschäftigung mit pädagogischer Ethik auf: Wie ist aus dem was *ist* abzuleiten, was als *sittlich* anerkannt sein *soll*; wie kann aus der gegebenen Wirklichkeit ihre eigene Orientierung, ihr eigenes Korrektiv gewonnen werden?

Gamm versucht dieses Problem zu lösen, indem er nicht bei der platten Beschreibung der bloß (im herkömmlichen Verständnis) *empirischen* Erfassung der *erzieherischen Verhältnisse hier und jetzt* stehenbleibt, sondern sie auf ihre verallgemeinerbaren Grundstrukturen hin durchleuchtet. Auf diese Weise gewinnt er kategoriale Bestimmungen, die er als kritischen Bewertungsmaßstab gegen den aktuell gegebenen Zustand der *erzieherischen Verhältnisse* wenden kann. Dabei zeichnet er das Problemfeld in einer breit angelegten historischen und logisch-systematischen Studie durch und schlußfolgert als für den Menschen unabdingbar notwendige Tugendkriterien: Empathie, Solidarität, Autonomie und ein viertes, das sich der Formulierung in einem prägnanten Begriff entzieht. Es könnte in etwa als *Standhaftigkeit*, als *Anstrengungsbereitschaft* oder als *risiko- und konfliktbereite Engagementfähigkeit* umschrieben werden. Da diese vier Kriterien unabdingbar *notwendige* Dimensionen menschlicher Lebensbewältigung ansprechen — und daher im verallgemeinerten Interesse aller menschlichen Subjekte liegen — sind sie sinnvollerweise nicht als *Gebote* vorzugeben und durch Lohn und Strafe zu *administrieren*. Gamm verweist in diesem Zusammenhang auf die Methode des Sokrates, die darin bestand, »mit den Gesprächspartnern in Agora und Arena gemeinsam den überlieferten Tugenden des Athener Stadtstaates auf die Spur zu rücken, um zu überprüfen, ob deren Ansprüche kritischer Nachfrage standhielten« (99).

Auf diese Weise entwirft Gamm ein Konzept pädagogischer Ethik, das weder *normativ* im autoritären, noch *wertfrei* im positivistischen Sinne zu sein braucht, sondern aus der Perspektive des menschlichen *Gattungsauftrages* verallgemeinerter Vernunft *wertend* Stellung bezieht. Mit dieser Argumentation stellt sich der Autor in die historische Tradition aufklärerischen Denkens und gesellschaftsverändernden Handelns. Vor diesem ideengeschichtlichen Hintergrund bin ich es dem Autor und dem Anliegen des Buches schuldig, einen kritischen Einwand nicht zu verschweigen: In der Kategorie des *Zwangs* — wie Gamm sie mit großer Behutsamkeit zu entfalten versucht (101ff.) — ist das Konzept nicht konsequent durchgehalten. Die Vorstellung, daß man letzten Endes doch immer wieder zu bestimmten Entwicklungsprozessen gezwungen werden müsse, geht einen für mich nicht notwendigen Kompromiß mit den entfremdeten Lebensbedingungen unserer Gesellschaft ein. Es fehlt hier die explizite Unterscheidung zwischen dem kulturellen Erbe der Menschen als solchem, auf dessen Aneignung natürlich jeder Nachkommende *verpflichtet* ist, das er sich aber durchaus in Verfolgung seiner ureigensten Interessen und Bedürfnisse aneignen kann, und jenen repressiven Dimensionen dieser menschlichen Kultur, unter die er (da sie nicht in ihrem Interesse liegen) unterworfen werden muß. Die ersteren *Zwänge* müßten ihrem Wesen nach nicht als Zwänge, sondern als Notwendigkeit bezeichnet werden, die durch Einsicht in sie zu subjektiven Entfaltungsmöglichkeiten werden können. Letztere hingegen sind die *pädagogischen* Aspekte gesamt-

gesellschaftlicher Unterdrückung, die die empirischen Biographien *repressiv* einfärben, um auf spätere Abhängigkeiten vorzubereiten. Nur letztere können vorbehaltlos als Zwang anerkannt werden, da sie sich prinzipiell jeder *freiwilligen* Übernahme versperren.

Den Lösungsweg sehe ich in Gamm's Argumentation bereits vorgezeichnet: Seine Absage an Lohn und Strafe, an normative Vorgaben und Regeln, verweisen den von ihm angepeilten vernünftigen Diskurs der Subjekte implizit auf die Instanz ihrer Interessen und Bedürfnisse. Im intersubjektiven Rückbezug auf diese liegt die Voraussetzung für das wechselseitige Verstehen der Individuen und damit die erste Grundlage jedes vernunftgeleiteten Diskurses. Zugleich wäre in ihnen der Angelpunkt für jene Orientierungen zu suchen, die Gamm als notwendige kennzeichnet. Hier nun scheint er zu wenig Vertrauen in die Sozialität der menschlichen Lebensantriebe zu entwickeln, als daß er sie als Grundlage einer gedeihlichen Entwicklung einschätzen könnte. Diesen Pessimismus könnten die anthropologischen Grundlagenstudien der Kritischen Psychologie zerstreuen helfen (vgl.: Klaus Holzkamp, *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/New York 1983). Dort wurde aufgewiesen, daß die menschliche Gattung auf Grund evolutionärer Notwendigkeiten umfassend produktive, soziale, auf die bewußte Erforschung und gemeinschaftliche Bewältigung der Lebensrealität gerichtete Bedürfnisgrundlagen herausbilden mußte, die jedem einzelnen Gattungsexemplar als Teil seines genetischen Erbes zukommen. Diese (von der Kritischen Psychologie so genannten) *produktiven Bedürfnisse* orientieren die Menschen in ihrem Versuch, Wirklichkeit zu erkennen und zu bewältigen, genau auf jene von Gamm herausgearbeiteten Tugenddimensionen der Empathie, Solidarität, Autonomie und Anstrengungsbereitschaft. Der pädagogische Auftrag müßte nun darin gesehen werden, die individualgeschichtliche Entfaltung dieser *Tugenden* fördernd zu unterstützen, nicht aber, sie erst durch pädagogische Maßnahmen *herzustellen*. Das (immer vermeintliche) empirische Fehlen dieser Orientierungen bei Heranwachsenden wäre dann nicht als *von außen* zu behobender Mangel, sondern als Resultat lebensgeschichtlicher Entwicklungsbehinderung zu deuten, ihm wäre nicht mit Zwang, sondern mit Untersützung bei der Selbstfindung zu begegnen.

In der Kombination der von Gamm vorgelegten ethischen Argumentation mit dem anthropologischen Befund der Kritischen Psychologie wären dann die Konturen einer materialistischen Interpretation pädagogischer Ethik sichtbar, die an keiner Stelle mehr jene *missing links* aufweist, die nur durch normative Setzungen zu füllen sind, und die damit in der Lage wären, auch diesen Aspekt des menschlichen Seins der metaphysischen Spekulation zu entreißen und (im umfassenden Sinne historisch) empirisch zu begründen. Für die pädagogische Praxis würde dies bedeuten, alle moralischen Dogmen wissenschaftlich begründet zurückweisen zu können. Sie erhielte die Verpflichtung, den Heranwachsenden zu ermöglichen, die Abklärung von Wertentscheidungen auf die Erkenntnis der eigenen naturgeschichtlichen, historischen und individualgeschichtlichen Gewordenheit, damit auf die Einsicht in die eigenen Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu gründen. Umfassende Selbsterkenntnis wäre damit die Voraussetzung für moralisches Handeln. »Innerhalb gegenläufiger Tendenzen die Stimme der Vernunft zu Gehör zu bringen«, schließt Gamm seine Untersuchung, »ist der unerläßliche moralische Auftrag gegenüber nachwachsenden Generationen« (165). Auch dieser Auftrag folgt keiner willkürlich *gesetzten* Norm, sondern gründet auf die fundamentale Einsicht in die historisch entstandenen immanenten Notwendigkeiten menschlichen Daseins.

Bernd Hackl (Wien)

**Keim, Wolfgang: Erziehung im Nationalsozialismus.** Beiheft 1990 zur »Erwachsenenbildung in Österreich«. Österreichischer Bundesverlag, Wien 1990 (102 S., br., DM 12,-)

Wer den 12. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 19. bis 21. März in Bielefeld besuchte, durfte erwarten, daß mit dem Thema »Bilanz für die Zukunft« die Diskussion über Pädagogik und Nationalsozialismus merklich gefördert würde. Diese Hoffnung jedoch erfüllte sich kaum. Zwar besteht eine Arbeitsgemeinschaft kritischer Pädagogen um Wolfgang Keim (Paderborn), die seit mehreren Jahren mit Studien zur deutschen pädagogischen Zeitgeschichte befaßt ist, doch war bemerkenswert, daß diese im Verständnis des Historischen Materialismus forschende Gruppe auf der Bielefelder Tagung nur in einer kleinen Randveranstaltung zu Wort kam. Die Vorstrukturierung des Teilnehmerkreises brachte es mit sich, daß radikale Anfragen zurückgedrängt werden konnten.

Dabei dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß gerade Großveranstaltungen der deutschen Erziehungswissenschaft nachhaltig dazu beitragen sollten, die Verstrickung pädagogischen Denkens in Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren und die Frage nach der Organisation von Bildungssystemen stets mit den politischen Bedingungen der jeweiligen Zeit in Verbindung zu bringen, weil idealtypische Vorstellungen vom freudlich zugeneigten Erzieher und seinen anleitungsbedürftigen Zöglingen die Wirklichkeit vernebeln. Der deutsche Faschismus bietet lediglich das herausgehobene Exempel für die politische Indoktrination im Erziehungsbereich, die tendenziell immer wirksam ist, solange Selektion und Allokation die Eingliederung nachwachsender Generationen bestimmen.

Der weitaus größere Teil der historisch forschenden Pädagogen legt seine Ergebnisse daraufhin an, in Analogie zur sogenannten Historikerdebatte uneres Landes zur normalen Betrachtung der faschistischen Epoche überzugehen, zum Teil sogar deren Einzelmaßnahmen als pädagogisch legitimierbar anzusprechen. Bei der benannten kleinen Arbeitsgemeinschaft indessen geht es darum, die Dehumanisierung des pädagogischen Denkens im Zusammenhang mit den Verfallsprozessen bürgerlicher Gesellschaft aufzudecken. Um daran die Öffentlichkeit zu beteiligen und zum kritischen Urteil aufzurufen, bietet Wolfgang Keim einen Forschungsbericht an, der als vorzügliches Studienmittel einzuführen ist. Inzwischen nämlich hat die Literatur über den Faschismus — und zwar allein über dessen pädagogische Komponente — ein schier unübersehbares und vom einzelnen Forscher kaum zu bewältigendes Lesevolumen erreicht. Nur wer sich schwerpunktmäßig in seiner wissenschaftlichen Arbeit seit Jahren auf die systematische bibliographische Kenntnisnahme der Neuerscheinungen eingerichtet hat, kann noch eine Dokumentation bieten. Das ist bei Wolfgang Keim der Fall, der selbst eine Reihe wichtiger Publikationen zum Erziehungssystem des Faschismus vorgelegt hat und daher seinen sorgfältig gearbeiteten Forschungsbericht der Öffentlichkeit anbietet.

Der Verfasser untergliedert seinen Bericht historisch; zuerst stellt er die Forschungsentwicklungen und -tendenzen bis zum Ende der siebziger Jahre dar, und danach die der achtziger Jahre. Das von ihm anschließend entworfene Strukturgitter berücksichtigt die wichtigsten Disziplinen der Pädagogik und stellt die in ihrem Bereich vorliegende Literatur zusammen. Dabei ist besonders wichtig, daß Keim auch die Werke über Verfolgung, Vernichtung, Okkupation und Exil darstellt und folglich den Horizont über die im damaligen Deutschen Reich erfolgten Veränderungen auf jene Gruppen erweitert, die durch Religion, Rasse oder andere diskriminierende Merkmale die schlimmsten Verfolgungen zu erdulden hatten. Mit dieser Perspektive — z.B. deutsche Erziehung im besetzten Polen zwischen 1939 und 1944

— erschließt sich erst, was alles im Zusammenhang mit Okkupation auch an pädagogischen Materialien einer kritischen Interpretation weiterhin bedürftig ist.

In aller Kürze läßt sich sagen, daß der Forschungsbericht von Wolfgang Keim zum Problem pädagogischer Zeitgeschichte nach Konzept, Ausführung und Ergebnissen zu einem wichtigen Hilfsmittel für diejenigen geraten ist, die Erkenntnisse über die Lage der deutschen Erziehungswissenschaft, ihre Borniertheiten und ihre emanzipatorischen Versuche gewinnen möchten. Schärfer als auf gewissermaßen neutralen Feldern ist hier zu zeigen, wie die Reflexion auf das eigene historische Handlungsfeld erst den Blick für die gegenwärtigen Herausforderungen öffnet, also »Bilanz für die Zukunft« im Sinne des Bielefelder Kongresses.

Hans-Jochen Gamm (Darmstadt)

**Wascher, Uwe: Spurensicherung: Polytechnik.** Zur Geschichte eines Begriffes. Bock + Herchen, Bad Honnef 1988 (170 S., br., 24,- DM)

Wascher, der Autor einer Schrift über die Polytechnik-Konzeption von Marx und Engels (Gießen 1988), geht den unterschiedlichen historischen Wurzeln polytechnischer Bildung nach, um dadurch zur Klärung des Selbstverständnisses des hinsichtlich Zielsetzung und Konzeption bis heute kontrovers diskutierten jungen Schul-faches Arbeitslehre beizutragen. Im ersten Kapitel geht es um die historische Polytechnik der Institution Schule, im zweiten um Pestalozzis Auffassungen. Als Keimformen polytechnischer Bildung werden die vom Pietismus und Merkantilismus geförderte Öffnung des Schulwesens für berufsvorbereitende Unterrichtsinhalte sowie das utilitaristisch-ökonomische Bildungsverständnis der Philanthropen identifiziert, welches die Entstehung der Industrieschulen begünstigt hat. Die Förderung von Arbeitsamkeit und industriöser Brauchbarkeit fußt auf dem *poly*-technischen Verständnis, theoretischen Unterricht in Technologie und Ökonomie mit Arbeit so zu verbinden, daß bis zu einem gewissen Grad eine »Fertigkeit in jedem Geschäft« erworben werden kann.

Bei der Analyse des didaktischen Profils der historischen polytechnischen Bildung stellt Wascher am Beispiel der Ecole Polytechnique in Paris heraus, daß das technologische Verständnis des Industriesystems auf mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen basiert, gleichzeitig aber Arbeitspraxis als Erfahrungsgrundlage unumgänglich ist. Der Unterricht geht daher von der Erfahrung aus, wobei der Schüler selbsttätig experimentierend von der Praxis zu theoretischen Erkenntnissen und Zusammenhängen vorstoßen soll.

Die Idee polytechnischer Bildung entsteht vor dem Umbruch von vorindustriell-handwerklicher zu industrieller Technik und Arbeit. Sie geht von der Prämisse aus, daß sich die Vielfalt der Technik auf allgemeine technisch-naturwissenschaftliche Prinzipien reduzieren lasse, die die Grundlage bilden für eine gestaltende Tätigkeit im Umgang mit Werkzeugen, Maschinen und Werkstücken. Auch wenn die Realität der historischen Entwicklung industrieller Produktion und fortschreitender Arbeitsteilung und Spezialisierung polytechnische Idealvorstellungen letztlich konterkariert hat, ist die polytechnische Bildung als pädagogische Aufgabe eines Industriestaates mit dem Auftrag einer Hinführung der Jugendlichen zur industriellen Arbeits- und Berufswelt immer wieder aufgegriffen worden. Wascher kommt zu dem Ergebnis, daß die »Bildung zur Industrie« sich nicht als reduzierte Fertigkeitsschulung für den unmittelbaren Anwendungszusammenhang im Beschäftigungssystem versteht, sondern als eine zeitgemäße Allgemeinbildung mit den Grundprinzipien der Wissenschaftsorientierung, der Praxisbezogenheit und Situativität sowie der Integration (vgl. 74).

Die Beschäftigung mit Pestalozzis inhaltlichen und schulorganisatorischen Bildungsvorstellungen als Bezugsrahmen der Polytechnik zeigt, daß eine Bildungskonzeption für *alle* den Bildungswert der Arbeit weder ausklammern noch auf pragmatische Verwertungsaspekte reduzieren darf, die schichtspezifisch und schulorganisatorisch bestimmten Bevölkerungsgruppen »vorbehalten« bleiben. Pestalozzi proklamierte für den Erziehungs- und Bildungsprozeß zwei gleichrangige Ziele: die Vorbereitung junger Menschen auf Arbeitswelt und Erwerbstätigkeit sowie auf die Anforderungen des politischen und kulturellen Lebens. Die polytechnische Bildung sei das Integrationskonzept zur Vermittlung von Wissens- und Handlungskompetenz, zur Verbindung von Theorie und Praxis. Sie stehe für Pestalozzi im Dienst einer sittlich-moralischen Volksbildung und zielen auf eine Humanisierung der Industrie. Zwar bleibt Pestalozzis Konzeption eher einem vorindustriell geprägten Bewußtsein verhaftet. Nichtsdestotrotz entwerfe er ein polytechnisches Leitbild, dessen Elemente als Prinzipien in die bildungspolitische Diskussion um die Polytechnik eingegangen sind und bei curricularen Reformen im Arbeitslehrebereich weiterhin Reflexionspunkte bilden: ganzheitliche Bildung, Entfaltung der elementaren Fähigkeiten des Menschen und seines produktiven Arbeitsvermögens, Einheit von Bildung und produktiver Arbeit.

Diese »Spurensicherung« kann als historische Argumentationshilfe für die bildungspolitische Auseinandersetzung um die Polytechnik/Arbeitslehre dienen; sie sollte zur Klärung des fachdidaktischen Selbstverständnisses einen Beitrag leisten. Sie gehört in den theoriegeleiteten Reflexionshorizont des praktizierenden Polytechnik-/Arbeitslehre-Lehrers, um zu verhindern, daß er im Alltagsgeschäft schulischen Unterrichtens Vorgaben unkritisch übernimmt und in plattem Praktizismus erstarrt.

Andreas Gmelch (Bamberg)

## Psychologie

**Weber, Samuel: Freud Legende. Vier Studien zum psychoanalytischen Denken.** Aus dem Amerikanischen von M. Stoll, G.C. Tholen und T. Wafner. Passagen Verlag, Wien 1989 (187 S., kart., 38,- DM)

Samuel Weber ließe sich als orthodoxer Freudianer bezeichnen, gäbe es so etwas wie eine spannungs- oder widerspruchlose Lehrmeinung Freuds, auf die eine solche Orthodoxie gegründet werden könnte. Freilich hat Freud selbst schon versucht, Häretiker aus der *Psychoanalytischen Vereinigung* auszuschließen (insbesondere im Streit mit Adler und Jung) und damit zugleich eine traditionsfähige Schule zu etablieren. Indem Weber von diesen Auseinandersetzungen ausgeht, kann er zeigen, daß es gerade der »systematische« Charakter der Lehren Adlers und Jungs war, den Freud zurückwies. Die Systematik ihrer Theorien waren in seiner Sicht »sekundäre Bearbeitungen«, die dem notwendigen Wunsch entspringen, »Sinn« zu erzeugen und damit zwar »vordergründige Verständlichkeit« gewähren (10), in Wahrheit jedoch nur den Narzißmus des Interpreten befriedigen. Adler und Jung springen also mit dem Unbewußten um wie dieses mit dem Traum, denn Freuds Traumdeutung hatte dargestellt, daß die »sinnvolle« Traumerzählung, die sich in der sekundären Bearbeitung herstellt, vom Trauminhalt am allerweitesten entfernt ist. Die Errichtung von (vordergründigem) Sinn blockiert demnach letztlich die Interpretation, indem sie sie als überflüssig und selbstvident hinstellt.

Freud dagegen hat sich solchen voreiligen Objektivierungen des Unbewußten entzogen. Damit setzte er jedoch zugleich die Widerspruchsfreiheit, Stringenz und vor

allem den wissenschaftlichen Status seiner eigenen Theorie aufs Spiel. »Inwiefern«, fragt daher Weber, »ist die Theorie der *Entstellung* selbst eine *Entstellung*?« (87) Freud hatte darauf hingewiesen, daß »der Träumende witzig ist«, kann aber zugleich seine eigene Traumdeutung vom Witz nicht völlig lösen: »Wie den Träumern ... bleibt Freud keine andere Wahl, als gerade den 'witzelnden, bildersuchenden Umschreibungen' zu verfallen, welche so schwerwiegende Zweifel an der wissenschaftlichen Objektivität seiner Untersuchung ausgestreut haben. Denn dem Autor der *Traumdeutung* war 'der gerade Weg versperrt'. Wie der Träumer war er gezwungen, nach Bildern zu suchen, die eben nur gekünstelt, 'witzelnd' erscheinen können« (ebd.). Freuds Theorie ist demnach von den Bildern, Metaphern, Witzten, letztlich von ihrer Erzählung, ihrem »Text«, untrennbar. Damit ist auch ihre grundlegende Inkompatibilität mit dem gültigen Wissenschaftsmodell umschrieben: das Unbewusste kann nie nur Objekt der Erkenntnis sein, da es doch in gewisser Weise deren Subjekt ist. Die Stringenz von Freuds Interpretationen wird also nicht dadurch gewährleistet, daß er den Erkenntnisgegenstand definitorisch fixiert, sondern dadurch, daß er dessen Aktivität (d.h. dessen Subjektivität) in einer Erzählung abzubilden sucht. Wenn das Unbewusste beständig seine eigene Entstellung entstellt, ist dieser Mechanismus nur dadurch zu enthüllen, daß der Analytiker am Spiel der Entstellung teilnimmt, daß er es wiederholt. Der Interpret setzt so die Aktivität des Unbewußten fort: »Die Traumerzählung ist eine Reproduktion, die den Traum selbst *entstellt*. Aber der Traum 'selbst' ist bereits eine Entstellung, und genau das ist es, was die folgenden Entstellungen, denen er unterliegt, rechtfertigt.« (31).

Freuds Denken kann sich demnach nie ganz den Effekten entziehen, die es sich zu denken bemüht. So ist z.B. sein Witzbuch, wie Weber darstellt, selbst von der unfreiwilligen Komik einer von vornherein vergeblichen Anstrengung bedroht. Wenn nämlich der Witz als »Ersparung« begriffen wird, erspart er zuerst seine eigene Theorie (93). Zudem ist Freud ständig mit dem Problem konfrontiert, daß weder der Witz »an sich« noch der Traum »an sich« existieren, sondern immer nur ihre »nachträglichen« Wiederholungen: »Der Begriff der *Nachträglichkeit* ist bezeichnend für diese Verschiebung der zeitlichen Abfolge, da er nicht nur besagt, daß bestimmte Ereignisse ihre Bedeutung erst nachträglich entwickeln ..., sondern daß Ereignisse wie Träume oder Witze nur durch die von ihnen hervorgebrachten Nachwirkungen existieren« (148). Die Psychoanalyse hat somit weder ein gesichertes Forschungsobjekt, noch -subjekt, denn das, was Freud als *Verdrängung* beschrieben hat, erweist sich nicht allein als Blockierungsinstanz subjektiver (z.B. wissenschaftlicher) Diskurse, sondern zugleich als deren Bedingung. Damit ergeben sich jedoch sofort Widersprüche; ist nämlich die *Verdrängung* Bedingung von Identität, kann sie selber nicht mehr bestimmt werden, sie wäre nicht-identisch (49f.).

Weber führt derartige Konflikte innerhalb der Psychoanalyse minutiös anhand des Schicksals bestimmter Metaphern, Begriffe, Witze usw. in Freuds Texten vor. Sofern es Freud nicht gelang, solche Konfliktstrukturen aus seinem Denken zu vertreiben, mag man es als gescheitert bezeichnen; aber dieses Scheitern ist seinerseits (nur in dieser Rekonstruktion ist Weber streng orthodox) nicht bedeutungslos. Wenn z.B. die Träume wegen ihrer Überdetermination die (»witzige«) Überinterpretation notwendig verlangen, läßt sich umgekehrt die Arbeitsspur dieser Ketten von Interpretationen und Entstellungen bis in Freuds Traumdeutung hinein verfolgen. Samuel Webers in einer erweiterten deutschen (allerdings nicht immer glücklich und fehlerfrei übersetzten) Ausgabe zugänglich gemachten Studien setzen diese Konfliktbearbeitung über Freuds Texte hinaus fort, indem sie sie als Material einer neuen Entstellung verwenden.

Manfred Hinz (Augsburg)



**Köhler, Thomas: Abwege der Psychoanalyse-Kritik. Zur Unwissenschaftlichkeit der Anti-Freud-Literatur.** Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (234 S., br., 16,80 DM)

Der am Psychologischen Institut der Universität Hamburg arbeitende Mediziner und Psychologe Köhler sitzt Gericht über das Vergehen von KritikerInnen an Sigmund Freud: Diese müßten »angesichts immer geschmackloserer Angriffe« (7) der »fehlerhaften Quellenbehandlung« (ebd.) überführt und ihr Verstoß gegen die Regeln des »wissenschaftlichen Diskurses« müßte geahndet werden. Im folgenden werden die Angeklagten vorgeführt: Mediziner und Psychologen, die im deutschen Faschismus die Psychoanalyse Freuds als »materialistisch« und »verstandesmäßig zergliedernd« angriffen. Köhler wirft ihnen vor, eine »pervertiert deutsche Ideologie« (27) zu haben und einem »schamanenhaften Erkenntnisstand« (32) verfallen zu sein. Mit dieser denunziatorischen Anklage kann Köhler nicht fassen, welche Funktion die Gegnerschaft zur Psychoanalyse zum einen im Streitfeld zwischen Psychotherapie und Medizin und zum anderen innerhalb der akademischen Psychologie hatte.

Am Beispiel von Emil Ludwigs »Der entzauberte Freud« unternimmt der Autor den Versuch, idealtypische Züge der Anti-Freud-Literatur zu veranschaulichen: Zum einen wird Freuds Privatleben von seinen Kritikern dazu benutzt, dieses als Grundlage der Veränderungen seiner theoretischen Positionen darzustellen. Zum anderen werden die wissenschaftlichen Entdeckungen Freuds als Gefahr für die Gesellschaft gedeutet. Seine Postulierung der »infantilen Sexualität« führe zur »Abschaffung der sexuellen Tabus« und damit zur Destabilisierung der »Ordnung«. Darüber hinaus seien die Ideen Freuds weder neu noch originell. Köhler weist Ludwig und allen weiteren KritikerInnen ihre unwissenschaftliche Arbeitsweise — falsche Zitate, Verdrehung von Aussagen Freuds, »inkorrekte Schlüsse« (59) — nach; die GegnerInnen charakterisiert er als ausgestattet mit einer »Trias von Ignoranz, wissenschaftlicher Unsauberkeit und Verschlagenheit« (58).

Bei der Diskussion um die »Aufgabe der Verführungstheorie« durch Freud — die vor allem durch in einem Buch veröffentlichte Archivfunde J. Massons ausgelöst wurde — wird Köhlers Vorgehensweise sichtbar: J. Masson behauptet, Freud habe den realen sexuellen Mißbrauch von Kindern in der Familie aus »seinem Bewußtsein getilgt« (175) und zu einer Phantasie umgedeutet. Belege dafür seien die von Masson edierten Briefe Freuds an seinen Freund Fließ. Köhler lobt den »wichtigen historiographischen Beitrag« (ebd.), um anschließend darauf hinzuweisen, daß Massons Buch »unter reichlich eigenartigen Umständen publiziert wurde« (176) — die LeserInnen erfahren jedoch nicht, worum es sich dreht. Masson führe »einige unkundige Leser in die Irre« (178), seine Arbeit sei von »Denkfehlern und Fehldarstellungen« (180) durchsetzt, er zitiere nicht korrekt, und er habe »offenbar die Verführungstheorie nicht verstanden« (189). So wird Köhlers abschließende Feststellung, daß Freuds eigene Argumente für die Aufgabe der Verführungstheorie »weiter die plausibelsten« (ebd.) seien, zum Diktum gegen abweichende Meinungen auch innerhalb der Psychoanalyse. Die Urteile sind durchgängig moralisch. Masson z.B. hätte es sein »Anstand und Taktgefühl verbieten sollen«, Aussagen von Anna Freud zu zitieren, weil diese zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung bereits verstorben sei. Er appelliert des öfteren an den »guten Geschmack« (100, 187, 212), der entscheidet, ob die Freud-KritikerInnen als »geschmacklos« (7, 36, 48, 87, 137) oder »abgeschmackt« (7, 75) zu bezeichnen seien. Die Präzision, die Köhler bei Zitaten und Quellenangaben fordert, ist ihm bei der Erklärung historischer Zusammenhänge abhandengekommen. Der deutsche Faschismus wird ihm so zum »Dritten Reich« (14), das zu einer »entschlossenen Rückeroberung des Irrationalen ansetzte« (50).

Mit seiner moralisierenden Anklageschrift versäumt es Köhler, auf die je spezifisch historische Situation der Psychoanalyse und ihrer KritikerInnen einzugehen und damit die Funktion »rechter« Psychoanalyse-Kritik zu erläutern. Ihre Artikulation mit Antisemitismus, Prüderie, Moral hatte im faschistischen Deutschland andere Funktionen als im England der siebziger Jahre. Mit der Vereinheitlichung und Typisierung von Argumentationsfiguren gegen die Psychoanalyse macht Köhler denselben Fehler, welchen er den Kritisierten ankreidet: ihr unhistorisches Herangehen an Texte Sigmund Freuds.

Klaus Weber (Kolbermoor)

**Schaeff, Anne Wilson: Im Zeitalter der Sucht. Wege aus der Abhängigkeit.** Hoffmann und Campe, Hamburg 1989 (198 S., br., 24,- DM)

Wieder einmal verspricht ein populärwissenschaftliches Buch aus den USA den LeserInnen, was auf dem einheimischen Büchermarkt selten zu finden ist: ein Fachthema, von einer der »bekanntesten amerikanischen Psychotherapeutinnen« (Nachspann) in allgemein verständlicher Sprache aufbereitet. Ausgehend von den großen Problemen in der Welt — Zerfall der Gesellschaft, Korruption, Angst, Umweltverschmutzung, Hungersnöte und Kriege — will A.W. Schaeff das Wissen über diese Einzelteile zusammenfügen. Die Gesellschaft als Ganzes sei krank. »Sie verkörpert ein System, und zwar ein Suchtsystem. Es trägt alle Merkmale und vollzieht alle Prozesse, die für den Alkoholiker oder Süchtigen typisch sind. Es funktioniert auf Grund genau derselben Mechanismen.« (14) Im ersten Teil faßt die Autorin ihr Buch »Weibliche Wirklichkeit« kurz zusammen, wobei sie zu dem Schluß gelangt, daß das, was sie vormals als »Männliches System — Reaktives Weibliches System« beschrieb, identisch ist mit dem, was sie nun Suchtsystem nennt. Nach einer »persönlichen Odyssee«, die ihren Weg zu dem Bewußtsein, aus dem das Buch entstand, verdeutlichen soll, folgen Definitionen zu »Sucht« und »System«. A. W. Schaeff unterscheidet substanzgebundene Süchte — Sucht nach Alkohol, Drogen, Nikotin, Koffein, Nahrung — und prozeßgebundene Süchte — Geldhorten, Spielen, Sexualität, Arbeitssucht, Religion und Sorgen. Dieser positiv zu bewertende Versuch, die Begriffe zu klären, Abgrenzungen und Differenzierungen vorzunehmen, geht schon im nächsten Abschnitt des Buches wieder verloren, wenn als Modell für das Suchtsystem Beziehungssucht ausgeführt und diese »prozeßgebundene« Sucht mit Alkoholismus verglichen wird.

In der folgenden Auseinandersetzung mit dem Thema Co-Abhängigkeit zieht A.W. Schaeff Definitionen und Zahlen von Sharon Wegscheider-Cruse heran, wonach 96 % der Bevölkerung co-abhängig sind. Als Co-Abhängige werden Personen bezeichnet, die ein Liebesverhältnis oder eine Beziehung zu einer/einem Süchtigen haben, mindestens ein alkoholabhängiges Eltern- oder Großeltern teil haben und/oder in einer emotional-repressiven Familie aufgewachsen sind. Für diese Menschen ist es ebenso wie für die Süchtigen notwendig, sich ihrer Krankheit bewußt zu werden und sich für eine Gesundung zu entscheiden. Der zweite und der dritte Teil des Buches befassen sich einerseits mit den Merkmalen von Süchtigen und andererseits mit den Prozessen des Suchtsystems. Beide Teile lassen Herleitungen, Analysen und das Aufzeigen von Zusammenhängen vermissen. In der Regel werden Merkmale wie z.B. Kontrolle, Depression, Streß, Unehrlichkeit, Verwirrung und Vergeblichkeit und Prozesse wie Prozeß des Versprechens, Prozeß der Vereinnahmung, Prozeß der Illusion, Prozeß des Fremdbestimmtheits einfach konstatiert und durch Beispiele, persönliche Erlebnisse oder Beobachtungen zu verdeutlichen versucht.

A.W. Schaeff springt bei ihren Beschreibungen beliebig zwischen den einzelnen und dem System hin und her, was sie mit der Annahme rechtfertigt, daß das einzelne

Teilstück jeweils das vollständige Modell und die Funktionsweise des Ganzen enthält. »Das System schließt das Individuum ein, und das Individuum trägt das System in sich.« (55) Abgesehen davon, daß sie damit ihrer eigenen, anfangs gegebenen Definition von System widerspricht — »Ein System ist eine Abfolge von Inhalten und Prozessen, das in seiner Gesamtheit mehr ergibt als die Summe seiner Teile. Es führt ein Eigenleben, das sich von den Leben der in ihm existierenden Individuen unterscheidet.« (40) — greift diese Sicht von Vermittlungsprozessen zwischen den Individuen und der Gesellschaft zu kurz. Obwohl sie immer wieder das System als krank bezeichnet, bezieht sich die Autorin ausschließlich auf die/den einzelne/n Süchtige/n. Auch die »Genesungsmöglichkeiten«, die sie in dem sehr kurz gehaltenen vierten Teil des Buches vorschlägt, sind auf einzelne zugeschnitten. Neben einem einfachen Systemwechsel — wobei sie verschweigt, wie dieser zu bewerkstelligen sei — verweist sie auf die Zwölf-Schritte-Programme der Anonymen Alkoholiker. Ihre eigene Therapie, die Lebensprozesse-Therapie, wird zwar öfters erwähnt, der/die neugierige LeserIn jedoch auf ihr nächstes Buch verwiesen.

Das Individuum wird somit einerseits entlastet — das System ist ja krank —, andererseits bekommt es dennoch die volle Verantwortung zugeschoben, und zwar nicht nur für die eigene Genesung, sondern für die des ganzen Systems. Spätestens hier wird die Nähe zur New-Age-Bewegung deutlich. A.W. Schaef nimmt eine »innere Moral« (121) und Spiritualität für jeden Menschen an, auf die wir uns rückbesinnen müssen, um dem System zu entkommen. »Nüchternheit, Prozeß und Spiritualität (sind) Wörter für ein und denselben Prozeß. (...) Nur indem wir unseren persönlichen Prozeß leben, können wir unseren Platz im Universum ausfüllen. Nur dann kann das gesamte System gesund werden.« (193f.)

Die begrifflichen Unklarheiten zeigen sich besonders bei der Verwendung des Krankheits-/Gesundheitsbegriffs und bei der wahllosen Übertragung von klinischen Fachbegriffen auf gesellschaftliche Zusammenhänge. Zudem wird deutlich, daß A.W. Schaef die Sucht nach Alkohol stellvertretend für alle Süchte denkt, so z.B. wenn sie immer wieder ihre Erfahrungen mit Alkoholabhängigen als Beispiele heranzieht oder auf die Anonymen Alkoholiker verweist. Aus professioneller Sicht ist diese Verallgemeinerung gefährlich. Innerhalb der substanzgebundenen Süchte müssen zumindest die legalen Süchte und Drogen (Nahrung, Nikotin, Koffein und Alkohol), die halblegalen (Tabletten) und illegalen Drogen unterschieden werden. Schon der Beschaffungsweg, die soziale Akzeptanz und die Gefahr des Rechtsbruchs sind bei diesen Drogen so unterschiedlich, daß sie keinesfalls miteinander verglichen werden können. Zudem ist bisher nicht geklärt, welche Menschen zu welchen Drogen greifen und warum. Eine geschlechtsspezifische Unterscheidung wäre hier ebenfalls vonnöten.

Die Autorin ist zwar Mitbegründerin des »Women's Institute of Alternative Psychotherapy« in den USA, dennoch läßt sie geschlechtsspezifische Unterscheidungen grundsätzlich vermissen. Besonders auffällig ist dies an Stellen, wo Differenzierungen schon lange keine Neuheiten mehr sind, wie z.B. beim Thema »Beziehungen«. In ihrem Kapitel Beziehungs sucht, die sie mit sog. Klammerbeziehungen gleichsetzt, erwähnt sie mit keinem Wort, daß die Rollen von Männern und Frauen in solchen einer Beziehung nicht beliebig austauschbar sind. Eva Egartner (München)

**Brakhoff, Jutta (Hrsg.): Sucht und Prostitution.** Lambertus Verlag, Freiburg 1989 (128 S., br., 24,- DM)

Der Sammelband enthält »Ergebnisse einer Fachtagung« zum gleichnamigen Thema, dessen Behandlung längst überfällig ist. Von den ca. 60 000 Drogenabhängigen

in der BRD sind ca. 40 % Frauen. Drogenabhängigkeit bedeutet einen durchgängigen Zwang, über Geld zu verfügen — und für Frauen sehr häufig den Weg in die Beschaffungsprostitution. Im Unterschied zu Professionellen betreiben sie die Prostitution nicht als Beruf. Der massive Druck, schnell Geld zu verdienen, führt häufig dazu, daß sie sich auf gefährliche Praktiken einlassen, z.B. Verkehr ohne Kondom, oder daß sie Gewalttaten nicht anzeigen. Viele Freier sind bereit, für kondomfreien Verkehr höhere Preise zu zahlen. Statt Zusammenhänge zwischen Prostitution und AIDS vor allem darin zu suchen, daß die Freier die Notlage von Frauen ausnutzen, werden aber weiterhin die Frauen für die Ausbreitung von AIDS verantwortlich gemacht. Bis zu 80 % aller drogenabhängigen Frauen waren in ihrer Kindheit sexuellen Übergriffen ausgesetzt — ein Faktum, das erst langsam überhaupt beachtet wird.

Anschaulich und einfühlsam beschreibt Marion Mebes (»Sexueller Mißbrauch und Sucht«) die Probleme der Frauen, die, von sexuellem Mißbrauch betroffen, in der Drogenabhängigkeit eine Möglichkeit finden, durch die unterschiedlichsten Gefühle — neben Angst auch Scham, Schuld (zur Erinnerung: meistens ist der Mißbraucher aus dem Familien- und Bekanntenkreis) — selbst einen Weg zu finden. Dabei sind nicht nur Drogen interessant, die schmerzliche Gefühle beseitigen sollen, sondern auch solche, die z.B. fehlendes Lebensgefühl ersetzen sollen. Suchtmittelmißbrauch wäre, so eine These, in diesem Sinne durchaus eine positive Kraft, ein Versuch, das Selbst leben zu lassen. Für alle traditionellen Therapieeinrichtungen, die neben den Drogen selbst auch sonstige persönliche Gegenstände, Gewohnheiten, Lebensformen als therapiefeindlich einschätzen und verbieten, ist dies eine Provokation. Nicht Umerziehung darf dann die Devise sein, sondern Ausgangsbasis jeder Therapie ist die Annahme der Mündigkeit der betroffenen Frau in allen Lebensäußerungen. In dem Sammelband findet sich auch Gängiges: So spricht Irmgard Vogt von schleichender Selbstvernichtung mit Hilfe der Drogen, die einsetzt, wenn Frauen Wut und Haß gegen sich selber wenden, und betont damit die negative »Kehrseite der Drogen«. Irmgard Vogt (»Liebe, Liebesarbeit, Prostitution — Von unbezahlten und bezahlten sexuellen Dienstleistungen«) stellt Zusammenhänge her zwischen (sich hingebender) Liebe und »Beziehungsarbeit« von *jeder* Frau als Ausdruck einer minderbewerteten Position in einer patriarchalen Gesellschaft einerseits und Sexarbeit als bezahlter sexueller Dienstleistung andererseits. Ihre Frage, ob zwischen bezahlter und unbezahlter Liebesarbeit nicht mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede bestehen, schafft neue, über die konkreten Probleme hinausgehenden Denkansätze. Insgesamt allerdings erscheinen ihre Aussagen vereinfachend, die Beispiele zu passend für die Grundaussage: für Frauen bedeutet Liebe mehr als alles. Die abschließende Forderung, Therapieeinrichtungen für drogenabhängige Frauen daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht genau die Lebensverhältnisse reproduzieren, die die Frauen als sie zerstörende erlebt haben, mag manchen bereits bekannt sein. Ernüchternd wirkt hier die Fußnote, die auf ganze drei Einrichtungen mit einem frauen-spezifischen Konzept in der BRD verweist.

Der Beitrag von Margarete von Galen (»Rechtliche Aspekte der Beschaffungsprostitution«) über die Situation von Frauen, die Gewalt durch Freier zur Anzeige bringen wollen, besticht durch seine Klarheit, Kürze und Verwendbarkeit in praktischen Problemfällen. Im Gegenzug hierzu ärgert der Artikel von Berit Latza (»Frauen zwischen Liebesbeziehung und Prostitution«): Weder wird greifbar, welches eigentlich ihr Thema ist — Tabuthemen im Umgang mit Prostituierten oder die Angst weiblicher Therapeutinnen, Gewalttätigkeit bei männlichen Alkoholikern anzusprechen, oder ... — darüber hinaus schafft der einheitlich männliche Sprach-

gebrauch nicht nur Unmut bei der feministisch orientierten Rezensentin, sondern schlicht auch inhaltliche Unklarheiten. Das Buch bietet auch Beiträge über praktische Lösungsansätze oder Therapieangebote. Ein Beispiel ist der Artikel von Ursula Krieg über das »Café Olga«: Als Treffpunkt, Anlauf-, Informations- und Vermittlungsstelle richtet sich das Café an drogenabhängige Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen und den Schritt in eine Drogenberatung nicht schaffen. Als »Niedrigschwellen-Angebot« stehen zunächst Versorgungs- und unmittelbare Hilfsangebote im Vordergrund. Entwickeln die Frauen im Laufe der Zeit stärkere Bedürfnisse nach Beratung, ist eine solche im Café auch möglich, bzw. werden die Frauen an Beratungsstellen weitervermittelt. Weitere Beiträge: ein Grußwort von Rita Süßmuth; »Gedanken zum Problemkreis Sucht und Prostitution« — Eine Einführung von Jutta Brakhoff; Doris Störi: »Sucht, Aids, Prostitution und die Freier«; »Liebe Kunden« — Ein offener Brief; Dagmar Hedrich: »Drogenabhängigkeit und Prostitution — Zwischenergebnisse der Längsschnittstudie 'Amsel'«; Inge Schneider: »Hydra: Ein Prostituierten-Selbsthilfeprojekt«; Christine Wagner: »Mudra: Straßensozialarbeit mit drogenabhängigen Frauen«.

Eine Straffung mancher Beiträge hätte den Lesegenuß erhöht. Eine Zusammenfassung und Diskussion fehlt — auf mich hatte dies den Effekt, daß ich, je intensiver ich mich mit den einzelnen Beiträgen auseinandersetzte, desto mehr den Überblick verlor. Die Herausgeberin hat es versäumt, nicht zuletzt mit Bezug auf die Fachtagung selbst, dem Band eine Funktion zu geben, die über das Sammeln von Information hinausgeht.

Susanne Holzbauer (München)

**Weß, Ludger (Hrsg.): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt.** Greno Verlag, Nördlingen 1989 (228 S., Ln., 36,- DM)

Der Zusammenhang zwischen rassenhygienischem Gedankengut und »nationalsozialistischer« Vernichtungspraxis war Thema vieler Artikel und Bücher in den letzten Jahren. Viele »moderne« BiologInnen, MedizinerInnen und PsychologInnen würden den Verdacht, ihr Wissen sei mit rassenhygienischen oder eugenischen Theoremen durchsetzt, von sich weisen und sich statt dessen auf Konzepte der Molekulargenetik und der Reproduktionsmedizin berufen, die wissenschaftlich fundiert und »objektiv« Hilfe für Menschen anbieten. Ludger Weß, Genetiker und Mitarbeiter des »Hamburger Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts«, unternimmt den Versuch, die sozialgeschichtliche Herkunft dieser »modernen« Wissenschaftsbereiche aufzuweisen, und dokumentiert dazu »die 'Träume der Genetik' — verfaßt von Genetikern, die zur Weltspitze ihrer Wissenschaft zählten« (9) und immer noch zählen. Ziel seines Buches ist es, »die herrschende Geschichtslosigkeit in den Darstellungen und Debatten zur Gen- und Fortpflanzungs-Technik« (ebd.) zu beenden. Damit sollen den VerfechterInnen von Gen- und Reproduktionstechnologie erschwert werden, ihre »neuen« Modelle und Praxen als unabhängig von Macht und Herrschaft darzustellen, und gleichzeitig werden den GegnerInnen mit diesem Buch wertvolle Argumente für Auseinandersetzungen zur Hand gegeben.

In seiner 80seitigen Einleitung, die der Textdokumentation vorangestellt ist, gelingt es Weß, die qualitativen Sprünge in der geschichtlichen Entwicklung der Genetik — spannend und für Fachfremde gut lesbar — darzustellen. Er »erzählt« beispielsweise die Geschichte von Jacques Loeb, einem Biologen, der um die Jahrhundertwende seine »biologische Ingenieurskunst« entwickelte, um Lebewesen zu kontrollieren und umzuformen. Seine Kontakte zu Gelehrten wie Ernst Haeckel, dem späteren Nobelpreisträger T.H. Morgan und zu Alfred Ploetz, dem »Begründer« der deutschen Rassenhygiene, werden ebenso detailliert geschildert wie der Beginn der

unternehmerischen Forschungsförderung am Beispiel der Rockefeller-Stiftung, die »wesentlich zur Entstehung der modernen Molekularbiologie beitrug«. (14) Der Weg von Loeb's chemischen Jungfernzüchtungen (1899) über die Forschung an der berühmten *Drosophila*-Fruchtfliege durch Morgan, H.J. Muller und andere, über den Anfang der Strahlengenetik und der künstlichen Mutationsauslösung bis zur sogenannten Entschlüsselung der DNS durch Watson und Crick ist begleitet von der immergleichen Sichtweise: Das Leben wird in seiner Komplexität reduziert auf genetische Strukturen, deren totale Erforschung und Kontrolle der Traum der in diesem Bereich Forschenden ist.

Mit der Forderung nach Effizienz und Anpassung des Menschen an Staat und Industrie werden GenetikerInnen WissenschaftlerInnen auf Seiten von Macht und Zerstörung. In diesem Kontext erläutert Weiß die Auseinandersetzung zwischen Rassenhygiene und moderner Genetik, fächert er das Nebeneinander von primitiv-tödlicher Eugenik und effizienter neuer Populations- und Strahlengenetik im faschistischen Deutschland ebenso auf wie die Kontinuität dieser »Schulen« in der BRD. Aufschlußreich ist dabei Weiß' Blick auf die internationalen Entwicklungen der Genetik, da er einerseits die drohende Gefahr nicht auf das Deutsche Reich / die BRD beschränkt, und andererseits die spezifischen Bedingungen besser erkennen läßt, die zur Praxis der Vernichtung im faschistischen Deutschland führten.

Weiß beendet seine Einleitung mit einem Exkurs über die Entwicklungslinien von »sozialistischer Eugenik und Genetik« in der UdSSR, denen Stalin 1937 ein Ende setzte. Hier wird deutlich, daß Wissenschaftler der UdSSR gegen die »eugenischen Zwangsmittel« der deutschen Faschisten nur deswegen argumentierten, weil die »Effizienz der Maßnahmen« auf Grund unzureichender Forschungsdaten fragwürdig sei. Man/frau sieht: Die Pläne der Genetik — ob »unpolitisch« oder »sozialistisch« fundiert — haben ihre Grundlage in einem »Realitätsverlust gegenüber dem Lebendigen, den die reduktionistische und extrem abstrahierende Vorgehensweise der modernen Genetik erzeugt.« (89)

Die mehr als 100 Seiten lange Textdokumentation (jeder Text wird personen- und sozialgeschichtlich eingeleitet) umfaßt eine Auswahl, die überzeugend belegt, daß die autoritären und auf Kontrolle gerichteten Sozialutopien »aus der Spitze der naturwissenschaftlichen Genetik stammen« (87). Die Texte von Ploetz, Haldane, Muller, Lederberg u.a. zeigen, daß die faschistische Praxis der Vernichtung den Genetikern (eine Frau ist in Weiß' Textauswahl nicht berücksichtigt) nicht weit genug ging. Sie demonstrieren, daß Humangenetiker nach 1945 nichts an ihren grundlegenden Gedanken veränderten, und sie beweisen, daß Reproduktionsmedizin, Gentechnologie und Humangenetik als wissenschaftliche Macht- und Kontrollapparate gegen Arme, Schwarze, Frauen und gesellschaftliche Minderheiten gedacht wurden und werden. Weiß fordert deshalb von den forschenden GenetikerInnen, »die reduktionistische genetische Forschung überall dort abzubrechen, wo sie die soziale Natur des Menschen berührt.« (91)

Klaus Weber (Kolbermoor)

## Geschichte

**Pallach, Ulrich-Christian: Materielle Kultur und Mentalitäten im 18. Jahrhundert.** Wirtschaftliche Entwicklung und politisch-sozialer Funktionswandel des Luxus in Frankreich und im Alten Reich am Ende des Ancien Régime. R. Oldenbourg Verlag, München 1987 (306 S., Ln., 98,- DM)

Pallachs Arbeit entstand im Rahmen des von Michael Stürmer geleiteten Forschungsprojektes »Altes Handwerk« und versucht, am Beispiel der Luxusmärkte vor allem des vorrevolutionären Frankreich brennpunktartig das Dilemma feudalabsolutistischer Ordnungspolitik inmitten sich zuspitzender ökonomischer und mentalitätsgeschichtlicher Krisenmomente herauszuarbeiten. Nach einem einführenden Überblick über die Luxusdebatte im 18. und 19. Jahrhundert bestimmt Pallach den Luxus als »Zierstein und Bauelement ... der politischen und sozialen Ordnung Alteuropas« (4). Er sei ein zentrales innen- und außenpolitisches Machtinstrument feudaler Herrschaft ebenso wie ein Mittel staatlich gelenkter Wirtschaftspolitik, die in technologisch innovativen Bereichen bewußt die Auflösung von ständischen Monopolen und Sozialstrukturen betrieben habe. Dadurch sei jedoch ab 1770 im Abschwung der säkularen Konjunktur die gesellschaftliche Krise noch verschärft worden. Mit Hilfe eines mit Bezug auf Braudel und Elias definierten Begriffsinstrumentariums (»materielle Kultur«, »Luxusmarkt«) und einer funktionalistischen Bestimmung des »Luxus« im Sinne der »conspicuous consumption« analysiert Pallach den Strukturwandel im deutsch-französischen Luxuswarenhandel des 18. Jahrhunderts, wobei eine zunehmende Verflechtung von einer wachsenden Selbständigkeit der Wirtschaftsterritorien im Alten Reich begleitet wurde.

In einem zweiten Kapitel untersucht Pallach die Funktionen und Wirkungen des Luxus in Bezug auf Herrschaft, Gesellschaft und Ökonomie. Der höfische Luxus wurde in der Außenpolitik neben Subsidien und Militärhilfe als Muster der kulturellen Überformung der französischen Hegemonialpolitik nutzbar gemacht. Innenpolitisch sollte durch ihn neben traditionellen Reglementierungsmechanismen wie Kleiderordnungen und Aufwandsgesetzen eine »Überformung der materiellen Kultur möglichst aller Untertanen« (102) erreicht werden. Der langfristige Aufschwung im 18. Jahrhundert habe eine Ausweitung der Luxusmärkte und eine Nachahmung des Luxuskonsums bis in die ökonomisch ungesichertsten Schichten hinein zur Folge gehabt, wodurch allerdings die charismatische, herrschaftsstabilisierende Funktion des Luxus tendenziell entwertet wurde. Nach dem Vorbild Frankreichs waren die Höfe zumeist auch zentrale Wirtschaftseinheiten und -motoren der jeweiligen Territorien, wobei das chronische »deficit spending« das in England und den Niederlanden bereits entwickelte Funktionsnetz privater und öffentlicher Banken ersetzt habe. In der Krise des Ancien Régime verengte sich die Luxusdebatte auf den Bereich der wirtschaftlichen Regulierung. Die von der Luxuskritik erzwungene Etatsanierung durch Kürzungen beim höfischen Aufwand habe nicht nur wegen des geringen Anteils von 6 % am Gesamthaushalt an einem falschen Punkt angesetzt, sondern auch den Prestigeverlust des höfisch-absolutistischen Herrschaftsleitbildes beschleunigt.

In einem dritten Kapitel analysiert Pallach anhand von Fallstudien u.a. die Strukturen des Pariser Luxusmarktes, die Entwicklung der Königlichen Porzellanmanufaktur von Sèvres, die Krise der Lyoner Seidenindustrie und die schrittweise Emanzipation der Luxusmärkte im Alten Reich am Beispiel der Technologieexporte (Färbe- und Metallwerkzeugtechniken) sowie den Aufschwung der Seidenindustrie in Preußen. Da bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts die Zyklen der Agrarkonjunktur

die Entwicklung der Luxusmärkte bestimmt hätten, seien letztere die beste Illustration für Chancen und Grenzen absolutistischer Wirtschaftspolitik und ihre Expansion ein Indiz für die Dynamisierung der Gesellschaftsordnung und die Modernisierung von Mentalitäten.

In einem Abschlußkapitel interpretiert Pallach die Luxusproduktion als Bindeglied zwischen Ancien Régime und Moderne. Die Französische Revolution habe den Zusammenbruch ständischer Ordnung und den Beginn einer »offeneren Konkurrenzgesellschaft« (277) markiert, wobei die Entwicklung zum Massenkonsum die Luxusgüter ihrer einstmals innewohnenden »Magie der Objekte« entkleidet habe. Bereits unter Napoleon habe die neue Elite eine zweite große Konjunkturwelle auf den Luxusmärkten finanziert, wobei allerdings die »Königsmagie« dem Modell der »Identifikation von Untertan und Herrschaft, ... der Einswerdung von Volk und Nation unter einem populären Führer« (276) gewichen sei. Schließlich geht Pallach auf die Diskussion um den Stellenwert des Luxus in der langfristigen Entwicklung der materiellen Kultur in Europa ein, in der u.a. Braudel, Kruedener und Zapperi den Luxus als ökonomisch kontraproduktiv bewerten, während O'Brien, Keyder und Markovitch in Anknüpfung an Sombart und Nef die positive Wirkung des Luxuskonsums auf den Geld- und Güterkreislauf hervorheben. Dabei sei nicht zu vergessen, daß die Massenkaufkraft infolge des Bevölkerungswachstums unter dem Diktat der Knappheit gestanden habe. Die Luxusdebatte habe in den Widersprüchen und unübersichtlichen Konfrontationen zwischen Alteuropa und der Moderne an den Grundlagen des überkommenen Systems gerührt und Elemente des rapiden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels offengelegt.

Pallachs Arbeit besticht durch ihre zur Argumentation herangezogene Fülle an neu ausgewertetem Dokumentarmaterial. Es gelingt dem Verfasser vor allem im Rückgriff auf Braudels Schichtenmodell der Marktformen nachzuweisen, daß die status-symbolische Funktion des Luxus bis in die untersten Schichten der Feudalgesellschaft wirksam war, wo Luxusgüter minderer Qualität (Doublé statt Gold oder Silber, Mousseline und Baumwolle statt Seide) der gesellschaftlichen Abgrenzung und Stabilisierung dienten. Desweiteren ist Pallachs Verweis auf die kulturpolitische Funktion des Luxusmodells in der außenpolitischen Hegemonialstrategie von Interesse. In der übergreifenden Fragestellung bezüglich der Funktion des Luxus als eines retardierenden oder beschleunigenden Elements der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hebt der Verfasser den »karitativ-sozialpolitischen Effekt« hervor, der eine »begrenzte Rückverteilung und Abmilderung von Ungleichheiten« bedeutet, gleichzeitig aber auch als soziale Provokation in der Herausstellung des Reichtums gewirkt habe (282).

Wolf Kindermann (Berlin)

**Vorländer, Herwart:** Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1988 (568 S., Ln., 80,- DM)

Vorländers Veröffentlichung zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) gibt einen Gesamtüberblick über Geschichte und Struktur dieser NS-Organisation, die zugleich den rechtlichen Status eines eingetragenen Vereins und den eines »angeschlossenen Verbandes« der NSDAP besaß. Neben der »Deutschen Arbeitsfront« war sie die mitgliederstärkste Parteiorganisation der NSDAP und im Alltag der Bevölkerung ständig präsent. Vor allem durch zwei Institutionen: dem Winterhilfswerk (WHW) und dem Hilfswerk »Mutter und Kind«. Vorländer charakterisiert das WHW als »ein zentral gesteuertes Wirtschaftsunternehmen, das das ganze Reich umfaßte« (58) und zudem die Volksgemeinschaft als »Opfergemeinschaft« (44)



erfahrbar gemacht habe. Mit dem Hilfswerk »Mutter und Kind« konnte die NSV ihre sozialpolitische Konzeption offensiv durchsetzen: Förderung und Unterstützung der »rassisch hochwertigen« und »erbgesunden« Familien unter der Prämisse einer »rasenhygienisch« orientierten Bevölkerungspolitik (63, 76). Die als erblich minderwertig definierten Bevölkerungsgruppen wurden von der NSV ausgeschlossen. Sie versuchte, diese Strategie von Integration und Ausgrenzung durch intensive Erziehungsarbeit der Bevölkerung plausibel zu machen und wurde daher »zu einem der wichtigsten Instrumente der Volkserziehung im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung« (77).

Vorländer hat in seine Quellensammlung über 300 Dokumente aufgenommen. Überwiegend handelt es sich um bisher unveröffentlichte Archivalien, wobei die Auswahl sich ausschließlich auf die Ebene der zentralen Entscheidungsinstanzen beschränkt. Ein Teil der Quellensammlung besteht aus Auszügen aus zeitgenössischen Publikationen. Vorländers Arbeit ist geeignet für den Einstieg in die wissenschaftliche Arbeit über die NSV. Dies gilt für den Dokumententeil wie auch für die Darstellung, die 186 Seiten umfaßt und über eine bloße Kommentierung der Quellen hinausgeht. Sie soll einen »umfassenderen informativen und problemaufschließenden Charakter« (3) haben. Diese Intention vermag Vorländer einzulösen. Eingehende faschismustheoretische Überlegungen werden von ihm jedoch nicht vorgenommen. Den aus anderen Veröffentlichungen zur NSV bekannten organisationsgeschichtlichen Vorgängen (interne Strukturierung der NSV und Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Parteiorganisationen) werden lediglich interessante Einzelheiten hinzugefügt. Dies gilt auch für die Problematik des strukturellen Umbaus des Wohlfahrtswesens, wobei die NSV als Speerspitze sowohl gegen die anderen Träger der freien Wohlfahrtspflege als auch gegen die traditionellen Instanzen der öffentlichen Fürsorge fungierte.

Beachtenswert für faschismustheoretische Fragestellungen ist Vorländers Darstellung des zunehmenden Paktierens der NSV mit der SS ab Herbst 1942 und sein Hinweis, daß diese Konstellation »ideologisch wie machtpolitisch« (143) die konsequente Fortführung der seit Mitte 1933 von der NSV betriebenen bevölkerungspolitischen Strategie gewesen sei. Allerdings: die weitgespannten, nunmehr radikalisierten Pläne, auf die die in der Volkspflege Tätigen durch Schulungen vorbereitet wurden (vgl. 143ff.), habe die NSV nicht mehr realisieren können. Denn die veränderte Kriegssituation habe sie gezwungen, »zum wichtigsten Instrument des Bevölkerungsschutzes im Totalen Krieg« (165) zu werden. Für Vorländer zwei Vorgänge, die für ihn unverbunden nebeneinander stehen. Die enge Verbindung von NSV und SS in der Endphase des faschistischen Herrschaftssystems verweist m.E. auf den Zusammenhang von Normalisierung und sozialer Verfolgung bis hin zu physischer Vernichtung. Der integrative Prozeß der Transformierung der Klassengesellschaft im Krieg zur Volksgemeinschaft erzwang die forcierte Marginalisierung und letztlich »Ausmerze« ständig neu zu definierender Teile der Bevölkerung.

Uwe Bosum (Hannover)

**Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft.** Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943-1947. Bearbeitet und eingeleitet von Christine Blumenberg-Lampe. Klett-Cotta, Stuttgart 1986 (633 S., Ln., 220,- DM)

Anfang 1940, der deutsche Überfall auf Polen war erfolgreich verlaufen, der Westfeldzug stand bevor, wurde eine »Klasse IV der Akademie für Deutsches Recht« eingerichtet, um wissenschaftliche Unterlagen für die wirtschaftliche Nachkriegs-

ordnung zu erarbeiten. Eine »Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre« versammelte sich in diesem Rahmen unter dem Vorsitz des Bonner Nationalökonom Erwin von Beckerath, um damit zusammenhängende theoretische Fragen zu klären. Ziel des Professorenzirkels, dem u.a. Constantin von Dietze, Walter Eucken, Adolf Lampe und Clemens Bauer (alle Freiburg), Jens Jessen (Berlin), Erich Preiser (Jena), Günter Schmölders (Köln), Heinrich Freiherr von Stackelberg (Bonn/Berlin) und Franz Böhm (Jena) angehörten, war die Erstellung eines gemeinschaftlichen Gutachtens. Als nach einigen Vorarbeiten die Akademie für Deutsches Recht im März 1943 im Zuge der Mobilisierung zum »totalen Krieg« ihre Tätigkeit weitgehend einstellen mußte, setzten die Experten ihre Diskussionen zur Nachkriegsplanung als »Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath« auf privater Basis fort. Erst das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zwang zum Abbruch des Unternehmens, weil einige Teilnehmer — nicht der Kreis als solcher — Verbindungen zum (rechten Flügel des) nationalkonservativen Widerstand(s) unterhalten hatten. Namentlich Carl Goerdeler soll die Ausarbeitungen der Arbeitsgemeinschaft zur Lektüre erhalten haben. Ein gutes Jahr später, der Krieg war vorbei, wurden die wirtschaftspolitischen Vorschläge — entsprechend aktualisiert — französischen und amerikanischen Besatzungsstellen vorgelegt. Und bald bestanden enge Kontakte zu Ludwig Erhard und der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, in deren wissenschaftlichen Beirat einige Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Anfang 1948 berufen wurden.

Die inhaltliche Kontinuitätslinie dieser Nachkriegsplanungen, die das Interesse an der Arbeitsgemeinschaft zu einem guten Teil hervorruft, ist die gemeinsame strikte marktwirtschaftliche Orientierung, auch wenn nicht alle Teilnehmer zur legendären neoliberalen »Freiburger Schule« im engeren Sinn zählten. Denn so läßt sich, in Absetzung etwa von Ansätzen eines »christlichen Sozialismus« nach 1945, ein eigenständiger, konservativ-wirtschaftsliberaler Traditionsstrang des Zusammen Denkens von wirtschaftlicher »Freiheit« und politischer Ordnung modellieren (vgl. paradigmatisch den ganzseitigen Artikel »Ordo — ein Markenzeichen der Politik« in der FAZ vom 24.12.1988, verfaßt vom Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Fritz Holzwarth).

Zu solch direkt politischer Funktionalisierung taugen die von der Bearbeiterin Blumenberg-Lampe sorgfältig dokumentierten Referate, Protokolle und Gutachten der AG-Treffen 1943/44 (45 von 55 aufgenommenen Dokumenten entstammen diesem Zeitraum) allerdings kaum, denn die Expertenrunde beschränkte sich weitgehend auf volkswirtschaftliche Sachfragen, politische Zusammenhänge kamen nur ausnahmsweise als Rahmenbedingungen in den Blick. Basis aller Erörterungen war die apodiktische Aussage vom Februar 1943: »Wiederaufbau der Friedenswirtschaft = Wiederaufbau der Marktwirtschaft« (Dok. 1: 40ff.). In den Grundzügen bedeutete dies (im Detail gab es lebhaft Diskussionen) eine »Kombination von Zwang und Initiative« (III; vgl. 126), Zwangskapitalbildung und »Senkung der Nominallöhne« (78, 97ff., 137 u.ö.). Einig war man sich offenbar darüber, daß unabhängig vom Kriegsausgang Reparationen aus außenwirtschaftlichen Stabilitätsgründen nicht in Frage kommen würden. Der auch aus diesem Grund vorgeschlagene Slogan »Mut zur Armut« (76) wurde allerdings als »unpsychologischer« Begriff kritisiert. Interessant sind die wiederholten Reflektionen über sozialpartnerschaftlich eingebundene Gewerkschaften (265ff., 299ff.), die im Zusammenhang mit den späteren Praktiken im Wiederaufbau der 50er Jahre zu betrachten wären.

Weitsichtig waren auch die Anfang 1944 — Deutschland lag zu einem guten Teil in Trümmern — im Kontext der Konzentrationsproblematik vorgetragenen Über-

legungen zum »Massenluxus« durch »Massenproduktion« (289) nach amerikanischem Vorbild. Konservative Skepsis wird hier aber auch in einem Exkurs über »Massenproduktion und Vermassung« (290ff.) deutlich, der fast wörtlich auch 20 Jahre später hätte formuliert werden können.

Axel Schildt (Hamburg)

**Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952.** R. Oldenbourg Verlag, München 1986 (236 S., br., 28,- DM)

Nach krisenhaften Erschütterungen, die ihren stärksten Ausdruck 1988 in den Auseinandersetzungen um das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen fanden, boomt dieser Industriezweig seit einiger Zeit wieder. Die Stahlbosse befinden sich anscheinend auf der Siegerstraße, während die Stahlarbeiter — zeitlich gestreckt — auf eine andere Straße gesetzt werden.

Das hatte in der sogenannten »Stunde Null« vor 44 Jahren ganz anders ausgesehen. Werner Bührer beschreibt in seiner aufschlußreichen Untersuchung den Wiederaufstieg der politisch erheblich vorbelasteten Stahlindustriellen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am konkreten Beispiel der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. Er zeichnet nach, wie die Repräsentanten dieser Branche »'nationale', Verbands- oder Firmeninteressen mit dem 'Europagedanken' verknüpft(en), welche Traditionslinien dabei aufgenommen und wie auf diese Weise entwickelte Konzepte in die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingespeist wurden« (7f.). Dabei wird deutlich, daß die Stahlindustrie — nunmehr fast gänzlich auf die Standorte im Rheinland und in Westfalen konzentriert — schon sehr bald nach der Zerschlagung des mit ihrer Hilfe an die Macht gebrachten faschistischen Systems ihre verbandliche Tätigkeit wieder aufnahm. Schnell hatten die führenden Stahlindustriellen ermittelt, »daß das Ausmaß der Zerstörungen bei weitem nicht so groß war, wie es der unmittelbare Augenschein oder rückblickende dramatische Schilderungen vermuten ließen« (25); gestützt auf dieses Wissen und weitab vom Eingeständnis jeglicher Schuld, forderten sie unisono die »Rückkehr zu einer Wirtschaftsform, die der Privatinitiative des einzelnen Unternehmers größeren Raum ließ« als die Militärregierung (36). Bührer behandelt ausführlich und gestützt sowohl auf staatliche als auch auf private Quellen den zielstrebigsten Weg der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie von der Bedrohung ihrer Eigentumsrechte über das Zugeständnis paritätischer Mitbestimmung, Marshallplan und Ruhrstatut bis hin zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Gerät die Darstellung manchmal etwas zu weitschweifig, so gelingt es dem Verfasser doch sehr überzeugend, die »organisatorische, funktionelle und personelle Kontinuität« (17) des schwerindustriellen Verbandssystems sowie dessen Kampf für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse darzulegen. Hatten die Schwerindustriellen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Millionen Menschen wegen angeblicher nationaler Interessen in zwei Weltkriege getrieben, so verabschiedeten sie sich jetzt angesichts drohender Sozialisierung ihrer Produktionsmittel mühelos vom nationalen Pathos. In die Führungsetagen der Schwerindustrie zog der Internationalismus ein, und der Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich (sprich: mit der französischen Bourgeoisie) wurde nun trotz mancher Rivalitäten prinzipielle Bedeutung zuerkannt. Schon 1949, noch vor Gründung der Bundesrepublik, schlossen die drei Westzonen ein Handelsabkommen mit Frankreich, das insbesondere auch die Austauschverhältnisse auf dem Stahlsektor regelte. Bührer zeigt auch, wie intensiv von Anfang an die Verflechtungen von Wirtschaftsvereinigung und CDU-Funktionären waren und wie hier frühzeitig — und anscheinend ohne Störung seitens der Arbeiterbewegung —

Pflöcke für die kapitalistische Zukunft der westlichen Besatzungszonen eingerammt wurden.

1992 wird die EGKS auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken können, und am Ende jenes Jahres soll der europäische Binnenmarkt vollendet werden. Es steht zu erwarten, daß dies der Anlaß für hehre Sonntagsreden sein wird, die zentral von europäischer Versöhnung und Verständigung nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet handeln werden. Bühners Verdienst ist, in seiner Untersuchung nachgewiesen zu haben, daß es bei der Schaffung der Montanunion »nicht um europäische Ideale ging ..., sondern um handfeste Interessenpolitik« (220), zu der es auch gehörte, die Ansprüche der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung abzuwehren. Für diese nüchterne Sicht der jüngsten Geschichte liefert Bühner eine Fülle von sehr eindrucksvollen Belegen. Leider präsentiert er sie in einer recht farblosen Weise.

Sowohl für europapolitische Forschungen als auch für Studien über die Ursprünge der Bundesrepublik wird die Kenntnis dieses Buches auf längere Sicht unentbehrlich sein. Es wäre sicher nicht schlecht, wenn andere dazu angeregt würden, ähnliche Studien über weitere tonangebende Wirtschaftsverbände zu treiben.

Stefan Bajohr (Düsseldorf)

**Lewis, Bernard:** »Treibt sie ins Meer!« Die Geschichte des Antisemitismus. Ullstein Verlag, Frankfurt/M., Berlin 1987 (334 S., geb., 48,- DM)

Das Verblüffendste am Buch des Princeton-Orientalisten und Nahost-Spezialisten Bernard Lewis ist die Verdoppelung des antisemitischen Diskurses in umgekehrter Absicht: die Christen waren von Anfang an vom »antisemitischen Virus ... befallen« (318), der inzwischen auch in den »Blutkreislauf des Islams eingedrungen ist, um ihn auf Generationen hinaus ebenso zu vergiften, wie die Christenheit in der Vergangenheit viele Generationen lang vergiftet war« (319). Die Metapher von der tödlichen Ansteckung transportiert ein Geschichtsbild, in dem Antisemitismus als Konstante immer vorhanden ist und sich in verschiedensten Formen ausprägt. Aktuelle Auseinandersetzungen im Nahen Osten erscheinen so als Export des europäischen Antisemitismus. Scharf von im eigentlichen Sinne politischen Entwicklungen abgetrennt, sei er *die* Waffe der arabischen Regierungen im Kampf gegen Israel, eine Waffe, die »man wegwerfen kann, sobald sie nicht mehr gebraucht wird« (319). Die Verschwörungstheorie ist allerdings nur die andere Seite des Denkens in naturgesetzlichen Kategorien und macht das Buch zum Musterbeispiel einer Analyse, die dem ideologischen Sog ihres Themas verfällt und ihn in einer Fülle von Details immer wieder bestätigt findet. Argumentation wird durch common-sense-Urteile und Anekdoten ersetzt: einer »tief verwurzelten Höflichkeit, die Teil der arabischen Tradition ist und daher selbst Antisemiten daran hindert«, Juden anzugreifen, steht die »unablässige Indoktrination durch Lehrbücher und Medien« (317) gegenüber. Solche Widersprüche werden bei Lewis nicht zum Motor der ideologiekritischen Analyse, sie verbleiben im Bereich der »schicksalhaften Wahl« (319). Weil den Juden vorgeworfen wurde, sowohl »den Kapitalismus als auch den Kommunismus erfunden zu haben« (22), sieht sich der Autor verpflichtet, den Antisemitismus generell für irrational zu halten. Die falsche Diagnose aber bildet sich in der Analyse wieder ab.

Das Pendant zur Selbstentmächtigung durch Oberflächenanalyse bildet die Technik des Vergleichs von allem mit jedem. In immer neuen Anläufen versucht Lewis dem »neuen Antisemitismus« (289) der arabischen Staaten gegenüber Israel gerecht zu werden. Wird zunächst seine Einzigartigkeit konstatiert (291), so müssen natürlich alle Begründungsversuche — sei es durch Territorialverlust, wirtschaftliche Konkurrenz oder ein generell niedrigeres Aggressionsniveau (»heißblütiges Temperament

und krasse Sprache« (295)] — scheitern. Für jedes dieser Teilphänomene hat Lewis einen Vergleichsfall parat, in dem Territoriumsverluste oder politische Niederlagen eben *nicht* zu Antisemitismus führten. Der Vergleichszeitraum erstreckt sich dabei vom Mittelalter bis zur sowjetischen Invasion in Afghanistan, und Detailbesessenheit hat das völlige Verschwinden und die daraus folgende Dämonisierung des Untersuchungsgegenstands zur Folge, in deren Arsenal natürlich auch das Klischee vom jüdischen Selbsthaß und der Marx'sche Antisemitismus gehören (314).

Man könnte alle diese Einwände auf dem Konto einer zu großen Nähe zum aktuellen Problem des Nahostkonflikts verbuchen; sie treffen aber auch für den gesamten historischen Argumentationsgang zu. Hier werden über terminologische Untersuchungen der Begriffe »Semiten« und »Juden«, die Schilderung des Zusammenlebens von Christen und Juden im Mittelalter, die Konstitution des Antisemitismus im 19. Jahrhundert und schließlich des nationalsozialistischen Antijudaismus zahlreiche, wengleich meist bekannte Details mitgeteilt, die ihrerseits durch ständige Perspektivenwechsel, Vergleiche, die Verwendung nicht eingeführter Termini — etwa »Rassismus« (155) — jeden Informationsgehalt einbüßen. Erfährt man am Anfang eines Abschnitts, daß Rassismus in der islamischen Welt des Mittelalters nicht existierte, so werden einige Zeilen weiter »rassische [!] Obertöne« (155) konstatiert, dies aber wiederum in Südspanien, »wo andere Umstände herrschten« (156). Keine Erläuterung oder Anmerkung hilft dem Leser, sich ein Bild von Formen und Praktiken rassistischen Denkens zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt zu machen — der nächste Absatz spricht ganz allgemein über die im Vergleich zu Mitteleuropa günstigeren Lebensbedingungen für Juden in den islamischen Staaten, der übernächste vom »Einsickern der eindeutig christlichen Variante der Feindschaft gegen Juden in die islamische Welt« (156). Die Funktion des Antisemitismus für die Organisation nationaler Identitäten von oben, seine Artikulation mit anderen Ideologemen, Widerstände und Argumentationslücken fallen organistischem Denken zum Opfer.

Gründliche Detailkenntnis, Rezeption arabischer und israelischer Originalquellen und die historische Spannweite der Untersuchung hätten einen produktiven Beitrag zur Erklärung einer der historisch wirksamsten und inhumansten Ideologien ermöglichen können. So bleibt nur das unbefriedigende Gefühl, nichts gelernt und sich statt dessen durch einen Berg neuer Mystifikationen hindurchgearbeitet zu haben. Offensichtlich sah der Autor sein internationales Renommee nicht als Verpflichtung, das Urteilsvermögen des Lesers zu stärken, sondern als Gelegenheit zur Ausbreitung umfassender Kenntnisse ohne Gebrauchswert. Claudia Albert (Berlin)

**Geiss, Immanuel:** Geschichte des Rassismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (375 S., br., 18,- DM)

Geiss verfolgt die Genese des Rassismus einerseits auf der inhaltlichen Ebene (»Elemente des Rassismus«: Xenophobie, Ethnozentrik, Endogamie, Adelsstolz und Blutreinheit, Sklaverei), andererseits auf der historischen mit folgender Periodisierung: die »weitere Vorgeschichte des Rassismus« von der Entstehung etwa des indischen Kastenwesens, des antik-griechischen und chinesischen »Kulturhochmuts« gegenüber den Barbaren und insbesondere der Herausbildung einer Sonderstellung der Juden bis zum tiefen Einschnitt des Jahres 1492; dann die »engere Vorgeschichte«, in der dann die historischen Stränge der beiden »Hauptspielarten des Rassismus«, des »anti-jüdischen« und des »antinegriden«, verfolgt werden und schließlich die dritte, die eigentliche Periode des Rassismus, seiner Formierung und seines Aufstiegs ab 1774/75. Diese Periode mündet in die beiden Extreme von Rassendiskriminierung — die verschiedenen Ausformungen von Apartheid und von Rassen-

haß — Auschwitz. Geiss' Untersuchung »unter dem allgemein angemessenen welt-historischen Horizont« (323) bleibt nicht nur sachlich in sich problematisch — die Berechtigung des Ansatzes wird implizit auch von ihm selbst zumindest in Frage gestellt: »Rassismus entstand als Erklärungs- und Rechtfertigungsideologie der welt-historischen materiellen, militärischen und technischen Überlegenheit der Europäer« (15), ist »im engeren Sinne auf objektive Überlegenheit und subjektives Überlegenheitsgefühl der 'weißen' Euramerikaner gegründetes Verhalten« (12). Dieselben »welthistorischen Fakten, die objektiv die Spitzenstellung der Europäer ... herbeiführten, erzeugten auch ihren subjektiven Reflex im Bewußtsein der Europäer, den Rassismus.« (110) Die — unverzichtbare — theoretische Erarbeitung ist auch nach Geiss ausschließlich von bürgerlich-westlichen Autoren geleistet worden. Und schließlich ist auch das quantitative Moment zu betrachten: auch bei Geiss sind die Subjekte des Rassismus zu mindestens 95 % in der westlich-bürgerlichen Welt beheimatet. Und doch beharrt er auf der Notwendigkeit einer welthistorischen Perspektive für das Verständnis des Rassismus. Gerade deren inhaltliche Begründung bleibt schwach. Die Berechtigung einer Einbeziehung etwa von Ethnozentrismus/Xenophobie unter die konstitutiven Elemente des Rassismus ist zumindest umstritten. E. Jouhy hat z.B. die funktionale Bedeutung von Ethnozentrismus für die Aufrechterhaltung von Funktions- und Handlungsfähigkeit einer Gruppe aufgezeigt; die Subsumtion der Endomatie unter die Kategorie Rassismus erscheint als willkürlich. Und was die Sklaverei betrifft, so konstatiert Geiss mit Recht, daß gerade »die Aufhebung der Sklaverei durch Emanzipation den blanken Rassismus (erzeugt)« (110). Geiss behauptet, Rassismus sei eine Ideologie der Überlegenheit (14). Überlegenheit, wenn sie denn schon real ist, kommt sehr wohl auch ohne Ideologie aus, einer besonderen *Legitimation* gar bedarf sie funktional jedenfalls nicht. Dringend bedarf einer solchen Legitimation jedoch ein Widerspruch — und ein solcher prägt die Beziehung der westlich-bürgerlichen Gesellschaft zu den Objekten ihres Rassismus: es war diese Gesellschaft, die historisch einen universellen Gleichheitsanspruch aller Menschen proklamiert hat. Dieser Anspruch ist für sie ebenso typisch wie ihre strukturell bedingte Praxis der Versklavung, Unterdrückung, Ausbeutung anderer — weltweit. Damit steht die bürgerliche Gesellschaft wie keine andere unter dem strukturellen Imperativ einer Legitimation ihres zentralen Widerspruchs, einer Legitimation der Entrechtung und Unterdrückung von Menschen *angesichts des eigenen Gleichheitsanspruchs*. Dieser strukturelle Imperativ besteht für andere Kulturen nicht.

Wiewohl Geiss den Rassismus durchaus als »systematisiertes Gedankengebäude« begreift (14), übersieht er wiederum die *bürgerliche* Bedingtheit dieser Systematisierung. Er übersieht, daß dieses Spezifikum des Rassismus wesentlich ein Resultat einer Erfüllung dieses bürgerlichen Imperativs *mit bürgerlichen Mitteln* ist: Die oberste Legitimations- und Berufungsinstanz der bürgerlichen Gesellschaft — und nur der bürgerlichen — war und ist die Wissenschaft: der wissenschaftlich-systematische Charakter der Legitimation von Ent-Menschlichung ist ein bürgerliches Phänomen. Und schließlich sieht Geiss auch nicht, daß der bürgerlichen Gesellschaft *als einer auf Konkurrenz gründenden Gesellschaft* ein Diskriminierungsinteresse immanent ist. Historisch, quantitativ und qualitativ nimmt damit der bürgerlich bedingte Rassismus eine solch dominierende Position innerhalb des Gesamtphänomens ein, daß eine Subsumtion anderer Diskriminierungsphänomene unter die gleiche Kategorie fragwürdig bleibt — was auch durch das empirische Material bei Geiss belegt wird. Daß mit einer Verbürgerlichung der Weltgesellschaft auch bürgerliche Legitimationszwänge und -mechanismen globalisiert werden, ist zu bedenken, bevor der

Versuch unternommen wird, von Auschwitz und der Apartheid her historische und soziale Linien bis in die Antike und über den ganzen Globus freizulegen.

Geiss' Versuch, den Rassismus als »Kernübel der Menschheit« in einen allgemeinanthropologischen Rahmen zu stellen und abzuhandeln, überzeugt nicht. Die Diskrepanz zwischen dieser erklärten Absicht und ihrer Ausfüllung bleibt evident. Obwohl er sich gleich eingangs gegen den Verdacht verwahrt, daß die »Universalisierung des Themas« für ihn eine »Flucht in die Relativierung des Globalen« sei (11), drängt sich gerade dieser Eindruck auf.

Dieter Schimang (Frankfurt/M.)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Balibar, Etienne, und Immanuel Wallerstein: Race Nation Classe. Les identités ambiguës.** Editions La Découverte, Paris 1988 (310 S., br., 120,- FF)

Wallersteins *kapitalistisches Weltsystem*, ein Theoriemodell der *expressiven Totalität* (Althusser), zusammen mit Balibars *Strukturelementen des historischen Materialismus*, dem *Angriff auf die Geschichte* — ist das nicht Feuer und Wasser? Vielleicht waren es die gewaltigen Herausforderungen, die der neue Rassismus und die Umwälzungen der Nationalstaaten der marxistischen Theorie stellen, die beide Theoretiker zu einem Seminarprojekt 1985-87 in Paris zusammenführten. Der Band dokumentiert dreizehn Vorträge. Hoffungszeichen einer neuen Diskussionskultur unter Marxisten!

Im ersten Teil (»Der universelle Rassismus«) gehen die Autoren von der These aus, daß Rassismus konstitutiv für den modernen europäischen Kapitalismus seit dem 16. Jahrhundert ist. Wallerstein markiert das Neue am *Rassismus* als eine mit der Kolonisierung Amerikas beginnende Tendenz, den Fremden nicht mehr — wie im Fall der *Xenophobie* — zu töten oder zu vertreiben, sondern seine Arbeitskraft auszubeuten und aus natürlichen Unterschieden von Menschen eine Rangordnung der Arbeitskräfte abzuleiten (47-49). Er begreift Rassismus als untrennbare Kehrseite des meritokratischen, universalistischen Prinzips der Gleichheit aller Menschen, das für die Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems genauso unverzichtbar ist (51). Balibar faßt das Spezifische des Rassismus in Abgrenzung zum *Nationalismus*: weder von ihm getrennt, noch aus ihm abzuleiten, artikuliert sich Rassismus mit Nationalismus als Ensemble von historisch spezifischen Praktiken und Denkformen, die einander stützen, aber auch in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen (72): so falle der Rassismus in partikularistischer Manier hinter den Nationalismus zurück, wenn er im Innern des nationalen Territoriums Menschengruppen aus der »Volksgemeinschaft« ausgrenze (86f.), gleichzeitig gehe er jedoch über ihn hinaus, indem er eine »Rasse« idealisiere, die nie nur in einer Nation verkörpert sei, oft sogar als universelles Zuchtideal des Menschen erscheine (88f.). Der Rassismus enthält für Balibar im Unterschied zu Wallerstein selbst ein universalistisches Element: in seinen Schreckbildern vom Untermenschen steckt der Traum von der Überwindung des Tiers im Menschen, von Menschwerdung (81ff., 91f.).

Auf den Spuren der »historischen Nation« gehen Balibar und Wallerstein verschiedene Wege. Balibar zeigt zunächst, daß sich die Nation gegenüber den konkurrierenden Formen des Städtebundes und des Weltreichs durchsetzt, weil sie die erfolgreichste Organisationsweise der Bourgeoisien und ihrer Hegemonie ist. Hier schließt seine Kernthese an: »Die Institution des Sozial-Nationalstaats (l'état national social) erlaubte es, die durch den Kapitalismus entstandenen Widersprüche zu lösen und die Nation-Form wiederherzustellen, die ja noch gar nicht vollendet war ... eines Staats

also, der gleichzeitig in die Reproduktion der Ökonomie selbst intervenierte, vor allem aber in die Bildung der Individuen, in die Strukturen der Familie, des Gesundheitswesens und noch allgemeiner in den gesamten Bereich des 'Privatlebens'.« (126) Gegen die Spaltung der Gesellschaft in »zwei Nationen« (Disraeli) und das bedrohlich wachsende Proletariat richten sich die »Reichsgründungen« des 19. Jahrhunderts, auch in den »alten Demokratien«. Der soziale und nationale Interventionsstaat wird zur Bewegungsform bürgerlicher Hegemonie unter entfalteten kapitalistischen Verhältnissen. Schule und Familie als die ideologischen Staatsapparate dieser Gesellschaft par excellence dienen aber nicht nur der Reproduktion der Arbeitskraft, sondern produzieren *fiktive Ethnizität*. Sie konstituieren das Individuum als handelndes Subjekt innerhalb eines als *Subjekt* überhöhten Kollektivs: der Nation als Rassegemeinschaft, die aus den staatlichen Eingriffen in die Familie, ins Gesundheitswesen und in die Fürsorge hervorgeht, und als Sprachgemeinschaft, die erst die allgemeine Staatsschule durch den Unterricht in der Nationalsprache konstituiert (130ff.). Rassismus begleitet diesen Prozeß von Anfang an. Entscheidend aber ist, daß der »Klassen«-Rassismus des Adels, später auch des Bürgers, gegenüber dem moralisch und genetisch minderwertigen Proletariat, erst mit der Errichtung des Sozial-Nationalstaats in einen »völkischen« transformiert wird.

Wallerstein behandelt das Problem der Nation innerhalb der Problematik der Globalisierung kapitalistischer Produktions- und Verkehrsformen. Er skizziert drei fiktive Konstruktionsweisen von Gemeinschaft (peoplehood), die den verschiedenen Instanzen des Weltsystems entsprechen: »Rassismus« rangiert für ihn nur auf der globalen Ebene des Gegensatzes von Zentren und Peripherien (es gibt keinen zwischen marginalisierten Völkern), »Nationalismus« auf der des internationalen Staatensystems, das sich gleichzeitig mit dem Weltmarkt herausbildet, »Ethnizität« schließlich innerhalb eines Nationalstaats, dessen Arbeitskräfte nach dem Kriterium Herkunft stratifiziert werden (106-114). Da dies auch ungleichen Lohn und entsprechend größere Mehrarbeit der Frauen bei der Reproduktion der Arbeitskraft bedeutet, wird die Institution des Haushalts zur wichtigsten Stütze ethnifizierter Verhältnisse (144). In enger Verbindung mit dem Rassismus zementiert der Sexismus die zusätzliche Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Im Zuge der wachsenden Durchdringung von Zentren und Peripherien, dem Ende der relativ homogenen Nationalstaaten und der Herausbildung neuer ethnischer Minderheiten aufgrund weltweiter Migrationsbewegungen, werden alle drei Formen des »peoplehood« auf Kosten von Klassenbewußtsein an Bedeutung gewinnen. Die theoretischen Konsequenzen dieser Veränderungen bleiben zu diskutieren: Welche neuen Verbindungen von Rassismus und Ethnizität entstehen aus der Arbeitsmigration? Wie lassen sich Formen von Rassismus unterscheiden, die verschiedenen Positionen im Weltsystem entsprechen, wie z.B. der auf Plantagenwirtschaft und Sklaverei beruhende Rassismus von dem des industriellen Kapitalismus in den USA, die beide aus einer Hierarchisierung von Arbeitskräften hervorgehen?

Erleben wir heute ein »Absterben« des Marxismus, insofern die Klassen als soziale Kategorien aus den Sozialwissenschaften und die Klassenkämpfe aus dem Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verschwinden? Diese Frage veranlaßt Balibar zur Relektüre des *Kapital*. Er beobachtet dort eine strukturelle Asymmetrie: Ein aus Ausbeutung, Unterwerfung in der Fabrik und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hervorgehendes Proletariat steht nicht der Bourgeoisie, sondern der Logik der Kapitalbewegung gegenüber. Daher das ökonomistische Mißverständnis, aus dieser Logik auch die proletarische Revolution abzuleiten. Daher aber auch das Mißverständnis vom »Primat der Politik« in der Dritten Internationale, das



Proletariat auf seine politische Organisation zu reduzieren. Marx' Leistung besteht im Bruch mit der liberalen Auffassung von der Trennung des Ökonomischen und des Politischen: erst der soziale und nationale Interventionsstaat konstituiert die Klassen als solche, er entsteht als notwendige Bewegungsform des Klassenantagonismus: »Ohne den Staat wäre die Arbeitskraft keine Ware. Die Tatsache, daß die Arbeitskraft nicht auf eine Ware reduzierbar ist, ... zwingt aber gleichzeitig den Staat, sich ständig zu transformieren« (232). Was gegenwärtig verschwindet, sind nicht die Klassen, sondern die Illusion ihrer »substantiellen Identität« (241); bestimmte Denk- und Praxisformen des Klassenkampfes sind in der Krise, neue können aber nur entstehen, wenn sie die Eigenständigkeit ethnischer und geschlechtsspezifischer Konflikte berücksichtigen und nicht in der Nachahmung der Homogenisierungsprozesse des Nationalstaats verhaftet bleiben (243). Unterschätzt Balibar mit diesem Ansatz nicht die transnationale Kooperationsfähigkeit der Bourgeoisie, vernachlässigt er mit seiner Konzentration auf die Nationform nicht die internationale Dimension der Überdeterminierung?

Wallerstein beerbt Marx genau an diesen Punkten: 1. Die These von der Polarisierung der Klassen gilt, wenn man sie nicht als fortschreitende Vereinfachung der Klassenbeziehungen und als Zusammenbruchstheorie liest, sondern das kapitalistische Weltsystem im Blick hat: sie schließt die Gleichzeitigkeit aller historischen Formen der Ausbeutung unter kapitalistischem Vorzeichen ein (172ff.); 2. Die Klassen sind nicht als »Idealtypen«, sondern als antagonistische, dynamische Prozesse der Proletarisierung und Verbürgerlichung zu analysieren (159f.). Die zivilisatorische Rolle der Bourgeoisie ist ein Mythos: Sie akkumuliert nicht per definitionem, sondern tendiert, wo es ihr möglich ist, zur Verwandlung von Profit in Rente und zur staatlichen Absicherung ihrer Privilegien. Die Proletarisierung als Prozeß der Verwandlung der Arbeitskraft und ihrer Reproduktionserfordernisse in Waren in den Metropolen führt nicht zur Weltrevolution, sondern vertieft nur den Gegensatz zur Peripherie. Auch wenn beide Tendenzen letztlich die Fundamente des Kapitalismus untergraben, folgt aus ihnen kein notwendiger Übergang zum Sozialismus (180f.).

Verdienst des Buches ist es, der aktuellen Tendenz einer Überdehnung des »Rassismus«-Begriffs Einhalt zu gebieten und ihn in einen übergreifenden historischen Zusammenhang zur Entwicklung des Kapitalismus und der Nationalstaaten zu stellen. Radikaler als jede moralisierende Kritik, hält es dem triumphalistischen Kapitalismus den dunklen Schatten seiner fünfhundertjährigen Geschichte entgegen.

Ulrich Mehlem (West-Berlin)

**Bosch, Gerhard, Norbert Engelhardt, Ingrid Kurz-Scherf, Klaus Hermann und Hartmut Seifert: Arbeitszeitverkürzung im Betrieb.** Die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche in der Metall-, Druck- und Holzindustrie sowie im Einzelhandel. Bund-Verlag, Köln 1988 (312 S., br., 22,- DM)

**Rinderspacher, Jürgen P., und Hartmut Przybylski (Hrsg.): Das Ende gemeinsamer Zeit.** Risiken neuer Arbeitszeitgestaltung und neuer Öffnungszeiten. swi-Verlag, Bochum 1988 (281 S., br., 19,80 DM)

**Achten, Udo (Hrsg.): »... denn was uns fehlt, ist Zeit«.** Geschichte des arbeitsfreien Wochenendes. Bund Verlag, Köln 1988 (317 S., br. 34,80 DM)

Aus Gewerkschaftssicht ist spätestens seit 1984 der Bann in puncto Arbeitszeit gebrochen: In einer Anzahl von Branchen wurden Wochenarbeitszeiten von weniger als 40 Stunden ausgehandelt. Zu den Besonderheiten der Tarifverträge von 1984/85 gehörte, so Bosch u.a., »daß sie die Kompetenz betrieblicher Regelungen« (12) stärkten, weil sie die »Entscheidung, wie die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden

umgesetzt wird, offen gelassen ... und an die Betriebe delegiert (hatten), die hierüber Betriebsvereinbarungen abschließen sollten.« (12) Diese zweite »Konfliktphase« nach der Aushandlung der Tarifverträge ist Hauptgegenstand der Untersuchung. Die Autoren werteten mehr als 4500 Betriebsvereinbarungen aus. Dabei kommen sie für die vier untersuchten Wirtschaftsbereiche insgesamt zu einem positiven Ergebnis: Nirgendwo hätten die Arbeitgeber ihre Flexibilisierungsstrategie durchsetzen können, doch die Durchsetzung flexibler Arbeitszeiten bleibe weiter »verbandspolitisches Programm der Arbeitgeber, wofür spezielle Beratungskapazitäten aufgebaut werden«. (141) Vor diesem Hintergrund plädieren Bosch u.a. für eine Stärkung der betrieblichen Ebene und für eine gewerkschaftliche Politik, die das Thema Arbeitszeitverkürzung weiterhin offensiv vertritt, denn eine »Entpolitisierung des Themas und ein Übergehen zum Tagesgeschäft ... wäre ein gewerkschaftlicher 'Freibrief' für unternehmerische Flexibilisierungspolitik.« (209)

Beschränkt sich der erste Teil vor allem auf die empirische Untersuchung der betrieblichen Tarifvertragsumsetzung in einzelnen Branchen, werden im zweiten Teil Probleme von branchenübergreifender Relevanz behandelt. Dazu zählen Bosch u.a. die spezifische Form der Arbeitszeitverkürzung, die Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten, die Variabilisierung der Arbeitszeit, sowie das Verhältnis von tariflicher, betrieblicher und individueller Regelungsebene in der Arbeitszeitpolitik. Von diesen Einzelphänomenen ausgehend werden Vorschläge für eine zukünftige gewerkschaftliche Politik gemacht. Die Autoren favorisieren als eine Art »Generalinie« die *tdgliche* Arbeitszeitverkürzung, weil nur sie einen wirksamer Beitrag gegen Massenarbeitslosigkeit sei und — verbunden mit dem langfristigen Ziel des 6-Stunden-Tags — die zeitliche Voraussetzung schaffe, um den Prozeß der Emanzipation der Geschlechterverhältnisse voranzutreiben.

Entgegen der weitverbreiteten Meinung, daß die Wochenendarbeit sich ausbreite, kommen die Autoren zu einem anderen Ergebnis. Sie können keine »kontinuierlich zunehmende Entkopplung« (251) von Arbeits- und Betriebszeit feststellen. Allenfalls sehen sie in dieser These »eine erhoffte zukünftige Entwicklung, Tendenzen in einzelnen Branchen oder eine zunehmende selektive Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten, vor allem für Arbeiter an besonderen kapitalintensiven Maschinen«. (251) Dieser Einwand mahnt zur Vorsicht, ist doch im Zusammenhang mit der Wochenendarbeit immer wieder die Rede davon, es bestünde die Gefahr eines Dammbrochs. Zwar plädieren die Autoren für die Stärkung der betrieblichen Ebene, sehen jedoch auch die Gefahr, daß dadurch die Gewerkschaften an Führungskompetenz und einheitlicher Kampfkraft verlieren. Es gehe »um die schwierige Aufgabe, einen persönlichen Anspruch auf Verfügung über die eigene Lebens- und Arbeitszeit grundsätzlich gewerkschaftspolitisch anzuerkennen und auch offensiv zu vertreten, andererseits aber Vorkehrungen (gegen Betriebsvereinbarungen) zu treffen, die im Einzelfall durchaus gewollt (etwa überlange Arbeitszeiten, um Freizeit anzusammeln für lange Wochenenden oder Blockfreizeiten), aber im kollektiven Interesse unvernünftig sein können.« (380)

Jürgen F. Rinderspacher ist bekannt geworden durch ein Gutachten zur Wochenendkultur, das er 1986 im Auftrag der IG Metall anfertigte. Im ersten Teil des herausgegebenen Buches dominieren Rinderspacher und die Soziologin Christiane Müller-Wichmann. Rinderspacher stellt die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Versuche zur Ausweitung der Wochenendarbeit als Etappenziele der Unternehmer in einer Situation gesellschaftlichen Wandels dar, in der das individuelle und das gemeinschaftliche Zusichkommen gefährdet ist. Pocht er auf die Notwendigkeit, Zeittraditionen und deren gesellschaftlichen Charakter (etwa der Sonntagsruhe) zu

bewahren, so gebührt Müller-Wichmann das Verdienst, die Fragwürdigkeit des Begriffs »Freizeit« aufzuzeigen. »Freizeit« sei nicht immer *freie* Zeit. Das, was gemeinhin als »Freizeit« bezeichnet werde, sie zumeist von den verschiedensten Zwängen bestimmt. Berufstätige Mütter seien das markanteste Beispiel: Sie müßten nach der Arbeit oft noch Haushalt und Kinder versorgen und den Einkauf erledigen. Vor diesem Hintergrund erscheint »Freizeit« ein Artefakt, als Traumbild einer Gesellschaft, die sich vorgaukelt, nach der Arbeit beginne das wirkliche, das »richtige« Leben. Der zweite Teil behandelt historische Dimensionen der Zeitorganisation. In seinem Aufsatz über Arbeit und Ruhe in unterschiedlichen historischen Gesellschaftsformen, aber mit deutlichem Blick auf die heutige Situation, schreibt der Soziologie Reinhard Kößler: »Die Auseinandersetzung um die Strukturierung der Zeit ist auf allen Ebenen zugleich ein Kampf um die Chance, in größerem oder geringerem Ausmaß Leben selbst zu bestimmen, Lebenspläne einlösbar zu machen, kurz ein nach kulturellen Maßstäben 'würdiges' Leben zu führen.« (154) Im dritten Teil zum Zusammenhang von säkularisiertem Sonntag und einer christlichen Sonntagskultur sind die Beiträge von Wolfgang Petkewitz und Wolfhart Koeppen lesenswert, dagegen wirken Werner Schieweks Aufsatz über Zeit und Ethik bei Heinz Eduard Tödt und Karl Wilhelm Dahms Überlegungen zur Freizeit als Thema der theologischen Ethik fehlplatziert.

Der Titel von Achtens Buch verspricht zuviel, denn es beinhaltet keine umfassende historische Untersuchung. Stattdessen wurden, weitgehend unkommentiert, Zeitungsausschnitte, Buchauszüge, Protokolle von Parlamentssitzungen, Gedichte und Prosastücke von 1885 bis 1987 aneinandergereiht. Die meisten Texte stammen aus den Jahren bis 1932. Das vorrangige Interesse an den ersten Auseinandersetzungen um das arbeitsfreie Wochenende, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begannen, erschließt sich aus dem Klappentext, wo es heißt, es sei an der Zeit, »einen lebendigen Eindruck der vorhergegangenen Kämpfe für das Wochenende (zu) vermitteln, um für die heutige Auseinandersetzung Argumentationshilfen und Kraft daraus zu gewinnen.« Die Dokumente sprechen als Momentaufnahmen in einem noch nicht abgeschlossenen Prozeß für sich. Die aktuellen Auseinandersetzungen im Kopf, entsteht beim Lesen zunehmend der Eindruck, daß das, was in langen und mühsamen Anläufen erreicht wurde, brüchig und instabil ist. Wieder und wieder wurde um die Ruhe am Sonntag, am Samstag oder an beiden Tagen gestritten. Wieder und wieder tauchten dieselben Argumente auf. Den Einwand, zuviel Wochenendruhe gefährde die Konkurrenzfähigkeit der Deutschen im internationalen Wettbewerb, brachte Bismarck bereits 1885 in einer Reichstagsrede. Umgekehrt vertrat August Bebel drei Jahre später die Auffassung, niemals dürfe die wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden: »Was wird nicht alles unter wirtschaftlichen Gründen verstanden?« Am Anfang stand als Etappenziel der freie Sonntag, der 1891 in der Gewerbeordnung festgelegt wurde. Aber damals wurde, wie die Texte zeigen, in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und in anderen Gruppen längst über die nächsten Ziele gesprochen: Ohne Sonntagsruhe gebe es keine wirkliche Arbeitsruhe für die Arbeitnehmer; aber ohne eine zusätzliche Einschränkung der Samstagarbeit werde es für die erwerbstätigen Frauen auch bei arbeitsfreiem Sonntag keine Erholung geben, weil bei ihnen in einer patriarchalischen Gesellschaft alle Hausarbeit hängenbleibe. Darüber hinaus werde es ohne Regelungen zur Nacht- und Schichtarbeit keine wirksame Absicherung der erkämpften Zeitfreiräume geben. Wesentliche Gedanken zum arbeitsfreien Wochenende, die auch heute noch aktuell sind, waren — das zeigt Achtens Materialsammlung — schon vor 1930 formuliert worden. Fasziniert von der Diskussion der ersten Jahr

zehnte, vernachlässigt er die Entwicklung der Diskussion, wie sie nach 1945 und besonders vehement in den achtziger Jahren einsetzt; die sechs Texte, die er für diesen Zeitraum anführt, bringen gerade diesen Mangel zu Bewußtsein.

Alfons Grundheber-Pilgram (Köln)

**Halliday, Fred, und Hamza Alavi (Hrsg.): State and Ideology in the Middle East and Pakistan.** Monthly Review Press, New York 1988 (276 S., br., 13 \$/Ln., 27 \$)

Der Band versammelt acht Beiträge: Nikkie Keddie gibt einen Überblick über die Entwicklung des modernen politischen Islam; Fred Halliday analysiert Hintergrund und Entwicklung der iranischen Revolution, Hamza Alavi den Zusammenhang von Ideologie, Ethnizität und sozialen Interessen in Pakistan, Hanna Batatu Ideologie und soziale Struktur der syrischen Muslim-Brüder; Marie-Christine Aulas beschäftigt sich mit Entwicklungsstrategien und Ideologie in Ägypten unter 'Abd al-Nasser und Sadat; Michael Gilsean mit dem Verhältnis von Staatsideologie und Volksislam in Ägypten, Caglar Keyder mit der Entwicklung von Staat und Klassenstruktur in der Türkei, und Theodor Shanin analysiert die allmähliche Durchsetzung der fundamentalistischen und chauvinistischen Richtung des Zionismus in Israel.

Mit Ausnahme des letzten Beitrages thematisieren alle Aufsätze die Rolle des politischen Islam. Richtiger als der häufig falsch verwandte Begriff des »islamischen Fundamentalismus« ist in diesem Zusammenhang der Begriff des »Islamismus«. Dieser bezieht sich auf politische Bewegungen des 20. Jahrhunderts, die »offen oder verdeckt einen islamischen Staat anstreben, welcher zumindest einige islamische Gesetze und Bräuche, einschließlich solcher, die Kleidung, Geschlechtertrennung, sowie einige ökonomische Maßnahmen betreffen, und koranische Strafen durchsetzen würde« (Keddie, 15). Was in den vergangenen Jahren zu diesem Thema erschienen ist, hat weniger dazu beigetragen, den Aufstieg des politischen Islam aus seinen sozialen und historischen Bedingungen zu erklären, als ihn essentialistisch — und im Einklang mit dem islamistischen Verständnis — als ein Gesellschaften und Zeiten transzendierendes soziales Phänomen und Glaubenssystem zu mystifizieren. Die Autoren betonen die Kontingenz von Ideologien, also auch des Islam oder des Zionismus, ihre Abhängigkeit von gesellschaftlichen Bedingungen und sozialer Unterstützung einerseits und ihre Dehnbarkeit, ihre »Fähigkeit, unter verschiedenen Umständen Inhalte und politischen Charakter zu verändern« (Halliday/Alavi, 6). So kann, wie in Pakistan unter Zia, politischer Islam einem pro-westlichen Regime als Herrschaftsideologie dienen, aber auch, wie im Iran, als revolutionäre und antiimperialistische Massenideologie zum Sturz eines solchen Systems beitragen. Zia suchte seine Militärdiktatur durch eine Islamisierung zu legitimieren, die praktisch nur die Einführung islamischer Strafen und einen massiven Angriff auf den gesellschaftlichen Status der pakistaniischen Frauen bedeutete, ausdrücklich aber alle ökonomischen Fragen dem Geltungsbereich islamischen Rechts entzog (Alavi, 109f.). Dagegen spielen im Konzept Khomeinis der soziopolitische Konflikt zwischen den »mustazafin« und »mustakbarin« (wörtlich: den Schwachgemachten und den Großgemachten einer Gesellschaft), der sich in der gerechten Ordnung der islamischen Republik auflösen soll, und die schiitische Tradition des Aufstands gegen illegitime Herrschaft und soziale Ungerechtigkeit eine entscheidende Rolle (Halliday). In Ägypten suchte Sadat im Islam und in demonstrativer Hinwendung zu konservativ-religiösen Werten ein ideologisches Fundament seiner nach-nasseristischen Ordnung, während gleichzeitig für verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die zu den Opfern der wirtschaftlichen »Öffnungspolitik« Sadats gehörten — Teile der Intelligenz und der Arbeiterschaft, die traditionelle Kleinbourgeoisie und das Lumpen-

proletariat —, die Berufung auf den Islam zum Ausdruck des Protests gegen die Abhängigkeit des Landes, zunehmende Ungleichheit und das Sadat-Regime selbst wurde (Aulas und Gilsenan). Und die Frage, warum sogenannte moderate, auf die humanistische Tradition des Zionismus sich berufende israelische Regierungen über ein Vierteljahrhundert lang »fundamentalistische« Politik betrieben, bevor sie die politische Macht an den extrem nationalistischen Flügel des Zionismus abtraten, läßt sich eben nicht, wie vermutet werden könnte, mit einer Unehrllichkeit des linken Zionismus oder einem gegenseitigen Hochschaukeln des arabischen und israelischen Chauvinismus beantworten, sondern mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Konstitutionsbedingungen Israels: das Verhältnis von Bürokratie, Militär und Business, der ökonomische Nutzen der Militarisierung und der Kolonisierung besetzten Landes, die seit 1967 Israel von den USA zugeschriebene regionale Polizeifunktion, die ethnosoziale Differenzierung innerhalb der jüdischen Bevölkerung sowie die grundlegende Akzeptanz eines *jüdischen* Staates, also des Staates einer ethnisch definierten Naion, nicht einfach seiner Einwohner (Shanin, 243ff.).

Der Islamismus ist, so Keddie, vor allem in den muslimischen Staaten stark, die ein säkular-nationalistisches Regime, schnelles ökonomisches Wachstum, schnelle Urbanisierung und wachsende soziale Ungleichheiten erlebt haben, die von eigenem Ölreichtum oder der Ölrente anderer Staaten profitiert haben, sowie starken kulturellen Einflüssen aus dem Westen und zum Teil auch westlicher Kontrolle ausgesetzt waren. Die Folgen dieser Entwicklung haben, wie besonders in Iran, Ägypten oder Tunesien deutlich wurde, breite Schichten der Bevölkerung für den Ruf der Islamisten nach Gleichheit, Einfachheit und Moral ansprechbar gemacht (17). Generalisierbar, als notwendige und hinreichende Bedingungen des Erfolgs islamistischer Bewegungen, sind diese Charakteristika nicht. Besondere regionale Faktoren spielen eine Rolle: in Staaten wie Malaysia, Nigeria oder dem Sudan etwa, in denen Muslime nur eine Bevölkerungsminderheit oder eine knappe Mehrheit darstellen, streben islamische Bevölkerungsgruppen bzw. ihre führenden Klassen nach politischer Dominanz oder einer Verbesserung ihrer ökonomischen Situation (Keddie, 20ff.; Alavi, 67), während in Syrien die Macht durch ethno-religiöse Minderheiten tatsächlich oder vermeintlich usurpiert wird (Batatu und Keddie, 25).

Die einzelnen Länderstudien zeigen, daß der militante Islamismus seine Anhängerschaft fast ausschließlich in den Städten findet; auffällig, weil es den im Westen verbreiteten Vorstellungen widerspricht, ist die Anziehungskraft des Islamismus auf Studenten gerade der naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen und auf junge Frauen. Die Beispiele Pakistans, des Sudan und des Iran andererseits machen deutlich, daß nichts den Islamismus so diskreditiert wie eine islamistische Regierung. Und gerade das Beispiel Pakistans, dem ein nach eigenem Bekunden direkt vom Allmächtigen inspirierter Militärherrscher eine brutale Islamisierung verordnet hatte, in dem sich dennoch eine militante Frauenbewegung entwickelte (Keddie und Alavi) und — nach Drucklegung des besprochenen Buches — sogar erstmals in einem muslimischen Land eine Frau Regierungschefin wird, zeigt, daß »das verbreitete westliche — und islamistische — Bild eines ... nahezu überall konstanten Wachstums des Islamismus eine Über-Vereinfachung darstellt« (Keddie, 29).

Das Buch trägt dazu bei, diese und andere Fehldeutungen zu korrigieren. Dies ist schon angesichts der Bedrohungsängste, die gegenüber dem islamistischen Phänomen im Westen erzeugt worden sind und die vor allem zur Rechtfertigung westlicher Aggressionen in der Region instrumentalisiert werden können, wichtig. Der Konzeption des Buches hätte es genützt, wenn die Länderstudien, unter denen einer der zwei Ägypten- Beiträge ausgereicht hätte, um einen Beitrag zu Staat und Ideologie

in Saudi-Arabien oder den Golf-Scheichtümern ergänzt worden wäre, sowie — gerade da das Buch mit dem Beitrag über Israel sich nicht auf die Ideologieproduktion islamischer Staaten in der Region beschränkt — einen über den Libanon.

Volker Perthes (Moers)

**Tibi, Bassam: Konfliktregion Naher Osten: Regionale Eigendynamik und Großmachtinteresse.** Verlag C.H. Beck, München 1989 (262 S., br., 22,- DM)

Als Konzept dient dem Autor die aus der »amerikanischen Disziplin der Internationalen Beziehungen« (13) übernommene, in den 50er Jahren von Leonard Binder begründete Theorie der regionalen Subsysteme, deren wesentlichste Erkenntnis ist, daß nicht zwei »Supermächte« und ihre Konflikte allein den Lauf der Welt bestimmen, sondern daß die »globale Ordnung ... regionalisiert ist« (30) und die regionalen Subsysteme »ihre Eigendynamik haben« (31). Gegenstand der »Internationalen Beziehungen« ist Weltpolitik. Politische Strukturen stellen sich in erster Linie als ein Geflecht geostrategischer und militärischer Faktoren dar, Staaten und allenfalls noch Staatsmänner sind die geschichtlichen Akteure. Zu Recht nennen viele der Einrichtungen, die sich in den USA oder andernorts in diesem Sinne mit internationalen Beziehungen befassen, ihr Gebiet »Strategical Studies« und verstehen ihre Aufgabe als Politikberatung. Tibi stellt seine Studie in den Rahmen von »Kriegsforschung«. Ziel ist, anhand der Nahostkriege von 1967 und 1973 die internationale Dimension regionaler Kriege zu untersuchen und der Frage nachzugehen, ob »die Supermächte die regionale Eigendynamik eines Subsystems ... soweit unter Kontrolle bringen (können), daß regionale Konflikte keine Auswirkungen auf die Beziehungen der beiden Supermächte untereinander haben (151). Sein Erkenntnisinteresse — und hier wird deutlich, wie sehr sich »Kriegsforschung« von gemeiner Friedens- und Konfliktforschung unterscheidet —, »kreist darum: Wie können solche Kriege in ihrem regionalen Rahmen gehalten, d.h. nicht internationalisiert werden, sosehr sie auch eine internationale Dimension haben?« (21).

Das Buch enthält neben einer zum Teil recht weit in Details gehenden und sprachlich wie analytisch reichlich saloppen Darstellung des Verlaufs des Junikriegs 1967 (Sechs-Tage-Krieg) und des Oktoberkriegs von 1973 (Yom-Kippur-Krieg) vor allem eine Skizze der politischen Entwicklungen im Nahen Osten und ihrer internationalen Dimensionen. Der Nahe Osten bilde auf Grund hoher Interaktionsdichte — auch Krieg ist Interaktion — ein regionales Subsystem, dessen Akteure seit den 50er Jahren zunehmend unabhängig von direkten Eingriffen der Supermächte handeln. Den entscheidenden Einschnitt in seiner jüngeren Geschichte bildet der Junikrieg von 1967. Dies nicht nur, weil Nasserismus und arabischer Nationalismus durch das Versagen der arabischen Armeen auch politisch diskreditiert werden und die ölproduzierenden arabischen Staaten an politischem Gewicht gewinnen. Darüber hinaus wird die Region, entgegen dem Ziel Abd al-Nassers, sie von ausländischem Einfluß unabhängig zu machen, nun zunehmend von den Supermächten penetriert, vor allem auf dem Weg von Waffenlieferungen. Israel wird zum Klienten der USA, Ägypten und Syrien zu denen der Sowjetunion. Die Patrone sind allerdings nicht in der Lage, ihre jeweiligen Klienten effektiv zu kontrollieren, sondern werden, da ihr Status verlangt, ihre Schützlinge mit Rüstungsnachschub zu versorgen, durch den von den regionalen Akteuren eigenständig vom Zaun gebrochenen Oktoberkrieg 1973 selbst an den Rand einer militärischen Konfrontation gebracht; ihre zu Beginn »in einem angemessenen Rahmen gehaltene ... ungewollte Verwicklung« in den Krieg wird »durch die Klienten ... durch eine Eskalation von der regionalen zu internationalen Ebene hervorgerufen« (158). Beide Supermächte bemühen sich gemeinsam

um Deeskalation. Im Ergebnis geht »aus dem Oktober-Krieg 1973 Amerika« als Sieger hervor (137): Ägypten nämlich wendet sich den USA zu; dies führt konsequenterweise zum ägyptisch-israelischen Separatfrieden. Nachdem Ägypten bereits durch die Niederlage von 1967 seine Hegemonialstellung in der arabischen Welt verloren hat, bewirken die Verträge von Camp David die Isolation Ägyptens in seinem Umfeld. Erst im Verlauf des Golfkriegs gelingt es dem Land, mit einer neuen Rolle in die arabische Gemeinschaft zurückzukehren. Ägypten ist heute »eine von den USA ausgerüstete Militärmacht, die die Golf-Araber (oder richtiger: deren Herrscher; V.P.) vor möglichen inneren oder äußeren Bedrohungen schützt« (190). Das ägyptische Militärpotential ist dementsprechend auf schnelle Interventionen ausgerichtet, nicht mehr auf einen Konflikt mit Israel (196). Trotz dieser neuen Rolle Ägyptens und der Wiederbelebung einer ägyptisch-saudischen politischen Achse bleibt der Nahe Osten ein »ungeordnetes regionales System«, eine »hoffnungslose Region, in der eine Ordnungsstruktur fehlt« (199), und in der deshalb eine »epidemische Ausbreitung des Krieges« zu befürchten ist. Tibi hat auch keine Hoffnung auf einen von den Supermächten diktierten Frieden (201).

Im ganzen handelt es sich bei Tibis Studie mehr um einen apologetischen Beitrag zur US-amerikanischen außenpolitischen Strategiediskussion als um eine Auseinandersetzung mit dem Spannungsverhältnis von »regionaler Eigendynamik und Großmachtinteressen« im Nahen Osten. So erklärt er beiläufig, daß der UdSSR ihre Militärhilfe als wichtiges außenpolitisches Instrument und als Mittel politischer Einflußnahme auf die Empfängerländer diene. Daß aber Ägypten »Wirtschaftshilfe, nicht in erster Linie Waffen« brauchte, kann ernsthaft nicht, wie es bei Tibi heißt, »eine der zentralen Erklärungen für den außenpolitischen Kurswechsel Ägyptens nach 1973« (183) gewesen sein, da tatsächlich die ägyptischen Militärausgaben seit Camp David kontinuierlich gewachsen sind und Ägypten durch die mit amerikanischer Militärhilfe »seit 1975 erworbene militärische Kapazität ... zur Ausübung der politischen Rolle einer Regionalmacht in Afrika bzw. im Nahen Osten« befähigt wurde (196). Im übrigen haben die beiden sowjetischen »Klienten« in der Region, Ägypten bis 1973 und Syrien, außer Waffen auch wichtige ökonomische Hilfen von der UdSSR erhalten. Und es leuchtet nicht ein, wieso die US-amerikanische Ausrüstung der ägyptischen Streitkräfte für bestimmte Interventionen in den Golfstaaten mit den »Großmachtinteressen«, um die es im Buch ja gehen soll, offenbar nichts zu tun hat. Genausowenig überzeugt es, daß der Suez-Krieg 1956 »die letzte direkte Intervention von Großmächten im Nahen Osten« gewesen sein soll, da »die Stationierung amerikanischer Marineeinheiten im Libanon ... 1958 und später ... 1982 ... nicht als direkte militärische Intervention gelten (können)« (125). Warum eigentlich nicht? Und hat es 1986 keinen US-amerikanischen Angriff auf Libyen gegeben?

Die US-amerikanische strategische Perspektive scheint nicht nur Tibis Wahrnehmung der Fakten stark bestimmt zu haben. Sie bestimmt auch, wie Tibi die Zukunft der westeuropäisch-arabischen Beziehungen sieht: »Westeuropa ist ... weder eine vereinigte Kraft, noch besitzt es die erforderliche militärische und ökonomische Macht, um die Bipolarität des internationalen Systems in eine Multipolarität zu verwandeln. Das heißt konkret, daß Westeuropa nicht in der Lage ist, seine Interessen im Nahen Osten selbständig, ohne die USA, zu verfolgen« (167).

Volker Perthes (Moers)

tacheles

# tacheles

ZEITSCHRIFT FÜR KULTUR, POLITIK UND ÖKOLOGIE

...eine Monatszeitschrift, neu, wie viele andere in der DDR. Aber uns bewog nicht die neue Möglichkeit zu publizieren als vielmehr eine Notwendigkeit: das plurale Verständnis von Pluralismus im Umgang miteinander.

TACHELES - offen mit jemandem reden, rückhaltlos offen reden, jemandem seine Meinung sagen, jemandem unverblümt seine Meinung sagen - entstammt laut jüdischem Lexikon dem biblisch-hebräischen "Tachlit": Zwischenruf bei unfruchtbaren theoretischen Diskussionen - zur Sache kommen.

TACHELES möchte "zur Sache" alle erreichen, die nicht der Meinung sind, ohne andere auskommen zu können.

Es scheint schwierig zu sein, gemeinsames Leben als humanistisches Plazet für unsere Spezies zu betreiben. Der Versuch, fremde Erfahrungen auszugrenzen, erfaßt uns immer von Neuem. Ja, selbst mit eigenen Verfahren wir so. Aber unsere Probleme binden uns unausweichlich aneinander. Kontinent an Kontinent, Mensch an Mensch, Gesellschaften und Individuen gleichermaßen an die Natur.

Wir möchten alle In- und Außereuropäer, die ebenso viele Fragen, unser Leben betreffend, haben, TACHELES reden lassen. Keinesfalls offen werden wir sein für Ausgrenzer und Berührungsverängstigte. Ihnen wollen wir in aller Offenheit entgegentreten. Kreative Unruhe, das Bemühen, angeblich Entgültigem, Unumstößlichem zweifelnd zu begegnen, sind Credo für uns. Fragegeister sind existentielle Partner.

Unbestreitbar wichtig für uns: nicht konformierbar zu sein.

Herausgeber  
Pro Consult und  
Verlags-  
gesellschaft mbH  
Neue Roßstraße 13  
Berlin 1020  
Telefon 2740732

Vertrieb DDR: Postzeitungsvertrieb  
Vertrieb BRD: Vertriebsgemeinschaft Jooster GmbH  
Kölnor Straße 66 6000 Frankfurt 1 Tel. (060) 731642

Jahresabonnement DDR: über PZV  
Jahresabonnement BRD: 55,- DM lt. Haus incl. 7% MwSt.  
Bestellung und Änderungen bitte an:  
INTERABO,  
Postfach 103245, 2000 Hamburg 1, Tel. (040) 232223  
Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr,  
wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf schriftlich  
gekündigt wird.



## VerfasserInnen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen; M: =Mitgliedschaften

- Ach, Johann S.*, 1961; Studium der Philosophie an der WWU Münster. A: Praktische Philosophie. M: AK Friedens-Erklärung/Friedensinitiative am Phil. Seminar der WWU Münster
- Albert, Claudia*, 1953; Dr.phil., Privatdozentin an der FU Berlin. V: *Der melancholische Bürger* (1981). A: Aufklärung, Diskursanalyse. M: Germanistenverband, DGfE
- Anders, Günther*: siehe *Argument* 179
- Armbrust, Raphaela*, 1959; Studium der Germanistik und Anglistik in Braunschweig und Marburg
- Bajohr, Stefan*, 1950; Dr.phil., Gruppenleiter im Ministerium f. Stadtentwicklung und Verkehr NRW. V: *Die Hälfte der Fabrik* (1984); *Vom bitteren Los der kleinen Leute* (1984). A: Arbeiteralltag, Oral History, Faschismus, Sozialpolitik. M: SPD, ÖTV
- Bosum, Uwe*, 1957; M.A., Wiss.Mitarb. am Inst.f.Politische Wissenschaft der Univ. Hannover. A: Bevölkerungspolitik, Faschismustheorie. M: BdWi
- Busch-Wéßlau, Johannes*, 1957; Dr.phil., V: *Der Marxismus und die Legitimation politischer Macht* (1990). A: Staatstheorie, Geschichte des Marxismus, Künstliche Intelligenz
- Egartner, Eva*, 1965; Studium d. Psychologie an der Univ. München. A: Gentechnologie, Frauen und illegale Drogen. M: GEW
- Ernst, Anna-Sabine*, 1959; Dipl.Pol., Wiss.Mitarb. an der Univ. Bielefeld. V: *Politische Kultur in der DDR* (Mitautorin, 1989); *Lebensstile und Kulturmuster in sozialistischen Gesellschaften* (Mitautorin, 1990). A: Kulturpolitik, Geschichte der DDR
- Friedeberg, Christine*, 1961; Studium der Germanistik, Soziologie und der Literaturwiss. an der Univ. Bielefeld
- Gaidt, Andreas*, 1958; M.A., wiss. Hilfskraft am Inst. für Soziologie der WWU Münster. A: Friedens- und Konfliktforschung, praktische Philosophie. M: AK Friedens-Erklärung/Friedensinitiative am Phil. Seminar der WWU Münster
- Gamm, Hans-Jochen*, 1925; Dr.phil., Prof. f.Erziehungswiss. an der TH Darmstadt. V: *Allgemeine Pädagogik* (1979); *Das pädagogische Erbe Goethes* (1980); *Materialistisches Denken und pädagogisches Handeln* (1983). A: Allgemeine Pädagogik/Historische Pädagogik
- Gdaniec, Claudia*, 1949; Dr.phil., Computerlinguistin. V: *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Diskursanalyse
- Gmelch, Andreas*, 1944; Dr.phil., Dipl.Päd., Dozent für Didaktik der Arbeitslehre an der Univ. Bamberg. V: *Der qualifizierende Abschluß der Hauptschule als bildungsökonomisches und pädagogisches Problem* (1979); *Erfahrungs- und handlungsorientiertes Lernen* (1987)
- Grundheber-Pilgram, Alfons*, 1959; M.A., Pressereferent des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI) Brüssel. M: IG Medien
- Hackl, Bernd*, 1953; Dr.phil., Univ.Ass. an der Univ. Wien. V: *Die Arbeitsschule* (1990). A: Reformpädagogik, Bildungstheorie, Schulentwicklungsforschung
- Hansen, Brigitte*, 1953; Dr.phil., Dozentin an der Hess. Erwachsenenbildungstätte Falkenstein. V: *Zur Situation von Frauen in einer Teilzeitschulung* (1990). A: Skandinavische Frauenforschung, Staatstheorie, Frauen und neue Technologien. M: DGS
- Hauens, Eduard*, 1938; Dr.phil., Prof. für dt. Sprache und Literatur an der PH Ludwigsburg. V: *Die theoretische Grundlegung des gegenwärtigen Aufsatzunterrichts* (1981); *Grammatik entdecken* (1981). A: Deutsche Sprache und ihre Didaktik
- Haug, Frigga*: siehe *Argument* 179
- Hauser, Kornelia*: siehe *Argument* 179
- Hillach, Ansgar*, 1934; Dr.phil., freier Wissenschaftler und Lehrtätigkeit an der Univ. Frankfurt. A: Literatur- und Kulturwissenschaften, Philosophie
- Hinz, Manfred*: siehe *Argument* 182
- Holtgrewe, Ursula*, 1962; Dipl.Soz., freie Mitarbeiterin beim Postmuseum Nürnberg. A: Informations-, Kommunikationstechnik und Frauen-Forschung.
- Holtzbauer, Susanne*, 1962; Studium d. Psychologie an der Univ. München. A: Frauen und Gentechnologie, Frauen/Mädchen und Sucht
- Klinger, Gerwin*, 1955; Studium der Philosophie an der FU Berlin. V: *Deutsche Philosophen 1933*, AS 165 (Mitautor, 1989)
- Krätko, Michael*: siehe *Argument* 182

- Mehlem, Ulrich, 1956; wiss. Mitarb. an der FU Berlin. V: *Der Kampf um die Sprache — Die Politik der Arabisierung im marokkanischen Bildungswesen* (1989). A: Sozialgeschichte des modernen Maghreb, Sprachpolitik und Migration. M: GEW
- Müller, Uschi, 1963; M.A. (Germanistik), z.Zt. freie Wissenschaftsjournalistin
- Nolte, Hans-Heinrich: siehe *Argument* 181
- Perthes, Volker, 1958; Dr.sc.pol., V: *Staat und Gesellschaft in Syrien, 1970-1989* (1990). A: Naher Osten, Dritte Welt
- Rehmann, Jan: siehe *Argument* 179
- Richter, Mathias, 1960; maître en philosophie, Studium der Politikwiss. und Emp. Kulturwissenschaft an der Univ. Tübingen. A: Marxistische Theorie, Kritische Theorie, neuere französische Philosophie. M: GEW
- Roß, Klaus: siehe *Argument* 181
- Sauer, Thomas: siehe *Argument* 132
- Schildt, Axel, 1951; Dr.phil., Lehrbeauftragter an der Univ. Hamburg. V: *Militärdiktatur mit Massenbasis* (1981); *Die Grindelhochhäuser* (1988); *Massenwohnung und Eigenheim* (Mithrsg., 1988). A: Sozial- und Zeitgeschichte (v.a. der BRD)
- Schimang, Dieter, 1942; Dr.phil., freiberuflich tätig in Projekten der Erwachsenenbildung/Migrantenarbeit. V: *Tempelbau zu Bonn. Zur Verklärung der westdeutschen Geschichte* (1988); *Interkultureller Fremdsprachenunterricht am Beispiel Türkisch-Deutsch* (Mitautor 1989)
- Seewald, Uta, 1962; Maître, wiss. Mitarb. an der Univ. Hannover. A: Computerlinguistik, Morphologie und Semantik des Französischen
- Segbers, Klaus, 1954; Dr.phil., wiss. Mitarb. an der Univ. Frankfurt/M. V: *Die neue Beweglichkeit in der sowjetischen Sicherheits- und Außenpolitik* (1987); *Der sowjetische Systemwandel* (1988); *Perestrojka: Zwischenbilanz* (Hrsg., 1990)
- Simeth, Ursula, 1956; Doktorandin (Anglistik) in Marburg
- Telgheder, Christiane, 1962; Dipl.Päd.. A: Feminismus, Marxismus
- Weber, Claudia: siehe *Argument* 181
- Weber, Klaus, 1960; Studium der Psychologie an der Univ. München. V: *Zur Geschichte des Psychologischen Instituts München* (Mitautor, 1989). A: Psychologiegeschichte, Neue Rechte. M: GEW, VVN
- Wolf, Frieder O.: siehe *Argument* 179

# Sozialist

- Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen
- erscheint 6 mal jährlich
- für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Einzelheft 3,50 DM,
- Jahresabo 21,00 DM

Ich will die vier Hefte für 10 DM (liegen bei):

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

an: SOVEC, Im Körbchen 10, 3400 Göttingen

## Thema DDR Angebot zum Kennenlernen

Berichte, Meinungen und Hintergrundinformationen zur Situation in der DDR und zu den Problemen der Wirtschafts- und Währungsunion im Viererpack:

Die ersten vier Hefte des Jahrgangs '90 mit dem Themenschwerpunkt DDR bieten wir Interessierten zum Sonderpreis von DM 10,00 (Incl. Porto) an.

Bestellzettel ausfüllen, 10-Mark-Schein (oder Briefmarken) beilegen und ab die Post!

**blätter** **123v**

**links**  
Sozialistische Zeitung

---

## 168 '90

*Türkei/Kurdistan*

Die Türkei ein Modell für exportorientierte Entwicklung?

Atatürk verbot den Schleier und gab den Frauen das Wahlrecht, aber wieviel hat sich tatsächlich verändert?

Die gewaltsame Befriedung Kurdistans

Das GAP-Staudammprojekt

Irakische Flüchtlinge in der Türkei

Außerdem Kritisches zu deutschen Geschäftemachern im Irak, zum real existierenden Sozialismus in Kuba, zum »Saubereren Kaffee« der Gepa und zur Scheindemokratie Kolumbiens

## 167 '90

*500 Jahre Kolonialismus*

Eine Begegnung hat nie stattgefunden

Das Bild des Anderen - Der eurozentristische Blickwinkel

Spanien 1992 - eine Regierung dreht voll auf

Die innere Kolonialisierung Amazoniens

Gipfeltreffen in Amazonien

Aufstand der Indianer Ecuadors

Das fünfhundertjährige Reich - Diskussionsbeitrag

Berichte zu Liberia - Nicaragua - Peru - Entwicklungsbezogener Handel

---

Einzelheft 6 DM, Jahresabo 48 DM (ermäßigt 40 DM).  
Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg i.Br.

---

## 10 '90

M.Massarat: zur Krise im Golf: Ölinteressen des Westens

R.Damus: zu den ökonomischen Aussichten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR: Durch das Tal der schöpferischen Zerstörung

V.Zaslavsky: zur Nationalitäten-Problematik in der UdSSR: Steigende nationale Unruhen und Gorbatschows Nationalitäten-Politik

B.Schoch: zur Weltmacht-Diskussion innerhalb der Grünen: Weder Omnipotenzgeschrei noch Beten: Nachdenken tut not

*Außerdem Beiträge von:* F.Schneider zum Pflasterstrand; A.Tschepurenko zur Krise des Marxismus in der UdSSR; Interview mit Leopold Spira über den Zerfall des real existierenden Sozialismus

## 9 '90

Sonderdruck: A.Gorz: Wie kann man die Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitslosigkeit abbauen und dazu auch noch die Löhne erhöhen? Entwurf einer Politik der Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftsvertrag

B.Holland-Bunz: Feministische Kritik an der Wiedervereinigung der Männer (II)

A.Wollin: Auswirkungen der Irak-Krise auf Israel

20. Jg. 1990

---

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindloff, H.Burgwinkel, M.Brümlik, D.Behrens, D.Diner, P.E.Jansen, D.Claussen, J.Esser, H.Grün, J.Hirsch, P.Kern, B.Krampe, L.Lodovico, D.Maier, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, R.Spias, R.Staudhammer, A.Werte. - Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postf. 102 062, 6050 Offenbach 1. Ersch. monatl., Einzelheft 5 DM, Jahresabo 54 DM, incl. Versand. - Verlag 2000 GmbH, Pf. 102 062, 6050 Offenbach 1

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

## 9 '90

Ch.Semler: Auf dem Weg zu einem zweiten Rapallo?

A.Michnik: Moral und Politik - ein unlösbares Dilemma?

### Zeit-Brüche

D.Schlesak: Tun, was geschieht

P.Kabeš: Gönn mir das Glück des Glücklichen

Th.Noetzel: Der perfekte Körper - Krankheit und Tod in dynamischen Zeiten

W.Söllner: Was war

B.Lindner: Medienbilder, Aura, Geschichtszeit - nach Kracauer und Benjamin

H.Möbius: »Gleichzeitigkeit« als Modell sozialer und poetischer Zeit

### Bayern zwischen Ordnungszelle und Modernität

C.Amery: Zugspitze und Großglockner

C.-W.Macke: Nur der Biergarten Deutschlands?

A.Mintzel: CSU-Strategie gegen Gewichtsverlust

H.-P.Bleuel: Die Chancen in Bayern

### Kultur und Wissenschaft

V.Dohrn: Arthur Koestler 85

K.Hielscher: Leben und Schicksal. Wassilij Grossmans Roman und die Diskussion um Stalinismus und Nationalsozialismus

G.Dalos: Psychoanalyse und Politik in Ungarn

C.Stern: Vergessener Brief an unvergessene Frauen

37. Jg. 1990

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner f. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90,- DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

# PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK

## 54-55 '90

### Therapie und Praxis

H.Zygowski: Psychische Störungen als Produkt psychosozialer Verursachung. Eine Aufforderung zur Fortführung der störungstheoretischen Diskussion

J.Schiedeck/Th.Schäfer: Therapie - eine Pädagogik höherer Ordnung. Zur wachsenden Bedeutung therapeutischer Techniken und Betrachtungsweisen in pädagogischen Kontexten

R.Groetschel: Zu den Grenzen klientenzentrierten Handelns in der Prävention. Das Beispiel eines Herz-Kreislauf-Projekts

C.Hühn: Schwangerschaftsabbruch aus psychologischer und feministischer Perspektive

H.-V.Happel: »Therapie ist doch brotlose Kunst«. Was das ehemals drogenabhängige Subjekt hindert, sich zum Objekt der professionellen Begierde zu machen (bzw. machen zu lassen)

A.Veiel: Der totale Therapeut: institutionelle Widersprüche und Arrangementsstrategien am Beispiel einer Strafanstalt

J.C.Rathert: Angst, ein verschwiegenes Gefühl im Strafvollzug

A.L.Lorenz: »Da halte ich mich lieber raus« - oder Psychodiagnostik als Berufsaufgabe

### Einzelbeiträge

H.Welzer: Von Fehlern und Daten. Zur Rolle des Forschers im interpretativen Paradigma

### Rezensionen / Aktualitäten / Termine

Herausgeber: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen e.V. - Redaktion: Ruth Großmaß, Siegfried Grubitzsch, Peter Mattes, Frank Nestmann, Christiane Schmerl. - Erscheint mit 4 Heften im Jahr. Einzelheft 12 DM, Doppelheft 18 DM, Jahresabo 40 DM (Stud. u.a. 34 DM) - Redaktion: Bürgerbuschweg 47, 2900 Oldenburg

SPW

Zeitschrift für  
Sozialistische  
Politik & Wirtschaft

## 54 '90

S.Möbbeck: SPD vor der Vereinigung  
L.Volmer: Die Grünen: Spaltung, Burgfriede, Konsens?

U.Loida/C.Walther: Gegen den Anschluß und seine Folgen

*Aus der Partei*

E.Quandt-Brandt: SPD Bremen: Mehr linkes Profil

U.Mantik: Hannover: Die Parteilinke nach dem Wahlsieg

R.Krämer: Jusos: Drohende Rechtsverschiebung?

*Perspektiven der Linken*

Anmerkungen der spw-Redaktion zur »Linken Liste/PDS«: Die heimatlose Linke

G.Gysi: Offener Brief an die SPD in der DDR und BRD

H.Mau/C.Chung/Th.Koch/J.Egert: Vertrauen bilden, die Linke stärken

I.Böhme: Ich beteilige mich nicht an diesem Stellvertreterkrieg

PDS: »Synthese aus Partei und Bewegung?«  
spw-Gespräch mit Gregor Gysi

W.Thierse: Bemerkungen zum »Demokratischen Sozialismus«

*KP-Geschichte*

H.G.Hofschien: Das Scheitern kommunistischer Parteien in Westdeutschland

*Parteireform*

V.Grube/M.Tiltmann: Von der Quotierung zur Frauenkampagne in Ostwestfalen-Lippe

13. Jg. 1990

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Jürgen Egert, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Susi Möbbeck, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: Ingo Arend, Florene Guesnet, Uwe Kremer, Matthias Machnig. — Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 51 DM, erm. 42 DM, Ausland 54 DM. Redaktion und Verlag: Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

## vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte  
und Gesellschaftspolitik

## 106 '90

*Nationale Befindlichkeiten*

S.Papcke: Zur Gemütslage der Nation

G.Dahlmüller: »Irgendjemandem muß der Kram ja gehört haben«. Impressionen aus der Noch-DDR

C.Leggewie: Der neue Kanzlerwahlverein. Die Lage(r) der Union

E.Hennig: Die REPs waren dabei. Kommt der Rechtsextremismus aus der DDR?

A.Pfahl-Traugber: Nationalismus. Eine antidemokratische Integrationsideologie

*Außerdem:*

A.Gros/D.Kaufmann/D.Kinkelbur: Die Zukunft der Freiheit von den Armeen

F.Hundseder: Buchverlage zwischen rechtem Unionsrand und rechter Außenwand

O.Negt: Chinesische Wundmale

K.Rendgen: Demokratie ohne Vorbehalt

G.Saathoff/I.Zander: Feindbild ade - Wehrpflicht passé?

F.Schimmelfennig: Europa als pluralistische Sicherungsgemeinschaft

J.Seifert: Die Kampagne mit den RAF-Aussteigern

29. Jg. 1990

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zuzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

# WIDERSPRUCH

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

# WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im  
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

## 19 '90

### *Sozialismus am Ende?*

S.Sarkar: Zukunft des ökologischen Sozialismus. Nach dem »Sieg« des Neokolonialismus

J.Juchler: Systemkrise des Sozialismus

P.Ruben: Ende des »rohen« Kommunismus

H.Kleger: Der evolutionäre Sozialismus.

Oder: Warum noch einmal Bernstein lesen?

W.F.Haug: Schwierigkeiten des Demokratischen Sozialismus

Ota Šik: Humane Wirtschaftsdemokratie - der Dritte Weg

P.M.: Markt? Agorà!

### *Krise der Demokratie*

G.Trepp: Casino-Kapitalismus ohne Demokratie. CH-Banken und ihre Rekordgewinne  
A.Künzli: Staatsschutz als Klassenkampf

KGI: Der alte und neue »Feind«. Vom Interesse an einer Staats-Schutzkrise

Th.Gabathuler: Strafgesetzbuch und Gesinnung

Redaktion Widerspruch: Thesen zum Staatsschutz

C.v.Werlhof: Thesen zur politologischen Frauenforschung

St.Flaig: US-»Wahlhilfe« und Niederlage der Sandinisten

I.Ellacurfa SJ: Die Zivilisation der Armut

### *Berichte / Rezensionen*

10. Jg. 1990

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv *Widerspruch*: Martin Bondelli, Peter Farago, Pierre Franzen, Susi Lindig, Giaco Schiesser, Walter Schöni, Urs Sekinger, Jakob Tanner, Reto Tognina. — Erscheint zweimal jährlich. — Einzelheft Fr. 12,-, im Abo 2 Hefte pro Jahr: Fr. 21,-. — Redaktionsanschrift: Redaktionskollektiv *Widerspruch*, Postfach 652, CH-8026 Zürich

## 35 '90

### *Vereinigte antidemokratische Potentiale*

H.-G.Jaschke: Die »Republikaner« und das »Republikaner-Phänomen«. Ein neuer Fundamentalismus von Rechts?

P.Krahulec: Nicht »Sieger«, sondern Erben der Geschichte. Rechtsextreme Orientierungen in der DDR

H.Funke: Antidemokratische Potentiale. Risiken für das Wahljahr 1990

H.Oltmanns: »Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen«. Rechtsextremismus bei Mädchen

B.Hafenegger/W.Lochmann: Einen »politisch-pädagogischen Königsweg« gibt es nicht. Eine Bilanz der letzten Jahre

C.-W.Macke: Von der Linken lernen. Entwicklungen in der italienischen extremen Rechten

### *Forum*

Ch.Busold: Die Schengener Abkommen: Die Überwachung ist perfekt. Pilotprojekt für Europas Innenpolitik

Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V. »Haus Rudolfstraße«: Die neue Mauer.

Stellungnahme zum neuen Ausländergesetz  
D.Krause: »Einen braucht der Mensch zum Treten«. Wachsender Fremdenhaß und Rassismus in der DDR

A.Maerger: »Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren.« Akademiker in braunen Gewändern

10. Jg. 1990

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: N.Diemer, W.Völker, F.Schütte, B.Hafenegger, W.Lochmann, F.Düchting, T.Kunstreich, F.Manke, F.Peters, W.Plum, B.Rose, H.Dorn, R.Koch-Oehmen, V.Schöneberg, E.Bolay, G.Pabst, A.Wagner. — Jährlich 4 Hefte. — Einzelheft 14 DM, Jahresabo 54 DM + Versand. — Redaktion *Widersprüche*: Postf. 102062, 6050 Offenbach. Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach

## Summaries

### **Michael Krätke: Social Policy in the Welfare State**

Focussing on the changes in the social structure of capitalist societies brought about by state social policies, the author outlines a concept of social policy as class policy and develops a specific concept of the welfare state. Its famous »crisis« is interpreted in terms of the transition to a new regime of wage labour.

### **Brigitte Hansen: The Development of Social Security in Denmark from a Women's Point of View**

Dealing with the question of how far the social policies in scandinavian countries could be an orientation for women in Germany, the author discusses benefits and unfavourable aspects for women in the welfare state of Denmark.

### **Frieder Otto Wolf: Politics of Work and Social Movements**

The concept of a politics of work is explored as a possible strategic conception of transformations from below. The thesis is defended that such a conception of politics of work as a field of articulation may be a more adequate approach than class politics or the search for new »historical subjects«. Classical marxist arguments and the recent debates on new social movements and trade union strategy are taken up and examined in this perspective.

### **Klaus Segbers: The Last Congress of the CPSU**

The 28th Congress of the CPSU was, most probably, its last one. At the end, Gorbachev pushed his policies through. It was, however, a »victory with bravado, but in vain«, as an American scholar put it. The political center in the USSR is eroding. Concise strategies on economic reforms and the national question are still to be found. The people's mood is somewhere between realism and resignation.

### **Thomas Sauer: »Crisis of the Perestrojka« or Crisis of a »Shortage Economy«?**

It is hardly adequate to coin terms like »command economy« on the system of the Brezhnev era. Kornai's theory of a shortage economy can explain how the self-reproduction of shortage is linked to a paternalist kind of bargaining economy. The transformation of the Soviet economy has to be interpreted as a shift from a resource-constrained to a demand-constrained economy. It implies the evidence that the Marxian utopia of a directly (»unmittelbar«) social character of production under socialism has failed.

### **Johannes Busch-Weßlau: The Socialist Constitutional State — a New Form of the Democratic State?**

The CPSU proclaims that perestrojka has to build a socialist constitutional state as the modern form of socialism. This concept, however, is not in correspondence with Marx' critique of alienation and with the socialist perspective of a withering away of the state.

### **Hans-Heinrich Nolte: Perestrojka and International System: The Costs of Arming for Parity**

Up till now all powers have to stay armed and pay for it, but they can act within a margin of decisions — how much to pay for how many arms? Since the technological standard is set by the center-countries, semiperipheral countries (like the SU) have to pay a relatively bigger part of the GNDP for the same result. To pay the costs for »parity« and to build a new kind of society at the same time obviously was beyond soviet means. Whether radical disarmament and international retreats will set free the means for a renewal of soviet socialism remains to be seen.

Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft (A.Schildt) .....	819
Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration (S.Bajohr) .....	821
Lewis, Bernard: »Treibt sie ins Meer!« Die Geschichte des Antisemitismus (C.Albert) .....	822
Geiss, Immanuel: Geschichte des Rassismus (D.Schimang) .....	823

### Soziale Bewegungen und Politik

Balibar, Etienne, und Immanuel Wallerstein: Race – Nation – Classe. Les identités ambigues (U.Mehlem) .....	825
Bosch, Gerhard, u. a.: Arbeitszeitverkürzung im Betrieb (A.Grundheber-Pilgram) .....	827
Rinderspacher, Jürgen P., und Hartmut Przybylski (Hrsg.): Das Ende gemeinsamer Zeit. Risiken neuer Arbeitszeitgestaltung (A.Grundheber-Pilgram) .....	827
Achten, Udo (Hrsg.): »... denn was uns fehlt, ist Zeit«. Geschichte des arbeitsfreien Wochenendes (A.Grundheber-Pilgram) .....	827
Halliday, Fred; und Hamza Alavi (Hrsg.): State and Ideology in the Middle East and Pakistan (V.Perthes) .....	830
Tibi, Bassam: Konfliktregion Naher Osten: Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen (V.Perthes) .....	832

## Neuerscheinungen (zum Beispiel)

 edition  
sigma
 

- Wolfgang Littek, Ulrich Heisig, Hans-Dieter Gondek (Hg.): Dienstleistungsarbeit. Strukturveränderungen, Beschäftigungsbedingungen und Interessenlagen (ca. 220 S., ca. DM 29,80)
- Fred Manske: Kontrolle, Rationalisierung und Arbeit. Kontinuität durch Wandel: Die Ersetzbarkeit des Taylorismus durch moderne Kontrolltechniken (ca. 300 S., ca. DM 36,-)
- Ingrid N. Sommerkorn (Hg.): Lehren und Lernen in der Soziologie heute. Aktuelle Fragen zu einem alten Problem (296 S., DM 27,80)
- ...und viele weitere Bücher aus allen sozialwissenschaftlichen Fachgebieten. Lassen Sie sich ausführlich informieren.

## C o u p o n

Bite schicken Sie mir, natürlich kostenlos und unverbindlich, das edition sigma – Gesamtverzeichnis. Wenn ich zu den ersten tausend Einsender/inne/n dieses Coupons gehöre, bekomme ich einen praktischen Textmarker gratis dazu. Mein Name, meine Anschrift:

---



---



---

AR

Bitte senden an: edition sigma, Heimstr. 14, 1000 Berlin 61

